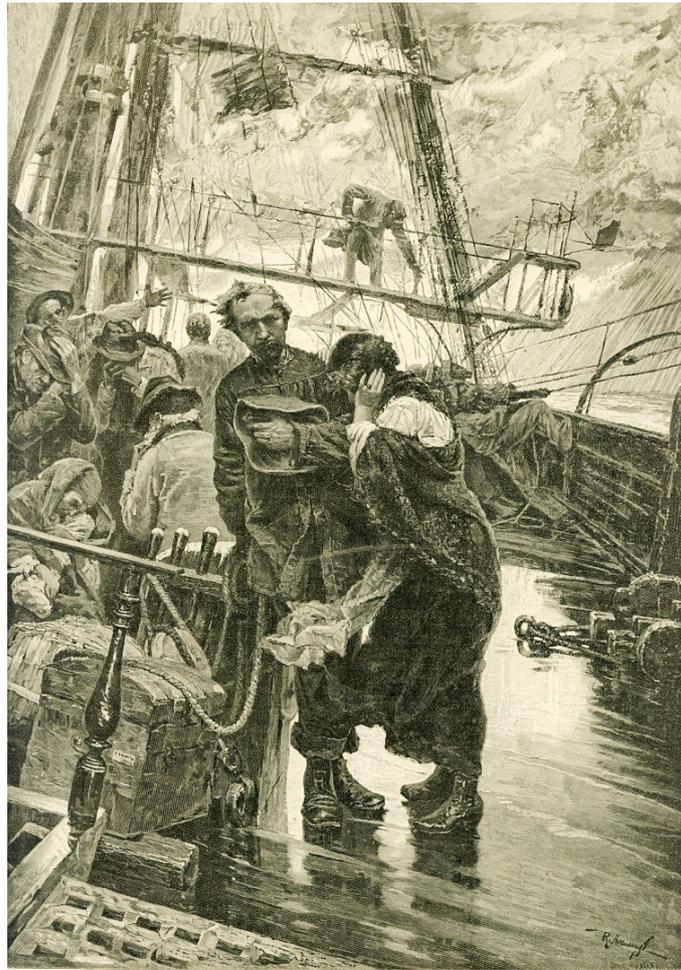


## ÜBER MIGRATION



R. Armenise  
Die Auswanderer.

Auswanderer an Bord eines Schiffes um 1891. Wie sich die Überfahrt für die Auswanderer gestaltete, können Besucher im Deutschen Auswandererhaus in den originalgetreuen Nachbauten verschiedener Schiffsunterkünfte entdecken.

### AUTOREN

Aydan Özoğuz  
Prof. Dr. Wolf D. Bukow  
Armin Laschet  
Torsten Jäger  
Gregor Gysi  
Prof. Dr. Rainer Geißler

Karl Brenke  
Prof. Dr. Gudrun Hentges  
Simone Peter  
Pascal Thibaut  
Pantelis Valassopoulos  
Alison Smale

Andrea Tarquini  
Luis Doncel  
Prof. Dr. Klaus J. Bade  
Prof. Dr. Horst Pöttker  
Manuela Schwesig  
Prof. Dr. Antonius Holtmann

Prof. Dr. Hans-Peter Schmidtke  
Dr. Simone Blaschka-Eick  
Katharina Fegebank  
Prof. Dr. Jochen Oltmer  
Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba  
Martin Schenk

# ÜBER MIGRATION\*



© Staatsarchiv Bremen / Foto: Karl Edmund Schmidt

\* Das vorliegende Dossier umfasst alle Beiträge, die im Rahmen der Themenreihe "MIGRATION" in der PoliTeknik veröffentlicht worden sind. Das Dokument wird mit neuen Publikationen, nach dem Erscheinen in der PoliTeknik, aktualisiert.

## 3. Aktualisierung - 1. November 2019

### INHALT

#### SEITE 3

Aydan Özoğuz

#### SEITE 6

Prof. Dr. Wolf D. Bukow  
Doppelte Staatsangehörigkeit und  
Wahlrecht

#### SEITE 10

Armin Laschet  
„Integrationspolitik der  
Bundesregierung – Position der CDU“

#### SEITE 13

Torsten Jäger  
Vom Sparen am falschen Ende – oder:  
Integration hat ihren Preis

#### SEITE 16

Gregor Gysi  
Anmerkungen zur Migrationspolitik

#### SEITE 19

Prof. Dr. Rainer Geißler  
Von der früheren Ausländerkrimi-  
nalität zur heutigen Migrantenkrimi-  
nalität

#### SEITE 22

Karl Brenke  
Gibt es in Deutschland einen Fach-  
kräftemangel?

#### SEITE 25

Prof. Dr. Gudrun Hentges  
Sarrazin und Pirinçci –  
Zwei Seiten derselben Medaille?

#### SEITE 31

Simone Peter  
Schluss mit den Schikanen

#### SEITE 34

Pascal Thibaut  
Über PEGIDA

#### SEITE 36

Pantelis Valassopoulos  
Über PEGIDA

#### SEITE 37

Alison Smale  
Über PEGIDA

#### SEITE 38

Andrea Tarquini  
Über PEGIDA

#### SEITE 39

Luis Doncel  
Preocupación y sorpresa en España  
por el auge de Pegida

#### SEITE 40

Prof. Dr. Wolf D. Bukow  
PEGIDA – Was der modernisierte Ras-  
sismus zum Wiedererstarken eines  
Nationalstaats beitragen kann

#### SEITE 44

Prof. Dr. Klaus J. Bade  
Einwanderung und Gesellschaftspoli-  
tik in Deutschland – ein Trauerspiel

#### SEITE 46

Prof. Dr. Horst Pöttker  
Modell für erfolgreiche Integrati-  
on? Die meisten Ruhrpolen haben  
Deutschland aus guten Gründen  
wieder verlassen

#### SEITE 49

Manuela Schwesig  
Vielfalt und gesellschaftlicher Zusam-  
menhalt: Für eine bessere Teilhabe  
von Kindern und Familien

#### SEITE 52

Prof. Dr. Hans-Peter Schmidtke  
Die Spanier kommen!  
Ein wenig Geschichte

#### SEITE 55

Prof. Dr. Antonius Holtmann  
Vom Osnabrücker Land nach Ohio  
und Indiana (USA). Deutsche  
Migrationsprobleme im frühen  
19. Jahrhundert

#### SEITE 64

Dr. Simone Blaschka-Eick  
Von Schaumburg nach Schaumburg:  
Eine deutsche Siedlung im Mittleren  
Westen der USA

#### SEITE 67

Prof. Dr. Klaus J. Bade  
Asylkrise und Weltflüchtlingsgipfel:  
Nichts dazugelernt?

#### SEITE 70

Katharina Fegebank  
Flüchtlinge in Hamburg –  
Aus der Herausforderung eine Chan-  
ce machen

#### SEITE 73

Karl Brenke  
Asylwanderungen – wohl kein  
wirtschaftlicher Gewinn  
für Deutschland

# ÜBER MIGRATION\*



© Staatsarchiv Bremen / Foto: Karl Edmund Schmidt

## INHALT

### SEITE 76

Prof. Dr. Jochen Oltmer  
Zugehörig, aber unerwünscht: deutsche Flüchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg

### SEITE 79

Martin Schenk  
Aber wann beginnt der Vorkrieg? Von der Kulturalisierung der Integrationsdebatte

### SEITE 83

Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba  
Gastarbeiter und Flüchtlinge: Die alten und die neuen „Neuen Deutschen“?

### SEITE 86

Prof. Dr. Jochen Oltmer  
Warum ist die Bundesrepublik aktuell zum Ziel globaler Fluchtbewegungen geworden?

### SEITE 89

Prof. Dr. Franz Hamburger  
Zwischen Willkommenskultur und Schießbefehl  
Oder meenzerisch an Fastnacht 2016: Wolle mer se roi losse?

### SEITE 99

Prof. Dr. Paul Mecheril  
Sprechen über Flucht – Bilder der Anderen

### SEITE 103

Prof. Dr. Claus Melter  
Historische und aktuelle Verteilungs- und Gerechtigkeitsaushandlungskonflikte in der Welt-Migrationsgesellschaft

### SEITE 107

Prof. Dr. Franz Hamburger  
„Die jungen Männer aus Marokko von Köln“ – Über einen neuen Topos der Flüchtlingsabwehr

### SEITE 112

Hosay Adina-Safi  
Welche Zukunft erwartet neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler im deutschen Bildungssystem?

### SEITE 115

Christoph Bongert  
Die Flüchtlingskrise von 1709. Deutsche Bittsteller in London

### SEITE 118

Prof. Dr. Wolf-D. Bukow  
migration policy - im Zeitalter des globalisierten Nationalstaates

### SEITE 121

Prof. Dr. Jochen Oltmer  
Ein Blick zurück: Arbeitsmigration von Ost- nach Westeuropa seit 1989/90

### SEITE 124

Prof. Dr. Werner Nell  
Ländliche Räume in migrationsgesellschaftlicher Perspektive

### SEITE 127

Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba  
Stadtkultur: Heimat der Minderheiten?

### SEITE 129

Prof. Dr. Wolf D. Bukow  
Wie eine postnationalistische migration policy zur europäischen Leitdifferenz wird

## KÜNYE | IMPRESSUM

### Politeknik

Türkçe Gazete  
Türkische Zeitung

Erscheinungsweise:  
Üç ayda bir  
Quartalsweise  
Unentgeltlich  
Ücretsiz  
ISSN 2198-8706

Yayınlayan Kurum/  
Herausgeber:  
Zeynel Korkmaz  
Verein für Allseitige Bildung e.V.

Genel Yayın Yönetmeni/  
Visdp / Chefredakteur:  
Zeynel Korkmaz

Posta adresi:  
Postfach 25 03 48  
40092 Düsseldorf

Internet adresi:  
[www.politeknik.de](http://www.politeknik.de)

İletişim/Kontakt  
[info@politeknik.de](mailto:info@politeknik.de)

## Aydan Özoğuz

Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration



Am 17. Dezember 2013 wurde ich zur Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration ernannt. Dieses Amt wurde 1978 – damals noch unter der Bezeichnung „Beauftragter zur Förderung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen“ bzw. als „Beauftragter der Bundesregierung für Ausländerfragen“ – begründet. Der erste Amtsinhaber Heinz Kühn veröffentlichte 1979 ein Memorandum, welches Textpassagen enthielt, die auch 35 Jahre später in hohem Maße auf die gesellschaftliche Situation in Deutschland zutreffen:

*„Die Schwerpunkte der vordringlichen integrativen Maßnahmen müssen insbesondere auf die junge Generation ausgerichtet und dementsprechend vor allem im vorschulischen und schulischen Sektor und im Bereich der Berufsausbildung gesetzt werden.“*

Heinz Kühn sah es als notwendig an, integrative Maßnahmen wie die Sprachförderung in Vorschule und Schule, den Anspruch für Jugendliche auf ungehinderten Zugang zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, muttersprachlichen Unterricht, islamischen Religionsunterricht, stärkere Einbindung der Eltern ins Bildungssystem und ortsteilbezogene Sozialarbeit zu intensivieren. Die aufgelisteten Handlungsfelder erscheinen aus heutiger Sicht noch immer aktuell. Das Papier von Heinz Kühn hätte wegweisend sein können, wäre das Problem- bzw. Realitätsbewusstsein in der deutschen Politik von damals nur ansatzweise auf heutigem Niveau gewesen. Doch kaum einer der Vorschläge Kühns fand Eingang ins politische Handeln – das politische Deutschland in Bonn schien 1979 nicht bereit, sich der neuen Pluralität anzunehmen, welche sich damals bereits entfaltete.

Inzwischen sind wir da ein ganzes Stück weiter: Deutschland hat sich mit der Idee, ein Einwanderungsland zu sein, größtenteils angefreundet. Zuwanderung wird, gerade in Zeiten des demografischen Wandels, mehr und mehr als Chance gesehen, ohne die damit verbundenen Herausforderungen zu übersehen. Ausdruck der erfreulichen Entwicklung, die unsere Gesellschaft in Sachen Integration genommen hat ist sicherlich auch, dass ich mit meinem für viele Menschen schwierig auszusprechenden türkischen Namen inzwischen fünfte Nachfolgerin von Heinz Kühn im Amt als Integrationsbeauftragte der Bundesregierung bin.

Und dennoch hakt es noch in vielerlei Hinsicht, wenn es um die Stärkung eines toleranten Miteinanders und die Verwirklichung von Chancengleichheit geht. Denn das bedeutet Integration für mich: Gleiche Teilhabechancen für alle – Chancen auf Bildung, auf Arbeit und gesellschaftliche Partizipation unabhängig von Herkunft oder Religion.

Als Staatsministerin im Bundeskanzleramt möchte ich in Zusammenarbeit mit allen Bundesministerien die Querschnittsaufgabe Integration angehen und konkrete Verbesserungen für die Menschen in unserem Land erzielen.

Ein dringliches Anliegen von meiner Seite, in das ich mich mit ganzer Kraft einbringe, ist die Abschaffung der Optionspflicht für Kinder ausländischer Eltern, die seit dem Jahr 2000 in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Sie sollen sich in Zukunft nicht mehr zwischen dem deutschen Pass und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden müssen. In Zusammenarbeit mit dem federführenden Bundesinnenministerium wird derzeit ressortübergreifend nach einer vernünftigen Lösung gesucht, die einen Gesetzentwurf gemäß dem Koalitionsvertrag ermöglicht und gleichzeitig den bürokratischen Aufwand für die Kommunen und Betroffenen so gering wie möglich hält. Die Optionspflicht darf nicht im Tausch gegen eine Vielzahl neuer Auflagen und Einschränkungen abgeschafft werden.

Ein weiteres Thema, das die ersten Wochen und Monate meiner Amtszeit intensiv geprägt hat, ist die aktuelle Zuwanderung von Menschen aus Osteuropa und wie wir in Deutschland mit ihr umgehen. Hier werde ich nicht müde zu betonen, dass wir eine sachliche, faktenbezogene Debatte benötigen und keine Stimmungsmache auf Stammtischniveau. Es ist nicht wegzureden, dass es Armutsmigration nach Deutschland gibt und auch die Tatsache, dass die Unterbringung und Versorgung von Zuwanderern für manche Kommunen und Städte, wie zum Beispiel Dortmund, eine große Herausforderung darstellt, lässt sich nicht bestreiten. Dennoch darf dabei nicht übersehen werden, dass Deutschland wie kaum ein anderes Land in Europa von Zuwanderung profitiert und dass ein großer Teil der derzeit so pauschal als „Armutsmigranten“ titulierten Menschen aus Bulgarien oder Rumänien durchaus qualifiziert sind. Sieht man sich zum Beispiel die Arbeitslosenquote der Rumänen und Bulgaren in Deutschland zur Mitte 2013 an, so stellt man fest, dass diese mit 7,4% geringer als im Bevölkerungsdurchschnitt (7,7%) und wesentlich niedriger als die der ausländischen Bevölkerung insgesamt (14,7%) ist. Auch der Anteil von Bulgaren und Rumänen, die Sozialleistungen beziehen (10%) ist deutlich geringer als im Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung (15%). Von massenhaftem Missbrauch unseres Sozialsystems kann daher keine Rede sein.

Um eine sachliche Beschäftigung mit dem Thema „Armutsmigration“ bemüht sich auch der von der Bundesregierung eingesetzte Staatssekretär-Ausschuss, dem ich angehöre und der bis Juni 2014 Ergebnisse vorlegen soll. Eine bedeutende Rolle wird hier sicherlich der Unterstützung von betroffenen Kommunen durch das Programm Soziale Stadt zukommen, dessen Mittel von 40 auf 150 Mio. Euro angehoben werden sollen. Hierdurch können dringende Probleme in benachteiligten oder überlasteten Stadtgebieten, beispielsweise im Bereich der Unterbringung bewältigt werden. Häufig wird die Lage der sich in akuter Not befindenden Menschen von Hausbesitzern ausgenutzt. Der Vermietung von Schlafplätzen in heruntergekommenen Immobilien zu horrenden Preisen muss dringend unterbunden werden. Zudem müssen Maßnahmen ergriffen werden, die betroffenen Kindern Bildungschancen und ihren Eltern Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen.

Um Armutszuwanderung entgegenzuwirken, ist die Verbesserung der Bedingungen in den Herkunftsländern von größter Bedeutung. Dass es in Europa Armut gibt, scheint ein Thema, das in der Vergangenheit nicht genug Beachtung gefunden hat. Die EU-Herkunftsstaaten müssen die vor allem aus dem Europäischen Sozialfond stammenden Mittel in Milliardenhöhe verlässlicher abrufen, um Programme zur Armutsbekämpfung oder gesellschaftlichen Integration besser auszugestalten. Nicht immer werden diese Mittel vollständig abgerufen. Das wiederum liegt an mangelnden Verwaltungsstrukturen, der Komplexität der Antragsverfahren, zum Teil auch an Korruptionsanfälligkeit. Hier gilt es, in Kooperation zwischen EU und den Mitgliedsstaaten Verbesserungen zu erzielen. Über die Abrufung von Mitteln, die Inklusion von Menschen aus der Bevölkerungsgruppe der Roma, aber auch über Themen wie Gesundheitsversorgung habe ich mich mit der rumänischen Arbeitsministerin Campeanu und dem bulgarischen Arbeitsminister Ademoev bei einem Treffen im Februar dieses Jahres intensiv ausgetauscht.

Aydan Özoğuz

Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration

Eine gebührende Sachlichkeit und eine unaufgeregte Auseinandersetzung erwarte ich auch im Bereich der Flüchtlingspolitik. Die Änderung des Bleiberechts hin zu einer alters- und stichtagunabhängigen Regelung für langjährig geduldete Flüchtlinge und eine Lockerung der Residenzpflicht sind weitere Projekte aus dem Koalitionsvertrag, die ich vorantreiben will. Hier geht es darum, das Leben von tausenden bei uns lebenden Menschen entscheidend zu verbessern. Gleichzeitig sollen Asylverfahren in Zukunft schneller bearbeitet werden, so dass weniger Menschen in Monate, teils Jahre fortwährende Unsicherheit geraten.

Aber nicht nur den Menschen, die neu nach Deutschland zugewandert sind, gilt mein Augenmerk. Integrationspolitik soll vor allem auch Verbesserungen für diejenigen bringen, die bereits hier geboren, hier aufgewachsen und somit ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft sind und trotzdem unter mangelnder Chancengleichheit zu leiden haben. Denn ob es nun aufgrund eines fremden Namens, der Religion oder eines schwächeren sozialen Hintergrundes bzw. Bildungsgrades der Familie ist – zu häufig wird den Kindern und Jugendlichen unseres Landes eine echte Teilhabe und die Chance, ihren Weg zu gehen, verwehrt. Ich setze mich daher mit aller Kraft für mehr Chancengleichheit und gegen Diskriminierung, vor allem bei Bewerbungsvorgängen, ein. Ich betone immer wieder, dass es nicht sein darf, dass ein „fremd“ klingender Name über den Erfolg oder Misserfolg eines jungen, engagierten Menschen entscheidet. Das Problem der Stigmatisierung aufgrund eines „Migrationshintergrundes“ zieht sich von der Schullaufbahn bis in die Arbeitswelt. Ich möchte deshalb in meinem Amt für Maßnahmen wie eine Ausbildungsgarantie für Jugendliche oder die Anwendung von anonymisierten Bewerbungsverfahren kämpfen. Aus diesem Grund mache ich das Thema „Ausbildung“ in diesem Jahr auch zu einem inhaltlichen Schwerpunkt meiner Arbeit. Wir werden uns auf einer Bundeskonferenz der Integrationsbeauftragten aus Ländern und Kommunen im Mai in Hamburg sowie auf dem Integrationsgipfel der Bundesregierung im Herbst 2014 diesem Thema widmen. Gleichzeitig arbeiten wir an einer Neustrukturierung des Ausbildungspaktes.

35 Jahre nach Heinz Kühns mahnenden, aber größtenteils ungehörten Worten, sprechen wir also in weiten Teilen noch immer über die selben Aspekte, die für eine erfolgreiche, gesellschaftliche Integration entscheidend sind. Mit der wachsenden Vielfalt in den letzten Jahrzehnten sind auch die Aufgaben für mein Amt vielfältiger geworden. Gleichzeitig wird die gesellschaftliche Vielfalt aber auch immer mehr als Potenzial wahrgenommen. Integration, Chancengleichheit und mehr gesellschaftlicher Zusammenhalt sind keine unlösbaren Aufgaben, wenn man sich sachlich und problemorientiert ans Werk macht und die ewige Spaltung zwischen „uns“ und „denen“ überwindet.

## Doppelte Staatsangehörigkeit und Wahlrecht

In den letzten Jahren wird immer wieder über die doppelte Staatsangehörigkeit diskutiert. Und zumeist kommt man in diesem Zusammenhang auch sehr schnell auf das Wahlrecht. Angesichts der vielen Doppelstaatler, die es in vielen Ländern gibt, sollte man meinen, hier gebe es längst keinen Diskussionsbedarf mehr. Im Grunde ist das Problem längst ganz pragmatisch gelöst und damit eigentlich auch rechtlich tendenziell erledigt. Es wäre eigentlich nur noch erforderlich, das Wahlrecht für alle einheitlich, also ohne Hilfe des Doppelstaatlerstatus neu zu fassen. Das wäre mithilfe einer Grundgesetzänderung einfach. Aber genau das will man nicht.

Ein längst überholtes nationalstaatliches Denken verhindert nicht nur einen angemessenen Umgang mit der Doppelte Staatsbürgerschaft, sondern auch mit dem Wahlrecht

Tatsächlich wird in der Öffentlichkeit immer wieder über eine mögliche Doppelte Staatsbürgerschaft und deren Implikationen für das Wahlrecht diskutiert, obwohl alle wissen, was die Lösung wäre. Offenbar steht dieser Lösung etwas entgegen, was in der Regel nur nicht ausgesprochen wird: die Frage nach der Loyalität von Doppelstaatlern bzw. noch schlimmer, die von Einwohnern ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Dass es um den Verdacht mangelnder Loyalität geht, wird schnell erkennbar, wenn man die Wahlrechtsdebatte, die in Deutschland nun schon seit vierzig Jahren andauert, etwas genauer in den Blick nimmt. Denn seit damals wird geradezu gebetsmühlenartig wiederholt, wählen darf nur, wer *eindeutig* durch die deutsche Staatsangehörigkeit als loyal ausgewiesen ist. Deshalb wollte man einst so wenig das "Ausländerwahlrecht" (Bukow 1989) wie heute das Wahlrecht für Doppelstaatler (Gerhards, Lengfeld 1913). Freilich, zumindest das Kommunalwahlrecht war für nicht-deutsche EU-Angehörige nicht zu verhindern. Mehr wurde bis heute nicht konzidiert. Und dass es sich hier nicht nur um eine deutsche, sondern auch um eine türkische Problematik – wenn auch mit umgekehrter Intention – handelt, wird spätestens dann klar, wenn man berücksichtigt, dass der türkische Staat seinen außerhalb der Türkei lebenden Bürgerinnen und Bürgern seit März 2008 gezielt das nationale Wahlrecht (für die Parteilisten) einräumt. Dem türkischen Ministerpräsidenten geht es heute mehr denn je um konservative Stimmen für seine religiös-konservative AKP – eine Partei, für die zur Zeit unter "seinen" Migranten besonders leicht Zustimmung zu finden ist.

Diese Entwicklungen sind nicht nur politisch, sondern auch sozialwissenschaftlich interessant. Wie kommt es zu dieser aus deutscher wie türkischer Sicht sehr schnell unterstellten und jede vernünftige Wahlrechtsdebatte verhindernden Loyalitätsproblematik? Hier gibt es eine eigentümliche Übereinstimmung: Aus deutscher Sicht sollte jemanden eigentlich schon allein die Tatsache irritieren, dass, wenn jemand formal für mehrere Nationalparlamente wahlberechtigt ist, dies für Deutsche grundsätzlich

nichts Neues darstellt, denn viele Deutsche haben zusätzliche Staatsangehörigkeiten und können deshalb unter bestimmten Bedingungen, die hinsichtlich der verschiedenen hier involvierten Staaten freilich unterschiedlich sind, durchaus "fremde" nationale Parlamente wählen, ohne dass ihre Loyalität überhaupt in Frage gestellt wird. Aber wenn es um die größte Eingewandertencommunity Deutschlands, die deutsche Türken geht, dann sieht alles anders aus. Aus türkischer Perspektive wiederum sollte jemanden eigentlich schon die Tatsache irritieren, dass der türkische Staat deutsche Türken, die selbst als zweite, dritte oder vierte Generation niemals etwas mit der Türkei zu tun hatten, zu nationaltürkischen Wahlen auffordert werden, während auf der anderen Seite mit allerlei Verfahrensregeln versucht wird, die kurdische Bevölkerungsgruppe an der jeder politischen Beteiligung zu hindern.

Schon dieser Hinweis zeigt, dass sich hinter dieser Debatte Probleme und Zusammenhänge verbergen, die auf noch ganz andere Kontexte verweisen. Klarer werden die Dinge, wenn man registriert, dass die Debatte bei uns zumindest immer dann angeheizt wird, wenn es um deutsche Türken geht, also eine Bevölkerungsgruppen, der man seit fünfzig Jahren Integrationsdefizite unterstellt. Es geht eben nicht um die mit einer doppelten Staatsbürgerschaft eingeräumte Möglichkeit, auch in seinem Herkunftsland zu wählen, sondern um die Frage der Loyalität der türkischen Community. Das gilt umso mehr, wenn gefordert wird, auch ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Deutschland wählen zu können. Der türkische Staat "spielt" genau mit diesem Vorbehalt und motiviert, sich nicht als deutscher Türke, sondern als Türke in Deutschland zu verstehen. Die deutschen Zweifel an der Loyalität der deutschen Türken werden vom türkischen Staat geschickt genutzt, um sie als letztlich bloße Auslandtürken zu mobilisieren. Die Logik dieser Argumentation ist einem längst überholten Nationalstaatsdenken mit seinen ideologisch überhöhten Herrenmenschenmythen geschuldet, dem beide Staaten nachhängen.

**Zur Durchsetzung einer längst obsoleten nationalstaatlichen Politik wird immer wieder versucht, demokratische Traditionen wie das Wahlrecht oder die Loyalitätsfrage national aufzuladen**

Tatsächlich haben weder das Wahlrecht noch die Loyalitätsfrage ursprünglich irgend etwas mit dem Nationalstaat und dem von ihm entwickelten Staatsangehörigkeitsrecht zu tun, ganz einfach, weil sie älter als jeder Nationalstaat sind und später immer wieder auch kritisch gegen den Nationalstaat gerichtet waren. Sie wurden erst in einem komplizierten historischen Prozess dem Nationalstaat dienstbar gemacht und schließlich national aufgeladen: Noch bis vor hundert Jahren, also bis zum Ersten Weltkrieg waren z.B. im Deutschen Reichstag auch französische und polnische Staatsangehörige Mandatsträger und haben dort ihre jeweils von Deutschland über lange Jahre annektierten Provinzen im Reichstag vertreten.

Das Wahlrecht und die Frage nach der Loyalität haben also ursprünglich nichts mit dem Nationalstaat zu tun und haben darüber hinaus sogar verschiedene Ursprünge. Sie verdanken sich ganz unterschiedlichen vor-nationalen Interessen und haben schon deshalb eine sehr unterschiedliche Bedeutung. Das Staatsangehörigkeitsrecht, das so gerne als Bremse verwendet wird, ist dagegen noch sehr jung. Es ist wichtig, sich auf diese Zusammenhänge, die gerne übersehen und nationalstaatlich verklärt werden, zu besinnen.

a) Das Wahlrecht hat seinen Ursprung in den Stadtgesellschaften und ist mühsam von den Stadtbürgern erkämpft worden, so im 15. Jahrhundert in England, wenn auch zunächst vielfach an das Vermögen gebunden war. Seit dem Ende des 18. Jh. erkämpften sich die Bürger unter dem Eindruck der französischen Revolution (1789 bis 1799) schrittweise ein allgemeines Wahlrecht, das aber in den deutschen Ländern stärker als

z.B. in den USA eingeschränkt blieb, nämlich durch den Wohnsitz, das Einkommen, das Geschlecht und das Alter. Erst nach dem Ersten Weltkrieg, also vor 94 Jahren wird aus dem Ständewahlrecht ein Wahlrecht für alle. Aber zugleich wird es erstmals (!) an die deutsche Staatsangehörigkeit gebunden. Die Idee, dass von einem politischen System betroffene ohne ansehen der Person mitsprechen können (*bottom up*) wird damit endlich realisiert, aber zugleich auch sofort wieder nationalistisch relativiert.

b) Die Staatsangehörigkeitsregelung ist jung und hatte offenkundig ursprünglich nichts mit dem Wahlrecht zu tun. Sie resultierte aus dem Wunsch des Staates, eine Volksarmee aufzustellen und das Verhältnis seiner BürgerInnen zu feindlichen Ländern (top down) zu regeln. Deshalb wurde die Staatsangehörigkeit bzw. die damit verbundenen Ausweise lange nur im Fall der Musterung oder eines Grenzüberschritts wichtig, ansonsten blieb sie ungeklärt und auch gleichgültig. Bis 1870 gab es in Deutschland aufgrund der Kleinstaaterei ohnehin viele Staatsangehörigkeiten, so dass z.B. in einer Stadt wie Frankfurt zahlreiche Staatsangehörigkeiten in der Stadt vertreten waren, was freilich für das Zusammenleben völlig gleichgültig war. Auch hier änderte sich die Situation erst mit der endgültigen Durchsetzung des deutschen Nationalstaates und wurde erst nach dem Ersten Weltkrieg mit der Neuordnung der europäischen Staaten wirklich bedeutsam.

c) Was die Loyalitätsfrage betrifft, so war sie Jahrhunderte lang je nach den Belangen der unterschiedlichen politischen Herren unterschiedlich geregelt. In den Städten galt die Loyalität lange der Zunft und später der Bürgerschaft mit ihrer kommunalen Verfassung. Erst der aufkommende Nationalstaat versucht aus dieser zweckrationalen Loyalitätsstruktur eine Angelegenheit von nationalem Belang zu machen. Dazu wird ein umfangreicher Begründungszusammenhang installiert, ein fiktiver Volksbegriff etabliert, ein alle umfassendes Staatsvolk dank Abstammungslegenden und rassistischer Arierkonstrukte erfunden. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Wunsch, die Loyalität für den Nationalstaat zu okkupieren, um eine staatstragende Identität zu schaffen, die für die Kolonialisierung und die erwähnten neuen Methoden der Kriegführung erforderlich wurde.

Alle drei Aspekte verschmelzen erst nach dem Ersten Weltkrieg. Die Folgen dieser nationalistischen Aufladung des Wahlrechts und dessen unheilvolle Verknüpfung mit der Solidaritätsfrage unter dem Dach einer trotz Weimarer Republik weitgehend völkisch gedeuteten Staatsangehörigkeit kann man im gesamten 20. Jahrhundert immer wieder belegen. Besonders deutlich wird das schon an der Ausweisung der Kongresspolen aus Deutschland und den ethnischen Säuberungen im Vorfeld und im Vollzug des Vertrag von Lausanne (24. Juli 1923), die in der Türkei, in Griechenland und in Armenien (Brandes, Sundhaussen, Troebst 2010). Immer wieder hat man zuerst die Staatsangehörigkeit, dann die Loyalität und damit auch das Wahlrecht in Frage gestellt. Es ist an der Zeit, die völkische Definition der Staatsangehörigkeit und mit ihr die nationalistische Indienstnahme von Wahlrecht und Loyalität zu beenden.

**In einer post-nationalen, von Mobilität und Diversität geprägten Postmoderne gewinnen das Wahlrecht und die Loyalitätsfrage eine neue, ihrer ursprünglichen Intention nahe Bedeutung**

Wir beobachten heute unter dem Eindruck der Globalisierung einen erheblichen gesellschaftlichen Wandel, der sich an der zunehmenden Mobilität bzw. Fluktuation der Bevölkerung und einer verstärkten Diversität bzw. Hybridisierung des Alltagslebens ablesen lässt. Und dies betrifft nicht nur einzelne Regionen, sondern eigentlich alle Stadgesellschaften bis hin zu den neuen Megacities. Angesichts dieses Trends zur Postmoderne erweisen sich nationalistische Bestrebungen als überholt, aber immer noch als gefährlich. Für die vorliegende Debatte sind vor allem zwei Entwicklungen wichtig:

a) Es gibt längst ein breites zivilgesellschaftliches Engagement, das darauf abzielt, alltägliche Erfahrungen, Bedürfnisse und Hoffnungen mit anderen zu teilen und öffentlich zu machen. Vor diesem Hintergrund lässt sich auch das Wahlrecht als eine Möglichkeit der Partizipation neu interpretieren. Auch hier geht es ja um das Öffentlich-Machen alltäglicher Anliegen, dieses Mal allerdings gezielt an die hier relevanten Regierungen adressiert. Das bedeutet zweierlei: Zum einen muss jeder ohne Ansehen der Person die Möglichkeit zur Wahl erhalten, was ein Wahlrecht für die gesamte Bevölkerung auf kommunaler wie nationaler Eben bis hin zu übergeordneten Institutionen wie EU usw. impliziert. Auf der anderen Seite bedeutet es aber auch, dass es uninteressant ist, das Wahlrecht für ein Land wahrzunehmen, in dem man gar nicht lebt, also auch keine alltäglichen Anliegen hat. Das heißt ganz konkret, das Wahlrecht ist für alle von dem jeweiligen politischen System Betroffenen zu öffnen und von nationalstaatlichen Barrieren zu befreien. Umgekehrt macht es dann aber auch keinen Sinn mehr, für eine im Prinzip fremde Gesellschaft ein Wahlrecht zu beanspruchen. Und es macht noch weniger Sinn, dies dann auch noch mit nationalstaatlichen Argumenten zu begründen, die man ja vorher als längst überholt gerade zu Recht abgelehnt hat.

b) In diesem Zusammenhang fällt auch jede nationalistische Inanspruchnahme der Loyalität des Einzelnen in sich zusammen. Loyalität gilt dann heute gezielt den Institutionen und gesellschaftlichen Systemen, die einem eine angemessene Platzierung in der Gesellschaft ermöglichen. Eine solche Loyalität basiert einerseits auf den die Existenz des Einzelnen regelnden Menschenrechten und andererseits auf den Leistungen lokaler Institutionen und Systemen vom Bildungssystem über das Gesundheitssystem bis zum Rechtssystem. Eine solche Loyalität wird hier nicht mehr von der Obrigkeit ("nationale Identität") d.h. top down definiert, sondern resultiert aus der praktischen Vernunft und wird damit aus dem alltäglichen Zusammenleben *bottom up* abgeleitet.

Die enge Verzahnung von Wahlrechtsregeln, Staatsangehörigkeitsbestimmungen und Loyalitätsfragen ist nicht alt und ist ein Ergebniss nationalistischer Bemühungen ausgerechnet von Staaten, die wie Deutschland oder die Türkei, die größte Schwierigkeiten hatten, sich überhaupt als Nationalstaaten zu konstituieren. Im Grunde ist diese Verzahnung erst gelungen, als diese Staatskonzeption selbst schon wieder obsolet wurde. Es war der verzweifelte Versuch, doch noch ein nicht nur formal, sondern auch abstammungsmäßig geschlossenes Staatsvolk zu schaffen und dementsprechend auch das Wahlrecht auf Menschen mit der richtigen Abstammung und einer entsprechenden "angeborenen" Loyalität zu beschränken.

Es ist an der Zeit zu begreifen, dass Staaten ihre Staatsangehörigkeitsregelung im Sinn des Völkerrecht zeitgemäß ohne Rückgriff auf eine Nationalität allein im Blick auf die vom Staat betroffene Einwohnerschaft eines Territoriums neu definiert müssen. Und das Wahlrecht muss – historisch korrekt – analog neu geordnet werden. Analog meint, dass auch hierbei das Betroffenenprinzip geltend gemacht werden kann, in diesem Fall freilich gestaffelt: das Kommunalwahlrecht für alle von der Kommune betroffene Gesellschaftsmitglieder, das Landes-, Bundes- und Europawahlrecht für all von den entsprechenden Institutionen betroffene.

#### Literaturhinweise:

Brandes, Detlef.; Sundhassen, Holm.; Troebst, Stefan. (2010): Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts. Wien: Böhlau.

Bukow, Wolf-Dietrich (1989): Ausländerwahlrecht. Eine vergleichende Analyse der Politik gegenüber ethnischen Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden. Köln: Pahl-Rugenstein (Pahl-Rugenstein).

Gerhards, Jürgen; Lengfeld, Holger (2013): Wir, ein europäisches Volk? Sozialintegration Europas und die Idee der Gleichheit aller europäischen Bürger. Wiesbaden: Springer

Armin Laschet

Stellvertretender Vorsitzender der CDU

## „Integrationspolitik der Bundesregierung – Position der CDU“



Drei Tage im Mai reichen aus, um jedermann verständlich zu machen, dass Deutschland unter Führung der CDU ein echtes Einwanderungsland ist. Und das unser Land gut damit lebt.

Am 23. Mai 2014 haben wir den 65. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes gefeiert. Die Festrede im Deutschen Bundestag hielt der im nordrhein-westfälischen Siegen geborene Schriftsteller Navid Kermani, dessen Eltern 1953 aus dem Iran nach Deutschland gekommen waren. Am Tag zuvor händigte Bundespräsident Joachim Gauck 23 Frauen und Männern die Einbürgerungsurkunden aus. Erstmals hatte Bundespräsident Christian Wulff eine Einbürgerungsfeier am Sitz des Staatsoberhauptes durchgeführt.

Und schließlich: Am 24. Mai, einen Tag nach der Feier des Grundgesetzes, gingen in Köln rund 50.000 Demonstranten gegen den Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan auf die Straße, der – ebenfalls in Köln – von 18.000 Anhängern euphorisch gefeiert wurde. Anhänger wie Gegner machten von ihren verfassungsrechtlich garantierten Grundrechten Gebrauch: dem Recht auf freie Meinungsäußerung, dem Recht auf Versammlungsfreiheit usw. Diese Grundrechte sind es übrigens, die Deutschland für viele Menschen hoch attraktiv machen.

Die Ereignisse dieser drei Tage zeigen, dass Deutschland in Sachen Integrationspolitik kräftig in Bewegung gekommen ist. Nordrhein-Westfalen ist dabei ein ganz zentraler Ort für das Gelingen der Integration. 4,2 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen haben eine Zuwanderungsgeschichte. Das sind 23,5 % der Bevölkerung. Bei den 3- bis unter 6-jährigen Kindern in Nordrhein-Westfalen weisen über 40 % eine Zuwanderungsgeschichte auf, in Städten wie Köln sind es sogar bis zu 50 %.

Diese Menschen suchen ihr Glück in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik insgesamt. Zugleich sind sie ein Glücksfall für unser Land, weil sie ein enormes Potenzial an Kreativität, Begabung, Leistungsbereitschaft und Aufstiegswillen darstellen. Unternehmerinnen und Unternehmen machen derzeit besonders nachdrücklich darauf aufmerksam.

Armin Laschet

Stellvertretender Vorsitzender der CDU

Die Wirtschaft in Deutschland erholt sich weiter von der schweren Krise, die Europa ergriffen hatte, und auch der Arbeitsmarkt sendet positive Signale. Mehr als 42 Millionen Menschen waren im März 2014 in Deutschland erwerbstätig. Immer mehr Unternehmen wollen in den kommenden Monaten neue Mitarbeiter einstellen. Zugleich berichten schon heute viele Unternehmen, dass sie einen Teil ihrer offenen Stellen nicht besetzen können. Es treten erste Engpässe bei Ingenieuren, Naturwissenschaftlern, Informatikern und Technikern auf. Im sogenannten MINT-Bereich fehlten nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Köln) selbst im Krisenjahr 2009 im Durchschnitt 63.000 Fachkräfte. Unverkennbar sind Fachkräfteengpässe zudem vor allem im Pflegebereich, wo Mitte 2010 bereits 20.000 Fachkräfte fehlten, sowie bei einzelnen Facharbeiterberufen insbesondere in der Metall- und Elektroindustrie.

Durch den demografischen Wandel wird sich das Fachkräfteproblem in Zukunft deutlich verschärfen. Die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung und die niedrige Geburtenrate führen dazu, dass die Bevölkerung in Deutschland deutlich schrumpfen und das durchschnittliche Alter der Bevölkerung steigen wird. Zudem sinkt die Zahl der Personen im Alter von 20 bis 65 Jahren in den nächsten zwanzig Jahren von heute ca. 50 Millionen um fast ein Fünftel. Fachkräfteengpässe werden dadurch künftig verstärkt auftreten.

In unserer älter werdenden Gesellschaft müssen wir die Potenziale der Menschen im Lande besser nutzen. Ältere Arbeitnehmer mit ihrer Erfahrung brauchen neue Chancen, die Frauenerwerbsquote ist immer noch niedriger als in vielen EU-Ländern und unsere Schulen verlassen noch zu viele Jugendliche ohne Abschluss. Im Inland sind besonders Gewerkschaften und Arbeitgeber gefordert, durch Weiterbildung und Qualifizierung lebenslang Potenziale zu fördern.

Gerade junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte haben oftmals noch nicht die gleichen Chancen auf Bildung wie ihre Mitschüler ohne Zuwanderungsgeschichte. Zugewanderte Frauen sind in deutlich geringerem Maße am Erwerbsleben beteiligt als Frauen ohne Zuwanderungsgeschichte. Und noch immer haben zu viele Zugewanderte keinen beruflichen Abschluss.

Eine Integrationspolitik, die die Handschrift der CDU trägt, eröffnet daher Chancen auf Bildung und Teilhabe für alle. Sie sorgt dafür, dass Deutschland zur Aufsteigerrepublik wird. Dabei setzen wir auf den Besuch von Kindertageseinrichtungen, die eine individuelle Sprachförderung anbieten, auf Schulen, die begabungsgerecht und individuell fördern, auf die duale Berufsausbildung und auf Universitäten, die Exzellenz ermöglichen. Gerade in Nordrhein-Westfalen müssen wir eine solche Bildungskette, die Leistung fördert und Chancen eröffnet, gegen die gleichmacherischen Irrtümer der rot-grünen Landesregierung verteidigen.

Um Entfaltung und Teilhabe der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte weiter zu ermöglichen, brauchen wir eine leichtere Anerkennung von im Ausland abgeschlossenen Berufs- und Hochschulausbildungen. Dieses Potenzial liegt aber noch zu oft brach, während unserem Arbeitsmarkt zunehmend qualifizierte Fachkräfte fehlen. Ein wichtiger Schritt, um hier gegenzusteuern, sind die Anerkennungsgesetze des Bundes und der Länder für im Ausland erworbene berufliche Qualifikationen.

Anerkennung macht aber nur dann Sinn, wenn die Gesellschaft und Staat sich stärker als bisher interkulturell öffnen. In allen Lebensbereichen, im Bereich des ehrenamtlichen Engagements und der Kultur, im Sport und im Gesundheits- und Pflegebereich in Unternehmen, Medien sowie in Politik und Verwaltung profitiert unsere Gesellschaft von der Vielfalt an Begabungen, Prägungen und Kulturen.

---

**Armin Laschet**Stellvertretender Vorsitzender der CDU

---

Mit Anstrengung im Inland allein lassen sich die demografischen Veränderungen nicht aufhalten. Dass zur Erarbeitung des Bruttoinlandsprodukts in absehbarer Zeit rund fünf Millionen Menschen fehlen werden, ist keine Prognose, sondern statistische Realität.

Der Blick in die Zukunft ist es also, der uns heute sorgen muss. Deutschland muss deshalb seine kollektive Körpersprache ändern. Navid Kermani hat es im Deutschen Bundestag so gesagt: Deutschland solle „aus wohlverstandenen Eigeninteresse anderen Menschen eine faire Chance geben, sich um die Einwanderung legal zu bewerben“. Eine solche Steuerung von Zuwanderung wäre eine ganz neue Haltung zur Zuwanderung.

Die Zeit für eine solche Willkommens- und Anerkennungskultur ist reif. Dazu benötigen wir auch eine neue Kultur des Anwerbens, in der jede deutsche Auslandsvertretung, jede Visaabteilung, jede Auslandshandelskammer, jedes Goethe-Institut, jede Ausländerbehörde es als wichtigste Aufgabe ansieht, den klügsten Köpfen der Welt den Weg nach Deutschland zu ebnen. Hierzu sollte ein an Qualifikationen, Berufserfahrungen und Sprachkenntnissen anknüpfendes kriterienorientiertes Zuwanderungsverfahren eingeführt werden.

Moderne Standortpolitik heißt auch, weltweit um die klügsten Köpfe werben. Wer qualifizierte Zuwanderung verweigert, schwächt angesichts unserer älter werdenden Gesellschaft den Standort Deutschland. Derzeit sind die Chancen dafür besonders gut, weil mit Ausnahme der USA in kein Land der Welt so viele Menschen einwandern wie nach Deutschland. Nutzen wir sie!

---

---

Torsten Jäger

Referent beim Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

---

## Vom Sparen am falschen Ende – oder: Integration hat ihren Preis

*„Integration ist eine dauerhafte politische und gesellschaftliche Aufgabe, die alle im Land lebenden Menschen betrifft. Integrationsförderung soll den Zuwanderern eine gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben ermöglichen und für Toleranz, Akzeptanz und wechselseitigen Respekt zwischen den Bevölkerungsgruppen werben.“*

Diesen Integrationsbegriff und diese Erwartungen an die Förderung der Integration hat die „Zuwanderungskommission“ unter der Leitung der ehemaligen Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth der Politik schon im Jahr 2001 ins Stammbuch geschrieben. Wer es damit ernst meint, muss unter anderem

- Menschen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft an Wahlen und Volksentscheiden teilnehmen lassen, wenn sie dauerhaft in Deutschland leben;
- Menschen unabhängig von Sprachnachweisen und dem Bezug von Transferleistungen das Recht auf ein Leben in der Familieneinheit zuerkennen;
- das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen, das Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge langjährig zu einem Leben ohne ausreichende medizinische und finanzielle Versorgung und in gesellschaftlicher Isolation verpflichtet;
- wirksame rechtliche Instrumente zum Schutz gesellschaftlicher Minderheiten vor Diskriminierung im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt, im privaten Geschäftsverkehr und in staatlichen Einrichtungen schaffen;
- rassistische Einstellungen und Vorurteilsstrukturen durch Aufklärungsarbeit und die Versachlichung von Konflikten aufbrechen und rassistisches Verhalten über das (Straf-)Recht ahnden;
- Strukturen auf allen Hierarchieebenen soweit öffnen, dass Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten nicht nur formal gleiche Zugangsrechte besitzen, sondern darin gemäß ihrem Bevölkerungsanteil tatsächlich repräsentiert sind.

Auch wenn die Integration gesellschaftlicher Minderheiten und insbesondere die Integration von Einwanderer\_innen seit dem Jahr 2000 nicht nur ins Zentrum vieler und meist kontroverser Debatten gerückt, sondern (ohne wesentliches Zutun der Politik) tatsächlich vorangeschritten ist: Von der Erfüllung dieser Erwartungen sind wir noch meilenweit entfernt.

Während ureigene staatliche Aufgaben wie die Ausgestaltung gleichbehandlungs- und damit integrationsfördernder rechtlicher Rahmbedingungen vernachlässigt werden, vergibt die Politik die Integrationsförderung bzw. das, was sie darunter versteht, zunehmend als Auftragsarbeit an private zivilgesellschaftliche Träger. Dagegen ist im Grundsatz wenig einzuwenden. Die Erfahrung lehrt, dass Viele hierzulande vieles besser können und zu vielem besser berufen sind als staatliche Stellen. Nicht die Privatisierung der Integrationsförderung an sich ist also das Problem, sondern die Tatsache, dass die Politik es auch hier unterlässt, der Zivilgesellschaft taugliche, verlässliche, dauerhafte und nachhaltige rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen breitzustellen – mit dauerhafte und nachhaltige rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen breitzustellen – mit nachteiligen und oftmals kontraproduktiven Folgen für das von der damaligen Integrationsbeauftragten Prof. Maria Böhmer ausgerufene „Integrationsland Deutschland“.

### Beispiel „Abbau von rassistischen Einstellungen“

Seit über einem Jahrzehnt ermitteln repräsentative Befragungen die Einstellungen und Haltungen der deutschen Bevölkerung gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten. Die Befunde sind dramatisch: Ablehnende Haltungen gegenüber Nicht-Deutschen, Muslimen, Flüchtlingen, Juden, Roma, Schwarzen Menschen, Obdachlosen und Empfängern staatlicher Transferleistungen sind nicht nur am Rand, sondern besonders in der Mitte der Gesellschaft fest verankert. Solche Vorurteile, Stereotype und Ressentiments entfalten Wirkung: Sie werden von gewaltbereiten Rassisten als Legitimation für ihre Verbrechen instrumentalisiert, von rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen als Mobilisierungsthemen benutzt und finden ihren Niederschlag auch im Alltag. Diskriminierungen finden sich bei der Arbeits- und Wohnungssuche, im Bildungssystem, bei Behörden oder auf der Straße.

Die Bearbeitung von rassistischen Vorurteilsstrukturen ist deshalb ein wesentlicher Beitrag zur Integrationsförderung durch die Überwindung der gesellschaftlichen Ausgrenzung von Minderheiten. Zivilgesellschaftliche Einrichtungen und kommunale Initiativen haben in den letzten Jahrzehnten unter anderem durch Information, Dialog und Begegnung, durch Fortbildungsangebote und Sensibilisierungsmaßnahmen viel dazu beigetragen, rassistische Stereotype zu hinterfragen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.

Dieses präventive Engagement in der vorschulischen Erziehung, der schulischen Bildung, der beruflichen Ausbildung sowie in Betrieben und Behörden wird von staatlichen Stellen bislang nicht ausreichend unterstützt und oftmals sogar erschwert oder diskreditiert. Ein Beispiel hierfür ist die von der christlich-liberalen Vorgängerregierung eingeführte »Extremismusklausel«, mit der Initiativen gegen Rassismus und Rechtsextremismus in den letzten Jahren unter einen Generalverdacht gestellt und in ihrer Arbeit behindert wurden.

**Viele zivilgesellschaftliche Organisationen und Einrichtungen, die sich für die Bearbeitung von rassistischen Einstellungen einsetzen, haben trotz hoher Expertise keine gesicherte Finanzierung oder werden nur unregelmäßig und unzuverlässig über kurzfristige Modellprojekte gefördert. Das in diesen Projekten erworbene Erfahrungswissen und qualifiziertes Personal gehen deshalb regelmäßig verloren.**

### Beispiel Berufsanerkennung

Vor zwei Jahren trat das „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ als Maßnahme für Gleichbehandlung, vor allem aber als Baustein im Kampf gegen den Facharbeiter\_innen-Mangel Kraft. Es schaffte einen Rechtsanspruch auf Überprüfung der Gleichwertigkeit eines ausländischen Berufsabschlusses mit dem deutschen Referenzberuf. Die Bundesregierung ging damals von etwa 300.000 in Deutschland lebenden Personen aus, die von diesem Gesetz profitieren und ihren Abschluss als gleichwertig anerkennen lassen könnten. Im ersten Jahr nach Inkrafttreten gingen jedoch nur rund 30.000 Anträge bei den im Gesetz mit der Prüfung von Anerkennungsanträgen beauftragten Kammern ein. Rund 90 % der Migrantinnen und Migranten nutzten die Möglichkeit also bislang nicht. Die Frage nach dem hauptsächlichen „warum?“ ist einigermaßen leicht zu beantworten: Der Gesetzgeber hat eine Gebührenfreiheit in dem Anerkennungsverfahren nicht vorgesehen.

**Statt die mit der Durchführung der Prüfung beauftragten Kammern finanziell so auszustatten, dass die ihren gesetzlichen Auftrag unentgeltlich erfüllen**

Torsten Jäger

Referent beim Initiativsausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

**können, hat er die mit einem Antrag auf Berufsanerkennung verbundenen Gebühren von bis zu 600,00 den Antragstellern auferlegt. Und dabei bleibt es in der Regel nicht, denn auch die Kosten für die Beschaffung beglaubigter Dokumente und Kopien im Antragsverfahren hat der Antragsteller zu tragen.**

### Beispiel „Integrationskurse“

Integrationskurse als Maßnahme zum Erwerb deutscher Sprachkenntnisse für ausländische Staatsangehörige wurden 2005 im Rahmen des sogenannten „Zuwanderungsgesetzes“ eingeführt. Neueinwanderer\_innen, aber auch sogenannte „Bestandsausländer\_innen“ können unter bestimmten Voraussetzungen zu einem Integrationskurs verpflichtet werden. Die Kurse sollen die sprachliche Handlungsfähigkeit von Migrant\_innen im Deutschen fördern und ihnen damit gleiche gesellschaftliche Teilhabechancen ermöglichen.

Ein hohes Ziel, das hohe Anforderungen an die finanzielle Ausstattung und die strukturelle Ausgestaltung der Kurse und nicht zuletzt an die Lehrkräfte rechtfertigt, die bei den mit der Kursdurchführung beauftragten freien Bildungsträgerorganisationen zum Einsatz kommen. Der Gesetzgeber verlangt nicht weniger ein abgeschlossenes Studium, eine Zusatzqualifikation „Deutsch als Fremdsprache“, regelmäßige Fortbildung und die Lizenzierung als Prüfer. Die besten Köpfe also sind gefragt und die – sollte man meinen – haben ihren Preis.

Doch die Integrationskurs-Wirklichkeit sieht anders aus: „Selbst in einem Call-Center hat man ein besseres und sichereres Einkommen als in den staatlichen Deutschkursen“, sagt Georg Niedermüller von der „Initiative Bildung Prekär (IBP)“. Zur Erfüllung des staatlichen Auftrags der Vermittlung von Deutsch- und Landeskenntnissen überweist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge den Trägern nicht mehr als 2,94 Euro pro Teilnehmenden und Unterrichtseinheit.

Für die in der Regel auf Honorarbasis beschäftigten Dozent\_innen bleibt am Ende eines Monats ein Nettolohn von oft weniger als 1.000 Euro. Eine finanzielle Absicherung im Fall der Arbeitsunfähigkeit oder beim Ausfall von Kursen gibt es nicht. Es kann vor diesem Hintergrund kaum überraschen, dass viele Lehrkräfte die prekäre Beschäftigungssituation bei erster Gelegenheit hinter sich lassen und die Dozent\_innen-Fluktuation dementsprechend hoch ist. Die Auswirkungen auf die Qualität des Integrationskursangebots sind nachvollziehbarerweise fatal.

### Was wir brauchen

Statt des gegenwärtig zu konstatierenden integrationspolitischen Stückwerks ohne ausreichende und verlässliche finanzielle Ausstattung der mit der Durchführung von Maßnahmen beauftragten Trägerorganisationen brauchen wir eine umfassende und handlungsorientierte Politikstrategie, die Vielfalt, Gleichstellung und Gleichbehandlung fördert. Ein solcher Politikansatz muss als Mainstreaming-Strategie alle Politikfelder umfassen und ist im Bund, in den Ländern und auf kommunaler Ebene gemeinsam von staatlichen Stellen und der Zivilgesellschaft zu gestalten.

Von besonderer Bedeutung sind dabei zum einen die Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen, die auf Gleichbehandlung und Förderung der Integration abzielen und zum anderen eine grundsätzliche Neuausrichtung der öffentlichen Finanzierung der Integrationsförderung. Organisationen und Strukturen, die sich in den hierbei relevanten Handlungsfeldern engagieren, müssen zukunfts fest gefördert werden. Die dauerhafte Bereitstellung ausreichender Mittel für die Integrationsförderung durch zivilgesellschaftliche Strukturen kann nicht über einzelne zeitlich begrenzte Förderlinien und Programme erfolgen, sondern ist über Regelfinanzierungen zu gewährleisten.

Gregor Gysi

Bundestag-Fraktionsvorsitzender, Die Linke

## Anmerkungen zur Migrationspolitik



Zur Klarstellung. Ich betrachte Integration nicht als Problem in einer Bevölkerungsgruppe oder Religionsgemeinschaft. Im Gegenteil! Wer sagt, Integrationsprobleme sind Probleme der Menschen mit Migrationshintergrund, der grenzt bereits aus. Das brauchen wir nicht.

Gleichwohl gibt es Abschottungsphänomene. Klärungsbedürftig ist daher die Frage, welche Ursache sie haben. Tatsache ist, die deutsche Mehrheitsgesellschaft gewährt Menschen mit Migrationshintergrund noch immer nicht gleiche Rechte und nicht gleiche Teilhabe. Die soziale Partizipation ist eingeschränkt. Da liegt die Ursache, und die muss beseitigt werden.

Aber es gibt immer wieder gegenläufige Bestrebungen. Ich nenne ein Beispiel. Selbstverständlich bin ich ein Gegner von sogenannten Zwangsheiraten. Ich wünsche mir aber eine Gesellschaft, in der alle Formen der offenen und versteckten Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen so offen angesprochen, kritisiert und geahndet werden, wie dies bei den Zwangsheiraten der Fall ist. Dann würde nämlich deutlich werden, dass Gewalt gegen Frauen und Mädchen ein gesellschaftliches Problem in allen sozialen Gruppen unserer Gesellschaft ist, das lediglich in unterschiedlichen Formen auftritt. Bei allen möglichen sozialen Problemen stellt man fest, wenn man es will, dass es nicht um migrationspezifische Probleme handelt, auch wenn sie in dieser Gruppe zuweilen verstärkt auftreten mögen.

Was der deutschen Gesellschaft (noch) fehlt, ist eine positive Einstellung zur Migration. Wenn die Bundesregierung sich im Koalitionsvertrag dazu bekennt, dass sie ein Willkommensklima schaffen möchte, räumt sie ein, dass diese positive Grundhaltung fehlt. Wie sehr sie fehlt, zeigen nicht enden wollende Debatten über „Leitkultur“, stetige Ermahnungen über die Anerkennung der deutschen Rechts- und Verfassungsnormen, das permanente Abverlangen von eigenen Integrationsbemühungen, auch der stets erhobene Vorwurf der Integrationsverweigerung. Und das zeigt auch, dass Leute wie Sarrazin immerhin mit ihrer Hetze gut genug ankommen um Geld zu verdienen. Wer an einem solchen Klima festhalten will oder nicht geeignete Maßnahmen ergreifen will, der betreibt Migrationsverweigerung, der fördert Abschottungen und beklagt dann scheinheilig „Parallelgesellschaften“.

Gregor Gysi

Bundestag-Fraktionsvorsitzender, Die Linke

In Berlin haben über 40 Prozent, also fast die Hälfte, der unter 18-Jährigen einen Migrationshintergrund. Es wirkt daher schon etwas abenteuerlich, noch von „Mehrheit“ und „Minderheit“ zu sprechen. In Berlin jedenfalls hat man unter der Rot-Roten Regierung andere Wege beschritten. Berlin war das erste Bundesland, das sich ein Integrationsgesetz gegeben hat und damit Integration zur gesellschaftlichen Aufgabe erklärt hat. Und, eine ganz andere „Baustelle“, Berlin hat die Hauptschule abgeschafft. Denn diese Schule stigmatisierte. Den Kindern wurde gesagt: ihr habt keine Zukunft. Aber genau das darf noch richtig sein, Menschen so früh in ihrem Leben die Zukunft abzusprechen. Durch eine Reihe von bildungspolitischen Maßnahmen konnte die Schulabbrecherquote unter den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund um 50 Prozent gesenkt werden. Sicher, das reicht nicht. Aber es zeigt, dass der politische Wille vorhanden sein muss, etwas auch wirklich ändern zu wollen, damit sich auch etwas ändert. In der „Taz“ las ich neulich einen Bericht über die ehemalige Rütli-Schule. Vom ersten Abschlussjahrgang gingen 18 Absolventen mit dem Abitur von der Schule und 5 mit einer Fachhochschulreife. Nur 2 Kinder hatten seinerzeit eine Abiturempfehlung. Und – gab es früher eine Abbrecherquote von 20 Prozent, so heute von 5. Der Leistungsdurchschnitt hält sich sehr nahe am allgemeinen Neuköllner Durchschnitt. Sicher, diese Schule ist besonders intensiv gefördert worden. Aber das spricht nicht gegen diese Schule, sondern zeigt, wozu unser Bildungssystem in der Lage wäre, wenn es den politischen Willen dazu gäbe. Und der Aufwand an Geld, der zweifellos groß wäre, wäre jedenfalls gut investiert. Ganz nebenbei: 86 Prozent der Schüler an dieser Schule besitzen einen Migrationshintergrund, 78 Prozent sind lernmittelbefreit.

Von hier aus lässt sich bereits zeigen, wie sehr die Fokussierung der Integrationspolitik auf den Spacherwerb an der Sache vorbeigeht. Natürlich ist die Kenntnis der Sprache des Landes, in dem ich lebe, wichtig, um mich in diesem Land in jeder Hinsicht besser bewegen zu können. Aber im Sprachkurs lernt man immer nur einige Elemente. Wirklich lernt man die Sprache doch erst durch den alltäglichen Kontakt mit den native speakers. Und der findet vorrangig im Arbeitsleben statt. Solange hier Integrationshemmungen seitens der Mehrheitsgesellschaft bestehen, wird es beim Jetztzustand bleiben. Das im Deutschkurs Erlernte wird sehr schnell wieder einschlafen, wenn es nicht täglich abgefordert und vertieft wird. Wenn die Integrationspolitik diesen Gedanken verstehen würde, wäre Einiges gewonnen. Besonders diskriminierend ist der Sprachnachweis als Bedingung für den Ehegattennachzug. Der EuGH hat dagegen geurteilt, allerdings beinhaltet die Urteilsbegründung alles andere als eine generelle Kritik an dieser Praxis. Aber sie ist falsch, und meine Partei lehnt sie zu Recht ab.

Wichtig ist, dass die Anerkennung von Berufsabschlüssen endlich stattfindet. Wenn man das nicht tut, hält man nicht nur Menschen vom Arbeiten ab, man lässt auch menschliche Ressourcen ungenutzt. Über diese Dinge wird viel diskutiert, aber es fehlt einfach an politischer Entschlossenheit. Warum öffnen wir nicht die öffentlichen Institutionen für Menschen mit Migrationshintergrund? Das betrifft den öffentlichen Dienst ebenso wie die kulturellen und Medieninstitutionen. Auch das würde den Menschen die Identifikation mit dem Leben in dieser Gesellschaft erheblich erleichtern. Und es würde den Nicht-Migranten deutlich machen, wie normal Migration ist.

Schließlich geht es um die politische Integration. Viele Menschen mit Migrationshintergrund wollen hier leben und auch deutsche Staatsbürger sein. Sie wollen aber nicht die Verbindungen zu einem Land abbrechen, dem sie sich auch verbunden fühlen. Das verlangen aber jene, die für eine Ein-Pass-Politik plädieren. Manchmal gibt es auch handfeste ökonomische Gründe, nicht auf einen zweiten Pass neben dem deutschen verzichten zu wollen. Ich halte diese Gründe für akzeptabel. Niemandem dürfen Nachteile zugemutet werden, wenn er deutscher Staatsbürger werden möchte. Auch empfinde ich die gebetsmühlenartige Wiederholung von Appellen, die künftigen deutschen Staatsbürger mögen sich doch bitte zur Verfassung und zum Recht bekennen, als Zumung.

---

**Gregor Gysi**Bundestag-Fraktionsvorsitzender, Die Linke

---

Erstens unterstellt das, als würde eine Gefahr für Recht und Verfassung von einer bestimmten Bevölkerungsgruppe ausgehen, was Unsinn ist. Zweitens folgt aus einem bloßen Bekenntnis überhaupt nichts und drittens sind die einzigen, die an die Verfassung gebunden sind, die Staatsorgane und die Politikerinnen und Politiker, wenn sie Recht setzen. Das mag der CSU vielleicht zu hoch sein, aber so ist es.

Unsere Gesellschaft tritt den Migrantinnen und Migranten nicht offen gegenüber. Sie wittert Gefahren und sie spricht ihr „Willkommen!“ immer nur mit Einschränkungen aus. Sie schottet sich ab gegen Flüchtlinge, sie ist aber ökonomisch an im Ausland angeworbenen hochqualifizierten Arbeitskräften interessiert. Ökonomische Nützlichkeit, die keine eigenen Anstrengungen erfordert seitens der deutschen Gesellschaft, das ist das Markenzeichen deutscher Einwanderungspolitik. Das bekommen die hier lebenden Migrantinnen und Migranten zu spüren, jeden Tag aufs Neue.

Insbesondere der Linkspartei ist zu verdanken, gerade in Berlin gezeigt zu haben, dass man etwas ändern kann, wenn man etwas ändern will. Entscheidend für das Herangehen meiner Partei an die Integrationsproblematik ist, dass wir Integrationsprobleme nicht als Probleme mit Migrantinnen und Migranten auffassen, sondern als Ausdruck tief liegender sozialer und politischer Probleme der deutschen Gesellschaft sehen.

---

## Von der früheren Ausländerkriminalität zur heutigen Migrantenkriminalität

Bevölkerungsumfragen zeigen, dass unter der deutschen Bevölkerung das Stereotyp des kriminellen Ausländers seit den 1990er Jahren weit verbreitet ist. Die Aussage „Ausländer begehen häufiger Straftaten als die Deutschen“ wurde 2006 nur von einer Minderheit – 31% der Ostdeutschen und 36% der Westdeutschen – abgelehnt; fast die Hälfte der Bevölkerung – jeweils 45% in Ost und West – stimmten ihr zu. Entsprechen diese „pictures in our heads“ den „features in the world outside“? – wie der amerikanische Sozialwissenschaftler Walter Lippman in seinem Klassiker „Public Opinion“ (1922) bereits vor fast 100 Jahren gefragt hat?

Leider erfassen die offiziellen Statistiken und die Forschung zur Kriminalität nur sehr unzureichende Ausschnitte aus der „kriminellen Realität“ des deutschen Einwanderungslandes. So sind die offiziellen Kriminalstatistiken – z.B. die jährlich erscheinende und häufig zitierte „Polizeiliche Kriminalstatistik“ (PKS) – weiterhin reine Ausländerstatistiken geblieben, obwohl man seit fast einem Jahrzehnt weiß, dass in Deutschland mehr Deutsche mit Migrationshintergrund – vor allem Eingebürgerte und deren Nachkommen sowie (Spät-)Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa – leben als Ausländer. Nach der letzten Volkszählung im Jahr 2011 sind von den 15 Millionen Migranten nur 6.2 Millionen Ausländer.

Der zweite große Nachteil des Ausländerbegriffs in den offiziellen Kriminalstatistiken ist sein unzureichendes Differenzierungsvermögen. Mit der pauschalen Kategorie „Ausländer“ bzw. „Ausländerkriminalität“ werden Gruppen in einen Topf geworfen und miteinander vermischt, die auseinandergehalten werden müssen. Um Missverständnisse, falsche Verallgemeinerungen und Vorurteile zu vermeiden, ist es wichtig, mindestens die vier folgenden Gruppen getrennt zu analysieren: Arbeitsmigranten und ihre Familien, Asylbewerber und Flüchtlinge, Illegale sowie kriminelle Grenzgänger – die PKS nennt Letztere „Touristen/Durchreisende“. Sie überschreiten die Grenze, um auf deutschem Gebiet Straftaten zu begehen, wohnen aber nicht in Deutschland – sie sind also keine Migranten. Diese vier Gruppen halten sich nicht nur aus völlig unterschiedlichen Motiven in Deutschland auf, auch ihre Lebensperspektiven, ihre Lebensbedingungen und Lebenschancen (z. B. der Grad ihrer Integration) unterscheiden sich grundlegend. Entsprechend unterschiedlich ist auch ihre Kriminalitätsbelastung. Der pauschale Begriff „Ausländer“ verwischt diese wichtigen Unterschiede.

Trotz dieser Unzulänglichkeiten wurden die hohen Anteile der „Ausländer“ in der PKS von vielen Spitzenpolitikern und Medien in den 1990er Jahren in die Öffentlichkeit getragen und dann auch noch in völlig unzulässiger Weise mit den Ausländer-Anteilen in der Bevölkerungsstatistik verglichen. Die Warnungen vor der angeblich so hohen „importierten Kriminalität“ der Ausländer passten gut in den damaligen öffentlichen Diskurs über Zuwanderung, der von dem Slogan „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ dominiert wurde.

Differenzierte Analysen der PKS zur kriminellen Belastung der ausländischen Arbeitsmigranten fördern für die 1990er Jahre zwei wichtige Sachverhalte zutage:

1. Ausländische Arbeitsmigranten und ihre Familien – darunter auch viele Gastarbeiter aus der Türkei und Ex-Jugoslawien – halten sich mindestens genauso gut an die Gesetze wie Deutsche. 1993 war ihr Anteil unter den Tatverdächtigen etwas niedriger als ihr Anteil unter der Wohnbevölkerung. Und dies – obwohl tatverdächtige Ausländer erheblich häufiger bei der Polizei angezeigt werden als tatverdächtige Deutsche.

2. Kriminalität und Kriminalisierung einer Gruppe hängen stark mit ihrer Soziallage zusammen – mit ihrer Zusammensetzung nach Qualifikationsniveau und Berufsstatus, nach Alter und Geschlecht sowie mit ihrer Wohnregion. Insbesondere Geringqualifizierte und Statusniedrige, aber auch Jugendliche und Heranwachsende, Männer sowie Großstadtbewohner sind häufiger als Tatverdächtige bei der Polizei registriert als Hochqualifizierte und Statushohe, Erwachsene, Frauen oder Landbewohner. Ein angemessener Gruppenvergleich muss daher die Unterschiede in ihrer Soziallage beachten. Mehrere Studien kommen dabei zu dem Ergebnis, dass ausländische Arbeitsmigranten und ihre Familien erheblich gesetzestreu sind als Deutsche mit einer vergleichbaren Soziallage.

Die Situation im Jugendstrafvollzug von Nordrhein-Westfalen des Jahres 1997 betätigt diese These. 37% der Häftlinge waren Ausländer, Dreiviertel von ihnen (28%) gehörten zur ausländischen Wohnbevölkerung. Da Ausländer unter der gleichaltrigen Wohnbevölkerung nur 19% stellten, waren sie also um etwa die Hälfte überrepräsentiert. Berücksichtigt man allerdings ihre Soziallage, dann sitzen junge Deutsche erheblich häufiger hinter Gittern als junge Ausländer. Fast alle (96%) ausländischen Häftlinge mit Wohnsitz in Deutschland hatten keine Berufsausbildung abgeschlossen und 74% von ihnen waren zum Zeitpunkt der Straftat arbeitslos. Da im Vergleich zu den deutschen Gleichaltrigen viermal so viele Ausländer ohne beruflichen Bildungsabschluss geblieben waren, müsste ihre Mehrbelastung erheblich höher gewesen sein. Die hohe Quote der Ausländer im Jugendstrafvollzug ist also eine Folge der Ausbildungs- und Integrationsdefizite der Nachkommen von Arbeitsmigranten und ehemaligen Gastarbeitern.

Auch eine Studie zu den verurteilten Straftätern in der Schweiz, wo „Fremdarbeiter“ – wie sie die Schweizer nennen – früher und zahlreicher als in Deutschland für niedrigqualifizierte Arbeiten angeworben wurden, kommt in den 1990er Jahren zu diesem Ergebnis: Ausländer werden seltener verurteilt als Schweizer mit vergleichbarer Soziallage, sie sind „hoch konform“ und werden seltener kriminell als Schweizer.

Für die größere Gesetzestreue der Ausländer mit vergleichbarer Soziallage liefern arbeitswissenschaftliche Studien eine plausible Erklärung: Ausländische Arbeitnehmer sind bescheidener in ihren Ansprüchen, sie sind anpassungswilliger, sie finden sich mit belastenden Arbeits- und Lebensbedingungen eher ab. Obwohl sie überproportional häufig Nacht- und Schichtarbeit sowie belastende und gefährliche und wenig Selbstgestaltung und Mitentscheidung erlaubende Tätigkeiten verrichten und auch häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind als Deutsche, sind sie mit ihrer Arbeit genauso zufrieden wie ihre deutschen Kollegen.

Seit der Jahrtausendwende liegen mehrere Studien zur Jugendkriminalität vor. Sie vermitteln genauere Einblicke in die Migrantenkriminalität, weil sie nicht nur Ausländer und Deutsche, sondern auch junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden und weil sie auch das sogenannte Dunkelfeld des kriminellen Verhaltens ausleuchten, das den offiziellen Kriminalstatistiken verborgen bleibt.

Dunkelfeldanalysen aus den 1980er Jahren zeigen, dass Jugendliche ohne deutschen Pass gar nicht oder nur sehr geringfügig höher kriminell belastet waren als Deutsche.

Auch heute unterscheiden sich Jugendliche mit Migrationshintergrund beim Begehen von einfachen und mittelschweren Delikten wie z.B. Sachbeschädigung oder (Laden-) Diebstahl kaum von den jugendlichen Einheimischen. Eine Ausnahme bilden allerdings schwere Gewaltdelikte und Mehrfachgewalttäter, die sich häufig zu kriminellen ethnischen Banden zusammenschließen. Ihre brutale Gewalt beherrscht die Schlagzeilen und erregt hohe öffentliche Aufmerksamkeit. Beteiligt sind insbesondere junge Menschen aus arabischen Ländern, aus der Türkei, aus Italien und aus dem früheren Jugoslawien sowie Albanien, etwas abgeschwächt auch solche aus der früheren Sowjetunion, darunter viele aus deutschen Spätaussiedlerfamilien.

Bei der Frage nach den Ursachen wird auf Gewalterfahrungen in den Familien und auf gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen („Kultur der Ehre“, „Macho-Gehabe“) hingewiesen. Wichtiger sind jedoch Erfahrungen der Ausgrenzung, gravierende ökonomische Integrationsdefizite (Arbeitslosigkeit, Armut) sowie insbesondere die weiterhin sehr ausgeprägte Bildungsbenachteiligung.

Aufschlussreich sind die Ergebnisse einer Langzeitstudie zu Duisburg, der „türkischsten“ Stadt in Deutschland, wo etwa ein Fünftel der Schüler aus türkischstämmigen Familien stammt. Die männlichen 13 – 20jährigen mit türkischem Migrationshintergrund begehen nicht häufiger Gewaltdelikte und sind unter den Mehrfachgewalttätern (mindestens 5 Gewaltdelikte) nicht häufiger vertreten als gleichaltrige Einheimische. Es gibt Hinweise darauf, dass diese Situation auch ein Erfolg der Duisburger Schulpolitik ist: Jugendlichen türkischer Herkunft gelingt ähnlich häufig wie Einheimischen ein Übergang in die gymnasiale Oberstufe – meist in einer Gesamtschule, während Einheimische häufiger ein Gymnasium besuchen.

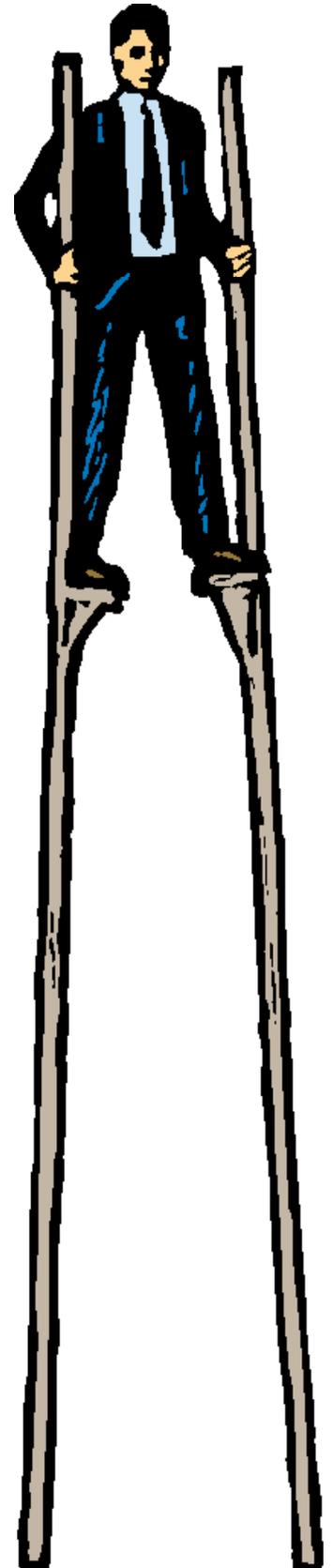
Ähnliche Erfahrungen liegen aus Hannover vor. Zwischen 1998 und 2006 ist unter türkischstämmigen Schülern der 9. Klasse der Anteil der Mehrfachgewalttäter von 15 auf 7 Prozent zurückgegangen, während die Quote der Gymnasiasten von 9 auf 15 Prozent und der Realschüler von 44 auf 55 Prozent gestiegen ist. Offensichtlich verschwinden kriminelle Besonderheiten von jungen Migranten, wenn diese angemessen in das Bildungssystem und – damit zusammenhängend – in den Arbeitsmarkt integriert werden. Auf diese Problematik hatte Heinz Kühn, der erste Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, bereits vor dreieinhalb Jahrzehnten in seinem Memorandum von 1979 hingewiesen.

## Gibt es in Deutschland einen Fachkräftemangel?

Jedes Mal, wenn sich die Konjunktur in Deutschland von einem Abschwung erholt und die Produktion wieder etwas Fahrt aufnimmt, klagen Unternehmen und ihre Verbände über einen angeblichen Mangel an Fachkräften. Dies ist ein schon seit Jahrzehnten bekanntes Ritual. In den letzten Jahren ist hinzugekommen, dass drohend auf den künftigen demografischen Wandel hingewiesen wird. Die Gesellschaft wird immer älter und immer weniger Jugendliche rücken auf dem Arbeitsmarkt nach, denn schon seit längerer Zeit sind die Geburtenraten viel zu klein. Verkannt wird allerdings, dass der demografische Wandel schon längst im Gange ist. In der Zeit von 2000 bis Ende 2012 hat die Zahl der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren, also bei den als erwerbsfähig angesehenen Alterskohorten, um 2,7 Mio. abgenommen. Die Zahl der Arbeitskräfte, die einen Job haben oder einen suchen, ist dagegen in der selben Zeit um 1,5 Mio. gewachsen. Was ist passiert? Nur das, was man eigentlich hätte erwarten können: Das marktwirtschaftliche Wirtschaftssystem und die Gesellschaft haben flexibel auf die Veränderungen reagiert. Einen starken Anstieg bei der Zahl der Erwerbspersonen gab es insbesondere unter den Personen ab 55 Jahren. Begünstigt wurde die Entwicklung auch dadurch, dass körperlich schwere Arbeit an Bedeutung verliert und dass die älteren Arbeitnehmer von heute besser qualifiziert sind als die älteren Arbeitnehmer vor zwanzig Jahren. Gut qualifizierte Arbeitskräfte identifizieren sich stärker mit ihrer Tätigkeit und bleiben länger im Erwerbsleben. Überdies halten diejenigen Unternehmen, die früher einem regelrechten Jugendkult anhängen, nun länger an ihren Mitarbeitern fest. Kurzum: Die demografischen Veränderungen waren zwar deutlich wirksam, sie haben aber nicht zu einer Verringerung des Arbeitskräftepotentials geführt.

Wenn auf dem Markt etwas knapper wird, dann sieht man das schnell anhand von steigenden Preisen. Werden Arbeitskräfte knapp, müssten die Löhne steigen. Das sind sie aber nicht. Deutschland weist auch im europäischen Vergleich seit der Jahrtausendwende eine eher schwache Lohnentwicklung auf. Seit 2000 sind die Bruttostundenlöhne im Durchschnitt real um gerade einmal 0,3% pro Jahr gestiegen; im Jahr 2013 war der Anstieg mit 0,9% zwar größer, aber auch nur schwach. Bei Fachkräften sanken sogar die realen Stundenlöhne zuletzt. Für einen aktuellen Mangel spricht diese Entwicklung gewiss nicht.

In Deutschland gibt es ein System der Berufsausbildung, das ansonsten nur noch in anderen mitteleuropäischen Ländern (Schweiz, Österreich) zu finden ist. Zum einen wird – wie überall auf der Welt – der akademische Nachwuchs in den Hochschulen ausgebildet, zum anderen gibt es das duale System für den Erwerb einer mittleren Qualifikation. Hier werden die jungen Leute, die Lehrlinge, vor allem in den



Karl Brenke

DIW, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Betrieben von Unternehmen ausgebildet und besuchen zusätzlich für einige Tage eine Berufsschule. Die Universitäten sind derzeit so voll wie nie zuvor in Deutschland. Es hat geradezu einen Run gegeben, insbesondere hin zu naturwissenschaftlichen Fächern, zu Informatik und insbesondere hin zu den Ingenieurwissenschaften. Es dürfte schwierig werden, all die Studienabsolventen in den nächsten Jahren auf dem Arbeitsmarkt unterzubringen. Die Zahl der Bewerber um einen Ausbildungsplatz nimmt dagegen ab – weil die Zahl der Jugendlichen demografisch bedingt kleiner wird und weil immer mehr Jugendliche studieren wollen. Derzeit hält sich die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und deren Angebot noch die Waage. In einigen Regionen fällt es aber manchen Unternehmen bereits schwer, hinreichend schulisch qualifizierte Lehrlinge zu finden.

Gleichwohl gibt es Möglichkeiten, solchen Knappheiten entgegen zu wirken. Ansatzpunkt muss vor allem die Berufswahl sein, die sich auf zu wenige Berufe konzentriert. Viele Jugendliche streben einen Beruf an, den sie aus ihrer Alltagserfahrung, dem Freundeskreis oder aus ihrer Familie kennen. Es gibt Berufe, die regelrecht in Mode sind. Dazu gehören bei den Mädchen etwa die Friseurin oder bei den Jungen der KFZ-Mechaniker sowie der Maler oder Lackierer. Allerdings sind die Berufschancen in manchen dieser Berufe keineswegs gut. Zudem zeigt sich, dass etwa ein Viertel aller Jugendlichen die Berufsausbildung abbricht. Das dürfte auch an einer falschen Berufswahl liegen. Es kommt daher darauf an, die Jugendlichen besser auf das Arbeitsleben vorzubereiten und sie für Berufe zu interessieren, die sie gar nicht oder nicht genügend kennen, die aber vermutlich künftig gebraucht werden. Überdies müsste in Deutschland die Frage aufgeworfen werden, ob es sinnvoll ist, dass die Hälfte eines Altersjahrganges eine akademische Ausbildung anstrebt. Natürlich: Ingenieure, Ärzte oder Informatiker werden auch in der Zukunft gebracht. Aber ob so viele Geistes- und Sozialwissenschaftler gebraucht wie ausgebildet werden, ist doch sehr zweifelhaft.

Auch wenn man zu einer besseren Berufswahl kommt, könnten Fachkräfte in der Zukunft knapper werden. Denn die demografische Entwicklung wird sich zuspitzen. Ab jetzt wachsen Jahr für Jahr die geburtenstarken Alterskohorten der nach dem zweiten Weltkrieg Geborenen immer mehr ins Rentenalter hinein. Es wird schwer fallen, diesen Effekt dadurch aufzufangen, dass die Älteren länger im Erwerbsleben bleiben. Zum Teil wird es aber gewiss möglich sein. So hat sich schon in der Vergangenheit gezeigt, dass selbst von den Personen mit einem Alter von 65 und mehr Jahren ein zunehmender Teil erwerbstätig bleibt. Deren Zahl ist im Laufe der letzten zehn Jahre um eine halbe Million gestiegen und hat sich somit verdoppelt. Würden Arbeitskräfte merklich knapper, würde zudem weitere Anpassungsmechanismen in Gang gesetzt. Weil die Unternehmen die Knappheiten in Form stark steigender Löhne zu spüren bekämen, würden sie rasch Gegenmaßnahmen ergreifen. Die Unternehmen würden vermehrt auch Jugendliche auch mit schlechten Schulzeugnissen ausbilden. Beschäftigte würden vermehrt weitergebildet – auch um ausscheidende Fachkräfte zu ersetzen. Nicht zuletzt würden Rationalisierungsmaßnahmen ergriffen, um Arbeitskräfte einzusparen. Insofern hätte eine Knappheit an Arbeitskräften auch positive Folgen, denn die Unternehmen müssten innovativer werden. Sind dagegen reichlich Arbeitskräfte vorhanden, macht das nur träge. Und natürlich würde auch versucht werden, mehr Arbeitskräfte aus dem Ausland anzuwerben.

Allein die EU bietet ein riesiges Reservoir an Arbeitskräften – von 200 Mio. (ohne Deutschland). Und es hat auch in den letzten Jahren verstärkte Zuwanderungen gegeben. Nachdem in den Jahren 2008 und 2009 noch genauso viele Personen weggezogen wie zugezogen waren, gab es danach kräftige Wanderungsgewinne für Deutschland im Austausch mit der EU – im Jahr 2013 beliefen sie sich auf 300.000 Personen. Der deutsche Arbeitsmarkt ist für die allermeisten EU-Bürger offen; Einschränkungen für eine gewisse Zeit gibt es noch für Rumänen, Bulgaren und Kroaten. Überdies können Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten zuwandern; allerdings müssen sie ein bestimmtes

Mindesteinkommen erzielen. Die Zuwanderungen nach dieser Regel hielten sich bisher aber in engen Grenzen. Das liegt aber wohl nicht daran, dass die Mindesteinkommen zu hoch, sondern eher daran, dass sie zu niedrig sind. So glaubt man, dass Ärzte oder Ingenieure für ein Gehalt in Deutschland arbeiten würden, das dem Lohn eines Facharbeiters entspricht. Weitgehend abgeschottet ist dagegen der Arbeitsmarkt für Arbeitskräfte ohne Berufsausbildung aus Nicht-EU-Ländern. Das ist auch insofern sinnvoll, weil Unqualifizierte ohnehin schon schlechte Arbeitsmarktchancen haben und oft arbeitslos sind. Irrational ist dagegen die aufgekommene Diskussion über eine angebliche Zuwanderung in die Sozialsysteme. Die meisten Zuwanderer sind qualifiziert. Und wenn es eine nicht vertretbare Inanspruchnahme von Sozialleistungen geben sollte, wäre das nicht den Zuwanderern zuzuschreiben, sondern der Gestaltung der Sozialleistungen.

## Sarrazin und Pirinçci – Zwei Seiten derselben Medaille?

Lassen wir die Integrationsdebatten der letzten Jahre Revue passieren, so wird deutlich, dass wir nach einer Phase der intensiven Debatten und des migrationspolitischen Aufbruchs nun in eine Phase eingetreten sind, die sich z.T. durch Stagnation auszeichnet.

Mit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes wurden flächendeckend Integrationskurse angeboten, die aus einem Sprach- und einem Orientierungskurs bestehen. Seit dem Jahre 2005 wurden 78.855 solcher Kurse gestartet. Im selben Zeitraum haben 1.036.651 Neu- und Altzuwanderer – freiwillig oder verpflichtet – einen solchen Integrationskurs begonnen.<sup>1</sup> In diesem Kontext wurden Fragen der gesellschaftlichen Integration von Migrantinnen und Migranten lebhaft diskutiert: Welche Rolle spielt der Erwerb der deutschen Sprache im Prozess der Integration? Von welcher Bedeutung ist das Wissen um deutsche Geschichte und deutsche Kultur; von welcher Bedeutung sind Kenntnisse des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland? In welcher Weise können Integrationskurse einen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration leisten? Welche verschiedenen Dimensionen der Integration verbergen sich hinter dem Begriff der Integration? Sollte der Begriff der Integration überhaupt noch verwendet werden? Beinhaltet der Begriff der Integration nicht immer auch eine Defizitperspektive?<sup>2</sup> In welchem Verhältnis steht der Begriff der Integration zum Begriff der Inklusion? Was bedeutet es konkret, wenn Integration verstanden wird im Sinne einer „möglichst chancengleichen Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens“?<sup>3</sup>

Das Jahresgutachten 2014 des „Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration“<sup>4</sup> kommt zu einer recht ambivalenten Einschätzung: Mit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 habe die Bundesrepublik Deutschland einerseits damit begonnen, „Einwanderung aktiv zu steuern“ und habe, u.a. mit der Umsetzung der Hochqualifiziertenrichtlinie der EU, einen „rapiden Politikwechsel von Einwanderungsabwehr zu Einwanderungswerbung vollzogen.“<sup>5</sup> Andererseits lasse sich ein „migrationspolitisches Manko“ konstatieren: es fehle an einer „zuwanderungspolitische(n) Gesamtstrategie“<sup>6</sup>, vor allem auch mit Blick auf die nicht steuerbare Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten. Somit fordert der SVR einen „Nationalen Aktionsplan Migration“ (NAM), der die bereits etablierten politischen Akteure in diesem Politikfeld (das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Bundesinnenministerium, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) mit den neuen Akteuren in diesem Feld zusammenbringe: den Universitäten und Großunternehmen. Im Zuge eine Kooperation der etablierten und der neuen Akteure müsse eine „migrationspolitische Gesamtstrategie“ erarbeitet werden.

Vor allem im Bereich der Bildung seien, so das Jahresgutachten, lediglich vereinzelt Fortschritte erzielt worden. „(D)ies betrifft vor allem die Durchlässigkeit des Schulsystems, die sich in den letzten fünf Jahren kaum erhöht hat, die individuelle Förderung von Schülern und die verbesserte Ausbildung von Lehrern im Umgang mit einer heterogenen Schülerschaft.“<sup>7</sup>

„Verschenkte Chance(n)“ identifiziert der Sachverständigenrat im Bereich der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes. Somit sah das Regierungsprogramm die Abschaffung der „Optionspflicht für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern“ vor. Der Gesetzentwurf, der im Mai 2014 vorgelegt wurde, bezieht sich ausschließlich auf in Deutschland geborene Kinder nicht-deutscher Eltern, die in Deutschland aufgewachsen sind und demnach eine enge Bindung an Deutschland entwickelt haben. Für diese Gruppe soll die Mehrstaatlichkeit hingenommen werden und die Optionspflicht entfallen. Mit Blick auf die Einbürgerung anderer sozialen Gruppen hält die Bundesregierung jedoch an einer Vermeidung einer doppelten Staatsangehörigkeit fest.<sup>8</sup>

Eine weitere Forderung des Sachverständigenrats bezieht sich auf die „bessere Arbeitsmarktintegration von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund“<sup>9</sup> Auch wenn in diesem Bereich - u.a. durch die Verabschiedung des Anerkennungsgesetzes – Fortschritte erzielt werden konnten, sei kritisch anzumerken, dass das Gesetz zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen nur schleppend in den Bundesländern verabschiedet werde und es an Kapazitäten für eine Nachqualifizierung mangle. Erforderlich seien auch weitere Maßnahmen, um den Übergang von der Schule bzw. der Ausbildung in den ersten Arbeitsmarkt zu verbessern. Bei dem Übergang Schule – Beruf handelt es sich nach Einschätzung des SVR um eine „Sollbruchstelle in der Berufslaufbahn“.

Im Laufe der letzten Jahre erschienen immer wieder sog. Sachbücher oder auch Pamphlete zum Themenfeld Migration und Integration, die weit hinter den Erkenntnissen der Migrations- und Integrationsforscher/innen zurückbleiben. Die populärwissenschaftlichen Autoren wollten nicht etwa die Debatte konstruktiv vorantreiben, sondern Vorurteile und Ressentiments schüren und Rassismus verbreiten. Einige Schriften erfüllen sogar alle Voraussetzungen einer *hate speech*.<sup>10</sup>

Konzentrieren möchte ich mich im Folgenden auf die beiden Autoren Thilo Sarrazin und Akif Pirinçci<sup>11</sup> und ich werde aufzeigen, dass deren Schriften – ungeachtet einiger Unterschiede – zahlreiche Parallelen aufweisen.<sup>12</sup>

Thilo Sarrazin ist der Autor des Buches „Deutschland schafft sich ab“, das 2010 bei der Deutschen Verlags-Anstalt erschienen ist. Akif Pirinçci verfasste „Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer“. Dieses Pamphlet erschien Ende März 2014 in der Reihe „Lichtschlag in der Edition Sonderwege“ im Manuscriptum-Verlag. André F. Lichtschlag, zugleich auch Herausgeber der marktradikalen Zeitschrift „eigentümlich frei“, strebt ein Bündnis zwischen den radikal-libertären und nationalkonservativen Kräften an und weist, so Karin Priester, eine Nähe zum Rechtsextremismus auf.<sup>13</sup>

### Hohe Auflage – große Verbreitung

Beiden Autoren ist gemeinsam, dass ihre Publikationen in sehr hoher **Auflage** erschienen sind; und beide Bücher standen wochenlang auf Bestsellerlisten. Sarrazins Buch zählt zu den am meisten verkauften Sachbüchern seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Ca. 1,5 Millionen Exemplare wurden bis Januar 2012 verkauft. Pirinçcis Buch war innerhalb weniger Tage vergriffen, ist bislang in der 4. Auflage erschienen und wurde über eine halbe Million Mal verkauft.<sup>14</sup> Als „Debattenbuch“ und „höchster Neueinsteiger“ stand es im April 2014 auf Platz 3 der Bestsellerliste Sachbuch / Hardcover. Ende Mai rangierte es auf Platz 4 in der Rubrik Sachbuch von Spiegel-Online.

### Antimuslimischer Rassismus

Eine weitere Gemeinsamkeit besteht darin, dass beide Autoren mit der **Feindbildkonstruktion Islam** arbeiten: Sarrazin vertritt in seinem Buch die These, dass die muslimischen Einwanderer über einen niedrigeren Intelligenzquotienten verfügten und demnach – infolge der Einwanderung von Muslime – die bundesdeutsche Bevölkerung degeneriere.<sup>15</sup>

Nichts anderes sagt Pirinçci: Da im Islam die Männer über ihre Partnerwahl entscheiden, komme es – so Pirinçci – zu einer Degeneration: *„Doch da die Islam-Ideologie zuvörderst und hauptsächlich in die natürliche Auslese zwischen den Geschlechtern hineinfunkt und quasi als eine Anti-Evolution fungiert, wird der Intelligenzsteigerungsprozess bei den Nachkommen gedrosselt, wenn nicht sogar zum Erliegen gebracht.“* Die muslimischen Frauen kaufen sozusagen – laut Pirinçci - die „Katze im Sack“.

Daraus folgt – sowohl bei Sarrazin als auch Pirinçci: Muslimische Minderheiten bzw. die Einwanderung von Muslime seien eine Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland. Will Deutschland überleben, müsse die Einwanderung gestoppt werden bzw. müsse die staatliche Unterstützung für diese Gruppe massiv eingeschränkt werden. In Deutschland lebende Migranten müssten ausgewiesen werden.

### Die Fokussierung auf die jüdische Intelligenz, die jüdische Erfindergabe, die jüdischen Talente

Gemeinsam ist beiden auch, dass sie die Gruppe der Juden dezidiert benennen und positiv abheben von den Muslimen. Während Sarrazin den „Türken“ und „Kosovaren“ unterstellt, sie eroberten Deutschland durch eine höhere Geburtenrate, nimmt er die Gruppe der osteuropäischen Juden von dieser Bedrohung aus. Im Gegenteil: Er entwirft ein positives Szenario: Die Eroberung durch eine höhere Geburtenrate – Zitat von Sarrazin - „würde mir gefallen, wenn es osteuropäische Juden wären mit einem um 15 Prozent höheren IQ als dem der deutschen Bevölkerung. Ich habe dazu keine Lust bei Bevölkerungsgruppen, die ihre Bringschuld zur Integration nicht akzeptieren.“<sup>16</sup>

Auch Pirinçci verknüpft das Thema der (vermeintlich) höheren Intelligenz mit Juden: Würde man sich die vom Westen („weißer & jüdischer Mann“<sup>17</sup>) erfundene und gelieferte Technik und die medizinischen Errungenschaften wegdenken, „müsste man ein Reservat für Muslims bereitstellen“, denn diese seien ohne die Erfindungen des weißen und jüdischen Mannes vom Aussterben bedroht.<sup>18</sup>

Pirinçcis Fokussierung auf Jüdisch-Sein bezieht sich auch auf „jüdische Agenten“, „jüdische(n) Drehbuchautoren“ und „jüdische Anwälte“: Wenn man in den USA wegen Mordes angeklagt ist, so Pirinçci, müsse man sich einen jüdischen Anwalt nehmen: „Mit absoluter Sicherheit verlassen Sie dann den Gerichtssaal als unschuldiger Mann.“ Seine Erklärung für dieses Phänomen: „(...) eine diskriminierte Ethnie kann sich durchaus aus ihrer vermaledeiten Situation befreien, indem sie durch herausragende Leistungen die Situation ad absurdum führt.“<sup>19</sup>

### Geschlechterverhältnis, Antifeminismus, Frauen und Sexismus

Sowohl Sarrazin als auch Pirinçci betrachten Frauen aus der Perspektive der Bevölkerungspolitik. Sarrazin interessiert sich für das Reproduktionsverhalten von deutschen und muslimischen Frauen. Wie sich Frauen verhalten, mit welchen Männern sie Partnerschaften eingehen, wann sie heiraten, wie viele Kinder sie bekommen – all das ist für Sarrazin entscheidend für die Entwicklung der bundesdeutschen Bevölkerung und

für die Entwicklung der durchschnittlichen Intelligenz der Deutschen. Die von ihm erhobene Forderung lautet: Wenn Akademikerinnen mit einem abgeschlossenen Studium vor ihrem 30. Geburtstag ein Kind zur Welt bringen, sollten sie mit einer Gebärprämie ausgezeichnet werden.

Auch Pirinçci geht davon aus, dass das reproduktive Verhalten der Frauen und deren Partnerwahl über den IQ der Bevölkerung entscheidet. Wenn Frauen ihre Partner selbst wählen können, so komme es zu einer Steigerung des IQ. Wenn Männer hingegen – wie im Islam – ihre Partnerinnen wählen, so komme es zu einer Degeneration des durchschnittlichen Intelligenzquotienten.

### Opfer der Political Correctness

Eine weitere Gemeinsamkeit besteht darin, dass Sarrazin und Pirinçci immer wieder – fast schon gebetsmühlenhaft – wiederholen, dass sie mit ihren Positionen ein Tabu brechen, dass sie sich über das Diktat der Political Correctness hinwegsetzen müssen, dass sie unter der Meinungsdictatur leiden und dass sie ein Opfer der „Tugendterrors“ seien. Insofern inszenieren sich die beiden Erfolgsautoren als Personen, die massive Barrieren überwinden müssen, um die Wahrheit aussprechen zu können.

### Plädoyer für eine neoliberale Politik

Beiden Autoren ist auch gemeinsam, dass sie scharfe Gegner des Wohlfahrtsstaates sind. Sie kritisieren zu hohe Steuern und Abgaben und plädieren für die massive Einschränkung bzw. Abschaffung staatlicher Transferleistungen (Arbeitslosengeld I und II). Insofern sympathisieren sie mit neoliberalen Wirtschaftsmodellen.

Sarrazin ist seit 1973 SPD-Mitglied, Pirinçci hingegen ist parteilos. Sowohl Sarrazin als auch Pirinçci sind im politischen Spektrum des Nationalkonservatismus, Rechtspopulismus – bis hin zur extremen Rechten – sehr begehrte Redner. Auf Einladung des Querfrontstrategen und Organizers der „Konferenz für Souveränität“, Jürgen Elsässer, sprach z. B. Sarrazin 2013 auf der Compact-Konferenz „Für die Zukunft der Familie“.<sup>20</sup>

Akif Pirinçci referierte auf Veranstaltungen der „Alternative für Deutschland“ (AfD), tritt aber auch bei Burschenschaften auf, z. B. bei der ultrarechten Burschenschaft „Frankonia“ oder bei der Burschenschaft Danubia, die Kontakte zur Münchner Neonazi-Szene unterhält, sowie bei der Pennalen Burschenschaft Saxonia-Czernowitz zu München, die deutliche Bezüge zur extremen Rechten aufweist.<sup>21</sup> Gegenüber den Nürnberger Nachrichten sagte Pirinçci: „Es geht mir am Arsch vorbei, wenn man mich einen Nazi nennt, das ist mir scheißegal.“<sup>22</sup>

Pirinçci entwirft ein wünschenswertes Szenario in Bezug auf die Entwicklung des Staates: Ab sofort zahlt jeder nur noch 5 % seines Einkommens an den Staat. Dies gelte auch für Firmengewinne. Im nächsten Schritt werden alle Sozialleistungen gestrichen: „Sämtliche Ausgaben für Soziales werden ersatzlos gestrichen. Familiengedöns (gegenwärtig 250 Milliarden), Hartz IV, Kinder- und Jugendhilfe, Wohngeld, Eltern- und Erziehungsgeld, Alleinerziehendenvergütung, alles sozialen Projekte und schmarotzende Institute, von wegen Armenbericht, Frauen- und Migrantenförderung und so, Alimentierung von Wohlfahrtsorganisationen (...), Asylbewerberleistungen, all dies und alles andere, von dem wir nicht einmal ahnen, dass es überhaupt existiert, gibt es nicht mehr.“<sup>23</sup>

### Fazit

Es dürfte deutlich geworden sein, dass die beiden Autoren Thilo Sarrazin und Akif Pirinçci Fragen der Integration von Einwanderern zum Anlass nehmen, um eine (Pseudo-) Gesellschaftstheorie zu entwickeln. Sie leisten jedoch keinen konstruktiven Beitrag

Prof. Dr. Gudrun Hentges

Hochschule Fulda

zur Lösung gesellschaftlicher Probleme. Im Gegenteil: Ihre Beiträge sind durchsetzt sozialdarwinistischen, biologistischen, rassistischen und nationalistischen Ideologien und gespickt mit antisemitischen und antifeministischen Einsprengseln. Während Sarrazin versucht, seine kruden Ideologien mit Statistiken zu untermauern, verzichtet Pirincci weitestgehend auf wissenschaftliche Belege. Pirincci Sprache ist die des Hasses – gegen Muslima und Muslime, gegen Asylbewerber/innen und Flüchtlinge, gegen Homosexuelle, gegen Frauenrechtlerinnen, gegen Feministinnen, gegen Sozialwissenschaftler/innen und Genderforscher/innen.<sup>24</sup>

Zu diesen zwei Seiten derselben Medaille schreiben Schröder und Fetscher treffend im Tagesspiegel: „Denn war auf die Sarrazinaden noch der Puderzucker bürgerlicher Konvention gestreut, bietet Pirincci rohes Fastfood für die Massen, Sarrazin im RTL-2-Format, ohne Statistiken, Fremdwörter, Nebensätze; eben „Klartext“, und das fluchend, pöbelnd, hemdsärmelig, rachsüchtig.“<sup>25</sup>

Und der Kolumnist Georg Diez macht darauf aufmerksam, dass solche Bücher rechtsextreme und rassistische Gewalt vorbereiten und legitimieren: „Schrecken braucht ein Umfeld, Rassismus braucht eine Basis – diese Bücher, Sarrazin, Pirincci (...) nehmen diese Stimmungen auf und verstärken sie wiederum und schaffen damit ein Klima von Angst und Endzeitstimmung.“<sup>26</sup>

Unter diesen Bedingungen können Debatten über „möglichst chancengleiche(n) Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens“? nicht geführt werden – oder wenn, dann nur unter einem rassistischen Vorzeichen.

**Fussnoten:**

<sup>1</sup> Vgl. <http://www.bamf.de/DE/Infothek/Statistiken/InGe/DatenBund/daten-bund-node.html>; Vgl. . Gudrun Hentges: Integrations- und Orientierungskurse – eine Bilanz nach sieben Jahren, in: Heinz Ulrich Brinkmann / Haci-Halil Uslucan (Hg.), Dabeisein und Dazugehören. Integration in Deutschland, Wiesbaden 2013, S. 343–364

<sup>2</sup> Vgl. Sabine Hess / Jana Binder / Johannes Moser (Hg.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa, Bielefeld 2009

<sup>3</sup> Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Neun Kernbotschaften, Berlin 2014; [http://www.svr-migration.de/content/wp-content/uploads/2014/04/SVR-Jahresgutachten-2014\\_Kernbotschaften.pdf](http://www.svr-migration.de/content/wp-content/uploads/2014/04/SVR-Jahresgutachten-2014_Kernbotschaften.pdf), S. 18

<sup>4</sup> <http://www.svr-migration.de/content/>

<sup>5</sup> Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Neun Kernbotschaften, Berlin 2014; [http://www.svr-migration.de/content/wp-content/uploads/2014/04/SVR-Jahresgutachten-2014\\_Kernbotschaften.pdf](http://www.svr-migration.de/content/wp-content/uploads/2014/04/SVR-Jahresgutachten-2014_Kernbotschaften.pdf), S. 15

<sup>6</sup> Ebd., S. 17

<sup>7</sup> Ebd., S. 18

<sup>8</sup> Ebd., S. 19. Vgl. Deutscher Bundestag. Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes. Drucksache 18/1312. 5.5.2014

<sup>9</sup> Ebd., S. 19

<sup>10</sup> Vgl. Judith Butler: Haß spricht. Zur Politik des Performativen, Frankfurt am Main 2006

<sup>11</sup> Vgl. auch die Facebook-Seite von Akif Piringçi: <https://www.facebook.com/akif.pirincci?fref=ts>

<sup>12</sup> Vgl. Thilo Sarrazin: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München 2010; Akif Piringçi: Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer, Waltrop 2014; Vgl. zur kritischen Rezeption der Thesen von Sarrazin: Klaus J. Bade: Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, ‚Islamkritik‘ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft, Schwalbach im Taunus 2013; Vgl. her iki yazar, Sarrazin und Piringçi überine yazılar yeni yayınlanan şu kitapta yer alıyor: Gudrun Hentges / Kristina Nottbohm / Mechtild Jansen / Jamila Adamou (Hg.): Sprache – Macht – Rassismus, Berlin 2014

<sup>13</sup> Vgl. Karin Priester: Fließende Grenzen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa?; <http://www.bpb.de/apuz/32423/fliessende-grenzen-zwischen-rechtsextremismus-und-rechtspopulismus-in-europa?p=all>

<sup>14</sup> <http://www.manuscriptum.de/edition-sonderwege/buecher/neuerscheinungen/titel/akif-pirincci-deutschland-von-sinnen/>

<sup>15</sup> „Wenn der eine 70 Prozent von etwas besitzt und der andere 30, und die beiden legen es zusammen und teilen es anschließend zu gleichen Teilen, erhalten beide je 50 Prozent. Der eine hat dabei verloren, der andere ein gutes Geschäft gemacht. Aber denkt man das über Generationen weiter, haben letzten Endes beide verloren, denn es zieht sukzessive eine Verarmung nach sich. Man nennt solch ein Ergebnis auch Degeneration! Akif Piringçi: Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer, Waltrop / Leipzig 2014, S. 45

<sup>16</sup> Thilo Sarrazin, Sarrazin im Gespräch. Klasse statt Masse. Von der Hauptstadt der Transferleistungen zur Metropole der Eliten, in: Lettre International (2009) 86, S. 197–201

<sup>17</sup> Akif Piringçi: Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer, Waltrop / Leipzig 2014, S. 46

<sup>18</sup> Ebd., S. 46

<sup>19</sup> Ebd., 58 f.

<sup>20</sup> Vgl. Jens Mühlhng: Thilo Sarrazin als Stargast bei Homophoben-Treffen, in: Der Tagesspiegel v. 25.11.2013; <http://www.tagesspiegel.de/kultur/unter-rechtspopulisten-thilo-sarrazin-als-stargast-bei-homophoben-treffen/9121518.html>

<sup>21</sup> Informationen über die Veranstaltung der Pennalen Burschenschaft Saxonia-Czernowitz zu München mit Akif Piringçi am 22.8.2014 finden sich auf der Facebook-Seite

<sup>22</sup> [http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/05/19/afd-und-neonazis-luden-zum-gespraech-mit-akif-pirincci\\_16251](http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/05/19/afd-und-neonazis-luden-zum-gespraech-mit-akif-pirincci_16251)

<sup>23</sup> Akif Piringçi: Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer, Waltrop / Leipzig 2014, S. 110

<sup>24</sup> Christian Schröder / Caroline Fetscher: Der Pöbler und die Neue Rechte, in: Der Tagesspiegel v. 10.4.2014; <http://www.tagesspiegel.de/kultur/akif-pirinccis-hass-buch-deutschland-von-sinnen-der-poebler-und-die-neue-rechte/9744444.html>

<sup>25</sup> Georg Diez: S.P.O.N. – Der Kritiker: Gebrauchsanleitung der Gewalt, in: Spiegel-Online v. 18.4.2014; <http://www.spiegel.de/kultur/literatur/hassbuecher-von-sarrazin-und-pirincci-kolumne-von-georg-diez-a-965135.html>

Simone Peter

Bundeschwefende, Bündnis 90/Die Grünen

## Schluss mit den Schikanen



Deutschland ist ein Einwanderungsland. Dies würde heute niemand mehr ernsthaft bestreiten. Die Migrations- und Integrationspolitik der Bundesregierung ist aber nach wie vor geprägt von Vorurteilen, Verdächtigungen und Schikanen. An Teilhabe, Anerkennung und Gleichbehandlung mangelt es.

Vor zwei Jahren brachte das Bundesverfassungsgericht einen denkwürdigen Satz zu Protokoll: „Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.“ Das höchste deutsche Gericht erklärte damit das bis heute geltende Asylbewerberleistungsgesetz für verfassungswidrig. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde, ungeachtet von Herkunft und Hautfarbe, ist für mich und meine Partei schon immer Leitmotiv allen politischen Handelns.

Dieser Tage ist im politischen Betrieb viel von „Willkommenskultur“ die Rede. Die Bundeskanzlerin spricht davon, SPD-Chef Sigmar Gabriel fordert sie ein und selbst die Konservativen der bayerischen CSU entdecken sie für sich. Doch woraus besteht diese viel zitierte „Willkommenskultur“? Bisher nur aus leeren Versprechungen und Worthülsen, wie aktuelle Beispiele aus dem Familien- und Staatsbürgerschaftsrecht zeigen.

### Diskriminierung beim Ehegattennachzug beenden

Die Große Koalition weigert sich nach wie vor, gesellschaftliche Realitäten anzuerkennen. Dabei ignoriert sie nicht nur eindeutige Urteile des Bundesverfassungsgerichts, sondern auch die des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Dieser urteilte: beim Ehegattennachzug von türkischen Staatsangehörigen darf der Nachweis von Deutschkenntnissen nicht eingefordert werden. Anstatt diese schikanöse Praxis aber wie höchstrichterlich gefordert einzustellen, beharrt die Bundesregierung weiter auf der Durchsetzung dieser – so wörtlich – „vorgelagerten Integrationsmaßnahme.“ Vor allem die Union muss sich fragen lassen, wie ernst ihr eigentlich der viel beschworene Schutz von Ehe und Familie in der Praxis wirklich ist. Der Artikel 6 unseres Grundgesetzes scheint für binationale Ehen nicht zu gelten, zumal wenn einer der Partner aus der Türkei stammt.

Simone Peter

Bundesvorsitzende, Bündnis 90/Die Grünen

### Sprach- und Integrationskurse ausbauen

Das Erlernen der deutschen Sprache ist sicher ein wichtiger Beitrag zu Partizipation und Teilhabe in diesem Land, zumal es die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert und das alltägliche Leben vereinfacht. Aber wo kann man Deutsch besser lernen als in Deutschland? Oder besser gefragt: wo könnte man Deutsch besser lernen. Es ist nämlich dieselbe Bundesregierung, die an verpflichtenden Sprachtests für Menschen aus der Türkei festhält, hierzulande aber die Kapazitäten für Sprach- und Integrationskurse massiv zurückfährt. Seit Jahren ist dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bekannt, dass das immer dünner werdende Angebot an Sprach- und Integrationskursen die steigende Nachfrage nicht abdeckt. Die Menschen, die zu uns kommen, wollen also Deutsch lernen, die Bundesregierung lässt sie aber nicht. Nicht selten macht sie diesen Menschen später sogar mangelnde Sprachkenntnisse zum Vorwurf, etwa bei der Frage des Bleiberechts.

### Doppelte Staatsbürgerschaft endlich akzeptieren

Auch den hier geborenen Kindern aus Einwandererfamilien macht die Große Koalition das Leben unnötig schwer. Dies zeigt sich gut am Beispiel der Doppelten Staatsbürgerschaft. Die angebliche Abschaffung der Optionspflicht durch die SPD, ist ein gern verbreitetes Märchen der Sozialdemokraten. Tatsächlich ist das, was die Große Koalition in diesem Jahr als Reform des Staatsbürgerschaftsrechts auf den Weg gebracht hat nichts anderes, als die Weiterführung einer weiteren schikanösen Praxis der deutschen Migrationspolitik. Immer noch bleiben viele Jugendliche mit türkischem oder arabischem Familienhintergrund nur Deutsche auf Probe. Sie müssen erst umständlich nachweisen, dass sie in Deutschland gelebt haben und hier sozialisiert sind, etwa durch Schulzeugnisse oder andere Ausbildungsnachweise. Ein wahres Bürokratiemonster. Nur so können sie dauerhaft die deutsche Staatsbürgerschaft behalten.

Es ist genau dieser offen artikuliert politische Zweifel an ihrem Deutschsein, der vielen Jugendlichen eine erfolgreiche Integration in die deutsche Gesellschaft erschwert. Nicht zu Unrecht fragen sie sich, ob sie in diesem Land willkommen sind, und ob ihre Leistungen im schulischen oder beruflichen Bereich ebenso honoriert werden wie die ihrer deutschen Mitschüler und Kollegen ohne Migrationshintergrund. Schon heute beantworten viele diese Frage mit Nein und verlassen das Land, in dem sie geboren und aufgewachsen sind. Ein Verlust, den wir uns alle nicht leisten können.

### Vielfalt akzeptieren lernen

Bündnis 90/Die Grünen setzen dem Stillstand und den Schikanen der rot-schwarzen Migrationspolitik das Konzept einer offenen und modernen Einwanderungsgesellschaft entgegen. Für uns ist Migration keine Gefahr, sondern in vielerlei Hinsicht Chance und Bereicherung. Im Bezug auf Kultur und Sprache, aus wirtschaftlichen Gründen oder auf ganz persönlicher Ebene im Freundes- und Bekanntenkreis. Einwanderungsgesellschaft bedeutete, dass sich die, die schon hier sind und die, die noch kommen, aufeinander zu bewegen. Für uns Grüne sind dabei Chancengleichheit, kulturelle Selbstbestimmung und Teilhabe zentrale Werte.

Die immer wiederkehrenden Integrationsdebatten machen deutlich, wie schwer der Umgang mit Vielfalt einem Teil der Bevölkerung noch immer fällt. Dabei wird der Begriff der „Integration“ oft misslich und einseitig fordernd benutzt, obwohl das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in Deutschland überwiegend friedlich verläuft. Debatten, die diese Realität bewusst untergraben, bilden einen gefährlichen Nährboden für rechte Stimmungsmache und Rassismus. Dem stellen wir uns entschieden entgegen.

---

Simone Peter

Bundesvorsitzende, Bündnis 90/Die Grünen

---

Der Spaltung unserer Gesellschaft in „Wir“ und „die Anderen“ stellen wir ein positives Verständnis von Migration und Zusammenleben entgegen. Wir wollen keine neuen Zäune hochziehen, sondern Hürden abbauen. Viele Menschen aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft haben bereits erkannt, dass Abschottung und Ausgrenzung keine Lösung darstellen. Ein modernes, europäisches Einwanderungsland im 21. Jahrhundert muss neue Wege in der Migrationspolitik bestreiten. Wir Grünen stehen bereit, diesen Prozess aktiv mitzugestalten..

## Über PEGIDA

Es gibt wenige deutsche Worte oder Abkürzungen, die sich in Frankreich eingebürgert haben. Und wenn ja, dann liegt dieser Sprachexport einige Jahre oder Jahrzehnte zurück. In den letzten Wochen kam eine andere deutsche Vokabel dazu, Pegida.

Mit grosser Aufmerksamkeit wurden die Geburt und besonders den immer grösseren Zulauf dieser Bewegung beobachtet. Eine gewisse Schadenfreude mag dabei bei meinen Landsleuten, genauer gesagt bei den Medienmachern, eine Rolle gespielt haben. Die Immunität des politischen deutschen Systems gegenüber stark extreme Gruppierungen schien am Bröckeln. Dass die Alternative für Deutschland, nicht mehr nur als eine Anti-Euro-Partei betrachtet werden kann sondern eher als einigermaßen etablierte (und gewählte) national-konservative Bewegung agiert, ist in Frankreich bei vielen noch nicht angekommen.

Im Gegensatz zur „Professoren-Partei“ AfD hat die Basisbewegung Pegida mit ihrer Anti-Islam-Orientierung, die zur Stigmatisierung der Moslems in Deutschland und darüber hinaus beiträgt, eine „Volksnähe“, die diese Gruppe eindeutig im rechtspopulistischen Milieu ansiedelt (und weiter sogar für extremistische Personen, die mitmarschieren).

Ist mit den Erfolgen der AfD, dem Zulauf von Pegida und dem Zuspruch für die NPD in manchen ostdeutschen Ländern eine „Normalisierung“ Deutschlands unter den europäischen Ländern festzustellen? In vielen anderen Nationen des Kontinents sind rechtspopulistische oder rechtsextremistische Kräfte mittlerweile feste Bestandteile der politischen Landschaft. Deutschland ist bis jetzt mit regionalen Ausnahmen davon verschont geblieben.

Das Stigma des Dritten Reiches hat mit Sicherheit eine lange Wirkung geübt und das Land vor solchen Kräften immunisiert. Mit der Zeit lässt dies möglicherweise nach. Insbesondere in den neuen Ländern, wo diese jahrzehntelange Last weniger geprägt war. Aber darüber hinaus ist eine Bewegung wie Pegida Ausdruck eines Vakuums und erklärt sich sicher mit der Diskrepanz zwischen dem politischen Angebot der klassischen Parteien und ihrer Kommunikationspolitik.

Einerseits hat der Mitte-Kurs der CDU unter Angela Merkel eine offene Flanke rechts von den Christdemokraten offen gelassen. Andererseits ist es offensichtlich, wie häufig Pegida-Demonstranten betonen, sie seien nicht von den Politikern gehört und ihre Anliegen würden diese nicht erreichen. Und dies obwohl alle Parteien vor Ort mit Vertretern ansprechbar sind. Darüber hinaus lassen sich politische Anliegen durch andere Kanäle vermitteln, durch Vereine oder Bürgerinitiativen.

Der Frust der Pegida-Anhänger ist aber da. Sicher die Politik muss darüber nachdenken, warum manche Bürger sich von den vorhandenen Kräften und ihrem Angebot

---

Pascal Thibaut

Radio France International

---

nicht repräsentiert fühlen. Aber der mögliche Dialog zwischen den etablierten Parteien und Pegida kann inhaltlich nur strikte Grenzen haben. Viele der Ängste, die geschürt werden, vor allem über eine angebliche Islamisierung Deutschlands, sind so realitätsfern und stigmatisierend für die Moslems in diesem Lande, dass ein Dialog schnell zur Sackgasse führen wird.

Die grösste Gefahr wäre –das zeigt das französische Beispiel- ein blindes Verständnis für diese Thesen aufzubringen bzw. manche, selbst in einer abgemilderten Form, zu übernehmen. Die „Le Penisierung“ hat in Frankreich nur dazu geführt, dass das Original gestärkt wurde. Eine „Pegidisierung“ der Programme der deutschen Parteien würde eine grosse Gefahr mit sich bringen und die Bewegung dadurch legitimieren.

Das französische Beispiel zeigt, dass es vor allem wichtig ist, die Anhänger solcher Kräfte zurückzuholen, in dem man die Thesen der Wortführer widerspricht und mit Argumenten demontiert. Dies sollte eigentlich bei Pegida nicht so schwierig sein.

Aber gleichzeitig muss tiefgründig untersucht werden, warum manche Bürger sich von solchen Angstthemen begeistern lassen und warum die Ablehnung des politischen Systems zunimmt. Die niedrige Wahlbeteiligung von 50% bei den letzten Landtagswahlen in Sachsen 2014, der Heimat Pegidas, war sicher ebenfalls ein Ausdruck dieser Ablehnung.

---

## Über PEGIDA

Fünfundzwanzigtausend Bürger versammelten sich vor einigen Tagen im Stadtzentrum von Dresden und folgten dem Aufruf der anti-islamistischen xenophoben Bewegung „Pegida“. Ihnen standen dreißigtausend Gegendemonstranten gegenüber. Und wenn schon! Die Bürger, die Pegida unterstützen, schafften es, eine neue Rekordzahl an Teilnehmern für die Montagsdemonstrationen zu formieren.

Einige Tage später stürmte die Antiterrorbehörde Deutschlands viele Wohnungen in Berlin und verhaftete türkisstämmige Salafisten, die unter Verdacht standen, Terroranschläge im Herzen der Hauptstadt von Deutschland vorzubereiten.

Zwei Ereignisse, die zunächst unabhängig voneinander zu sein scheinen, in Wirklichkeit aber den Kern des von Deutschland zu bewältigenden Problems vor Augen führen. Gemeint ist die Erschütterung des sozialen Friedens und des harmonischen Zusammenlebens zwischen verschiedenen Völkern und religiösen Minderheiten.

Kurz nach den Anschlägen in Paris versammelte sich die politische Führung des Landes gemeinsam mit den großen muslimischen Verbänden in Deutschland am Brandenburger Tor, um den Opfern von Paris zu gedenken, und mit der Absicht, die Botschaft von Einheit allen Bürgern Deutschlands zu vermitteln.

„Der Islam gehört zu Deutschland“, erklärte die Bundeskanzlerin Merkel. Den selben Satz wiederholte sie einige Tage später im Bundestag. Nur mit dem Unterschied, dass nicht alle Abgeordnete ihrer Fraktion ihr diesmal Beifall spendeten. Die islamfeindliche Bewegung Pegida, die hauptsächlich von rechtsextremen Organisationen geführt wird, bringt offensichtlich die Spaltung innerhalb des sozialen Netzes des Landes klar zum Vorschein. Ein Teil der Bevölkerung steht dem Islam mit Angst und Hysterie gegenüber, eine Angst, die von einem anderen Teil – der muslimischen Bevölkerung des Landes – geschürt wird. Dieser Teil scheint radikalisiert zu sein und zeigt dem extremen Islam seine Sympathie.

In Deutschland leben ungefähr 4 Millionen Muslime. Der größte Anteil besteht aus Türken mit einer gemäßigten muslimischen Einstellung. Kinder und Enkel der ehemaligen Gastarbeiter – häufig Kinder einer gescheiterter Integration – kehren der gemäßigten Einstellung ihrer Eltern den Rücken zu und finden Anerkennung ihrer Existenz und Identität im extremen Islamismus. Interventionen von Seiten der Politiker, aber auch von Seiten muslimischer Organisationen mit gemäßigter Ausrichtung, ignorieren sie. Ihre Gefolgsleute leben den Traum der Scharia in Deutschland. Dieses Klima gießt Öl ins Feuer des Anti-Islamismus und schürt weiter die Fremdenfeindlichkeit in Deutschland, eine Entwicklung von der auch Pegida profitiert.

Die konservativen Politiker, welche die zunehmende Angst eines Teils der deutschen Bevölkerung wahrnimmt, eilen einer nach dem anderen herbei, um selbst daraus Nutzen zu ziehen, indem sie die Hysterie um Pegida zum Thema des Establishment machen.

Alison Smale

The New York Times

## Über PEGIDA

Pegida first caught my attention in late November, when I read in German media that there were peaceful rallies taking place each Monday in Dresden. They were attracting ever more people and seemingly fusing a dual agenda: harking back to the cries for liberty in East Germany in 1989 but picking up the populist cries of Europe's present and protesting against an alleged "Islamization" of the West.

I went to Dresden and found that much about this Pegida movement was murky. Its supporters – 7,500 of them at the Dec. 1 rally which I attended in teeth-chattering cold – seemed to be a very mixed bunch. All were discontent, voicing disappointment at established politicians, but some seemed more rightwing than others, many refused to talk, none would give their name and above all each had a specter in their minds that seemed more powerful than reality. For the fact is that there are very few foreigners in the state of Saxony – about 2.2 percent of the population – and in Dresden there are no more than a few hundred Muslims. But the marchers were not even looking at their own city so much as places like Cologne – 10 percent Muslim population – or Berlin, with its many immigrants – and quite clear that they did not want that in their backyard.

Since that first visit, support has swelled for Pegida, which at its last rally attracted 25,000 people, despite Chancellor Angela Merkel criticizing the organizers in unusually stark language. The next Monday, Pegida was kept off the streets by what police said was a credible terrorist threat against the marchers and Pegida's leader, Lutz Bachmann. All demonstrations were banned for 24 hours in Dresden – an unusual move in Germany. And then Bild Zeitung published what it claimed were genuine photos of Mr. Bachmann pretending to be Adolf Hitler. This man seems, at the very least, an unlikely political leader.

Yet clearly the movement he says he started with Dresden friend has aroused something in Germany. A woman in her early 20s whom I know in Berlin expressed surprise that politics now seemed to have moved to the streets – something unknown in her conscious political life. The sight of several thousand Germans marching, in effect, against immigration – even if Pegida says it welcomes war refugees – stirred horror both in Germany and abroad. The clear language of Chancellor Merkel made clear the worry in Berlin. And, since then, tens of thousands have come out all over Germany to demonstrate against Pegida and emphasize that outsiders are welcome. Business has echoed politicians in stressing that new workers are needed from outside Germany. The population indeed rose slightly last year – from 80.8 million 2013 to 81.1 million in 2014, when Germany recorded more than 200,000 applications for asylum, its third highest total ever.

The coincidence of Pegida's rise and the terrorist attacks in France, which set off fresh debate and police action across western Europe, have already marked this young year as one of confrontation and conflict. But confrontation is not always fearful. Often, as in Paris on Jan. 11, it unites people, who turn out to be more defiant and resilient than imagined. In Germany, too, the emergence of Pegida has illustrated not just lingering xenophobia and prejudice, but also a modern debate about guaranteeing security while embracing newcomers in 21st century Europe, working through cultural clashes that may result.

## Über PEGIDA

Viel besorgte Aufmerksamkeit, Angst nach eine 'Ansteckung', Sorge fuer die Zukunft Deutschlands und Europa: so, kurz gefasst, sehen die italienischen Medien Pegida, die neue, wachsende (ost)deutsche Bewegung. Wenn man die Berichterstattung und die Kommentare und Analyse darueber in meiner Zeitung, oder in der Seiten der Freunde der Konkurrenz (Corriere della Sera, La Stampa usw) liest, eine gewisse Unruhe ist nicht zu uebersehen.

'Wir sind die echten Deutschen, so skandiert die Menge in Dresden', schrieben die Kollegen von Corriere. In einem Bericht von La Repubblica aus Dresden, die Aehnlichkeiten und Parallele mit den franzoesischen Front National wurden sachlich betont und unterstrichen: Pegida scheint, in diesen Dresdner Demos, wie eine Bewegung der Mittelklasse, der Waehler, die sich von den etablierten Parteien 'enttaeuscht' und nicht mehr vertreten fuehlen. Und gleichzeitig – hier kommt die noch mehr beunruhigende Wahlverwandschaft mit Marine Le Pens Partei . hat Pegida das Ansehen einer politischen Kraft die ruecksichtslos auf die Aengste der Leute kapitalisiert. Aengste nach den Anderen, nach den Unterschiedlichen, und dass – betonen noch die italienischen Medien – nicht etwa in multietnischen, weltoffenen Metropolen wie Berlin oder Frankfurt am Main, sondern in einer Stadt wie Dresden wo die Auslaender etwa 1 oder 2 Prozent der Einwohner sind.

In den letzten Tage, die ungewoehnliche Situation Talkshow von Guenther Jauch, wo man keine Widerrede gegen die Argumente von Kathrin Oertel hoeren koennte, haben die Sorge der italienischen Medien gestaerkt.

Die Grunde dieser Aengste sind mindestens zwei. Es geht nicht nur darum, dass bis jetzt die Bundesrepublik das einzige grosse Land der EU war, wo auslaenderfeindlichen, islamfeindlichen Rechtspopulisten eine wichtige Rolle hatten. Anders, also, als in Frankreich, Holland, Skandinavien, leider Italien auch.

Eben, der zweite Grund ist auch innenpolitisch: es ist unvermeidbar, dass in der EU die Innenpolitik der einen die Innenpolitik der anderen immer staerker beeinflusst. Und die gegenwaertige italienische Regierung von Ministerpraesident Matteo Renzi – eine pro-europaeische Koalition zwischen demokratische Linken und demokratischen Konservativen – gerade in den populistischen, Europafeindlichen und offen, schamlos rassistischen Bewegung der jungen 'Volkstribun' Matteo Salvini, also in der Lega Nord, hat.

Salvinis Lega hat schon ausgezeichnete Beziehungen mit dem Front National, beide bekommen (wie bei investigative reporters entdeckt, es lebe die freie Presse...) Finanzspritzen von Putins Russland, beide teilen mit Putin eine intolerante, anti-islamische, anti-multikulti Weltanschauung. Ein Ende der Renzis Regierung, ein Sieg der Lega, wurde die Totenglocken fuer das europaeische, weltoffene Italien klingen lassen. Deswegen, liebe Leser, alle Italiener die sich mit Zivilcourage gegen die Verbale und nicht nur verbale rassistische Gewalt zu hause einsetzen, schauen mit Sorge nach Dresden.

---

Luis Doncel

EL PAÍS

## Preocupación y sorpresa en España por el auge de Pegida

España mira con una mezcla de preocupación y sorpresa el nacimiento en Alemania del movimiento de marcado carácter islamófobo Pegida. Al contrario que en la mayor parte de Europa, en España no triunfa ningún gran partido populista que viva del rechazo a los inmigrantes ni ha vivido manifestaciones como las de los últimos lunes en Dresde. Las encuestas realizadas por la propia comunidad musulmana, que supera los 1,5 millones de personas en un país de 46 millones, muestran que los afectados consideran que la convivencia en este país no es perfecta, pero sí relativamente buena.

España ya ha tenido que enfrentarse a los golpes del terrorismo islamista. En la mañana del 11 de marzo de 2004, Madrid sufrió el segundo mayor atentado perpetrado por los yihadistas en Europa. Las bombas en cuatro trenes de cercanías dejaron 192 muertos y 1.858 heridos. Tras esta tragedia, más de dos millones de personas -una de las mayores manifestaciones en la historia del país- recorrieron las calles de la capital para protestar contra la matanza, tal y como hace unos días ocurrió en París. Pero los atentados de Al-Qaeda no provocaron una ola de islamofobia o ataques a mezquitas.

Los españoles han empezado a oír hablar de Pegida después de años en los que la mayor parte de las informaciones que llegaban de Alemania giraban en torno a la figura de la canciller Angela Merkel. Tanto para bien como para mal. Los medios de comunicación más a la izquierda llevan tiempo subrayando el daño que causan al sur de Europa sus políticas de austeridad, mientras que los más conservadores alaban a la única líder europea que ha sobrevivido desde el inicio de la crisis del euro y que ha sabido manejar los tiempos siempre a su conveniencia.

Pero de repente, Alemania -el país del que todo el mundo recuerda las emocionantes imágenes de los heroicos ciudadanos de la RDA cruzando el recién derrumbado Muro de Berlín hace un cuarto de siglo y que se ha esforzado en pedir perdón por los crímenes cometidos durante el régimen nacional-socialista- se convierte en un foco de preocupación, con una parte de su población lanzándose a los brazos de un grupo abiertamente xenófobo. Es cierto que el ultraderechista Frente Nacional ganó en Francia las últimas elecciones europeas y que en toda la UE ganan fuerza los partidos ultras, pero Alemania parecía al margen de todo esto. Y las imágenes de ciudadanos de todas las edades y condiciones sociales enarbolando banderas alemanas, clamando contra la supuesta islamización de Occidente y contra la "prensa mentirosa", un concepto que ya utilizaban los nazis, resultan poco tranquilizadoras para gran parte de la población.

Pero el interés ante este fenómeno alemán proviene de todos los sectores. También de aquellos que defienden a Pegida como el revulsivo que Europa necesitaba para impedir que los musulmanes impongan la sharía en nuestros países, como sugiere la última novela del escritor francés Michel Houellebecq. En las noticias sobre Pegida colgadas en las ediciones web de los diarios abundan los comentarios que defienden a los auto-denominados "patriotas europeos" y critican a los periodistas por tildar al movimiento comandado por Lutz Bachmann de xenófobo. Algunos comentaristas conservadores insisten en que las marchas de Dresde son pacíficas y solo piden respeto para la cultura judeo-cristiana.

Atentados como los que sufrió la revista francesa Charlie Hebdo el 7 de enero avivan la llama de la islamofobia. Estas voces recuerdan que los problemas de convivencia no se circunscriben a las calles de Dresde -una ciudad donde, curiosamente, el porcentaje de musulmanes es mínimo- y que tantas las sociedades europeas como las comunidades musulmanas deben plantearse cómo reconstruir los puentes rotos.

# PEGIDA – Was der modernisierte Rassismus zum Wiedererstarken eines Nationalstaats beitragen kann

Nachdem es im Herbst rechten Gruppen und Parteien das erste Mal gelungen ist, mit einer Anti-Islam-Kampagne zunehmend Sympathisanten zu gewinnen, gehen am 12. Januar 2015 in Dresden schon ca. 25.000 Pegida-Anhänger auf die Straße. Die überall von der neuen Rechten organisierten PEDIGA-Demonstrationen stellen im Vergleich zu früheren rechten Demonstrationen eine neue "Qualität" dar. Sie sind in kurzer Zeit zu einer Massenbewegung avanciert und werden damit zu einer wirklichen Bedrohung für jede globalisierte Gesellschaft. Doch auch der Widerstand gegen das Pegida-Bündnis wächst: bundesweit demonstrierten zu dieser Zeit bereits 100.000 Menschen gegen Pegida.

Dass eine rechte politische Bewegung innerhalb weniger Wochen so viele Menschen in einer Stadt wie Dresden mobilisieren kann, das ist erstaunlich und bleibt erklärungsbedürftig, selbst wenn man die vorausgegangenen Ereignisse wie insbesondere den Terroranschlag von Paris mit in Rechnung stellt. Zwar gibt es seit langem eine relativ starke rechte Szene, angefangen bei entsprechenden "Kameradschaften" über die einschlägigen "Pro"-Parteien bis hin zur AfD. Dies gilt gerade auch für die neuen Bundesländer. Die Erfolge dieser Gruppierungen und Parteien hielten sich offenbar lange Zeit in Grenzen. Man kann daraus folgern, dass etwas passiert sein muss, was das plötzliche Erstarken der Bewegung erklärt. Man kann aber auch daraus folgern, dass es sich hier um eine Entwicklung handelt, die sich schon länger angebahnt hat, man hat sie nur nicht registriert oder wollte sie auch nur nicht wahrnehmen und dass es jetzt nur noch eines Auslösers bedurft hat, um aus einer marginalen Bewegung eine Massenbewegung zu machen. Dem Beobachter drängt sich in jedem Fall die Frage auf, wie so etwas geschehen konnte.

Für einen kritischen Beobachter der rechten Szene stellt sich die Frage, ob die Entwicklungen am rechten Rand der Gesellschaft nur nicht genau genug wahrgenommen wurden. Und tatsächlich wurden rechte Aktivitäten bislang kaum als etwas wirklich Besorgniserregendes registriert. Die Öffentlichkeit hat sich tatsächlich seit langem an rassistische Schmierereien bis hin zu gezielten Brandstiftungen und der Verfolgung von "Ausländern" gewöhnt. Man hat all dies aber eher als Ausdrucksformen eines Rassismus von gestern betrachtet. Hinzu kommt, dass sich diese Aktivitäten häufig vor allem gegen Flüchtlingsunterkünfte, gegen eine ohnehin schon lange skandalisierte Zuwanderung und gegen ohnehin schon immer diskriminierte Minderheiten wie die Roma richten. Und diese Aktivitäten passen außerdem auch zu dem, was sich seit langem in anderen europäischen Ländern abspielt. Die von der Öffentlichkeit vorzugsweise repräsentierte Mitte der Gesellschaft schien davon eher nicht betroffen und war dementsprechend auch nur wenig beunruhigt. Tatsächlich gab es sogar mitunter eine heimliche Zustimmung, weil es ja nur gegen "Ausländer" geht, gegenüber denen man ohnehin argwöhnisch ist und denen man z.B. eine spezielle Neigung zur Kriminalität unterstellt. Unruhe entstand eigentlich nur, wenn antisemitische Tendenzen sichtbar

wurden. Was man jedoch lange nicht wahrhaben wollte, das ist, dass eine rassistische Bewegung, die sich einst in der bürgerlichen Gesellschaft entwickelt hatte, sich nach dem zweiten Weltkrieg natürlich nicht einfach spurlos verdrängen und an den Rand der Gesellschaft hat verlagern lassen. Die rassistischen Ideologeme wurden weiter in der Mitte der Gesellschaft überliefert, nur eben in den Hintergrund geschoben. Sichtbar wurden sie jedoch weiter am Rand der Gesellschaft. Dort sind die klassischen Formen des Rassismus mehr oder weniger ungebrochen erhalten geblieben. In der Mitte der Gesellschaft wurden die Ausdrucksformen des Rassismus relativ schnell dem Nachkriegsklima angepasst. Aus heutiger Sicht muss man sagen, sie wurden schrittweise modernisiert. Greifbar wird dieser Modernisierungsprozess das erste Mal, als man in den 60er Jahren beginnt Menschen von außerhalb anzuwerben. Im Umgang mit der Generation Gastarbeiter tritt dieser modernisierte Rassismus deutlich zutage. Er hat sich tatsächlich nur gewandelt und der "neuen Zeit" anpasst. Es wird nicht länger biologisch, sondern jetzt kulturalistisch argumentiert. Aus dem klassischen *Rassialisierungsprozess* ist nur ein *Ethnisierungsprozess* geworden. Mit der Ethnisierungsstrategie wurden die Grundlagen für einen neuen Kulturrassismus geschaffen. Mit anderen Worten, der Rassismus hat eine Modernisierung erfahren, die ihn weniger auffällig erscheinen lässt, salonfähig macht und der ihm zugleich in der Form des Kulturrassismus eine neue Schlagkraft gibt. Der Rassismus blieb also nicht nur weiter präsent, sondern hat sich auch in der Mitte der Gesellschaft neu verankert und lässt sich seitdem je nach Bedarf auch sehr leicht reaktivieren. Die besondere Pointe besteht zugleich darin, dass man mit dieser kulturalistischen Verbrämung die Möglichkeit gewinnt, sich von den Ausdrucksformen des klassischen Rassismus zu distanzieren und sie als "Ausländerfeindlichkeit" zu brandmarken, obwohl man im Grunde genau das Gleiche tut. Und genau das ist selbst kritischen Beobachtern oft entgangen. Dieser neue Kulturrassismus ist deshalb noch lang nicht "zahnlos", d.h. harmloser geworden. Tatsächlich ist eher das Gegenteil der Fall. Heute wird klar, dass auf diese Weise nicht nur gewissermaßen der *status quo* erhalten wurde. Vielmehr ist ein neues Potential entstanden, das bei Bedarf zur Verfügung steht, um einen ganz neuen Rassismus mit einer hohen Durchschlagkraft hervorzubringen.

Wann und wie dieser neue Rassismus das erste Mal seine volle Wirkung entfaltet, lässt sich exemplarisch an dem Hooligan-Großtreffen, der Demonstration der HoGeSa auf der Rückseite des Kölner Bahnhofs am 26.10.2014 zu beobachten. Was hier geschehen ist, lässt sich in drei Schritten rekonstruiert werden:

1. Zunächst einmal geht es um die Modernisierung einer seit langem vertrauten Szenerie. Die Hooligan-Szene, die einst aus den verschiedensten lokalen Szenen hervorgegangen ist, erfährt einen massiven Bedeutungsverlust. Er resultiert nicht zuletzt aus dem guten Abschneiden neuer konkurrierender Gruppen wie den "Ultras". Die "Ultras" sind einfach erfolgreicher, weil sie kreativer, moderner und in den Medien deutlich präsenter, kurz, auf der Höhe der Zeit sind. Sie sind auch besser in den für diese Gruppen typischen Kampfspielen mit feindlichen "Partnern" und damit sowohl in ihrer Selbstinszenierung als Teil eines großen Fußballwettkampfes als auch in der öffentlichen Dramatisierung ihrer Gruppe. Und ganz besonders in den Stadien verdrängen die Ultra-Choreographien die traditionellen Hooligan-Inszenierungen.
2. Vor diesem Hintergrund stellt das Hooligan-Großtreffen im Zentrum Kölns ein Schritt in Richtung einer längst überfälligen und radikalen Modernisierung der Gruppe dar. Allerdings wird mit dem neuen Schauplatz auch eine ganz neue Dramaturgie fällig. Die gesamte Szenerie von den Kampfspielen bis hin zur Zuordnung zu feindlichen "Partnern" muss neu arrangiert werden. Die alte Dramaturgie wird ins Zentrum der Gesellschaft *verlagert*, *medialisiert* und *globalisiert*. Aus der alten Freund-Feindkonstellation (Hooligans gegen Ultras usw.) werden jetzt eine neuen Freund-Feindkonstellation (Deutsche gegen "Ausländer"). Die unter dem Dach des Fußballs entwickelten

Vorstellungen werden unter das Dach einer globalisierten Weltgesellschaft gerückt. Das bedeutet auch, dass die Freund-Feindkonstellation verbindende Selbstverständnis, nämlich der Kampf um die Hegemonie über die Fußballwelt, auf die neue Ebene übertragen werden muss. Aus dem alten Selbstverständnis wird quasi automatisch ein nationalistisches Selbstverständnis. Zur genaueren Differenzierung bietet sich das von diesen Gruppierungen bereits mitgebrachte rechte Weltbild an. Die aktuelle Konfliktlage wird kulturrassistisch angereichert: "Christliches Abendland" gegen "Fundamentalistischen Islamismus". Und das bedeutet, dass die bisherigen Aktivitäten, nämlich direkte Aggression, durch neue Formen der Aggression ersetzt werden müssen. Die nonverbale Kommunikation wird gleichsam verbal "aufgerüstet" und kulturalistisch zugespitzt. Und die gesamten Aktivitäten sind ab sofort nicht länger an irgendwelche Fußballtermine gebunden, sondern werden jetzt mit nationalen Termintraditionen wie den Montag-Demonstrationen aus der DDR-Zeit und *just-in-time* über Internet abgesprochen.

3. Dieses Vorgehen erweist sich in vielerlei Hinsicht nicht nur als sehr effektiv, sondern vor allem auch als folgenreich. Zwei Aspekte sind hier besonders wichtig. Im Rahmen der neuen kulturalistisch ausgelegten Dramatisierung auf der Ebene einer nationalen Medienöffentlichkeit sind global agierende Gegenbewegungen wie der IS besonders für die Funktion von feindlichen "Partnern" prädestiniert. Man kann auf diese Weise nicht nur neue Bundesgenossen rekrutieren, sondern sich zugleich auch nach einer neuen Freund-Feindkonstellation ausrichten. Das bedeutet unter anderem, dass man sich in seinem Denken und Handeln dem Niveau des neuen Feinden anpasst. Die hierbei entstehende Freund-Feindkonstellation sieht knapp formuliert so aus: Religiös-christlich inszenierter deutscher Nationalismus (religiös aufgeladener Nationalismus) gegen einen national inszenierten religiös-islamischen Fundamentalismus (national aufgeladener islamischer Fundamentalismus). Die Freund-Feindkonstellation als solche ist kulturrassistisch-nationalistisch definiert, wobei den beiden Seiten eine zueinander komplementäre Struktur zugewiesen wird.

In der HoGeSa-Demonstration in Köln wird das erste mal in einer geradezu "genialen" Weise diese neue kulturrassistisch-nationalistische Freund-Feindkonstellation entwickelt. Die Hooliganszene avanciert Dank der skizzierten Transformation zum Dramaturgen einer *Synchronisierung zwischen den Ideen eines restaurativen Nationalstaates* und einem von den Rechtsbewegungen schon seit langem aktiv vorangetriebenen *Kulturrassismus*. Und im Verlauf dieser Synchronisierung werden die Aktionsformen zwischen den entsprechenden Gruppierungen ausgetauscht, angepasst und kulturalistisch verschmolzen. Die so konstruierte Freund-Feindkonstellation erzeugt gewissermaßen ein "Bündnis" zwischen weltweit agierenden rechten Bewegungen – ein "Bündnis", in das das auch hin zum IS einbezogen wird. Auslöser für diese Denklogik ist im Grunde ein gezieltes Zusammenführen von zwei bislang nebeneinander verlaufenden, freilich schon immer miteinander verwandten Modernisierungsprozessen, nämlich der Modernisierung des Rassismus in der Form des Kulturrassismus und der Modernisierung der überkommenen Nationalstaatsvorstellungen in der Form eines christlich imprägnierten exklusiven Standortnationalismus.

Aus der Analyse der Kölner Ereignisse vom Oktober letzten Jahres lässt sich erkennen, wie die Entwicklung begonnen hat. Im Oktober waren es noch „Hooligans gegen Salafisten“. Diese erste Idee hat sehr schnell gezündet. Aus den Hooligans ist dabei eine nationalistisch ausgerichtete "patriotische Front" geworden. Die Hooligans haben die neue Plattform und die szenischen Elemente zur Dramaturgie beigetragen. Die Mitglieder aus dem rechten Parteienspektrum haben die passenden Argumentationsmuster beige-steuert und das organisatorische Feld übernommen. Und besonders in den neuen Bundesländern hat die Anknüpfung an die nationalen Daten viele neue Mitspieler gebracht. Was wir jetzt in Dresden mit den dortigen PEGIDA-Demonstrationen erleben,

sind Varianten dieses neuen “Spiels”, wobei von den Hooligans schon keine Rede mehr ist. Ihre Erfindung ist längst an die rechten Gruppierungen übergegangen.

Der erstaunliche Erfolg dieser neuen Inszenierung hat sicherlich mit der gelungenen Synchronisierung von zwei in der Mitte der Gesellschaft abgelaufenen, einerseits weitgehend unbemerkt gebliebenen und andererseits zugleich tief verankerten Modernisierungsprozessen zu tun. Er hat aber auch damit zu tun, dass es sich hier um eine effektvolle Inszenierung handelt, die geradezu optimal zur heute so beliebten Erlebniskultur passt. Zugleich wird in dieser Aufführung eine Weltsicht dramatisiert, die leicht eingängig ist, eine klare Rollenverteilung nach Gut und Böse verspricht und die vor allem durch die Anbindung an historische Daten (Montagsdemonstration) und an historische Zitate (“Wir sind das Volk”) dem Selbstwertgefühl der Menschen schmeichelt. Die PEGIDA verspricht: Wir sind endlich einmal auf der richtigen Seite der Weltbühne – eine Positionierung, die vor allem in den neuen Bundesländern attraktiv klingt.

Um diesen Mechanismus zu verstehen hilft ein Blick auf die Karl-May-Festspiele in Elspe/Sauerland bzw. Bad Segeberg/Schleswig-Holstein. Was für den Kleinbürger die Indianer-Festspiele sind, das ist für die Mitte der Gesellschaft PEGIDA. Beide Aufführungen dramatisieren den “Kampf des Guten gegen das Böse” und zielen auf eine Identifikation mit dem “Guten”. Und beide Aufführungen entziehen sich als dramatische Erzählungen jeder inhaltlichen Kritik. Für die Wirksamkeit der Inszenierungen ist es völlig gleichgültig, ob die Szenerie authentisch ist. Entscheidend ist, dass die dramaturgischen Mittel bei dem Publikum die entsprechenden Effekte auslösen. Und genau das ist bei den Karl-May-Festspielen kein wirkliches Problem. Niemand erwartet dort ein realistisches Bild vom Wilden Westen, sondern nur die Bestätigung seiner kleinbürgerlichen Phantasien, wenn am Ende die “Guten” Applaus bekommen und die “Bösen” ausgebuht werden. Bei einer politischen Inszenierung ist das freilich etwas ganz anderes. Hier geht es nicht mehr um eine mit dramaturgischen Mitteln erzeugte Bestätigung einer phantasievoll arrangierten privaten moralischen Ordnung, sondern um eine mit dramaturgischen Mitteln erzeugte Bestätigung einer phantasievoll arrangierten und kollektiv abgestimmten Weltordnung. Eine solche frei kreierte und schwarz/weiß inszenierende Weltordnung wird schnell zu einer Gefahr für eine globalisierte, säkularisierte und aus guten Gründen längst post-national agierende Gesellschaft, weil sie einen völlig falschen Referenzrahmen für das Handeln und Deuten vermittelt. Um an dieser Entwicklung etwas zu ändern, muss man, so wie das zivilgesellschaftliche Akteure in ihren Gegenveranstaltungen auch tun, die Kernbestandteile des von PEGIDA inszenierten Referenzrahmens angehen, den zunehmenden Kulturrassismus und den sich überall ausbreitenden neuen, zunehmend religiös aufgeladenen Nationalismus. Der Kulturrassismus und der religiös aufgeladene Nationalismus sind die entscheidenden Probleme. Sie müssen weiter angegangen werden und mit einem zukunftsorientierten Modell einer postnationalen, demokratischen und mobilitäts- und diversitätssensiblen Gesellschaft kontrastiert werden<sup>1</sup>. Angesichts der Tatsache, dass der Kulturrassismus und der religiös aufgeladene Nationalismus nicht nur in Europa, sondern auch darüber hinaus Mode werden, gibt es nur dann Chancen, gegen so etwas wie die PEGIDA Erfolg zu haben, wenn die Zivilgesellschaften von Köln bis Istanbul, um nur eine wichtige Achse zu nennen, besser miteinander kooperieren.

**Kaynak:**

<sup>1</sup>Vgl. Wolf-D. Bukow (2015): Mobilität und Diversität als Herausforderungen für eine inclusive city. In: Marc Hill, Erol Yildiz (Hg.): Nach der Migration. Postmigrantisches Perspektiven jenseits der Parallelgesellschaft. Münster. Transcript S.105ff.

---

## Einwanderung und Gesellschaftspolitik in Deutschland – ein Trauerspiel

Deutschland braucht starke Zuwanderung. Es geht darum, das im demographischen Wandel schrumpfende Arbeitskräfteangebot zu ergänzen und die gefährdeten Sozialsysteme zu entlasten.

Das ist nicht problemlos zu machen: In Sachen Integration ist Deutschland zwar deutlich besser als sein Ruf im Land. Aber bei anhaltend starker Zuwanderung gibt es besondere Herausforderungen für die Einwanderungsgesellschaft.

In der Einwanderungsgesellschaft ist der Weg das Ziel. Er besteht aus dem steten Zusammenwachsen von Mehrheits- und Einwandererbevölkerung. Das ist keine fröhliche Rutschbahn in ein buntes Paradies.

Der Weg in die Einwanderungsgesellschaft ist oft auch ein anstrengender, eigendynamischer und unübersichtlicher Prozess. Er kann in Kreisen der einheimischen Mehrheit Verunsicherung und das Gefühl wecken, ‚Fremde im eigenen Land‘ zu werden. Die Folge können Identitätskrisen und Kulturängste sein.

Kulturangst ist die Angst vor einer Gefährdung der eigenen durch als fremd empfundene Wertvorstellungen und Lebensformen oder das, was man dafür hält. Solche Kulturangst ist ein wesentlicher Hintergrund für Abwehrhaltungen gegenüber starker Zuwanderung aus anders geprägten Kulturen.

Das negative Bild fremder Kulturen ist heute vor allem durch die Haltung zum Islam bestimmt. Das hat ursächlich nichts zu tun mit der aktuellen Explosion von islamistischem Terror in Afrika und im arabischen Raum; denn antiislamische Abwehrhaltungen wurden schon vorher in Deutschland durch Medien und Publizistik forciert.

Ergebnis ist in der Einwanderungsgesellschaft heute eine Art Kulturparadox: Auf der einen Seite wächst die Zahl der Kulturoptimisten oder doch Kulturpragmatiker. Sie akzeptieren die zunehmende kulturelle Vielfalt als alltägliche Normalität. Auf der anderen Seite steht die zwar abnehmende, aber umso lauter protestierende Gruppe der Kulturpessimisten. Sie verstehen kulturelle Vielfalt als Bedrohung und projizieren ihre Ängste oft ersatzweise auf die Schwächsten der Schwachen: auf Flüchtlinge, Asylsuchende und sogenannte Armutswanderer. Das reicht heute von ‚Hogesa‘ über ‚Pegida‘ bis zu dem geklauten Refrain ‚Wir sind das Volk‘.

Im Hintergrund steht auch ein mehrfaches Versagen von Politik: Sie hat über Jahrzehnte hinweg, besonders zu Wahlkampfzeiten, die Fremdenangst vor ‚Sozialschmarotzern‘ und ‚Asylbetrügnern‘, sogar vor ‚Wirtschaftswanderern‘ und angeblich ‚unkontrollierter Zuwanderung‘ genährt. Sie hat durch die konzeptlose ‚Anwerbepolitik‘ bis zum ‚Anwerbestopp‘ von 1973 unbeabsichtigt den Weg zum Einwanderungsland eröffnet. Sie hat dann in demonstrativer Erkenntnisverweigerung lange die Legende hochgehalten, dass Deutschland ‚kein Einwanderungsland‘ sei. Die öffentliche Wahrnehmung war dabei lange weiter als die Politik.

---

Prof. Dr. Klaus J. Bade

---

Und aktuell versagt Politik vor der Umkehr der Verhältnisse: Heute ist Migrationspolitik unter dem Druck des demographischen Wandels mit Siebenmeilenstiefeln der öffentlichen Wahrnehmung enteilt. Sie hat, auch nach Auffassung der OECD, das offenste Zuwanderungsrecht in den westlichen Industriestaaten geschaffen – und dabei erneut die Mehrheitsbevölkerung in weiten Teilen ratlos zurückgelassen. Umso mehr gehen bereichsweise Wut, Angst und Projektionen um, die von rechtspopulistischen Rattenfängern ausgebeutet werden.

Vor nunmehr schon zwei Jahrzehnten, 1994, habe ich in einem Buch gewarnt: “Viele, die in Deutschland politische Verantwortung tragen, haben die Spielregeln der Einwanderungssituation noch immer nicht gelernt. Sie werden sich etwas einfallen lassen müssen, das die Wege zur Partnerschaft in der Einwanderungsgesellschaft offen hält, sonst drohen Spannungen und Konflikte, die die politische Kultur in diesem Land von Grund auf verändern können – und für die dann rückblickend wieder niemand verantwortlich gewesen sein will. (...) Nachhinkende Reparaturpolitik kann nicht ersetzen, was in der Einwanderungssituation an vorausschauender Gesellschaftspolitik für Migration, Integration und Minderheiten fehlt.” Spätestens seit dem ‘Pegida’, ‘Anti-Pegida’ und den auch durch Deutschland laufenden Schockwellen des Pariser Terroranschlags vom 7. Januar 2015 ist klar, dass solche Warnungen nicht unberechtigt waren.

Nötig ist ein mutiger Neubeginn: In der schon mehrere Generationen von Einwanderern umfassenden Einwanderungsgesellschaft geht es heute, von Neuzuwanderern und nachholender Integrationsförderung abgesehen, nicht mehr nur um die „Integration von Migranten“. Es geht um teilhabeorientierte Gesellschaftspolitik für alle, ob mit oder ohne Migrationshintergrund.

Und es geht um Orientierungshilfen in dem rasanten kulturellen Wandel, der das Gesicht der Einwanderungsgesellschaft stets aufs Neue verändert. Das ist von eminenter Bedeutung; denn Einwanderung und Islam sind die wichtigsten Bindemittel aller rechtspopulistischen Strömungen in Europa. Es gilt, ihnen durch kluge Argumente und pragmatische Politik die Kampfthemen zu entwenden. Sonst können schwere kulturelle und soziale Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft die Folge sein.

*Der Migrationsforscher, Publizist und Politikberater Prof. Dr. Klaus J. Bade war bis 2012 Gründungsvorsitzender des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration ([www.kjbade.de](http://www.kjbade.de)). Aktuell ist sein neues Buch ‚Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, ‚Islamkritik‘ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft, 400 S., Wochenschau Verlag, Schwalbach i. T. 3. Aufl. 2014.*

---

## Modell für erfolgreiche Integration? Die meisten Ruhrpolen haben Deutschland aus guten Gründen wieder verlassen



Gutwillige Politiker führen die Ruhrpolen gern als Beispiel an, an dem sich zeige, dass es in Deutschland eine Tradition des Willkommens gegenüber Migranten gebe. Leider irren sich die Politiker. Betrachtet man die Sache vom Anfang her, stellt sie sich als Modellfall für misslungene Integration heraus, an dem zu lernen ist, wie Aufnahmegeellschaft und Zuwanderer sich nicht verhalten sollten, damit der Zusammenhalt einer modernen Migrationsgesellschaft gelingen kann.

### Ein paar Daten

Zwischen 1870 und 1914 nahm die Kohleproduktion im Ruhrbergbau um das Zehnfache zu. Der wachsende Bedarf an Arbeitskräften wurde durch die Zuwanderung von Menschen gedeckt, die zwar aus den wirtschaftlich rückständigen Ostprovinzen des Deutschen Reichs kamen, ihrer kulturellen Identität nach aber Polen waren.

Wie bei der Arbeitsmigration in die Bundesrepublik Deutschland in den 1960er Jahren zogen anfangs hauptsächlich polnische Männer ins Ruhrgebiet, die aber rasch ihre Familien nachkommen ließen. Vor dem Ersten Weltkrieg lebte etwa eine halbe Million Polen im Ruhrgebiet. Die große Mehrheit von ihnen wollte nicht in die ländliche Heimat im Osten zurückkehren, sondern sah in der dynamischen Industrieregion an Rhein und Ruhr ihre Zukunft.

Die meisten Ruhrpolen sind aber nicht im deutschen Revier geblieben. Ende der 1920er Jahre war die Zahl der Menschen mit polnischem Migrationshintergrund dort auf 150.000 gesunken. Nur etwa 40.000 Abwanderer sind in den wieder errichteten polnischen Staat zurückgekehrt, über 300.000, sind in die nordfranzösischen Industrieregionen weitergezogen. 1922 beklagte sich der für Dortmund zuständige Regierungspräsident darüber, dass das plötzliche Fehlen der polnischen Hauer die Kohleförderung

Prof. Dr. Horst Pöttker

beeinträchtigte. Wie stark die Abwanderung der Ruhrpolen nach Frankreich war, zeigt sich u. a. daran, dass die beiden in Bochum und Herne erscheinenden polnischsprachigen Zeitungen „Viarus Polski“ und „Narodowiec“ ihren Lesern nach Lille und Lens hinterherzogen, wo sie noch bis in die 1970er Jahre existierten.

### Beispiel für Integration?

Die massive Abwanderung einer ganzen Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund kann kaum als Beispiel für gelungene Integration gelten. Auch in einer Einwanderungsgesellschaft, deren Zusammenhalt nicht auf ethnischer Gleichartigkeit ihrer Mitglieder, sondern auf gemeinsamer Anerkennung allgemeiner Werte (Verfassung, Menschenrechte), auf Verständigung und wechselseitigem Respekt beruht, setzt Zusammenhalt den Willen zum Dableiben voraus. Der erfordert ein hinreichendes Maß an Wohlbefinden dort, wo man lebt. Das war bei den Ruhrpolen offensichtlich nicht gegeben.

Keine Frage: Heute sind die Nachfahren der in Deutschland gebliebenen Ruhrpolen allenfalls noch an ihren slawischen Familiennamen zu erkennen. Von der Gegenwart aus betrachtet sind die Ruhrpolen ein Beispiel für vollständige Assimilation. Sie ist in diesem Fall nicht nur durch die lange Verweildauer, sondern auch durch die Selbstauswahl der in den 1920er Jahren Bleibewilligen und vor allem durch den besonders starken Anpassungsdruck des NS-Regimes zu erklären, unter dem aktive Mitglieder polnischer Vereine mit Verfolgung und sogar Lagerhaft rechnen mussten. Betrachtet man sie dagegen vom Anfang her und legt einen interkulturellen Begriff von Integration zugrunde, der von Migranten mitgebrachte kulturelle Identitäten respektiert, dann sind die Ruhrpolen eben ein Modellfall gescheiterter Integration.

### Historische Faktoren des Scheiterns

Eine günstige Voraussetzung für Integration war der Umstand, dass 99 Prozent der polnischen Migranten bereits mit der deutschen Staatsbürgerschaft zugewandert waren, so dass ihrer Partizipation an der Politik, der Arbeitswelt, der Sozialversicherung usw. von Beginn an rechtlich nicht mehr im Wege stand als bei den einheimischen Deutschen. Ungünstig war dagegen, dass sich in der langen Phase der durch Österreich, Preußen und Russland unterdrückten Staatlichkeit Polens ein polnischer Nationalismus entwickelt hatte, der kulturelle Identitätsmerkmale wie Sprache, religiöse Symbole oder Geschichte betonte. Diese beiden Faktoren mögen sich im Vergleich zu den Chancen interkultureller Integration heute etwa ausgeglichen haben.

Für einen anderen Faktor gilt das nicht. Während Deutschland heute ein prosperierendes Land ist, war die Weimarer Republik wirtschaftlich schwach. Das galt besonders für das Ruhrgebiet, wo französische Grubensyndikate 1921 sogar ein Anwerbebüro für Bergleute eingerichtet hatten.

Allein damit kann das Scheitern der Ruhrpolen-Integration aber nicht erklärt werden. Die Abwanderung setzte sich auch fort, als sich die ökonomische Situation Mitte der 1920er Jahre besserte. Vor allem aber hatte es auch schon vor dem Ersten Weltkrieg eine Abwanderung polnischer Migrantenfamilien in das nordfranzösische Industriegebiet gegeben.

### Die deutsche Seite: Germanisierungsdruck und Ignoranz

Das deutsche Kaiserreich war ein Produkt der Epoche des Nationalismus. Mit seinem Selbstverständnis als ethnisch homogene Kulturnation hängt zusammen, dass nicht erst das NS-Regime, sondern auch schon das wilhelminische Deutschland die ins Ruhr-

gebiet zugewanderten Polen einem starken Germanisierungsdruck ausgesetzt hat. Dieser „Hakatismus“ war darauf gerichtet, die kulturellen Besonderheiten der Polen zu unterdrücken. 1896 hatte der Oberpräsident der Provinz Westfalen das Programm des Hakatismus so formuliert: „Scharfe Überwachung der Agitation und Vereinstätigkeit, Fernhaltung nationalpolnischer Geistlicher, Beschränkung des Gebrauchs der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen, ausschließlich deutsche Schulbildung, das werden die Mittel sein, mit denen das Polentum im Westen der Monarchie der Germanisierung zugeführt wird.“

Zum ausdrücklich formulierten Hakatismus kam, dass die Ruhrpolen sogar in Orten von der Lokalpresse nicht zur Kenntnis genommen wurden, wo sie wie in Recklinghausen ein Viertel der Bevölkerung und fast die gesamte Belegschaft mancher Zechen stellten. Der „Recklinghäuser Zeitung“ war nur durch die slawischen Namen in den Zivilstandsmitteilungen der Standesämter und in Berichten über Straftaten zu entnehmen, dass es Polen in dieser Stadt gab.

Assimilationsdruck und diskriminierende Ignoranz können nicht integrationsfördernd sein, weil sie bei Migranten Obstruktion hervorrufen müssen.

### Die polnische Seite: ethnozentrische Widerborstigkeit

Das wird deutlich, wenn man sich in der damals im Ruhrgebiet verbreiteten polnischsprachigen Presse umschaute, aus der die unter den Ruhrpolen herrschende Mentalität ersichtlich ist. 1913 erschien z. B. im „Viarus Polski“ ein Text, der den Lesern unter dem Titel „Zehn Gebote für Polen“ befahl: „Ich bin Polen, dein Vaterland. Du sollst kein anderes Vaterland haben neben mir. Beschmutze nicht die Muttersprache durch Anwendung fremder Worte und Redensarten, denn die polnische Sprache ist reich wie keine andere auf der Welt. Du sollst mir meine Kinder nicht stehlen. Verbiete ihnen, untereinander Deutsch zu sprechen und sprich niemals selbst mit ihnen Deutsch. Du sollst nicht begehren ein Weib fremder Nationalität, sondern dich nur mit einer Polin verheiraten.“

Es kann nicht integrationsfördernd sein, wenn Medien für Migranten ihrem Publikum empfehlen, sich in kulturelle Gettos zurückzuziehen, und die Aufnahmegesellschaft ignorieren oder madig machen.

Assimilationsdruck der Aufnahmegesellschaft auf der einen und ethnozentrische Subkultur von Einwanderern auf der anderen Seite schaukeln sich wechselseitig auf. Deshalb konnte interkulturelle Integration im Falle der Ruhrpolen nicht gelingen. Menschen und Medien auf beiden Seiten der gegenwärtigen Migrationsgesellschaft können aus diesen Fehlern lernen.

### Literatur:

Kleißmann, Christoph (1978): Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft. Göttingen.

Murzynowska, Krystyna (1979): Die polnischen Erwerbsauswanderer im Ruhrgebiet während der Jahre 1880–1914. Dortmund.

Pöttker, Horst/Bader, Harald (2009): Gescheiterte Integration? Polnische Migration und Presse im Ruhrgebiet vor 1914. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Bd. 2: Forschungsbefunde. Bielefeld, S. 15–46.

---

Manuela Schwesig

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

## Vielfalt und gesellschaftlicher Zusammenhalt: Für eine bessere Teilhabe von Kindern und Familien



Deutschland ist bunt und vielfältig. Diese Vielfalt spiegelt sich in den Familien wider. Fast jedes dritte Kind lebt heute in einer Familie, in der mindestens ein Elternteil selbst eingewandert ist oder eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzt. Knapp 4,1 Millionen Kinder wachsen mit mehr als einer Sprache und Kultur auf. Ich sehe darin eine große Bereicherung. Vielfalt ist eine Chance für die Zukunft Deutschlands – auch aus demografischen, ökonomischen und sozialen Gründen.

Es ist wichtig, dass in Deutschland intensiv über Integration und Willkommenskultur diskutiert wird. Deutschland ist längst ein Einwanderungsland. Wir brauchen aber mehr Austausch, auch über Werte und Überzeugungen. Die Debatten der vergangenen Wochen um die Rolle des Islam in unserer Gesellschaft und den Stand der Integration haben gezeigt, dass Ausgrenzung und Vorurteile uns nicht voranbringen. Integration ist nicht einfach Eingliederung, sondern bedeutet auch Erneuerung und Bereicherung. Menschen, die nach Deutschland kommen, bringen ihr Leben, ihre Persönlichkeit mit und verändern damit dieses Land. Ohne ständige Erneuerung kann es keine offene und vielfältige Gesellschaft geben. Wir müssen diese Kräfte nutzen, um Zuwanderung zu gestalten – mit dem Ziel, den Ein- und Aufstieg für alle zu ermöglichen.

### *Bildung und Arbeit – Schlüssel zur Integration*

Kulturen sind unterschiedlich, sprachliche Hürden begünstigen Missverständnisse, und unterschiedliche Lebensweisen können zu Konflikten führen. Vielfalt stellt uns in

vielen Bereichen vor große Herausforderungen. Behörden, Schulen, Kindertageseinrichtungen und Unternehmen, Altenheime und Krankenhäuser gestalten bereits den Umgang mit Menschen unterschiedlicher Herkunft. Integration verlangt allen etwas ab. Wir brauchen eine echte Willkommenskultur, die es den Menschen, die neu in unser Land kommen, leichter macht, anzukommen und mitzukommen. Wir müssen aber auch die Teilhabe derer verbessern, die schon in der zweiten oder dritten Generation hier leben. Die Bildungschancen der Kinder sind in allen Familien ein großes Thema, denn gute Bildung ist eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben. Unabhängig von ihrer sozialen Herkunft müssen alle Kinder in unserem Land die gleichen Entwicklungs- und Bildungschancen haben.

### *Frühe Förderung hat Priorität*

Kindergärten und Schulen sind die ersten Bildungsorte neben der Familie. Hier werden die Weichen für die weitere Entwicklung gestellt. Deshalb investieren Bund und Länder in ein bedarfsgerechtes Angebot an Kitaplätzen und in ihre Qualität. Wir haben uns vorgenommen, nicht nur die Zahl der Plätze zu erhöhen, sondern auch die Qualität der Kindertagesbetreuung zu verbessern. In den bundesweit über 4.000 Schwerpunktkitas „Sprache und Integration“ wird besonderes Gewicht auf die frühkindliche Sprachförderung gelegt. Die Qualität der frühen Bildung in Deutschland ist gut. Dennoch gibt es Verbesserungsmöglichkeiten und Handlungsbedarf.

Aus Studien wissen wir, dass frühkindliche Bildung denen besonders hilft, die von zu Hause weniger Bildung mitbringen oder Deutsch als zweite Sprache erst lernen müssen. Mehrsprachigkeit ist jedoch kein Defizit, sondern ein Gewinn für alle. Wer einmal erlebt hat, wie schnell sich Kinder Sprache aneignen und welche Freude sie daran haben, der versteht, warum wir diese frühen Jahre nutzen sollten. Den Spielkameraden auf Türkisch trösten, russische Reime aufsagen, auf Spanisch zählen – das Spiel mit Sprachen fasziniert Kinder und macht ihnen Spaß. So offen wie Kinder andere Kulturen aufnehmen, gelingt es uns Erwachsenen nicht immer, auf andere zuzugehen. Dabei können kleine Gesten viel bewirken: Das jährliche Sommerfest so zu planen, dass es nicht ausgerechnet im Ramadan liegt. Dialog auf Augenhöhe bedeutet aber auch, kritische Themen anzusprechen und Intoleranz gegenüber anderen Religionen oder Menschen, die anders leben, entgegen zu treten.

### *Gemeinsam für Bildungschancen*

Die Bemühungen um bessere Bildungschancen für alle zeigen erste Erfolge. Der Anteil der Abiturientinnen und Abiturienten aus Familien mit Einwanderungsgeschichte steigt weiter an. Dennoch gibt es immer noch zu viele, die die Schule ganz ohne Abschluss verlassen. Zudem haben es Bewerberinnen und Bewerber mit einem ausländischen Namen auf dem Arbeitsmarkt immer noch schwer. Sowohl Eltern als auch Jugendlichen bieten wir daher Unterstützung an. Mit dem Bundesprogramm „Elternchance ist Kinderchance“ stehen den Familien über 5.000 Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter bei wichtigen Bildungsentscheidungen beiseite. Die Initiative „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ unterstützt Kommunen darin, passgenaue Hilfsangebote für junge Menschen am Übergang von der Schule in den Beruf zu entwickeln. Bildung ist allerdings mehr als das, was Schule, Kita und Familie vermitteln. Zu einem erfolgreichen Bildungsverlauf gehören auch andere Menschen: Eine Nachbarin, die bei den Hausaufgaben hilft, ein Trainer im Sportverein, der ein Praktikum vermittelt, oder eine Lehrerin, die eine besondere Begabung erkennt. Menschen, die helfen, an einer Abzweigung im Leben den richtigen Weg zu nehmen, sind besonders wichtig, wenn die eigene Familie wenig mit dem Schulwesen und dem Ausbildungssystem in der neuen Heimat vertraut ist.

Ich finde es großartig, dass in diesen Tagen an vielen Orten Willkommensinitiativen für Flüchtlinge entstehen. Viele Ehrenamtliche helfen ganz praktisch dabei, den Alltag

Manuela Schwesig

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

in Deutschland zu organisieren. Sie vermitteln dabei eine ganz wichtige Botschaft: Es ist uns nicht egal, wie es Fremden in diesem Land geht. Wir öffnen unsere Türen und Herzen für euch! Es ist eine Aufgabe für uns alle, Ausgrenzung und Einsamkeit zu überwinden. Oder, wie es ein türkisches Sprichwort sagt: Damlaya damlaya göl olur.

*Auf die Mütter kommt es an*

Wenn wir über Teilhabechancen reden, sollten wir die ganze Familie in den Blick nehmen. Oft sind es die Mütter, die eine Schlüsselrolle beim Ankommen in einem anderen Land haben. Wir wissen, dass viele zugewanderte Mütter gerne arbeiten wollen und auch gut qualifiziert sind. Dennoch üben nur 52 Prozent eine Erwerbstätigkeit aus. Bei Müttern ohne Zuwanderungsgeschichte sind dagegen 73 Prozent berufstätig. Die Gründe sind unterschiedlich: geringe Sprachkenntnisse, ein fehlender Kinderbetreuungsplatz, oder es fehlt einfach an Ermutigung und Orientierung. Mit passgenauer Unterstützung allerdings gelingt vielen der Sprung in die Berufstätigkeit; das haben die Erfahrungen aus einem Modellprojekt des Bundesfamilienministeriums gezeigt. Nach dem Besuch eines Sprachkurses ging für Tatjana aus Kasachstan ein Traum in Erfüllung, denn sie konnte eine Ausbildung zur Köchin beginnen. Ebru aus der Türkei hat nach intensiver Vorbereitung die Aufnahmeprüfung für die Ausbildung in einem Gesundheitsberuf an einer Klinik bestanden. Shabana aus Afghanistan studiert inzwischen an einer Fachhochschule und ermutigt als Mentorin andere Frauen auf ihrem Weg.

Die Erfahrungen dieser Frauen machen Mut, denn sie zeigen, dass Aufstieg in Deutschland möglich ist. Im Februar dieses Jahres startet deshalb ein neues Programm mit dem Titel „Stark im Beruf – Mütter mit Migrationshintergrund steigen ein“. An bundesweit 84 Standorten werden Mütter mit Migrationshintergrund auf dem Weg in die Erwerbstätigkeit begleitet und Arbeitgeber auf die Potenziale dieser Gruppe aufmerksam gemacht. Die Anerkennung und Selbstbestätigung durch eine Erwerbsarbeit wirkt sich auch positiv auf die Familien der Frauen aus. Eine türkische Mutter, die mittlerweile ihr Studium abgeschlossen hat, berichtet: „Wenn ich zuhause für eine Prüfung lerne, setzt sich mein Sohn ganz automatisch mit seinen Hausaufgaben neben mich, den brauche ich gar nicht anzumahnen.“ Migrantinnen, die einen Beruf ausüben, fühlen sich besser in die Gesellschaft integriert und sind zufriedener mit ihrem Leben. Sie sind gleichzeitig ein Vorbild für ihre Kinder und geben ein wichtiges Signal in die Gesellschaft.

Unser Land wird durch Vielfalt bereichert. Es ist ohne Einwanderinnen und Einwanderer nicht denkbar. Dafür brauchen wir heute und morgen ein gutes Miteinander, eine Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Chancen haben unabhängig von ihrer Herkunft.

## Die Spanier kommen! Ein wenig Geschichte



Kaynak: Canicio, Victor: Contamos contigo! Kronikas de la emigracion, Barcelona 1972, S. 28

Von 1936 bis 1939 tobte in Spanien ein fürchterlicher Bürgerkrieg, aus dem der General und spätere Diktator Francisco Franco als Sieger hervorging. Bis zu seinem Tod am 20. November 1975 regierte sein faschistisches Regime mit harter Hand. Viele Spanierinnen und Spanier flohen zunächst nach Frankreich, und nach Beendigung des 2. Weltkrieges wurde Deutschland mit seinem zunehmenden Wohlstand das Zielland ihrer Flucht. Anfang der 1960er Jahre, nach Abschluss von Anwerbeverträgen mit Spanien, nahm die Zahl spanischer Staatsangehöriger in Deutschland enorm zu. Für sie boten die Angebote auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine hervorragende Möglichkeit, der ihrer miserablen wirtschaftlichen und politischen Situation in ihrem Heimatland zu entkommen.

In allen Diktaturen spielt das Militär eine herausragende Rolle, das benötigt wird, um das die Regime zu stützen. Die Bildung und der soziale Sektor werden hingegen vernachlässigt, denn zu viel und eine zu gute Schulbildung könnte Menschen hervorbringen, die sich gegen die Machenschaften der autoritären Regierungen auflehnen. So war es nicht verwunderlich, dass ein großer Teil der damaligen Immigranten nicht einmal die eigentlich auch im damaligen Spanien obligatorische sechsjährige Primarschule abgeschlossen hatte und etwa 20 % der Frauen in Spanien Analphabetinnen waren.

Die Provinzen Andalusien und Extremadura im Süden sowie im Norden die Provinz Galicien waren besonders von Armut betroffen. Sie stellten den größten Teil der Emigrant\_innen. Hinzu kamen Bergarbeiter aus Asturien, die in Deutschland erheblich bessere Arbeitsbedingungen und deutlich höhere Löhne erwarten konnten.

Als die ersten „Gastarbeiterzüge“ aus Spanien ankamen, erwarteten weite Teile der deutschen Bevölkerung ungebildete Männer und Frauen, so wie sie es bei den Menschen aus den anderen Herkunftsländern ebenso vermuteten. Ihnen wurden in den Berufshierarchien die untersten Plätze von ihren neuen Arbeitgebern die niedrigsten Arbeiten angeboten wie z. B. Hilfsarbeiten, Arbeiten am Band, schwere körperliche Tätigkeiten oder einfachste Tätigkeiten in der Elektroindustrie oder als Näherin. Das stärkte den Eindruck, dass es sich in der Tat um ungebildete Menschen handelte. Darin unterschieden sie sich nicht von den Einwander\_innen aus anderen Ländern. Unbe-

Prof. Dr. Hans-Peter Schmidtke

kannt war in Deutschland der spanische Slogan, um größte Armut auszudrücken: „Más pobre que un maestro!“ (Ärmer als ein Lehrer!). Dies aber deutet auch darauf hin, dass mit der Auswanderung nicht nur arbeitslose und ungebildete Menschen auswanderten kamen, sondern dass die Auswanderung auch mit einem sog. „Brain Drain“, einer Abwanderung vieler kluger Köpfe verbunden war. Das beeinträchtigte das Land auch später nachhaltig in seinen Entwicklungsmöglichkeiten. (vgl. Castejón 2014, S. 19 ff).

### Der Empfang in Deutschland

In den Anfängen der Beschäftigung der ausländischen Arbeitskräfte bis etwa Mitte der 1970er Jahre war das Synonym für „Gastarbeiter“ Italiener, bis es nach und nach von „Türke“ abgelöst wurde, Begriffe, Bezeichnungen mit einer negativen Konnotation, Sicher war anfänglich die italienische Gruppe zahlenmäßig die stärkste, aber selbst in Städten wie z. B. Bochum, Essen oder Duisburg, in denen der spanische Anteil zunächst deutlich überwog, begegnete man ihnen den Spaniern zumeist positiver als den Angehörigen anderer Nationalitäten. Ohne Zweifel hängt dies mit den Bildern zusammen, die in einem Land von den Menschen eines anderen Landes existieren: Vorurteile, die Menschen nach ihrem Herkunftsland und seiner vermuteten spezifischen Kultur zugeschrieben werden.

Bekannt waren die Vorstellungen von Italienern, die „Papagalli“, Männer, die den Frauen nachstellen, Menschen, die es verstehen, sich vor der Arbeit zu drücken, oder bei den Türken, die Unvereinbarkeit der Lebensauffassungen, der Religion, eben Menschen, die sich nicht integrieren wollen. Es gab den Spruch: „Da ist etwas getürkt!“ was soviel besagte wie: Da hat jemand betrogen. Und die Spanier?

Auch über die Spanier gibt es Bilder im Schatz der gesellschaftlichen Vorurteile, die allerdings deutlich positiver ausfallen: „Ich bin stolz wie ein Spanier!“ sagt eine Person z. B. dann, wenn sie sich sehr geehrt fühlt. Es meint Selbstbewusstsein, Stärke, Geschmeidigkeit, so wie es ein Torero im Angesicht des Stieres verkörpert: „Olé!“ – Und diese eher positive Wahrnehmung wird durch eine zweite Redewendung gestärkt. Im Deutschen sagt man, wenn eine Sache nicht klar, leicht unverständlich, unheimlich, aber eigentlich nicht wirklich bedrohlich ist: „Die Sache kommt mir spanisch vor!“ Und zu diesen durch die Sprache verinnerlichten Vorstellungen kommen die eigenen Erfahrungen der Menschen, die selbst in Spanien Urlaub gemacht oder darüber berichtet haben: das Temperament, die Gastfreundschaft, die Fröhlichkeit.

Nach dem Tode Francos entwickelte sich Spanien sehr schnell zum Auslandsreiseziel Nr. 1 der Deutschen. Und wie es so ist, die deutschen Touristen fanden ihre Vorurteile weitgehend beim Stierkampf, bei der Flamenco Show, unter der warmen Sonne am Strand bestätigt: Heißes Wetter macht heißes Blut. Dass es auch im Winter besonders in der ganzen Nordhälfte heftig schneien kann und bitterlich kalt und regnerisch wird, bekommt man ja im Sommer nicht mit. Und den Tierschutz lässt man beim Stierkampf auch schon einmal draußen vor der Arena. Es wird so verständlich, dass die Spanier diejenigen „Gastarbeiter“ sind, denen die meisten Sympathien entgegengebracht werden (vgl. Spiegel in Auernheimer Harms 1984, S.300). Wem solch ein Urteil voraus eilt, hat es solange einfacher, wie einzelne Personen ihre Beobachter nicht eines Besseren belehren.

### Und wie sehen uns die Spanier?

Es muss klar sein, dass es weder dieses „uns“ noch „die Spanier“ aus der Überschrift dieses Kapitels so gibt, wie sie gerade in den Anfängen der Auseinandersetzung mit Migration in zahlreichen Publikationen dargestellt wurden (vgl. z.B. Bingemer u. a. 1970). Aber. Auswanderungen, ob aufgrund von Flucht oder von Anwerbeverträgen setzen auch bei den Betroffenen immer eine Auseinandersetzung mit dem Zielland voraus. Es

gibt auch in Spanien Bilder, Redensarten über „die Deutschen“, Eigenschaften, die „den Deutschen“ zugeschrieben werden, die man aus Filmen und Nachrichten kennt, die neben den Propagandamaterialien der Anwerbepostämter vielen als einzige Quellen zu ihrer Vorbereitung und Einschätzung von Deutschland zur Verfügung stehen.

In vielen der Berichte, die von Carlos Castejón (a. a. O.), einem Priester der spanischen Gemeinde während der ersten Jahre der „Gastarbeiter“ in Essen, zusammengetragen wurden, geben die Befragten eher negative Einschätzungen an, wenn sie auch die oft beschworenen „deutschen Tugenden“ bewundern. Deutsche sind „cabezas cuadradas“, quadratische Köpfe, was soviel heißt wie unflexibel, rechthaberisch, bevormundend. Heleno Saña, ein in Deutschland lebender Schriftsteller und Sozialphilosoph, schildert solche und vor allem seine eigenen Vorurteile gegenüber Deutschland und den Deutschen in seinem kleinen Büchlein: „Verstehen Sie Deutschland?“ (1986), indem er beide Länder, beide Menschengruppen miteinander zu vergleichen versucht. Er kommt dabei zu dem Urteil: „... Es gibt kaum zwei europäische Länder, die gegensätzlicher sind“ (S. 9). Ich verzichte darauf, durch nochmaliges Wiederholen der ins Rassistische ableitenden Darstellung überholte Argumente neu zu beleben.

Dennoch Pauschale Einschätzungen, eben die Vorurteile, bleiben nicht ohne Auswirkungen. In Untersuchungen zur Rückwanderung wurde festgestellt, dass über lange Jahre hinweg die spanische Bevölkerungsgruppe die höchste Rückwanderungsquote verzeichnete (vgl. Bernitt 1980). Aber auch im pädagogischen Bereich hatten die Voreingenommenheiten ihre Auswirkungen. Als ich meinem Schulrat anbot, in spanischen Vorbereitungsklassen zu unterrichten, blieb ihm glatt der Mund offen stehen: „Das wollen sie sich tatsächlich freiwillig antun? Bei den Kindern, die ja aufgrund ihres Temperaments kaum zu bändigen sind?“ Ich wollte und tat es, und siehe da: Die spanischen Kinder entpuppten sich als Kinder, die weder in ihrer Leistungsbereitschaft noch in ihrer Lautstärke anders waren, als die Kinder, die ich aus „deutschen“ Klassen kannte. Und selbst in ihrem so oft beschworenen Temperament waren sie genauso unterschiedlich wie die Kinder jedweder anderen Klasse.

Und plötzlich stelle ich fest: meine Kinder haben Migrationshintergrund!

Wenn es mir vorher bewusst geworden wäre, dass ich Kinder mit Migrationshintergrund bekomme, wenn ich eine Spanierin, dazu noch aus Katalonien, heirate, vielleicht hätte ich es mir der Kinder wegen überlegt. Man sagt ja, dass dies so problematisch sei... Aber da mir die Frau gefiel, habe ich sie halt geheiratet. Und jetzt müssen sich die Kinder damit abfinden, dass sie nicht nur zweisprachig, sondern dreisprachig sind, weil wir als Eltern natürlich jede und jeder in der eigenen Muttersprache erzogen haben, also Katalanisch und Deutsch. Dazu haben wir uns als Familiensprache noch das Castellano, das Spanische erlaubt, obwohl uns viele gewarnt hatten. Glücklicherweise hat der eine schon sein Abitur recht gut geschafft, und bei dem anderen sieht es nicht schlechter aus. Und ihr Temperament? Der Große organisiert gern wie ich, der andere ist mehr wie seine Mutter, eher ruhig und besonnen, eben mehr Spanier- oder wie war das doch gleich? – Vielleicht ist das mit dem Zuhause Deutsch sprechen doch nicht so eine gute Idee.

#### Literatur:

Bernitt, M.: Die Rückwanderung spanischer Gastarbeiter. Der Fall Andalusien, Königstein 1981

Bingemer, K./Meistermann-Seeger, E./Neuber, E.: Leben als Gastarbeiter. Geglückte und missglückte Integration, Köln, Opladen 1970

Canicio, V. Contamos contigo! Crónicas de la emigración, Barcelona 1972

Castro Blázquez, C.: Bajo el signo de la K – Recuerdos de la Cuenca del Ruhr, Madrid 2014

Harms, H.: Remigration: Spanien. In: Auernheimer, G.: Handwörterbuch Ausländerarbeit, Weinheim 1984, S. 267 – 269

Harms, H.: Spanien (in der Bundesrepublik). In: Auernheimer, G.: Handwörterbuch Ausländerarbeit, Weinheim 1984, S. 299 – 301

Saña, Heleno: Verstehen Sie Deutschland? Impressionen eines spanischen Intellektuellen, Frankfurt 1986

## Vom Osnabrücker Land nach Ohio und Indiana (USA). Deutsche Migrationsprobleme im frühen 19. Jahrhundert



EN EMIGRANTÄNGARE INLÖPER I NEW YORKS HAMN.

Quelle: © Deutsches Auswandererhaus / Foto: Kay Riechers

### Zahlen

Die Auswanderung aus der Landdrostei (vergleichbar einem Regierungsbezirk) Osnabrück im Königreich Hannover habe ich ausgewählt, weil ich mich vor allem mit ihr beschäftigt habe und weil die Zahl der nachweislich Ausgewanderten in den 1830er und 1840er Jahren einen Anteil an der deutschen Auswanderung von 11 % (1836) bzw. gut 14 % (1845) erreichte. 5,5 % betrug der Anteil Osnabrücker Auswanderung 1832-1840. 1841-1850 waren es noch 3,5 %, 1851-1866 nur noch 1,8 %. Aber nur ca. 1 % der Einwohner Deutschlands lebte in der Landdrostei Osnabrück.

Es war vor allem Auswanderung aus dem landwirtschaftlich genutzten Raum. Von 60630 Ausgewanderten (1832-1866) verließen nur 1209 (1,9 %) die Stadt Osnabrück (durchschnittlich 13500 Einwohner), während die 10 Ämter (vergleichbar heutigen Landkreisen) jeweils ca. 4500-9000 Ausgewanderte (Grafschaft Bentheim ca. 1500) aufzuweisen hatten. In jedem der erfassten 34 Jahre sind im Durchschnitt 1732 Menschen aus der Landdrostei Osnabrück ausgewandert, d. h. jährlich ca. 0,65 % bei im Schnitt 265000 Einwohnern. Sowohl die absoluten Zahlen als auch die prozentualen Anteile dürften geringfügig höher liegen, weil einige Berichte der Ämter fehlen, Volkszählungsdaten nicht vollständig erhalten sind und nicht wenige heimlich auswanderten. In den Jahren 1845, 1848 und 1852 wurden ca. 1,7 %, 1,8 % und 0,9 % erreicht, in

manchen Kirchspielen auch darüber hinaus. Auf Altersgruppen und Ämter bezogen ergeben sich unterschiedliche absolute Zahlen und prozentuale Anteile. Unter den 1832-1866 aktenkundig gewordenen 60630 Ausgewanderten waren 15298 allein reisende Männer, 11071 allein reisende Frauen und 34261 Personen, die wohl 7992 Familien zugeordnet werden können.<sup>1</sup>

### Strukturen, Institutionen, Motive

Die meisten sind also hier geblieben, trotz den für alle gültigen Lebensbedingungen, die sich als strukturelle Grundlagen, institutionelle Absicherungen und individuelle Anlässe und Motive, die angestammte Heimat zu verlassen, benennen und zu „Migrationstheorien“ abstrahieren und zuordnend verdichten lassen. Da mag man das Gewicht legen auf die Strukturen, auf die Institutionen oder auf die individuellen Motive: Verfehlt ist keiner dieser Zugriffe, wenn man sie nicht verabsolutiert. Am Ende entscheiden doch die einzelnen Personen und deren Wahrnehmungen der jeweiligen Lebensumstände über die je eigenen Akzentuierungen, was immer auch Wissenschaftler verallgemeinernd zu Papier bringen mögen.

Vom 16. bis zum 18. Jahrhundert hatten sich im Osnabrücker Land die feudalen Besitzverhältnisse stabilisiert. Grundherren (Adel, Kirche, Städte, Bürger) waren die Eigentümer des Bodens, der von den Colonen (Bauern) bewirtschaftet wurde.

Diese grundlegende Struktur wurde institutionell, d.h. rechtlich, auch gewohnheitsrechtlich, und durch verfestigte akzeptierende Mentalitäten abgesichert.

Die bäuerliche Bewirtschaftung blieb in der Regel in Erbfolge der jeweiligen Familie erhalten. Der jüngste Sohn (seit 1722) erbte, mit Vorrang vor den Töchtern, das unteilbare Colonat. Über die Eigenbehörigkeit war er dem Grundherrn verpflichtet: Ohne dessen Zustimmung durfte er (sie) nicht heiraten, und wer in das Colonat einheiratete (Aufheirat), begab sich in die dem Colonat zugehörige Eigenbehörigkeit. Das bedeutete im Todesfall der verantwortlichen bewirtschaftenden Person Sterbfallsabgaben bis zur Hälfte des Privatvermögens des Verstorbenen, aber auch zu Lebzeiten Geldzahlungen und Dienstleistungen, vielfältige Naturalabgaben, vor allem aber die vorrangige Abgabe eines Zehntels (Zehnt) der Ernte auf den zehntpflichtigen Böden, deren Bewirtschaftung vom Grundherrn vorgeschrieben werden konnte. All diese Belastungen machten bis zu 30 % des Rohertrages aus. Hinzu kamen die vielfältigen Betriebsausgaben, die der Colon zu tragen hatte. Reich wurden nur wenige; viele waren verschuldet.<sup>2</sup>

Colonate waren auch verschuldet, weil abgehenden Söhnen und Töchtern bzw. Geschwistern ein Erbteil/eine Mitgift zustand. Wer von diesen das den gesellschaftlichen Stand und dessen Standesbewusstsein sichernde Ziel, in ein Colonat einzuheiraten, nicht erreichte, begnügte sich mit der Einheirat in eine Kleinbauernstelle, blieb unverheiratet auf dem Hof des Erben, verdingte sich, ledig bleibend, als Knecht oder Magd oder sicherte sich ein „Dach über dem Kopf“, eine Heuerstelle, die Eheschließung zuließ, weil Pacht und Nutzung eines kleinen, ärmlichen, landwirtschaftlich genutzten Anwesens (Heuerhaus) auf einem Colonat dies erlaubten. Schweine und Schafe und auch mal eine Kuh konnten dort gealtem werden. Willkürlich vom Colonen eingeforderte Arbeit war dafür zu leisten, neben geringfügigen, aber schwer zu erarbeitenden Zahlungen, und willkürlich konnte der Pachtvertrag auch gekündigt werden.

Diese landlose Bevölkerungsschicht musste hinzu verdienen, um ihr Auskommen zu finden. Viele Männer gingen im Frühjahr in die Niederlande (Hollandgängerei), zwischen Einsaat und Ernte, in den Torfstich und in die Heuernte, während deren Frauen und Kinder auf den Colonaten dienten. Viele verdienten als Handwerker hinzu, vor

Prof. Dr. Antonius Holtmann

allein in der Leinweberei, die sich im 18. Jahrhundert in den engen Heuerhäusern zur stabilen und für das Osnabrücker Land profitablen Protoindustrie entwickelt hatte, zur „dezentralisierten ländlichen arbeitsintensiven Warenproduktion für einen entfernten Markt“.<sup>3</sup>

### Veränderungen

Noch gegen Ende des 18. Jahrhunderts, trotz Revolution in Frankreich (1789), erschien den meisten all dies als eine stabile Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur, die rechtsverbindlich institutionalisiert war und, in den sozialen Schichten mehr oder weniger bejaht oder wenigstens akzeptiert, auch weitgehend religiös gerechtfertigt war. Adel und Kirche bezweifelten nicht ihre Herrschafts- und Besitzansprüche, Colonen akzeptierten ihre relative Teilhabe, und Heuerleute fügten sich, meist noch gottergeben, in ihre prekären Abhängigkeiten und Knechte und Mägde ins bittere Los des ärmlichen Dienens.

Die Landlosen nahmen an Zahl zu aus eigener „Kraft“, aber auch durch die „Zuwanderung“ aus den Colonaten. Nur wenigen gelang der Aufstieg: Stagnation und „Abstiegsmobilität“ dominierten, zunehmend vom 18. zum 19. Jahrhundert.<sup>4</sup>

Dass sich die Gesellschaft „in fortschreitender Bevölkerung“ befinde, registrierte 1818 der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770-1831) 1818, und dass sie gegen das „Herabsinken einer großen Masse unter das Maß einer gewissen Subsistenzweise“ keine Mittel aufzuweisen habe. Bei einem „Übermaße des Reichtums“ sei die „bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug,[...] dem Übermaße der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern“.<sup>5</sup>

Hans-Ulrich Wehler vermutet „drei Hauptursachen“ für das Anwachsen der Bevölkerung:

- die „Ausdifferenzierung“ und „Kommerzialisierung“ der Landwirtschaft;
- die zunehmende Exportorientierung des „protoindustriellen Heimgewerbes“;
- die verbesserte „internationale Konjunktur seit dem Siebenjährigen Krieg“ (1756-1763).

„Das explosive Bevölkerungswachstum ist mit absoluter Vorrangigkeit ein Wachstum der ländlichen Unterschichten.“<sup>6</sup>

Im Osnabrücker Land reagierte man auf die sich abzeichnende Krise der feudalen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse so, wie Menschen, Politiker vor allem und Wissenschaftler auch, es in der Regel versuchen, und dies vor allem nach außen mit überzeugen wollender Selbstsicherheit. Man versucht, das Bestehende abzusichern, das Gewohnte zu rechtfertigen. Die Nutzung des überweideten und durch Plaggenentnahme (Dünger!) ruinierten Gemeindelandes, der Marken, wurde um die Jahrhundertwende den Colonaten parzelliert zugeschlagen, d.h. den Heuerleuten nun gänzlich entzogen (Markenteilung). Durch die hannoversche Domizilordnung von 1827 wurde die Heiraterlaubnis „vom Nachweis ausreichenden Besitzes oder aber gesicherter Arbeit und Wohnung“ abhängig gemacht in Verbindung mit einer Verschärfung der Mobilitätsbeschränkung meist auf den Geburtsort, in dem man ein Heimatrecht besaß. Erst seit 1867/1868 gab es in der seit 1866 preußischen Provinz durch die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes „völlige Freizügigkeit“ und „völlige Freiheit der Eheschließung.“ Preußens „unbeschränkte Verehelichungsfreiheit“ wurde durchgesetzt.<sup>7</sup>

Die Stärkung der Colonate, auch nach Beginn ihres Freikaufs (Ablösung) seit 1831<sup>8</sup>, die trotz zunehmender Verschuldung den Colonen mehr Selbstbewusstsein ermöglichte, verbesserte nicht die Lebensbedingungen der Heuerleute. Sie hatten jetzt nicht mehr mit eigenbehörigen, also auch abhängigen Bauern zu tun, und ihre Arbeitskraft war stärker gefordert denn je. Feudale Strukturen wurden modernisiert, und Modernität wurde durch verzögerte Industrialisierung hinausgeschoben. Was aus der Krise hinaus führen sollte, verstärkte sie.

Revolutionen veränderten Europa: Die amerikanische (1776), die französische (1789) und noch einmal eine französische (1831). Aber es hat in diesem Zeitraum keine deutsche Revolution gegeben, nur z.T. „defensive Modernisierung“, nachdem Napoleons Kontinentalsperre, seine nordwestdeutschen Annexionen (1807-1810) und seines Bruders Königreich Westfalen mit der Schlacht bei Waterloo (1815) eine Ende gefunden hatten.<sup>9</sup>

All dies hatte auch im Osnabrücker Land Spuren hinterlassen. Die belastende, aber bisher einträgliche Saisonarbeit in den Niederlanden (Hollandgängerei) brachte schon in den 20er Jahren nicht mehr viel ein. Seefahrt und Außenhandel hatten auch dort unter der Kontinentalsperre gelitten, und Bevölkerungswachstum war eine europäische Gemeinsamkeit. Vor allem aber konnten die verloren gegangenen Märkte für Osnabrücker Leinen nicht mehr zurückgewonnen werden. In England be- und verarbeitete Baumwolle trat nach und nach an die Stelle des Leinens und dies bald auch in deutschen Staaten, zunächst noch zaghaft in den „besseren Kreisen“ des Osnabrücker Landes. Der Preisverfall konnte schon in den 30er Jahren nicht mehr durch erhöhte Produktion wettgemacht werden, so dass gegen Ende des Jahrzehnts die Produktionsmenge zurück ging. Nach dem amerikanischen Bürgerkrieg (1861-1865) setzte sich auch im Nordwesten die industrielle Flachs- und vor allem Baumwollverarbeitung und deren Versand mit Hilfe der Eisenbahn durch.<sup>10</sup>

### Die Neue Welt

Im Osnabrücker Land begann die Auswanderung 1831/1832 in einem Ausmaß, dass die Landesregierung die Zahlen zu erfassen begann. Die zunehmenden wirtschaftlichen Nöte der Landlosen und der von Landlosigkeit bedrohten Colonen-Kinder drängten viele von ihnen zur gefürchteten Seereise in die verlockende Neue Welt, die Arbeit und fünf- bis zehnfachen Lohn versprach und Land vor allem und nicht zuletzt die „völlige Freiheit der Eheschließung“.

Erste Briefe berichteten davon, und mehr und mehr auch Zeitungen und Zeitschriften. „Etwas über Auswanderungen nach Nordamerika, insonderheit den vereinigten Staaten“ zu erfahren bot Der *Oldenburgische Hauskalender oder Hausfreund auf das Schaltjahr 1833* an. Und wer z.B. Osnabrücks Neue Beiträge zum Nutzen und Vergnügen vom 14. April 1832 in die Hände bekam, stieß auf diesen Vergleich:

*Dort – ruft der Auswanderer – reges heiteres Leben, Freiheit in Rede und Schrift, Sicherheit vor Kriegen, Entledigung der Staatsschuld, Geringfügigkeit der Abgaben, Unnötigkeit des Militärs, freundliche Geselligkeit und heitere Aussichten in die Zukunft: – hier Beengung und Schranken; hohe Abgaben und Zölle, Ständekasten und Scheidewände, stete Furcht vor dem Kriege und daher große und kostbare Heermassen und trübe Blicke in die Folgezeit.<sup>11</sup>*

Der Colonen-Sohn Johann Heinrich zur Oeveste hat es im zweiten Brief an seine Eltern

Prof. Dr. Antonius Holtmann

und Geschwister in Rieste bei Bramsche am 30. September 1834 in einem Satz zusammengefasst: . . . *weil es hier ein freies Land ist der eine gilt hier wie der andere es Respektiert hier auch keiner den andren.*<sup>12</sup>

Die Jahre von 1776 bis 1815 und die von Ihnen bewirkten politischen und wirtschaftlichen Verwerfungen haben auch Mentalitäten verändert, selbst in den „untersten Schichten des Volkes“, in die „eine Masse von Kenntnissen und Fähigkeiten, von Begriffen und Ideen“ eingedrungen sei. Bernhard Wechsler, Landrabbiner in Oldenburg, hat es im Dezember 1846, am Vorabend der Revolution (1848/1849), im „Verein für Volksbildung zu Oldenburg“ vorgetragen, als er über „*Die Auswanderer*“ sprach:

*Da nimmt dann auch die Empfindlichkeit und die Gereiztheit gegen die Mängel und Gebrechen der gegenwärtigen Zustände zu, und was man sich sonst hat gefallen lassen,[...] das wird jetzt eine drückende Last, die man sich nicht weiter will aufbürden lassen. Der Schmerz über Ungleichheit, über Rechtlosigkeit, über wirkliche oder vermeintliche Zurücksetzung, über Nichtbeachtung von Ansprüchen usw. steigert sich in dem Maaße, in welchem die Empfänglichkeit für Recht und Gleichheit, für Wahrheit und Menschenwürde zunimmt, in welchem diese Begriffe und Ideen Gemeingut werden. [...] Es ist daher nicht nöthig, daß das Maaß des Widerwärtigen, Unvollkommenen an sich größer werde, [...] es kömmt nur darauf an, daß es als solches erkannt werde, daß in den Menschen der Gedanke immer lebendiger werde, es sollte nicht so sein.*<sup>13</sup>

Die Auswanderungswilligen wurden hinausgedrängt und zugleich angezogen: Push- und Pull-Faktoren nennen es die Migrationsforscher. In den alltäglichen Lebensverhältnissen zuhause und in den nicht risikolosen Chancen in der Neuen Welt erfahren, erahnen und erkennen nun viele die politischen Bedingungen ihrer Existenz. Auswanderung in die USA wird auch für die Regierten mehr oder weniger zum Politikum.

### Auswanderungspolitik

Mit wohlwollender Zurückhaltung hat die Regierung des Königreichs Hannover ihre Auswanderungspolitik praktiziert. Die Staatsbürgerschaft wurde den Auswandernden nicht entzogen; sie wurden nicht staatenlos, behielten also das Heimatrecht in ihrem Herkunftsort auch für den Fall mittelloser Rückkehr, so lange sie nicht, frühestens nach 5 Jahren, die Staatsbürgerschaft der USA angenommen hatten. Einen Auswanderungskonsens benötigten nur junge Männer im wehrpflichtigen Alter. Dennoch auswandern zu dürfen bzw. zu können war nicht schwer. Gegen Bezahlung waren Stellvertreter für die 5 Jahre Wehrdienst (Losentscheid wegen Überangebot) leicht zu finden, und schließlich konnte man auch „bei Nacht und Nebel“ verschwinden. Makler und Schiffs-eigner in Bremen/Bremerhaven drückten schon mal ein Auge zu.

Hannovers Regierung richtete ihr Augenmerk aber sehr wohl auf die Anwerbung von Auswanderungswilligen. Die Agenten vor allem bremischer Makler bedurften der Lizenz, und Regierungsstellen versuchten, den Versprechungen „wilder“ Agenten einen Riegel vorzuschieben. In den Osnabrücker öffentlichen Anzeigen boten die anerkannt-

ten Agenturen die Dienste der Makler an. All dies trug dazu bei, Auswanderungswillige nicht zu entmutigen und die Bedenken besorgter Gemeindevertreter, sich um verarmte Rückkehrer kümmern zu müssen, zu reduzieren. Wer mit dem Gedanken an Auswanderung spielte, wurde nicht schon vorab, wie in der preußischen westfälischen Nachbarschaft (allerdings dort ohne nachdrücklichen Erfolg) von drohender Staatenlosigkeit als Rückkehrhindernis entmutigt. Das schaffte Platz für viele, die blieben, auf dem Arbeits- und auch zuweilen auf dem Heiratsmarkt.<sup>14</sup>

Weniger zurückhaltend und nur selten wohlwollend behandelte die Regierung des Königreichs Hannover „Verbrecher [...], Landstreicher und ähnliche der Sicherheit gefährliche oder gemeinschädliche Personen“. 865 „Übersiedelungen“ in den Jahren 1836-1846 hat das Ministerium des Innern dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eingeräumt. Gut 3000 dürften es von 1832-1866 gewesen sein. Darüber wurde offiziell geschwiegen, aber viele wussten davon, und zuweilen stand auch etwas in der Zeitung. Auch Gemeinden waren an der Finanzierung von Überfahrt, Einkleidung und Handgeld beteiligt. Wachsame Begleitung gab es bis Lehe bei Bremerhaven, und die Verbringung der „gemeinschaftlichen Personen“, mit sauberen Pässen versehen, an Bord eines Schiffes, wurde möglichst unauffällig bewerkstelligt. Proteste aus den USA und bremische Einsprüche haben die hannoverschen Aktivitäten, wenn sie denn mal publik wurden, nur kurzzeitig unterbrechen können. Hinhaltend und ausweichend zu antworten schlug das Ministerium des Innern dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten im Jahre 1847 vor: Es sei „im Interesse der öffentlichen Sicherheit sehr zu beklagen, wenn die Übersiedelung solcher begnadigter Verbrecher nicht mehr thunlich sein sollte“, zumal durch diese Maßnahmen die „öffentliche Casse [...] von einer nicht unerheblichen Ausgabe befreit“ werde. „Mörder, Räuber und Schwerverbrecher“ habe man in aller Regel nicht verschifft, auch wenn „es „Ausnahmen hiervon hin und wieder“ gegeben habe.<sup>15</sup>

Die Überzusiedelnden wurden „begnadigt“, verbunden mit dem Hinweis, bei Rückkehr wieder inhaftiert zu werden. Die Auswanderung wurde ihnen nahegelegt, nicht selten aber auch selbst beantragt. Denn auch die Entlassung in die Heimatgemeinde war hinreichend belastend. Die Domizilordnung (1827) gewährte nur dort ein Bleiberecht, und „Landstreicherei“ hätte wieder zur Verhaftung geführt. Man hätte es sehr schwer gehabt, in die sozialen Bezüge des Herkunftsortes positiv aufgenommen zu werden. Also war Amerika auch eine Chance für einen Neuanfang.

Da wird z.B. der 37 Jahre alte alkoholranke Franz Joseph Schulte aus Hagen 1838 nach Amerika „transportiert“. Man hatte ihn wegen „Trunkenheit“ arrestiert, bei „Wasser und Brot“, und durch den Gefangenenwärter Verwold bekam er „12 Stockschläge gereicht“. Diebstahl kam hinzu und „Vagabondieren“. Er erklärt sich bereit, nach Amerika auszuwandern. Die Gemeinde Hagen und die Behörden in Osnabrück werden handels-einig in Bezug auf die Kosten: 37 Taler für die Passage, 4 Taler für „Utensilien zur Reise“ („Wollene Decke, gefüllter Strohsack, Blechernes Eß- und Trinkgeschirr, Taschenmesser, Gabel und Esslöffel, Seife und Handtuch, Tabak und Rasiermesser“), 2 Taler für die beaufsichtigende Begleitung nach Lehe und 9 Taler Handgeld für den Neubeginn in den USA. Am 21. August 1838 ist die „Triumph“ in Bremerhaven mit Franz Joseph Schulte an Bord „in See gegangen“, nach Baltimore.

Da werden z.B. die „Musikanten- und Zigeuner-Familien Böhmer und Tewitz“ 1839 aus Hunteburg nach Amerika „fortgeschafft“. „Sie vermehren sich wie die Monatstauben“ durch Inzucht und „Hurerey“, berichtete der Amtsvogt Meyer dem Amt Wittlage. Er würde es sich „stets zum Vorwurf machen, wenn er nicht Alles [...] zur Fortschaffung dieser Zigeuner [...] gethan hätte“. Für 1213 Taler war, so heißt es im abschließenden Bericht, das „arme Kirchspiel Hunteburg auf einmal von 19 unnützen und zum Theil gefährlichen Subjecten gesäubert“ worden. Einige Musikinstrumente gab man ihnen doch mit auf den Weg. Dafür zahlte man dem Instrumentenhändler Höffert in Osnabrück 22 Taler.

Prof. Dr. Antonius Holtmann

Da wird z.B. der Zuchthäusler Conrad Jansen aus Leer 1843 nach Amerika „übersiedelt“. 6 von 10 Jahren hatte er noch abzusitzen. Er beantragte „die Auswanderung nach Westen“, um nicht wieder im Armenhaus zu landen und „auf der Bahn fortschreiten zu müssen, die ihn bereits in so großes Unglück gebracht“ habe. Das Criminal-Amt berichtet der Rentkammer: „Des Königs Majestät haben gnädigst geruht, den hiesigen Züchtling [...] Conrad Jansen [...] unter der Bedingung der Übersiedelung nach Amerika zu begnadigen“.<sup>16</sup>

### Heimatliches im Gepäck

Die Ausgewanderten hatten auch ihr bisheriges Leben im Gepäck, zumindest Versatzstücke der Alten Heimat, die sich mehr oder weniger ins Neue einzufügen hatten. Sie zu bewahren, um Sicherheit im Ungewohnten zu gewinnen, war zunächst ihr Anliegen, am besten in ethnisch und konfessionell homogenen Siedlungen und/oder Organisationen. Die Norddeutsche Lutherische Kirche in Cincinnati/Ohio<sup>17</sup> ist ein beredtes Beispiel dafür.

Sie wurde auch „Osnabrücker Kirche“ und „Plattdeutsche Kirche“ genannt. Johann Heinrich zur Oeveste schrieb am 31. Oktober 1839 an seine Eltern und Geschwister in Rieste: „Die Deutschen-Lutherischen haben diesen Sommer eine schöne Kirche gebaut welche sie heißen die Norddeutsche Lutherische Kirche diese sind lauter plattdeutsche und haben sich von den Hochdeutschen welche merst kommen aus den südlichen Gegenden von Deutschland, getrennt“.<sup>18</sup> Im Streit hatte sich „Osnabrück und Umgebung“ von der „Deutschen Lutherischen und Reformierten St. Johannes-Gemeinde“ getrennt, des Glaubens (Union!) und der Sprache wegen, aber wohl auch, weil seit 1832/1833 die Osnabrücker Eingewanderten überhand nahmen und der Kirchenraum zu eng wurde. Osnabrücks Lutheraner grenzten sich ab durch § 10 der „Constitution“: „Niemand kann in den Kirchenrath gewählt werden, der der plattdeutschen Sprache nicht mächtig ist“. Die „Hochdeutschen“ Unierten konterten postwendend mit § 15 ihrer neuen „Verfassung“: „Um allen provinzialischen Vorurteilen vorzubeugen findet es die Gemeinde für notwendig, nur drei Gemeindeglieder aus einer Provinz zu wählen. Alle Norddeutschen zählen zusammen jedoch nur eine Provinz“.<sup>19</sup>

Die heimatliche Sprache und die Sprache Martin Luthers waren den Eingewanderten wichtig. Die St. Johannes-Gemeinde legte 1839 in § 2 ihrer „Verfassung“ fest: „Es soll in unserer Kirche niemals in englischer Sprache gepredigt werden, sondern für alle zukünftige Zeiten für deutschen Gottesdienst offen sein“. Ein wenig abgemildert hat es auch ein Ableger der „Plattdeutschen Kirche“, die „Deutsche Evangelische Lutherische St. Johannes-Gemeinde am White Creek“ bei Columbus/Indiana zu Beginn der 1850er Jahre in ihre „Constitution“ hineingeschrieben, dass nämlich, „solange noch drei Gemeindeglieder“ es wünschen, „jederzeit allein in der deutschen Sprache“ zu predigen sei. Erst am 11. Oktober 1903 beschloss die Gemeindeversammlung, „dass unser Pastor manchmal Englisch Predigen soll“.

Damit konnten wohl die meisten Gläubigen umgehen. Am 1. Oktober 1905 trugen John H. Hormann und H. F. Eckelmann ins Protokollbuch ein: „5ten Beschloß die Gemeinde das die zwei Öfen in die Kirche double drum sein sollten, und in die Schule were es nicht nötig so ein großer sondern single drum were groß genug. 6ten wurde beschloßen das die Fenster und sills auswendig painted werden und sollte grained werden.“<sup>20</sup>

Von 1942 an, wenige Wochen nach der Kriegserklärung des Deutschen Reiches an die USA (11. Dezember 1941), wird in St. Johannes nicht mehr in deutscher Sprache Gottesdienst gehalten. Das Sternenbanner steht nun neben dem Altar.<sup>21</sup>

Die Nachfahren der Osnabrücker Ausgewanderten waren jetzt endgültig in den USA angekommen. Ihre lutherische Gemeinde hatte ihren Vorfahren schon in der "Plattdeutschen Kirche" in Cincinnati und danach auch den folgenden Generationen in St. Johannes (St. John) am White Creek in Indiana nahezu 100 Jahre lang die Möglichkeit gegeben, im englischsprachigen Umfeld "beheimatet" zu bleiben. Über Jahrzehnte fanden so zunächst vor allem die Männer und die Kinder mit Hilfe der Notwendigkeit, die englische Sprache zu benutzen und sie auch in der deutschsprachigen Gemeindeschule als "Fremdsprache" zu lernen, in die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Traditionen des angloamerikanischen Umfeldes hinein. Erleichtert wurde dies durch die amerikanische Gesetzgebung, die den in den USA Geborenen vom ersten Lebenstag an die amerikanische Staatsbürgerschaft verlieh. Als "Deutsch-Amerikaner" verstanden sich die meisten. Schon mit dem Eintritt der USA in den ersten Weltkrieg (1917) gab man mehr oder weniger bereitwillig dem Druck nach, auch in den Gemeindeschulen weitgehend englischsprachig zu unterrichten und im Gottesdienst englisch zu predigen und den Bindestrich aufzugeben. Endgültig geschah dies im Zweiten Weltkrieg mit der Kriegserklärung Deutschlands an die USA (Dezember 1941) in den Jahren 1942/43. Der Bindestrich ist heute nur noch ein ethnische Reminiszenz.

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Anne-Katrin Henkel: „Ein besseres Loos zu erringen, als das bisherige war.“ Ursachen, Verlauf und Folgewirkungen der hannoverschen Auswanderungsbewegung im 18. und 19. Jahrhundert. Hameln 1996, S. 41, 216-218. — Karl Kiel: Gründe und Folgen der Auswanderung aus dem Osnabrücker Regierungsbezirk, insbesondere nach den Vereinigten Staaten, im Lichte der hannoverschen Auswanderungspolitik betrachtet (1832-1866). In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Landeskunde von Osnabrück 61(1941), S. 86-176, hier S. 176. — Walter D. Kamphoefner: Westfalen in der Neuen Welt. Eine Sozialgeschichte der Auswanderung im 19. Jahrhundert. Göttingen 2006, S. 25.

<sup>2</sup> Karl Heinz Schneider/Hans Heinrich Seedorf: Bauernbefreiung und Agrarreformen in Niedersachsen. Hannover 1989, S. 22-31.

<sup>3</sup> Kamphoefner: Westfalen (s. Anm. 1), S. 28. — Franz Bölsker-Schlicht: Die Hollandgängerei im Osnabrücker Land und im Emsland. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterwanderung vom 17. bis zum 19. Jahrhundert. Sögel 1987. — Franz Bölsker-Schlicht: Sozialgeschichte des ländlichen Raumes im ehemaligen Regierungsbezirk Osnabrück im 19. und frühen 20. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung des Heuerlingswesens und einzelner Nebengewerbe. In: Westfälische Forschungen 40(1990), S. 223-250.

<sup>4</sup> Jürgen Schlumbohm: Lebensläufe, Familien, Höfe. Die Bauern und Heuerleute des Osnabrückischen Kirchspiels Belm in proto-industrieller Zeit, 1650-1860. Göttingen 1994, S. 55, 373: "Büyük köylü aile çocuklarının yaklaşık üçte ikisi doğumla kazandıkları statüyü koruyabiliyordu; neredeyse dördte biri topraksız köylü katmanına düşüyordu, geri kalan %11 ise en azından bir küçük köylü yerleşkesinde yaşamını sürdürebiliyordu. Küçük köylü oğul ve kızlarının koşulları ise daha kötüydü: %40'tan fazlası ev ve toprak mülkü olmaksızın yaşıyordu".

<sup>5</sup> Zitiert nach Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Zweiter Band. Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „deutschen Doppelrevolution“ 1815-1845/49. München 1987, S. 7.

<sup>6</sup> Wehler: Gesellschaftsgeschichte (s. Anm. 5), S. 8f..

<sup>7</sup> Schlumbohm: Lebensläufe (s. Anm. 4), S. 111. — Klaus-Jürgen Matz: Pauperismus und Bevölkerung. Die gesetzlichen Ehebeschränkungen in den süddeutschen Staaten während des 19. Jahrhunderts. Stuttgart 1980, S. 175, 178-181. — Schneider/Seedorf: Bauernbefreiung (s. Anm. 2), S. 83-101.

<sup>8</sup> Schneider/Seedorf: Bauernbefreiung (s. Anm. 2), S. 60-75.

Prof. Dr. Antonius Holtmann

<sup>9</sup> Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Erster Band. Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700-1815. München 1987, S. 347-546.

<sup>10</sup> Kamphoefner: Westfalen (s. Anm. 1), S. 28-66.

<sup>11</sup> W. Hardebeck: Die Auswanderung nach Amerika aus unserer Gegend. In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Altertumskunde des Hasegaaues 14(1905), S. 24-37, hier S. 27f. – Etwas über Auswanderungen nach Nordamerika, insonderheit den vereinigten Staaten. In: Der Oldenburgische Hauskalender oder Hausfreund auf das Schaltjahr 1833 7(1832). – Vgl. auch Bernd Jürjens: Das Amerikabild im Jahrhundert der Auswanderung. Untersucht am Beispiel der Oldenburger Presse von 1814-1875. In: Zeitschrift für Niederdeutsche Familienkunde 76(2001)2, S. 227-245. (Verfügbar auf der Website [www.dausa.de](http://www.dausa.de) unter „Quelleneditionen“.)

<sup>12</sup> Antonius Holtmann (Hrsg.): „Ferner thue ich euch zu wissen . . .“. Die Briefe des Johann Heinrich zur Oeveste aus Amerika 1834-1876. Bremen 1996, S. 40. (Verfügbar auf der Website [www.dausa.de](http://www.dausa.de) unter „Veröffentlichungen“.)

<sup>13</sup> Bernhard Wechsler: Die Auswanderer. Ein Vortrag, gehalten im Verein für Volksbildung zu Oldenburg am 20. December 1846, mit einem Vorworte. Oldenburg 1847. (Verfügbar auf der Website [www.dausa.de](http://www.dausa.de) unter „Quelleneditionen“.)

<sup>14</sup> Antonius Holtmann: Auswanderungs- und Übersiedelungspolitik im Königreich Hannover 1832-1866. In: Kornelia Panek (Hrsg.): Schöne Neue Welt. Rheinländer erobern Amerika. Band 2. Wiehl 2001, S. 190-194. (Verfügbar auf der Website [www.dausa.de](http://www.dausa.de) unter „Veröffentlichungen“.)

<sup>15</sup> Holtmann: Auswanderungspolitik (s. Anm. 14), S. 195-199. – Zum bremischen Umgang mit eigenen und fremden Übersiedelungen vgl. Horst Rössler: Hollandgänger, Sträflinge und Migranten. Bremen-Bremerhaven als Wanderungsraum. Bremen 2000, S.193-260 („Unnütze Subjekte, Vagabunden und Verbrecher“ – Zur Emigration von Sträflingen in die Neue Welt (1830-1871)). – Vgl. auch Günter Moltmann: Die Transportation von Sträflingen im Rahmen der deutschen Amerikaauswanderung des 19. Jahrhunderts. In: Günter Moltmann (Hrsg.): Deutsche Amerikaauswanderung im 19. Jahrhundert. Sozialgeschichtliche Beiträge. Stuttgart 1976, S. 147-196.

<sup>16</sup> Holtmann: Auswanderungspolitik (s. Anm. 14), S. 200-210, burada S. 200-204.

<sup>17</sup> Holtmann: Ferner thue ich euch zu wissen . (s. Anm. 12), S. 50f. – Wolfgang Grams: The North German Lutheran Church in Cincinnati. An “Osnabrück” Congregation. In: Reichmann/Ripley/Nagler (Hrsg.): Emigration and Settlement Patterns of German Communities in North America. Indianapolis 1995, S. 50-79.

<sup>18</sup> Holtmann: Ferner thue ich euch zu wissen. (s. Anm. 14), S. 48-52.

<sup>19</sup> Vgl. Anm. 17. – „Constitution“ und „Verfassung“ und die Kirchenbücher beider Gemeinden befinden sich auf Mikrofilm in der Forschungsstelle DAUSA.

<sup>20</sup> Antonius Holtmann: Die deutsche evangelisch-lutherische St. Johannes-Gemeinde am White Creek, Indiana. In: Paul Heinz Pauseback /Thomas Steensen (Hrsg.): AMERIFRISICA – Übersee-Auswanderung aus den drei Frieslanden und benachbarten Ländern. Bräist/Bredstedt 1996, S. 165-183, hier S. 174. – „Constitution“, Kirchen- und Protokoll-Bücher der White Creek-Gemeinde befinden sich auf Mikrofilm in der Forschungsstelle DAUSA. – Zum Sprachenproblem vgl. die sehr gründliche Auswertung der Kirchenbücher einiger Kirchengemeinden und der Schriften der Missouri-Synode in der Dissertation von Harro Eichhorn: Stellenwert und Funktion von Gemeinde, Pastor und Lehrer in Kirchengemeinden der Missouri-Synode des 19. und 20. Jahrhunderts. Auf den Alltagsspuren deutscher Auswanderer in Kirchenbüchern, Protokollbüchern und religiösen Periodika. Oldenburg 2006, S. 333-342. (Verfügbar auf der Website [www.dausa.de](http://www.dausa.de) unter “Veröffentlichungen”)

(<http://docserver.bis.uni-oldenburg.de/publikationen/dissertation/2006/eicste06/eicste06.html>)

<sup>21</sup> St. John, White Creek: History of the St. John Evangelical Lutheran Church. Columbus, Indiana 1990.

Dr. Simone Blaschka-Eick

Leiterin des Deutschen Auswandererhauses

## Von Schaumburg nach Schaumburg: Eine deutsche Siedlung im Mittleren Westen der USA<sup>1</sup>



Quelle: © Deutsches Auswandererhaus / Foto: Klaus Frahm

1850 erhielt das Township 41 im Cook County im US-Bundesstaat Illinois offiziell den deutschen Namen Schaumburg.<sup>2</sup> Bis dahin hatten den Namen Schaumburg nur das Fürstentum Schaumburg-Lippe und die Grafschaft Schaumburg in Norddeutschland getragen.<sup>3</sup> Heute befindet sich die Region Schaumburg im Bundesland Niedersachsen und das Schaumburg Township ist ein Vorort von Chicago.

Aus Fürstentum und Grafschaft wanderten zwischen 1831 und 1914 insgesamt 7.981 Menschen in die USA aus.<sup>4</sup> Davon gingen 91 Männer, Frauen und Kinder zwischen 1845 und 1847 nach Illinois in einen kleinen Ort namens Sarah's Grove, aus dem dann 1850 das Schaumburg Township wurde. Den 91 ersten Schaumburger Auswanderern folgten in den nächsten 30 Jahren einige dutzend Familien als Kettenwanderer ins Schaumburg Township.

Die äußerlichen Unterschiede zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Schaumburg konnten nicht extremer sein: Auf der eine Seite das weite, unzivilisierte Prärieland, auf der anderen Seite die über tausend Jahre alten Dörfer und Kulturlandschaften. Während allerdings im deutschen Schaumburg Bevölkerungswachstum, Erbrecht und verknöcherte gesellschaftliche Strukturen ein Auskommen der Mehrheit der Bauern verhinderten, musste die Prärie erst kultiviert werden. Aber dem amerikanischen Prärieland wohnte ein landwirtschaftliches Potential inne, das im deutschen Ackerland schon lange aufgebraucht schien. Dieses Potential war es, das die Schaumburger nach Amerika lockte. Ein Potential, das richtig genutzt, nicht nur der eigenen Familie, sondern auch den Nachkommen Sicherheit und Wohlstand versprach.

Die Entscheidung zur Auswanderung nach Illinois trafen die Schaumburger sehr bewußt. Alle verfügten bei der Ankunft in der Neuen Welt über ein gewisses Startkapital, das sie mit dem Verkauf ihres Landes in der alten Heimat erzielt hatten. Nach der

Dr. Simone Blaschka-Eick

Leiterin des Deutschen Auswandererhauses

Ankunft kam es auf die eigene Geschicklichkeit und Anpassungsleistung an. Entgegen ihren Gewohnheiten in Deutschland pflanzten sie im Schaumburg Township keinen Roggen und keine Gerste an. Statt dessen eigneten sie sich den Anbau von Mais an und konzentrierten sich außerdem auf den Weizen- und Kartoffelanbau. Beide Fruchtarten waren ihnen aus der Heimat bestens bekannt, aber bei diesen, wie auch beim ihnen unbekanntem Mais, erforderte der zähe Prärieboden einiges Umdenken. Die Anpassungsleistung und ihre Schnelligkeit machten sie bereits im Jahr 1850 zu erfolgreichen Farmern. Und ihre Farmen wuchsen weiter in den nächsten Jahrzehnten. In den 1860er und 1870er Jahren ergab sich eine neue Chance. Chicagos Milchbedarf stieg durch das Bevölkerungswachstum rasant an: aus den Schaumburgern wurden nun sehr erfolgreiche und wohlhabende Milchbauern.<sup>5</sup>

Die Schaumburger organisierten ihr religiöses Gemeindeleben gleich nach ihrer Ankunft in der Neuen Welt: Bereits 1847 waren sie Mitbegründer der St. Petri Gemeinde.<sup>6</sup> Hier gründeten Menschen eine Kirchengemeinde, die in ihrer deutschen Heimat Kirche bisher nur als autoritäre Institution kennengelernt hatten. Nun finanzierten sie den Bau der Kirche und sorgten dafür, dass sich die Gemeinde finanziell selber trug. Auch ihre politische Teilhabe begann früh: Ihre Beteiligung an den Wahlen im Schaumburg Township ist nachweisbar ab 1852 und zeigt sie als verantwortungsbewusste Demokraten.<sup>7</sup> Zehn Jahre vorher hatten sie noch unter feudalen Verhältnissen gelebt, und nun nahmen sie bereits aktiv an demokratischen Prozessen teil.

Weniger integriert zeigten sich die Schaumburger beim Heirats- und Sprachverhalten. Es gibt einen leider nur sehr indirekten Hinweis darauf, dass die meisten Schaumburger Anfang der 1850er Jahre die englische Sprache nicht beherrschten: die US-amerikanische Volkszählung aus dem Jahr 1850, in der die meisten Schaumburger Namen falsch geschrieben sind. Da die Marshalls für die Volkszählung von Haus zu Haus gingen und die Bewohner persönlich befragten, ist nur eine Schlussfolgerung möglich: Die meisten Schaumburger konnten ihren Namen nicht auf Englisch buchstabieren.<sup>8</sup> Könnte man nach nur so wenigen Jahren des Lebens in der neuen Heimat noch von Anfangsschwierigkeiten beim Spracherwerb ausgehen, zeigt die Gründung der deutschsprachigen Schule in der St. Petri Gemeinde 1886, dass die Schaumburger offenbar selbst in den 1880er Jahren noch nicht bereit waren, ihre deutsche Sprache aufzugeben.<sup>9</sup> Und die Kirchenbücher der St. Petri Gemeinde belegen eines noch sehr deutlich: die Schaumburger blieben bis Anfang des 20. Jahrhunderts gern unter sich. Noch in der Enkelgeneration heirateten 20 Prozent einen Schaumburger, der Rest bevorzugte die Ehe mit einem Deutschen oder Deutsch-Amerikaner.<sup>10</sup>

Die meisten Schaumburger Familien waren wirtschaftlich erfolgreich, engagierten sich in ihren Religionsgemeinschaften und die Männer partizipierten auch am politischen Leben. Allerdings gelangten bis zum Ersten Weltkrieg kaum Außenstehende in die community, denn man heiratete untereinander und vererbte das Land innerhalb der Familien. Auch behielt man nicht nur die deutsche Sprache bei, man unterhielt sich im Alltag noch in der zweiten und dritten Generation untereinander im eigenen regionalen Dialekt aus der alten Heimat, dem Schaumburger Platt. Die kleine hier vorgestellte Gruppe von Schaumburger Auswanderern zeigt damit einige typische Eigenschaften deutscher Einwanderer in den USA, die sich Mitte des 19. Jahrhunderts in ländlichen Gegenden des Mittleren Westens niederließen.

---

**Dr. Simone Blaschka-Eick**

 Leiterin des Deutschen Auswandererhauses
 

---

<sup>1</sup> Bei diesem Artikel handelt es sich um Auszüge aus der Promotionschrift „Lebenswege in die Neue Welt. Schaumburger Amerikaauswanderung im 19. Jahrhundert“, Universität Hannover 2002, von Simone Blaschka-Eick

<sup>2</sup> Zur Entstehung Illinois s.u.a. Howard, Robert P., Illinois, A History of the Prairie State, Grand Rapids 1972, S. 26 – 72; Miller, Karen, Opening the Northwest Territory, in: Sutton, R.M., The Heartland, Pages from Illinois History, Lake Forest 1995, S. 36 – 40; zu den Anfängen der Besiedlung Illinois s. (darin auch der Umgang mit den Native Americans) : Pooley, William V., The Settlement of Illinois from 1830 to 1850, Ann Arbor 1968, S. 352/ Zur Entstehung des Cook County s.u.a. White, Jesse (compiled by), Origin and Evolution of Illinois Counties, State of Illinois 1999, S. 44 – 58

<sup>3</sup> Schaumburg bölgésinin oluşum tarihi üzerine verilerin toplanması, yer aldığı yayın: Maack, Walter, Die Grafschaft Schaumburg, Rinteln 1974 (2. Baski); Hauptmeyer, Carl – Hans, Souveränität, Partizipation und absolutistischer Kleinstaat, Die Grafschaft Schaumburg (- Lippe) als Beispiel, Hildesheim 1980; Höing, Hubert (Hg.), Vom Ständestaat zur freiheitlich – demokratischen Republik, Etappen in Schaumburg, Melle 1995; Brüning, Kurt (bearb. von), Atlas Niedersachsen, Bremen 1950, S. 156

<sup>4</sup> Eigene Berechnung auf der Grundlage von Auswandererlisten zusammengestellt von Matzke, Heike (bearb. von), Schaumburger Auswanderer 1820-1914, Ergänzungen, Melle 1995; Rieckenberg, Heinrich (bearb. von), Schaumburger Auswanderer 1820-1914, Rinteln 1988

<sup>5</sup> Schaumburg Township Land Sales, A Record and Analysis of Public Domain Land Sales in Township No. 41 N, Range 10 E, of the 3rd Principal Meridian: Schaumburg Township, Cook County Illinois (Schaumburg Township District Library); Chicago and the Metropolitan Area, Population, Decennial Censuses 1840-1990, and Land Area 1990, with Metropolitan Area Definitions, bearb. von Lyle A. Benedict, Chicago 1992; Seventh Census of the United States, 1850, Non Population Schedules, Illinois, Cook County, Shomburg (Agricultural Census 1850); Sixth Census of the United States, 1860, Non Population Schedules, Illinois, Cook County, Schaumburg (Agricultural Census 1860); Agriculture of the United States in 1860, compiled from the Original Returns of the Eighth Census, Vol. II, Reprint der Ausgabe von 1864, New York 1990; The Statistics of the Wealth and Industry of the United States, Compendium of the Ninth Census, Vol. III, Reprint der Ausgabe von 1872, New York 1990; Tenth Census of the United States, 1880, Non Population Schedules, Illinois, Cook County, Schaumburg (Agricultural Census 1880); Van Vechten and Snyder's Map of Cook and DuPage Counties, Chicago 1875; Mitchell's Real Estate Map of Cook and DuPage Counties and Part of Will County Illinois, Published by William Mitchell, Chicago Illinois 1904

<sup>6</sup> St. Peter, Pictorial 76 Bicentennial Directory, ohne Erscheinungsort und Seitenzahlen, Illinois Collection Schaumburg Township District Library

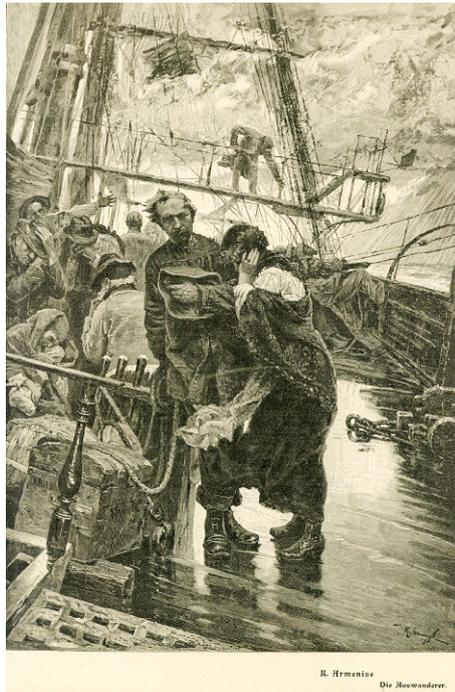
<sup>7</sup> Poll List for Annual Town Meeting, Schaumburg Township, 1852; Poll List for Annual Town Meeting, Schaumburg Township, 1856; List of Voters at an Election holden on the sixth day of April 1858 in the Town of Schaumburg, Cook County, Ill.; Poll Book of an Election held at the House of Henry Rohlwing, in Town of Schaumburg Cook County, Illinois on the 2d day of July, 1870; Oath of office: 1856-1910 (Dokumente in der Schaumburg Township District Library)

<sup>8</sup> Seventh Census of the United States, 1850, Population, Illinois, Cook County (Excluding Chicago), Schaumburg Township (Census 1850)

<sup>9</sup> St. Peter, Pictorial 76 Bicentennial Directory, ohne Erscheinungsort und Seitenzahlen, Illinois Collection Schaumburg Township District Library ; Gemeinde-Ordnung und Kirchhofs-Ordnung für die deutsche evangelisch-lutherische St. Petri-Gemeinde, Schaumburg, Cook County, Illinois, Chicago Ill. 1905 (Kopie im Besitz der Verfasserin)

<sup>10</sup> Eigene Berechnung nach St. Peter's Lutheran Church, 1. und 2. Kirchenbuch 1847-1910, Trauungen und Tote (Microfilms Schaumburg Township District Library)

## Asylkrise und Weltflüchtlingsgipfel: Nichts dazugelernt?



Auswanderer an Bord eines Schiffes um 1891. Wie sich die Überfahrt für die Auswanderer gestaltete, können Besucher im Deutschen Auswandererhaus in den originalgetreuen Nachbauten verschiedener Schiffsunterkünfte entdecken.

***Internationale Verhandlungen zur Frage »Wie schützt man die Flüchtlinge?« dienten in Wahrheit vor allem der Frage: »Wie schützen wir uns vor ihnen?« Das schrieb der österreichische Schriftsteller Alfred Polgar unter dem Eindruck der gescheiterten Konferenz von Evian 1938. Daraus wurde bislang zu wenig gelernt.***

Artikel 16, Absatz 2, Satz 2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland von 1949 umfasste bewusst nur vier Worte: »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht«. Das war die generöse Antwort auf die Erfahrung der Aufnahme, aber auch Nichtaufnahme (z.B. in der Schweiz) der von den Nationalsozialisten Verfolgten. Das Grundrecht war bewusst so umfassend und ohne jede Einschränkung formuliert worden, trotz aller Bedenken in der intensiven Diskussion im Parlamentarischen Rat im Winter 1948/49.

Carlo Schmid (SPD) erklärte: »Das Asylrecht ist immer eine Frage der Generosität und wenn man generös sein will, muss man riskieren, sich gegebenenfalls in der Person geirrt zu haben.« Hermann von Mangoldt (CDU) betonte ausdrücklich, »wenn wir irgend eine Einschränkung aufnehmen würden, wenn wir irgendetwas aufnehmen würden, um die Voraussetzungen für die Gewährung des Asylrechts festzulegen, dann müsste an der Grenze eine Prüfung durch die Grenzorgane vorgenommen werden. Dadurch würde die ganze Vorschrift völlig wertlos.«<sup>1</sup>

Schutzbedürftigkeit hatte es im nationalsozialistischen Deutschland und im von Deutschland besetzten Europa während des Zweiten Weltkriegs für aus politischen, religiösen, rassistischen und anderen Gründen Unterdrückte, Entrechtete und Verfolgte gegeben, unter ihnen besonders Juden. Nicht wenige Länder der Welt hatten dem bald tödlichen antisemitischen Terror in Deutschland lange tatenlos zugesehen oder aus den verschiedensten Gründen auch demonstrativ weggesehen.

Auf der Konferenz von Evian 1938 verhandelten zwar Vertreter von 32 Staaten und von vielen, auch jüdischen Hilfsorganisationen über die Erleichterung der Einreise für die vom NS-Staat terrorisierten und zunehmend in tödlicher Gefahr lebenden Juden aus Deutschland. Unterhalb wohlklingender humanitärer Erklärungen gab es auf der Ebene der konkreten Hilfs- und Aufnahmebereitschaft vorwiegend ablehnende Voten oder hinhaltende Ausflüchte, nicht selten auch rassistische Stellungnahmen und sogar die Rede vom »Missbrauch des Asylrechts« durch einreisewillige NS-Verfolgte.<sup>2</sup>

Der amerikanische Generalkonsul R. Geist kabelte Anfang Dezember 1938 aus Berlin beschwörend nach Washington: »Die Juden in Deutschland sind zum Tode verdammt und ihr Urteil wird allmählich vollstreckt, aber vermutlich so schnell, dass die Welt sie nicht mehr retten kann.«<sup>3</sup> Der österreichische Schriftsteller Alfred Polgar schrieb unter dem Eindruck der Konferenz von Evian 1938: Internationale Verhandlungen, die zur Erörterung der Frage »Wie schützt man die Flüchtlinge?« einberufen worden seien, beschäftigten sich in Wahrheit vor allem mit der Frage: »Wie schützen wir uns vor ihnen?«<sup>4</sup>

Im Blick auf die langen Linien der Entwicklung von der Aufnahme des offensten Asylrechts der Welt in das Grundgesetz 1949 bis in die Gegenwart zeichnete sich in Deutschland und in der Europäischen Union eine durchaus ähnliche Ambivalenz ab.<sup>5</sup> Daran erinnerte 2008 eine vom Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin und der Bundesarbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge Pro Asyl veranstaltete Berliner Konferenz unter dem Titel »Festung Europa. 70 Jahre nach Evian. Menschenrechte und Schutz von Flüchtlingen«. Der Vorstandssprecher von Pro Asyl, Heiko Kauffmann, Vorkämpfer einer UN-Weltflüchtlingskonferenz, warnte in Berlin 2008: Mit ihrem Konzept von Abschottung und Abweisung erinnere die Politik der EU sieben Jahrzehnte nach Evian »fatal an die heuchlerische humanitäre Beschwörungs- und Mitleidsrhetorik und an ihren in der Sache jedoch unerbittlich harten Abwehrkurs gegenüber Flüchtlingen vor 70 Jahren.«<sup>6</sup>

Daran hat sich bis heute wenig geändert, wie auch der in Flüchtlings- und Integrationsfragen engagierte niedersächsische Innenminister und frühere Osnabrücker Oberbürgermeister Boris Pistorius im Juni 2015 in einem Interview mit Heribert Prantl betonte: Die Lage von Juden in Deutschland 1938 und diejenige von Flüchtlingen vor den europäischen Grenzen heute seien zwar nicht vergleichbar.

„Aber der politische Abwehr- und Abwimmelmechanismus der Staaten heute ist der gleiche. Da wird wieder geredet wie damals vom sozialen Frieden, der durch die Aufnahme der Flüchtlinge bedroht sei; da wird wieder geredet von der innenpolitischen Balance, die durch die Flüchtlinge gefährdet werde; da wird vom Missbrauch des Asylrechts geredet. Genau so war es damals. Nach und an diesem Gerede sind damals viele Menschen gestorben. Die Konferenz von Evian hätte vielen Menschen das Leben retten können. Das ist siebzig Jahre her. Daraus gilt es zu lernen. Der Versuch, den europäischen Kontinent abzuschotten bedeutet: Wir haben nichts gelernt.“

Pistorius nahm damit die Forderung nach einem „Weltflüchtlingsgipfel“ auf verlangte zugleich „einen Marshallplan hoch zehn für die Länder, aus denen die Flüchtlinge kommen.“<sup>7</sup> Recht hat er.

---

**Prof. Dr. Klaus J. Bade**

---

<sup>1</sup> Hierzu mit Belegen: Klaus J. Bade, *Ausländer, Aussiedler, Asyl. Eine Bestandsaufnahme*, München 1994, S. 93–95.

<sup>2</sup> Heiko Kauffmann, *Von Evian nach Brüssel. Das Scheitern der Konferenz 1938 und die Krise der europäischen Asylpolitik 2008*, in: Wolfgang Benz/Claudia Curio/Heiko Kauffmann (Hg.), *Von Evian nach Brüssel. Menschenrechte und Flüchtlingsschutz 70 Jahre nach der Konferenz von Evian*, Karlsruhe 2008, S. 46.

<sup>3</sup> Vgl., S. 34.

<sup>4</sup> Vgl., S. 39.

<sup>5</sup> Zur Geschichte von Asylrecht und Asylpolitik in Deutschland im Überblick: Jochen Oltmer, *Politisch verfolgt? Asylrecht und Flüchtlingsaufnahme in der Bundesrepublik*, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.), *Immer bunter*, S. 106–123.

<sup>6</sup> Robert Probst, *Die Ahnungslosen von Evian*, in: SZ, 4.7.2008; vgl. jetzt: Heiko Kauffmann, *Wer Menschen rettet, rettet sich selbst*, in: FR, 18.5.2015.

<sup>7</sup> Weltgipfel statt Abwimmelkonferenzen. Boris Pistorius im Gespräch mit Heribert Prantl, in: SZ, 22.6.2015;

---

Katharina Fegebank

Senatorin für Wissenschaft, Forschung &amp; Gleichstellung, Zweite Bürgermeisterin der Freien und Hansestadt Hamburg

## Flüchtlinge in Hamburg – Aus der Herausforderung eine Chance machen



12.500 Flüchtlinge sind im ersten Halbjahr 2015 nach Hamburg gekommen, beinahe so viele wie im gesamten Vorjahr. In fast jedem Viertel sind neue Unterkünfte für geflohene Menschen entstanden: in ehemaligen Industriegebäuden, in Containerdörfern auf Parkplätzen, in den Messehallen und – auch das – in Zeltstädten. Die Debatte über geeignete Flächen bestimmt das politische und mediale Tagesgeschäft. Bis zum Wintereinbruch sollen alle Angekommenen ein festes Dach über dem Kopf haben. In der Nachbarschaft fast jeder Unterkunft hat sich eine Flüchtlingsinitiative gegründet: Ehrenamtliche sortieren Spenden, helfen bei Behördengängen und Arztbesuchen, organisieren Nachbarschaftsfeste, Ausflüge und vieles mehr.

Das ist eine große Herausforderung für Hamburg, aber auch eine große Chance. Unsere Stadt war schon vor dem Anstieg der Flüchtlingszahlen seit 2012 das Bundesland mit dem höchsten Anteil an EinwohnerInnen mit internationalem Hintergrund: Rund 29 Prozent. Jedes zweite Grundschulkind ist in zwei oder mehr Sprachen und Kulturen zu Hause. Das hat viel mit unserer Geschichte zu tun: Hamburg war schon immer eine Ankunftsstadt. Die Dynamik der Stadt speist sich zu einem großen Teil daraus, dass Menschen zu uns kommen, die nicht alles so lassen wollen, wie es ist. Die etwas aus sich machen wollen. Die ein Umfeld suchen, in dem sie sich mit ihren Fähigkeiten und Talenten entfalten können.

Auch jetzt ist der Zuzug Schutzsuchender aus Kriegs- und Krisengebieten eine Chance: Sie machen Hamburg reicher, bunter und vielfältiger. Viele der neuen Mitbürgerinnen

## Katharina Fegebank

---

Senatorin für Wissenschaft, Forschung & Gleichstellung, Zweite Bürgermeisterin der Freien und Hansestadt Hamburg

---

und Mitbürger werden bleiben. Langfristig wird die Stadt von ihrem Potenzial profitieren, Stichwort Fachkräftemangel. Denn die Geflüchteten von heute können die Ärztin oder der Altenpfleger von morgen sein. In dieser Hinsicht gibt es schon jetzt viele Anfragen aus der Wirtschaft.

Dazu müssen wir aber dafür sorgen, dass jeder und jede auch sein oder ihr Potenzial entfalten kann. Der Schlüssel dazu liegt bei Bildung und Ausbildung. Hier hat die Stadt in den vergangenen Jahren viel erreicht. Mehr Jugendliche mit internationalem Hintergrund machen Abitur: Ihr Anteil stieg zwischen 2011 und 2014 von 36 auf fast 40 Prozent. Und weniger von ihnen verlassen die Schule ohne Schulabschluss: Ihr Anteil sank im gleichen Zeitraum von fast 12 auf 7,6 Prozent. Auch wenn der Abstand zu den Zahlen bei den einsprachigen Schulentlassenen noch immer zu groß ist: Offenbar profitieren die Mädchen und Jungen von den zurückliegenden großen Reformen: Inklusion, Ganztags, Einführung des zweigliedrigen Schulsystems bei den weiterführenden Schulen. Diese Reformen haben den Anspruch, bildungsbenachteiligten Kindern und Jugendlichen bessere Chancen zu eröffnen – ganz gleich, worin dieser Bildungsnachteil genau besteht.

Sprachliche Nachteile auszugleichen, darum geht es bereits vor der Einschulung. Denn der Zugang zu Bildung ist zunächst die deutsche Sprache. Mit ihr erschließen sich SchülerInnen alle weiteren Bildungsinhalte – sowohl geisteswissenschaftliche als auch naturwissenschaftliche oder technische Inhalte. Darum ist es so wichtig, dass Kinder in den Kindergarten gehen – möglichst früh. Wer schon mit zwei Jahren Farben in mehreren Sprachen auseinanderhalten kann, kann später in der Schule auch gut der Farbenlehre im Physikunterricht folgen. In Hamburg können Kinder von der Geburt bis zur Einschulung täglich fünf Stunden in den Kindergarten, ohne dass die Eltern dafür Beiträge bezahlen. Das gilt natürlich auch für die Kinder geflohener Familien.

Aber manchmal reicht das nicht. Manche Kinder brauchen zusätzlich gezielte Sprachförderung, sowohl mehrsprachige Kinder als auch einsprachige. Deshalb gibt es in Hamburg für alle viereinhalbjährigen Kinder – also rechtzeitig vor der Einschulung – eine verpflichtende Untersuchung beim Schulärztlichen Dienst. Dabei wird festgestellt, wie gut ein Kind deutsch sprechen kann und ob es eine Vorschule oder eine Kindertagesstätte mit Vorschulunterricht besuchen muss oder nicht.

Das Hamburger Sprachförderkonzept ermöglicht es, dass SchülerInnen bis nach dem Realschulabschluss Sprachförderung bekommen – über alle Schulstufen und Fächer hinweg. Gleichzeitig werden mehrsprachige Kinder und Jugendliche dabei unterstützt, ihre natürliche Mehrsprachigkeit zu behalten und weiterzuentwickeln: In den Grundschulen werden viele Herkunftssprachen unterrichtet. An den weiterführenden Schulen gibt es zweisprachigen Unterricht für Deutsch-Türkisch, Deutsch-Spanisch, Deutsch-Portugiesisch und Deutsch-Italienisch. Und Sprachen wie Türkisch, Russisch und Polnisch können als Wahlpflichtfächer belegt werden.

Schulpflichtige Flüchtlingskinder brauchen selbstverständlich zunächst Unterricht in Deutsch als Fremdsprache. Den bekommen sie schon in der Erstaufnahmeeinrichtung, differenziert nach Alter und Vorbildung. In der Regel können sie nach einem Jahr in eine Regelklasse wechseln, erhalten aber weiter Sprachförderung. Geflüchtete Jugendliche mit gesichertem Aufenthaltsstatus werden so bald wie möglich auf eine Berufsausbildung vorbereitet.

Lehrkräften mit Migrationsgeschichte kommt eine besondere Bedeutung zu. Sie sind in mehrfacher Hinsicht Vorbild für junge Leute: als Menschen, die das deutsche Schulsystem durchlaufen, studiert und einen Lehrberuf ergriffen haben. Sie sind Vorbild auch für junge Flüchtlinge, die ihr Studium in der Heimat abbrechen mussten und nun vor der Frage stehen, ob und wie sie ihre akademische Laufbahn fortsetzen können. Dieses

---

**Katharina Fegebank**

Senatorin für Wissenschaft, Forschung & Gleichstellung, Zweite Bürgermeisterin der Freien und Hansestadt Hamburg

---

Thema liegt mir als Senatorin für Wissenschaft und Forschung natürlich besonders am Herzen. Auf Bundes- und Landesebene arbeiten wir intensiv an der Frage, wie wir qualifizierten Geflüchteten den Weg an die Hochschulen ebnen können. Dabei geht es unter anderem um die Anerkennung von Schulabschlüssen, von Studienleistungen und von Studien- und Berufsabschlüssen, die oft nur schwer oder gar nicht belegbar sind, um Deutschkurse für Geflüchtete, um englischsprachige Studienangebote, um studentisches Wohnen und Ähnliches. Die Hamburger Hochschulen engagieren sich dabei sehr: Die Universität Hamburg beispielsweise hat eine Flüchtlingsbeauftragte eingesetzt. Sie koordiniert alle Aktivitäten der Universität für Flüchtlinge. Die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg bietet ein umfangreiches Gasthörerprogramm an. Andere Hochschulen planen spezielle Studienangebote und Deutschkurse für Flüchtlinge, Tutorenprogramme, Curricula auf Englisch, Leitfäden zur Orientierung und vieles mehr. Dabei kommt den Hochschulen zugute, dass sie viel Erfahrung und Kompetenz im Umgang mit kultureller Vielfalt haben. Wissenschaft ist bekanntlich per se grenzüberschreitend und vielfältig – eben universell.

Die geflüchteten Menschen werden Hamburg, werden Deutschland verändern. Sie werden unser Land kulturell, menschlich, wirtschaftlich und gesellschaftlich reicher machen. Hamburg wird dabei wie so oft in seiner Geschichte dafür arbeiten, dass Menschen, die hier ihr Glück suchen, eine Chance bekommen. In Hamburg sagt man „Moin!“



## Asylwanderungen – wohl kein wirtschaftlicher Gewinn für Deutschland

Deutschland ist derzeit mit einer Welle von Asylsuchenden konfrontiert wie noch nie in seiner Geschichte. Da wegen des Nationalsozialismus viele Deutsche ins Ausland fliehen musste, wurde das Recht auf Asyl im Grundgesetz festgehalten. Ein solcher gesetzlicher Anspruch findet sich in kaum einem Land. Die meisten Länder sind lediglich der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 beigetreten. In den Fünfziger und Sechziger Jahren blieb in der Bundesrepublik die Zahl der jährlichen Anträge auf Asyl fast immer weit unter 10.000. Ausnahmen waren der Volksaufstand in Ungarn 1956, in dessen Folge die Zahl der Anträge über diese Marke kletterte, sowie der gescheiterte "Prager Frühling" 1968. Zu deutlichen Zuwächsen kam es ab der zweiten Hälfte der Siebziger Jahre. Im Zuge der ersten Ölpreiskrise stieg die Arbeitslosigkeit stark an. Die Bundesregierung reagierte mit einem Stopp der Anwerbung von Gastarbeitern. Möglich war ab Ende 1973 der reguläre Zuzug von ausländischen Arbeitskräfte daher nur noch im Falle der Familienzusammenführung. Da mit dem Anwerbestopp ein wichtiger Zuwanderungskanal verschlossen war, kam es zur vermehrten Zuwanderung via Asyl – nicht zuletzt aus der Türkei. Im Jahr 1980 wurden erstmals mehr als 100.000 Asylanträge gezählt. Es gab aber auch äußere Anlässe für vermehrte Asylbegehren wie die Verhängung des Kriegsrechts in Polen.

Nach 1980 ließen die Asylwanderungen in die Bundesrepublik zunächst deutlich nach, um wenige Jahre später wieder anzuschwellen. Ein weiterer Grund der Asylsuche ergab sich aus dem Libanon-Krieg. Vorher nicht gekannte hohe Werte wurden Anfang der Neunziger Jahre erreicht. Dabei kamen die Kriege in Ex-Jugoslawien, der Zusammenbruch der Regime in Osteuropa und der Verfall der Sowjetunion zusammen. Im Jahr 1993 stieg die Zahl der Asylanträge auf über 400.000 – mehr als die Hälfte aller in der EU gestellten Anträge. Nach 1993 brach der Zustrom abrupt ab, denn die gesetzlichen Regelungen für die Asylgewährung waren geändert worden. Im Grundgesetz wurde der entsprechende Artikel ergänzt. Danach wurde nur noch denjenigen Personen politisches Asyl gewährt, die nicht über als sicher einzustufende Drittstaaten einreisten. In der zweiten Hälfte der Neunziger Jahre und im darauf folgenden Jahrzehnt ging die Zahl der Asylanträge in Deutschland nahezu stetig zurück. Erst ab Beginn dieser Dekade kam es wieder zu einem wachsenden asylbedingten Zuwanderungsstrom. Die vermehrte Wanderung begann zögerlich und beschleunigte sich dann enorm. Zu einer regelrechten Eskalation kam es im Laufe von 2015. Nach Schätzungen der zuständigen Behörden dürften von Januar bis September knapp 700.000 Asylsuchende über die Grenzen gekommen sein. Weil derzeit keine Anzeichen für ein Abebben des enorm angeschwollenen Flüchtlingsstrom erkennbar ist, dürfte die Grenze von einer Million in diesem Jahr deutlich überschritten werden. Deutschland würde damit den allergrößten Teil der Asylsuchenden in der EU aufnehmen.

Eine gemeinsame Asylpolitik innerhalb der EU gibt es faktisch nicht. Die allermeisten Staaten versuchen, den Zustrom von Flüchtlingen abzublocken. Einzelne Länder

wie Dänemark oder Frankreich haben sogar ihre gesetzlichen Regelungen verändert. Schweden, das gemessen an der Einwohnerzahl bisher sehr viele Flüchtlinge aufnahm, hat soeben die Grenzen der Belastung verkündet. Andere Länder wie Polen haben das schon seit längerem signalisiert. Deutschland spielt dagegen eine Sonderrolle und hat erklärt, dass es keine Obergrenze für die Aufnahme von Asylbewerbern gäbe. Wenn die meisten Länder eine restriktive Asylpolitik verfolgen, nutzen die Asylsuchenden zwangsläufig die noch offenen Zuwanderungskanäle. Und weil zudem Deutschland nach außen hin Großzügigkeit angekündigt hat, ist es zum bevorzugten Ziel der Flüchtlinge geworden.

Die meisten Asylsuchenden nutzen die "Balkanroute", kommen also über die Türkei, Griechenland, die Balkanstaaten und Österreich. Da sie nach Deutschland wollen, leiten die Länder auf dieser Route die Flüchtlinge bisher einfach weiter. Weil das in manchen Transitstaaten zu recht chaotischen Verhältnissen geführt hat, gab es entsprechende Gegenreaktionen. So hat Ungarn seine Grenzen befestigt und lässt keine Flüchtlinge mehr ins Land. Der Strom fließt daher nun über Kroatien und Slowenien. Diese Länder sehen sich ebenfalls überfordert und hoffen, dass durch die Einrichtung von Zwischenlagern auf der Balkanroute und bessere Grenzkontrollen die Asylwanderungen gesteuert werden können.

Es ist erstaunlich, dass eine solche Situation überhaupt entstehen konnte. Denn eigentlich gibt es auf EU-Ebene mit dem sog. Dubliner Verfahren eindeutige Regelungen: Flüchtlinge sind von dem Staat aufzunehmen, in dem sie erstmals die Grenzen der EU überschreiten. Wandern sie weiter, sollen sie dorthin zurückgeschickt werden. Diese Vereinbarung steht aber offenbar nur noch auf dem Papier. Im Falle Deutschlands ist die Rechtslage ebenfalls eindeutig: Asyl erhalten nur diejenigen Personen, die nicht über ein sicheres Drittland einreisen. Weil Deutschland fast von allen Seiten von anderen EU-Ländern umgeben ist, müssten demnach fast gar keine Asylbewerber aufgenommen werden. Die deutsche Politik hält sich allerdings nicht an die geltenden Gesetze. Das wird damit gerechtfertigt, dass innerhalb der EU die Grenzen der Mitgliedsstaaten nicht mehr kontrollierbar seien; Ungarn hat indes gerade den Gegenbeweis erbracht.

Angesichts der unübersichtlichen Situation sind die Informationen über die soziale Zusammensetzung der Asylsuchenden in Deutschland allenfalls für das erste Halbjahr 2015 verwendbar. Die Angaben sind dürftig; bekannt sind lediglich die Nationalität, das Geschlecht und das Alter – aber nicht die Ausbildung. Zwei Drittel der Asylbewerber sind männlich. Die herausragende Gruppe stellen Männer im Alter von 18 bis 34 Jahren (knapp 40 % aller Asylbewerber) dar; deren Zahl ist vier Mal so groß wie der der Frauen in der selben Altersgruppe. Sehr viel kleiner ist mit insgesamt 20% der Anteil der Personen mittleren Alters. Auch hier dominieren die Männer, wenngleich nicht so stark wie bei den jungen Erwachsenen. Ältere Asylsuchende gibt es indes kaum. Ein Sechstel schließlich sind Kinder.

Die Syrer stellen in Deutschland mit 18% die größte Flüchtlingsgruppe. Fast ebenso bedeutend waren im ersten Halbjahr 2015 die Kosovaren. Auch aus anderen nicht zur EU gehörenden Balkanländern (Albanien, Mazedonien, Serbien, Bosnien und Herzegowina) kam eine erhebliche Zahl an Asylbewerbern – insgesamt entfiel auf diese Balkangebiete fast die Hälfte aller Asylanträge. Aus Vorderasien fallen neben den Syrern insbesondere Asylbewerber aus dem Irak und Afghanistan ins Gewicht – zusammen kam von Januar bis Juni aus Vorderasien ein Drittel aller Asylsuchenden. Abgesehen von Pakistan (6% aller Asylbewerber) spielt das übrige Asien kaum eine Rolle. Mit 9% etwas größer ist der Anteil der Asylbewerber, die aus Afrika südlich der Sahara stammen – insbesondere aus Somalia, Eritrea und Nigeria. Anders als in früheren Zeiten sind Asylsuchende aus Osteuropa außerhalb der EU (Russland, Ukraine, Weißrussland) kaum von Relevanz.

Karl Brenke

DIW, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Längst nicht alle Asylbewerber werden anerkannt und erhalten somit ein Aufenthaltsrecht sowie eine Arbeitserlaubnis für Deutschland. Im ersten Halbjahr 2015 wurden knapp 40% der Asylanträge positiv beschieden; das war zwar nicht die Mehrzahl, aber es waren immerhin 15 Prozentpunkte mehr als noch im Jahr 2010, als wenige Asylbewerber kamen. Asylanträge, die von Syrern und Irakern gestellt wurden, sind fast alle anerkannt worden. Von den Personen aus Eritrea erhielt die Mehrzahl ein Schutzrecht, von den Afghanen, Pakistanis und Nigerianern nur eine kleine Minderheit. Personen aus den nicht zur EU gehörenden Balkangebieten wurde in nahezu allen Fällen Asyl verweigert.

In vielen deutschen Medien wurde der Eindruck vermittelt, dass wegen der Alterung der Gesellschaft und eines vermeintlichen Fachkräftemangels der Flüchtlingsstrom von Vorteil sei. In dieser Hinsicht scheint Ernüchterung eingetreten zu sein. Denn es hat sich gezeigt, dass sich bei denjenigen Personen mit der Staatsangehörigkeit wichtiger Flüchtlingsgruppen die Arbeitslosigkeit trotz guter Konjunktur in Deutschland stark aufbaut. Zwar steigt bei ihnen auch die Zahl der Beschäftigten, die Zahl der Arbeitslosen aber viel stärker. Besonders ausgeprägt ist das bei den Syrern. Von 2012 – dem Beginn der aktuellen Flüchtlingswelle bis zum 1. Halbjahr 2015 nahm die Zahl der Beschäftigten um 5.000 oder 80% zu, die der Arbeitslosen aber um 23.000 oder 500%. Bei den Syrern beläuft sich inzwischen die Arbeitslosenquote auf etwa 70%. Nur wenig besser sieht es bei denjenigen Personen aus, die aus dem Irak, aus Afghanistan, Somalia, Eritrea, Pakistan oder Nigeria stammen. Es ist damit zu rechnen, dass wegen der Asylwanderungen die Zahl der Arbeitslosen nach fünf Jahren des Rückgangs nunmehr wieder zunimmt. Entsprechend wird es aus den Flüchtlingsländern noch mehr Bezieher von Sozialleistungen geben.

Zum einen wird die Integration in den Arbeitsmarkt durch fehlende Deutschkenntnisse behindert. Zum anderen konnte nicht erwartet werden, dass Personen aus Schwellen- oder Entwicklungsländern über die Qualifikationen verfügen, die in einem hoch entwickelten Industrieland wie Deutschland nachgefragt werden. Vermutlich haben viele anerkannten Flüchtlinge überhaupt keine Berufsausbildung. Die meisten dürften daher wohl nur – zumindest in ihrer ersten Zeit in Deutschland – für einfache Jobs einsetzbar sein. Gerade hier ist aber die Arbeitsmarktlage angespannt. Solche Jobs werden dem Trend nach immer weniger, und fast die Hälfte aller Arbeitslosen in der Bundesrepublik hat keine Berufsausbildung – kommt also nur für einfache Arbeit infrage. Besonders groß ist der Anteil unter den schon länger in Deutschland lebenden Migranten Gruppen. Durch die Asylwanderungen dürfte sich besonders für sie die Konkurrenz um einen Job und das Risiko, arbeitslos zu werden oder länger zu bleiben, verstärken.

## Zugehörig, aber unerwünscht: deutsche Flüchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg



© Staatsarchiv Bremen / Foto: Karl Edmund Schmidt

Das Europa des Zweiten Weltkriegs zählte rund 60 Millionen Flüchtlinge, Vertriebene und Deportierte. Weitere 25 Millionen kamen mit und unmittelbar nach Kriegsende hinzu. Darunter befanden sich ca. 14 Millionen Deutsche, die in der Endphase des Krieges vor den näher rückenden Fronten im Osten nach Westen flohen oder nach Kriegsende insbesondere aus Polen und der Tschechoslowakei in das nunmehr deutlich verkleinerte Rest-Deutschland der vier alliierten Besatzungszonen vertrieben wurden. Hier gab es keine gleichmäßige Verteilung. Ländlich geprägte Gebiete mussten weitaus mehr Flüchtlinge und Vertriebene aufnehmen als die vor allem durch Luftangriffe häufig schwer zerstörten städtisch-industriellen Ballungsräume. Auf dem Land schienen die Wohnungssituation und die Versorgungsmöglichkeiten mit Lebensmitteln besser zu sein. Der Osten Deutschlands war von der Zuwanderung stärker betroffen als der Westen, und innerhalb der Besatzungszonen waren wiederum die östlichen Gebiete stärker belastet als die westlichen. Ende 1947 lag der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone bei 24,3 Prozent. Die US-Zone blieb demgegenüber mit 17,7 Prozent ebenso zurück wie die britische Besatzungszone mit 14,5 Prozent.

Flucht und Vertreibung führten zu einem durch vielfältige Konflikte gekennzeichneten Prozess der Integration, der lange währte, obgleich die Zuwanderer entweder über eine deutsche Staatsangehörigkeit verfügten oder diese ihnen rasch zugewiesen wurde. Vielen Zeitgenossen schienen die Herausforderungen einer starken Zuwanderung

Prof. Dr. Jochen Oltmer  
Universität Osnabrück

in einem durch massive Zerstörungen gekennzeichneten Nachkriegsdeutschland kaum lösbar. Immerhin waren mehr als vier Millionen Wohnungen ganz oder teilweise zerstört. Spannungen und Konflikte zwischen Einheimischen und Flüchtlingen resultierten deshalb zunächst meist aus der Unterkunftsfrage: Gab es keine freiwillige Abgabe von Wohnraum, reagierten deutsche und alliierte Dienststellen – im Laufe der Zeit immer öfter – mit Zwangseinweisungen. Häufig wurden Abstellkammern, Ställe oder andere ungeeignete Räume mit spartanischer Ausstattung provisorisch und primitiv als Unterkunft ganzer Familien hergerichtet. Die Zeitgenossen sprachen von ›Notwohnungen‹.

Auseinandersetzungen in der Zwangsgemeinschaft von Einheimischen und Zuwanderern gab es allenthalben – ob es um die gemeinsame Nutzung der Küche ging oder um die Bereitstellung von Hausrat: Allein im Jahre 1946 beschwerten sich beispielsweise in Brandenburg mehr als 45.000 Flüchtlinge und Vertriebene schriftlich bei der zuständigen Behörde über alltägliche Konflikte mit Einheimischen. Bei einer repräsentativen Umfrage in den Ländern der US-Besatzungszone waren sich 1949 insgesamt 61 Prozent der befragten Einheimischen einig: Flüchtlinge und Vertriebene seien „Störenfriede“. Verstärkt wurden diese Verteilungskonflikte durch vielfältige kulturelle Grenzziehungen und Auseinandersetzungen: Traditionen, Gebräuche, Lebensstile und Identitäten unterschieden sich, Katholiken trafen auf Protestanten, Stadt- auf Landbewohner, Angehörige deutscher Minderheiten, die zum Teil seit Jahrhundert fernab von Deutschland gelebt hatten, auf traditionsbewusste Einheimische. Verschärfend wirkten tief verankerte Vorurteile gegen Menschen aus ›dem Osten‹, die auf die Flüchtlinge und Vertriebenen projiziert wurden.

Für die Flüchtlinge und Vertriebenen bedeutete die Migration einen Statusverlust: 1950 hatte gerade einmal ein Viertel der 2,6 Millionen Haushalte von Flüchtlingen und Vertriebenen eine eigene abgeschlossene Wohnung. Zwei Drittel lebten zur Untermiete und ein Zehntel in ›Notwohnungen‹ oder Lagern. Im September 1948 stellten Flüchtlinge und Vertriebene beispielsweise in Niedersachsen noch 61 Prozent aller Sozialhilfeempfänger. Die Zahl der Erwerbslosen lag in Westdeutschland 1950 unter den Zuwanderern dreifach höher als unter den Einheimischen. Es dauerte Jahrzehnte, bis die Zuwanderer im Blick auf die beruflichen Positionen, die finanzielle Ausstattung und die Wohnverhältnisse das Niveau der Einheimischen erreichten. Auch in anderen Bereichen lassen sich Faktoren finden, die auf eine lange Dauer der Integration hindeuten: So traten Heiratsverbindungen zwischen Flüchtlingen und Vertriebenen einerseits und Einheimischen andererseits zunächst relativ selten auf. Erst in der zweiten Generation, also bei den Kindern, änderte sich dies.

Die Hochkonjunktur des ›Wirtschaftswunders‹ seit Anfang der 1950er Jahre erleichterte grundlegend die wirtschaftliche und soziale Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen. Gleichzeitig bildeten sie ein qualifiziertes Arbeitskräftepotenzial, das das ›Wirtschaftswunder‹ in erheblichem Maße mittrug. Dabei prägte sich allerdings die für viele Einwanderergruppen typische Unterschichtung aus: Flüchtlinge und Vertriebene übernahmen hauptsächlich statusniedrige berufliche Positionen und verfügten dementsprechend auch über geringere Einkünfte. Zwar ergaben sich für viele von ihnen vor allem in den 1960er Jahren Aufstiegsmöglichkeiten, dennoch war auch Anfang der 1970er Jahre der durch die Gewaltmigration eingetretene Statusverlust weiterhin nicht vollständig kompensiert.

Staatliche Eingriffe trugen zur Integration bei. Bereits unmittelbar nach Kriegsende etablierte sich eine Sonderverwaltung für Flüchtlinge. Sie sollte für Wohnraum, Versorgungsgüter und Arbeit sorgen. Im Angesicht der schweren Verteilungskonflikte der unmittelbaren Nachkriegszeit galten vielen Einheimischen aber die Maßnahmen der Flüchtlingsbehörden und die gesetzlichen Sonderregelungen als Privilegierung der Flüchtlinge und Vertriebenen. Das erklärt auch zum Teil lautstarke Kritik gegenüber der gesetzlichen Verankerung von Unterstützungsleistungen, wie insbesondere das im

August 1949 in Westdeutschland verabschiedete ›Soforthilfegesetz‹ und das 1952 verabschiedete ›Lastenausgleichsgesetz‹, das Entschädigung von Vermögensverlusten bot.

Das Reden und Schreiben über Flucht und Vertreibung ist in der Geschichte der Bundesrepublik nie mit einem Tabu belegt gewesen. Zahlreiche Gedenkveranstaltungen, Debatten im Bundestag, Sonderbriefmarken, wissenschaftliche Publikationen, Romane, Ausstellungen, Filme, Fernsehdokumentation und Denkmäler dokumentieren vielmehr die stete öffentliche Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Allerdings hatte die Erinnerung Lücken: Mindestens bis in die 1980er Jahre blieben die Formen und Folgen der deutschen Eroberungszüge im Zweiten Weltkrieg als zentrale Voraussetzung für Flucht und Vertreibung meist unerwähnt. Wenn Deutsche mit den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges und mit deutschen Massenmorden konfrontiert wurden, dann sollte der Hinweis auf ›Vertreibungsverbrechen‹ und auf von Deutschen erlittenes Unrecht relativierend wirken und ein moralisches Gegengewicht bieten. Lange nicht in den Fokus geriet auch die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen und die Tatsache, dass ihnen die Einheimischen anfangs nur selten solidarisch und hilfsbereit begegneten, sodass Ausgrenzung für die Zuwanderer zum Alltag gehörte. Damit blieb die öffentliche Erinnerung an Flucht und Vertreibung aus politischen Gründen insgesamt ausgesprochen selektiv: Das woran in der Öffentlichkeit als Flucht und Vertreibung erinnert wurde, hatte durch das Verschweigen der Bezüge zum Zweiten Weltkrieg keine Vorgeschichte und durch das Verschweigen der Probleme der Integration auch keine Folgen. Sie hatte nicht einmal Menschen zum Gegenstand, sondern nur Opfer.



© Staatsarchiv Bremen / Foto: Karl Edmund Schmidt

#### Literatur:

- Beer, Mathias: Flucht und Vertreibung der Deutschen, München 2011.  
Kossert, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, 4. Aufl. München 2009.  
Oltmer, Jochen: Migration im 19. und 20. Jahrhundert, 2. Aufl. München 2013.  
Piskorski, Jan M.: Die Verjagten. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts, Berlin 2013.

## Aber wann beginnt der Vorkrieg? Von der Kulturalisierung der Integrationsdebatte

Es ist eine hysterische Debatte. Kaum eine Debatte wird privat und öffentlich so emotional und unsachlich geführt wie die Frage der Integration von Zugewanderten oder Flüchtlingen. Und die Halbwahrheiten und Irrtümer, die dabei von allen Seiten aufs Tapet gebracht werden, verfestigen und vertiefen die Probleme weiter: Die Verwechslung von Relativismus mit Toleranz, die Politisierung von Identität und Religionszugehörigkeit, die Kulturalisierung sozioökonomischer Fragen und die Ignoranz gegenüber den (Status-)Kränkungen und Ohnmachtsgefühlen der Bevölkerung.

So werden die wichtigen Fragen, die hinter den Konflikten stecken, verschluckt: Bildung, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Wohnen, Menschenrechte, soziale Rangordnungen, sozialer Abstieg, Ohnmacht, Anerkennung. So spricht man über die Anderen immer als Andersartige, macht Zugewanderte fremder, als sie sind, und Hiesige heimischer, als sie es je waren.

Oder lässt sich die Anderen mittels eines romantischen Kulturalismus kulinarisch auf der Zunge zergehen. Alles ist «Kultur». Wir sind kulturversessen und verhältnisvergesen. Wir reden zu viel über «Kultur» und zu wenig über die Verhältnisse: Arbeitsmarkt, Aufstiegschancen, Bildung und Geld. Wir verwandeln Ungleichheit in Differenz und Gesellschaft in «Kultur». Wir reden über «Kultur», um über die Verhältnisse zu schweigen.

### Soziale Distanz

Ablehnung und »Ausländerfeindlichkeit« sind in einem überwiegenden Ausmaß Machtspiele um die Rangordnung in der Gesellschaft. Zum Ausländer wird, wer auf sozialer Distanz gehalten werden soll. Dauerhafte Armut anderer wird im selben Maße wie sozialer Aufstieg von der jeweils bessergestellten Gruppe als Bedrohung interpretiert. Integration ist immer auch eine Frage sozialer Rangordnung. Je weniger sozialer Aufstieg, desto befremdender. Für alle.

Hier ist das Merkmal zur Unterscheidung der Menschen in gute und schlechte: das Geld. Wer es hat, der ist kein Fremder, wem es abgeht, der wird zum Fremden. Wer auf Dauer «unten» bleibt, ist fremder als jemand aus der derselben Herkunftskultur mit gehobenem Lebensstil. So verstärkt sich Be-Fremdung. Wer als «Ausländer» definiert wird, ändert sich ständig. Vor hundert Jahren waren in Wien die MigrantInnen aus Tschechien «die Ausländer». Besonders beklagte man sich über ihre mangelnde Anpassung, ihre Rückständigkeit, die «dreckigen» Wohnverhältnisse und ihre Herkunft aus der Landwirtschaft («Bauerntöpel»). Die Deutschnationalen meinten, die »Vertschechung der Stadt käme einem Kulturrückschritt gleich«, und außerdem würde der Fremden-

verkehr abgeschwächt, „wenn die Straßen Wiens durch tschechischen Pöbel unsicher gemacht werden“ (Hamann 1998).

Wenn Sie in einer Gesellschaft aufwachsen, in der nur wenige Mitglieder einer Minderheit sowie nur wenige Frauen einen gehobenen Beruf ausüben, die Mitglieder dieser Gruppe also mehrheitlich niedrige Tätigkeiten verrichten, werden Sie, einfach weil Sie in dieser Gesellschaft leben, eher bestimmte (negative) Ansichten über die Fähigkeiten von Minderheiten und Frauen entwickeln.

TeilnehmerInnen eines Experiments an der Stanford Universität (Freeman 2011) wurden gebeten, die ethnische Herkunft von Gesichtern zu bestimmen, die sie auf Computerbildern zu sehen bekamen. Personen, die Anzug und Krawatte trugen, der Geschäftswelt zuzuordnen waren, wurden eher als «weiß» eingestuft; Gesichter mit Kleidung aus der Welt der Portiere und Hausangestellten als eher «schwarz». Es waren aber dieselben Gesichter. Einzig ihr sozialer Status und ihre berufliche Position ließ die einen «schwärzer» bzw. «weißer» als die anderen erscheinen.

### Der kulturalistische Kurzschluss

«Dass alle Leute außerhalb Mitteleuropas für ihre Handlungen keine Gründe, sondern Kultur haben sollen ...», sinniert der Privatdetektiv, als er mit der Erklärung seines Auftraggebers konfrontiert wird, es würde wohl an der Kultur von Sri Dao, einer Frau thailändischer Herkunft, liegen, dass sie auf seinen Heiratsantrag hin wütend wurde. Krimiautor Jakob Arjouni lässt seine Figur spitz sagen, was Kulturalisierungen bewirken können: Du bist Kultur, alles, was du sagst, ist Kultur, alles, was dich ausmacht, ist Kultur, alles, was du tust, erklärt Kultur. Sonst hast du keine Gründe.

Der Nobelpreisträger und Wirtschaftswissenschaftler Amartya Sen (2007) hat diesen Zwang zur Alles oder Nichts-Identität als „pluralen Monokulturalismus“ bezeichnet. Das meint, dass ganze Bevölkerungsgruppen von einer einzigen Kultur und einer einzigen Identität ausgehen, derer sich alle einzufügen haben. Sie kann durch Blut, Herkunft oder Religion bestimmt sein. Oft ist die Verteidigung des Multikulturalismus ja auch nichts anderes als ein Plädoyer für den pluralen Monokulturalismus, da muss man genau hinhören und genau hinschauen.

Menschen erwerben Rechte aber durch ihr Menschsein, nicht durch die Zugehörigkeit zu einer Religion, Kultur oder Herkunft. Wird das umgedreht, schnappt die Kulturalismus-Falle zu. Als was du geboren wurdest, das bist du. Einmal Ausländer immer Ausländer. Sie fasst deshalb auch den Integrationsbegriff kulturalistisch. Der Zugang zu Wohnungen, die nicht feuchten Substandard darstellen, wird so als kulturelles Recht definiert – und nicht als soziales Grundrecht. Dasselbe bei Familienzusammenführung, Sozialhilfe, sozialen Aufstiegschancen, Mitbestimmung. So werden „Armländer“ immer zu „Rausländern“.

Der religiöse Kulturalismus funktioniert so wie der völkische: Als was du geboren wurdest, das glaubst du. Menschen müssen aber die Freiheit haben, sich gegen (religiöse) Herkunft oder traditionsbedingte Vorgabe entscheiden zu können. Das ist Grundlage für die demokratische Verfasstheit einer Gesellschaft. Glaubende, ob sie zu Gott, Jahwe oder Allah beten, sind immer auch Frauen und Männer, Arme und Reiche, Privilegierte und Benachteiligte, Mächtige und Ohnmächtige. Das ist wichtig, weil es zeigt, dass wir als Menschen mehrere Identitäten mit unserer je eigenen Geschichte, unseres Geschlechts, unserer Schichtzugehörigkeit, unseres Berufes aufweisen. Und Menschen entscheiden können, dass ihre ethnische oder kulturelle Zugehörigkeit weniger wichtig ist als ihre politische Überzeugung, oder ihre beruflichen Zusammenhänge, oder ihre Rolle als Frau, oder ihre gewählten Freundschaften.

Martin Schenk  
Diakonie Österreich

Die Kulturalisierung des Integrationsbegriffs dient dazu, nicht über Menschen- und Bürgerrechte reden zu müssen. Es drängt sich der Verdacht auf, dass über Kulturen gesprochen wird, weil nicht über Menschenrechte gesprochen werden soll. Zwangsverheiratung sollte genauso diskutiert werden wie die Menschenrechtssituation in der Schubhaft, sogenannte Ehrenmorde genauso wie Männergewalt in der Familie, mangelnde Bildungschancen genauso wie die fremdenpolizeiliche Trennung von binationalen Ehepaaren.

Das identitäre Entweder-Oder trägt auch in seiner harmlosesten Ausprägung den Keim des Krieges in sich. Man könne wissen, wann der Krieg beginnt, lässt Christa Wolf (1984) die trojanische Königstochter und Seherin Cassandra in ihrer gleichnamigen Erzählung sagen: „Aber wann beginnt der Vorkrieg?“ Der „plurale Monokulturalismus“ unterscheidet sich nicht grundlegend vom Kampfprogramm religiöser Fundamentalisten. Denn beide sind miteinander verfreundete Feinde.

Aber was ist mit der Leitkultur, mit dem Abendland, mit der Rede von „unseren Leuten“? Sie sind Teil einer „Rekonstruktion“, so die Philosophin Isolde Charim (2012). Eine solche Rekonstruktion braucht es erst nach einem Verlust. Gerade weil sich die nationale Gemeinschaft, die nationale Bindung verändert hat, bedarf es überhaupt einer Rekonstruktion. Gerade weil die vollen nationalen, religiösen, kulturellen Identitäten nicht mehr greifen, kommt es zu einer massiven Gegenbewegung. Eine solche findet sich bei den Kulturalisten auf beiden Seiten: bei jenen der Mehrheits- und bei jenen der Minderheitsgesellschaft.

Kann es sein, dass der Identitäre „an jenem Ort der Vergangenheit, von dem er die Heilung der Gebrechen seiner Gegenwart erhofft, nicht vielmehr ihren Ursachen begegnet?“, fragt der Psychoanalytiker Sama Maani. In der islamistischen Regression beispielsweise, bei der sich die von Mangel gezeichnete Gegenwart, in der Hoffnung auf Erlösung, nach einer „glorreichen Vergangenheit“ zurücksehnt. Wenn sich aber der „glorreiche“ Sehnsuchtsort ebenfalls als Ort des Mangels herausstellt, unerlöst, tot? Jener Sehnsuchtsort wäre dann der Ort eines nicht eingestandenen Zweifels, lebendig nur als verzweifelte Wut über die eigene Ohnmacht. Und einer nicht gestellten Frage an einen ohnmächtigen Gott: Warum hast du uns verlassen?

### Vom Tun der Menschen unter bestimmten Lebensbedingungen

„Kultur“ kann aber auch dazu dienen, politische Versäumnisse oder systemische Defizite weg zu erklären. Eine Mitarbeiterin des Gesundheitsamts erzählt von vielen kranken Familien, die zu ihr kommen, fast ausschließlich aus der Türkei. Die Pädagogin Anita Kalpaka (2009) fragt sie nach den Hintergründen. Schlechte Wohnungen, feuchte Wände, krankmachende Arbeit zählt die Frau vom Gesundheitsamt auf. Als Unterstützung wünscht sie sich mehr über Religion und Kultur zu erfahren, um besser mit ihren Klienten umgehen zu können. Ihr Rückgriff auf Kultur löst aber nicht das Problem der Familien, scheint aber machbarer, nahe liegender zu sein statt das ferne „Politische“, Strukturelle anzugehen; nämlich die schlechten Wohnverhältnisse zu verändern. An diesem Beispiel wird deutlich, dass Kultur fast als Natur der Menschen gedacht wird. Kultur ist mittlerweile die Frage und die Antwort zugleich, merkt Anita Kalpaka an. Auf der Strecke bleiben die Lebensbedingungen, die Verhältnisse, die konkreten systemischen Zusammenhänge. Wir reden über Kultur, um über die Verhältnisse zu schweigen. In der Debatte wurde in den letzten Jahren aus Ungleichheit Differenz und aus Gesellschaft Kultur gemacht.

Eine Lehrerin bittet ihre Schüler, das in ihren Herkunftsländern typische Frühstück mitzunehmen. Am nächsten Tag kommen auch alle und decken den Frühstückstisch nach ihrer kulturellen Herkunft. Das Problem aber ist, dass viele Kinder die Herkunftsländer gar nicht kennen, als deren Vertreter sie für die Lehrerin und die Mitschüler gelten. Zwei Kinder erzählen, dass sie gar nicht frühstücken. Schüler haben zwar als Vertreter von Nationalitätengruppen gesprochen, aber nicht als einzelne Kinder. Eine

angemessene Formulierung für die Idee der Lehrerin könnte lauten: Was frühstückt ihr zu Hause? Bringt morgen etwas davon in die Schule mit. Durch einen solchen Auftrag würde das angesprochen, was die Kinder tatsächlich tun, und nicht das, was sie als Vertreter einer Nation erwartungsgemäß tun sollen. So kann über die eigenen Frühstücksgewohnheiten, aber auch über die anderer Menschen gesprochen werden, aus anderen Ländern, aber auch zum Beispiel von Eltern mit Nachtdiensten oder von Geschwister-Babys etc.

Der Sozialwissenschaftler Mark Terkessidis erzählt, dass er in der Schule immer für das Wetter in Griechenland zuständig war und vom Lehrer als Spezialist für die griechische Antike aufgerufen wurde. Ähnliches berichten Kinder mit schwarzer Hautfarbe: sie werden stets zum Vorzeigen beim Trommeln eingeteilt.

Kulturalisierung ist eine Form des Verstehenwollens. Sich auf diese Weise aber Sicherheiten und Klarheiten zu verschaffen, geht auf Kosten der konkreten Menschen, und auf Kosten der Chance, deren Handlungsgründe differenziert wahrzunehmen. Es ist aber unerlässlich – gerade für Kindergärtner, Lehrende, Pfleger –, statt von der vermeintlichen Kultur vom Tun der Menschen unter bestimmten Lebensbedingungen auszugehen. So werden Menschen lebendig, als Handelnde, als Subjekte und nicht als permanentes Opfer, oder als Kulturmarionette, oder als Objekt der Fürsorge – und lebendig werden gleichzeitig die sozialen und strukturellen Lebensbedingungen.

### Quellen:

Bachinger, Eva und Schenk, Martin (2012): Die Integrationslüge. Antworten in einer hysterisch geführten Auseinandersetzung  
Charim, Isolde (2012): Lebensmodell Diaspora: Über moderne Nomaden.

Freeman, Jonathan B. et al. (2011): Looking the Part: Social Status Cues Shape Race Perception.

Brigitte Hamann (1998): Hitlers Wien, S. 445.

Kalpaka, Anita (2009): Pädagogische Professionalität in der Kulturalisierungsfalle in: Rudolf Leiprecht und Anne Kerber (Hrsg.): Schule in der Einwanderungsgesellschaft, S.388.

Maani, Sami (2015): Respektverweigerung. Warum wir fremde Kulturen nicht respektieren sollten. Und die eigene auch nicht.

Sen, Amartya (2007): Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt, S.127

Wolf, Christa (1984): Cassandra.

[1] Studium der Psychologie an der Universität Wien, Sozialexperte & stv. Direktor der Diakonie Österreich, Mitbegründer der Armutskonferenz, Lehrbeauftragter am Fachhochschul-Studiengang Sozialarbeit am Campus Wien, Buchautor, Blog: [www.eingschenk.at](http://www.eingschenk.at)

## Gastarbeiter und Flüchtlinge: Die alten und die neuen „Neuen Deutschen“?

In diesen Wochen im Januar 2016 sind Stefano und Abdullah ziemlich unruhig. Nicht nur deshalb, weil in der Winterpause nicht nur wieder einmal der Winter pausiert, sondern auch die Bundesliga. Und meine beiden Freunde wüssten zu gerne, ob der unerwartete Höhenflug von Hertha BSC vor Weihnachten auch im neuen Jahr weitergeht. Nein, unruhig macht sie vor allem auch die Frage, wie es in Berlin insgesamt weitergeht mit den vielen Flüchtlingen aus Syrien und Afghanistan, die auch in diesen Januartagen immer noch ankommen. Das bleibt das Thema, das die Stadt und das aus auch Stefano und Abdullah beschäftigt: Wie wird dieses Jahr, wie wird diese Sommer hier Berlin, wenn so viele Neue und so viel Neues in die Stadt einziehen?

Dabei kennen sich beide mit dem Neu-Sein selbst noch gut aus. Abdullah kam als junger Mann 1970 als Gastarbeiter aus Izmir nach Berlin: fremd und eingeschüchtert, mit nur wenig Deutschkenntnissen und Berufserfahrungen. Heute ist er der Wirt eines Speiselokals in Kreuzberg. Und Stefano verließ in den 1980er Jahren sein süditalienisches Dorf Richtung Stuttgart, um später in West Berlin und nach einigen anderen Berufstapen schließlich als Taxifahrer heimisch zu werden.

Beide haben also „Fremdheit“ erlebt. Beide kennen die Erfahrung, dass vor allem älteren Menschen in Deutschland offenbar Herkunft und Muttersprache so wichtig sind, dass sie immer noch an jenen Satz glauben: „Deutscher wird man nicht, Deutscher ist man“. Also allein durch Geburt und Abstammung. Und die lassen sich bekanntlich ja nicht nachträglich korrigieren.

Beide sind dennoch Deutsche geworden. „Neue“ Deutsche eben, wie so viele in diesem Deutschland, das seit mehr als 100 Jahren schon ein klassisches Einwanderungsland ist, das dies jedoch bis vor wenigen Jahren noch hartnäckig verleugnet hat. Hunderttausende Polen nach 1900 im Ruhrgebiet, 12 Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebene nach 1945 allein in Westdeutschland und fast 10 Millionen „Gastarbeiter“ in den 1960er und 1970er Jahren: Das sind nur die nackten Zahlen der großen Einwanderungsbewegungen des 20. Jahrhunderts. Und schon sie zeigen, wie viele Deutsche also „migrantischen Hintergrund“ besitzen und welch enormes Maß an Migrationserfahrung bereits in Deutschland vorhanden ist.

Man hätte diese Erfahrung, dieses Wissen sehr viel früher nutzen können, um in Situationen wie der heutigen nicht wieder die Fehler von gestern zu machen: Flucht und Einwanderung nämlich nicht wieder in bedrohlichen Bildern von „Flutwellen“ und „Lawinen“ zu diskutieren, das Einheimische nicht „biodeutsch“ gegen das Fremde zu setzen, die Lager und Heime nicht als Getto zu betreiben und Integration nicht als Ein-

Einbahnstraße zu verstehen. Damit sind wir schon früher nicht gut gefahren und tun dies auch heute nicht.

Das sehen auch Abdullah und Stefan so, weil sie sich durchaus noch an das eigene frühere Leben in den Wohnheimen und Nissenhütten am Stadtrand erinnern können. Aber sie sehen zugleich heute eben auch Gefahren für die gesellschaftliche Situation in Deutschland wie für ihre eigene – Gefahren, die sie mit diesen großen Flüchtlingszahlen in Zusammenhang bringen.

Einige Gründe dafür liegen auf der Hand. Denn Restauration und Taxibetrieb sind schon mal zwei Arbeitsfelder, die klassische Einstiegsjobs für Einwanderer verkörpern. Abdullah und Stefan müssen da zwar wohl nicht um ihren Arbeitsplatz fürchten, aber sie sehen verstärkte Konkurrenz voraus. Ähnlich wie auf dem Wohnungsmarkt: Beide wohnen mit ihren Familien zur Miete. Und der Druck wird dort gerade im unteren Marktsegment sicherlich zunehmen, wenn zu den Hunderttausenden Familien und Singles, die auf Sozialmiete angewiesen sind, und zu den 180.000 Studierenden in der Stadt Berlin noch 60-80.000 Flüchtlinge hinzukommen. Und auch was da „religiös“ ankommt, ist ihnen nicht so ganz klar. Beide gehen selbst eher entspannt mit ihrer muslimischen und katholischen Glauben um, der sie jedenfalls selten in die Moschee oder die Kirche führt. Ob die Flüchtlinge, die Neuen damit ähnlich umgehen, wissen sie jedoch nicht.

So fragen die beiden also mit vielen anderen: Was machen wir nur mit so vielen neuen Flüchtlingen in Deutschland? Und das ist insofern bemerkenswert – und damit verlassen wir die beiden –, als dieses „wir in Deutschland“ nun plötzlich und fast hinter unserem Rücken zu einer neuen Integrationsformel geworden ist. „Wir in Deutschland“: Das meint nun diejenigen, die „schon immer“ oder jedenfalls „schon früher“ da waren. Und zwischen dem „Immer“ und dem „Früher“ wird der Graben offenbar zunehmend kleiner, weil beides nun eher die Alteingesessenen meint, die nun ein wenig zusammenrücken – auch gegen die Neuen.

Dieser Reflex ist nicht ungewöhnlich. Das war auch früher schon so: Erst als die noch fremderen Gastarbeiter zum Ende der 1950er Jahre in Deutschland ankamen, wurden die Flüchtlinge und Heimatvertriebene von 1945 – wie etwa auch meine Eltern – allmählich als zugehörig akzeptiert. Und erst da begann auch eine Zeit, in der hier geborene Kinder wie ich nicht mehr explizit auch als „Flüchtlinge“ beschimpft und ausgegrenzt wurden. Meine Eltern wie ich, wir waren damals jedenfalls auch froh darüber, dass wir nun nicht mehr die Außenseiter waren. Und auch wir waren den italienischen, türkischen und spanischen Arbeitern damals dafür einerseits dankbar. Andererseits aber mussten auch wir befürchten, dass die Einheimischen angesichts dieser weiteren Zuwanderung dies als „Überfremdung“ betrachten und auch gleich uns ältere „Neue“ auch wieder ausschließen könnten.

Dies ist heute nicht viel anders. In allen Gesellschaften und besonders auch in der deutschen ist das Schubladendenken in Begriffen von Herkunft und Sprache, Religion und Pass noch keineswegs abgebaut. Wer türkisch oder arabisch spricht, wird fast automatisch verdächtigt, deshalb auch nicht korrekt deutsch sprechen zu können. Fremd klingende Namen erschweren den Zugang zu Jobs wie Wohnungen deutlich – selbst noch im selbst ernannten Weltstädten wie Berlin. Und Beziehungen und Heiraten „quer“ zu ethnischen Grenzen oder sexuellen Orientierungen sind nach wie vor alles andere als unkompliziert – in dieser Hinsicht sind sich allerdings biodeutsche und migrantische Milieus noch recht ähnlich. Dies zeigen jedenfalls die Befunde unserer Forschungen in den letzten Jahren sehr deutlich.

Dennoch hat sich viel verändert. „Gesellschaft in Deutschland“ meint heute eine sehr viel offenere Landschaft, in der die Neuen heute und im Unterschied zu den Flücht-

---

Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba

Humboldt-Universität zu Berlin

---

lingen 1945 wie den Gastarbeitern der 1960er Jahre auch viele offene Türen finden. Gerade in den Städten haben wir längst Bevölkerungsmischungen, die sich weniger am Unterschied in Herkunft und Pass aufhalten, als vielmehr nach Gemeinsamkeiten in den privaten Interessen und Lebensstilen fragen. Vor allem in den jüngeren Generationen spielen Musik- und Modegeschmack, Internetwelten und Netzwerke, Esskultur und Selfie mittlerweile die Rolle von tatsächlich „Identität“ stiftenden gemeinsamen Alltagsstrukturen. Denn es ist eben diese offene Kultur des Alltags, die uns – ganz anders als noch in den 1960er Jahren – heute immer wieder neu in Kontakt zu einander bringt und verbindet.

Natürlich kann diese Kultur umgekehrt auch trennen. In Einwanderungsgesellschaften sind Konflikte ebenfalls Alltag. Das hat damals die Gastarbeitergeneration häufig genug erlebt. Und Konflikte gibt es auch heute. Manchmal noch in durchaus extremer Form: PEGIDA-Anhänger kennen zwar kaum eine Kirche von innen, vor der sie das christliche Abendland verteidigen wollen, und sie haben auch zwar noch kaum einen Flüchtling leibhaftig gesehen. Doch ihre Ängste und Vorurteile wollen sie auf jeden Fall schon einmal zu Protokoll geben und ausleben – gerne auch aggressiv.

Dagegen sollten wir mehr als bisher tun: unsere gemeinsame Einwanderungsgesellschaft in die Mitte unseres Deutschlandbildes rücken und die hartleibigen Biodeutschen an dessen Rand. Aber wir sollten darüber nicht vergessen, dass uns in den letzten Jahren bereits gemeinsam eine ganze Menge „Deutschland“ auch ganz gut gelungen ist. – Deshalb – das geht im Flüchtlingsdiskurs gerne unter – wollen wohl auch so viele Menschen zu uns kommen.

---

## Warum ist die Bundesrepublik aktuell zum Ziel globaler Fluchtbewegungen geworden?

»Flüchtlinge« sind laut der 1951 verabschiedeten Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) jene Migrantinnen und Migranten, die vor Gewalt über Staatsgrenzen ausweichen, weil ihr Leben, ihre körperliche Unversehrtheit, Freiheit und Rechte direkt oder sicher erwartbar bedroht sind. 145 Staaten haben die GFK unterzeichnet und sich verpflichtet, Flüchtlinge dann anzuerkennen, wenn diese eine Verfolgung wegen »ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung« nachweisen können. Mitte 2015 registrierte der UN-Flüchtlingshochkommissar (UNHCR) 20,2 Millionen Flüchtlinge, womit beinahe der Höchststand des vergangenen Vierteljahrhunderts erreicht worden ist (1992: 20,5 Millionen). Hinzu traten insgesamt 38,2 Millionen »Binnenvertriebene«, die vor Gewalt und Verfolgung innerhalb eines Staates ausgewichen waren.

Migration im Angesicht von Gewalt war und ist meist Ergebnis von Krieg, Bürgerkrieg oder Maßnahmen autoritärer politischer Systeme. In der Geschichte der Gewaltmigration bildeten vor allem der Erste und der Zweite Weltkrieg elementare Katalysatoren. Konflikte um und mit Minderheiten, (bewaffnete) Auseinandersetzungen um die Gestaltung des politischen Systems sowie Bestrebungen zur Homogenisierung der Staatsbevölkerungen kennzeichneten außerdem seit dem Zweiten Weltkrieg den langen Prozess der Dekolonisation, der umfangreiche Fluchtbewegungen und Vertreibungen mit sich brachte. Zentrale Folgen für das Gewaltmigrationsgeschehen hatte darüber hinaus der »Kalte Krieg« als globaler Systemkonflikt der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Seither traten zahlreiche umfangreiche Fluchtbewegungen insbesondere im Kontext der Szenarien von Krieg, Bürgerkrieg und Staatszerfall in vielen Teilen der Welt hinzu – in Europa (Jugoslawien), im Nahen Osten (Libanon, Iran, Irak, Syrien, Jemen), in Ostafrika (Äthiopien, Somalia, Sudan/Südsudan), in Westafrika (Kongo, Elfenbeinküste, Mali, Nigeria), in Südasien (Afghanistan, Sri Lanka) oder auch in Lateinamerika (Kolumbien).

Flüchtlinge suchen in aller Regel Sicherheit in der Nähe der überwiegend im globalen Süden liegenden Herkunftsregionen, weil sie meist nach einer raschen Rückkehr streben. Darüber hinaus verfügen viele unter ihnen nicht über die finanziellen Mittel für größere Fluchtdistanzen, zudem behindern Transit- oder Zielländer oft eine Migration. 95% aller afghanischen Flüchtlinge (Mitte 2015: 2,6 Millionen) leben vor diesem Hintergrund in den Nachbarländern Pakistan oder Iran. Ähnliches gilt für Syrien: Der Großteil der Flüchtlinge von dort, rund 4,2 Millionen, sind in die Nachbarländer Türkei (Mitte 2015: 1,8 Millionen), Jordanien (700.000), Irak (280.000) und Libanon (1,2 Millionen) ausgewichen. Angesichts dessen überrascht es nicht, dass Staaten des globalen Südens 2014 nicht weniger als 86% aller weltweit registrierten Flüchtlinge und Binnenvertriebenen beherbergten – mit seit Jahren steigender Tendenz im Vergleich zum Anteil des globalen Nordens.

Anders als die Zahl der Binnenvertriebenen ist jene der Flüchtlinge in den vergangenen Jahren nicht übermäßig stark angestiegen. Umso mehr stellt sich die Frage, warum die Bundesrepublik 2015 weitaus häufiger Ziel von Fluchtbewegungen als in den Jahren zuvor wurde. Sechs Elemente eines komplexen Zusammenhangs seien skizziert:

1. **Finanzielle Mittel:** (Erhebliche) finanzielle Ressourcen bilden eine wesentliche Voraussetzung für Migration. Unzählige Studien belegen: Armut schränkt die Bewegungsfähigkeit massiv ein, ein Großteil der Menschheit kann sich eine Migration über große Distanzen nicht leisten. 2015 aber lagen wichtige Herkunftsländer von Asylsuchenden in Deutschland in relativer geographischer Nähe (Syrien, Irak, Südosteuropa). Die Kosten für das Unternehmen Flucht vor dort halten sich mithin in Grenzen – zumindest im Vergleich zu Bewegungen aus anderen globalen Konfliktzonen etwa in West- oder Ostafrika, Südasien oder Lateinamerika, die selten Europa erreichen.

2. **Netzwerke:** Migration findet vornehmlich in Netzwerken statt, die durch Verwandtschaft und Bekanntschaft konstituiert sind. Deutschland ist 2015 auch deshalb zum wichtigsten europäischen Ziel von Asylsuchenden geworden, weil es hier seit längerem recht umfangreiche Herkunftsgemeinschaften gab, die für Menschen, die vor Krieg, Bürgerkrieg und Maßnahmen autoritärer Systeme auswichen, eine zentrale Anlaufstation bildeten. Und weil migrantische Netzwerke die Wahrscheinlichkeit für weitere Migration erhöhen, hat die Zuwanderung von Flüchtlingen in die Bundesrepublik die in den vergangenen Monaten zu beobachtende Dynamik gewonnen.

3. **Aufnahmeperspektiven:** Staaten entscheiden mit weiten Ermessensspielräumen über die Aufnahme von Migrantinnen und Migranten und den Status jener, die als Flüchtlinge anerkannt werden. Die Bereitschaft, Schutz zu gewähren, bildet immer ein Ergebnis vielschichtiger Prozesse des Aushandelns durch Individuen, Kollektive und (staatliche) Institutionen, deren Beziehungen, Interessen, Kategorisierungen und Praktiken sich stets wandeln. Mit der permanenten Veränderung der politischen, administrativen, publizistischen, wissenschaftlichen und öffentlichen Wahrnehmung von Migration verbindet sich ein Wandel im Blick auf die Frage, wer unter welchen Umständen als Flüchtling verstanden und wem in welchem Ausmaß und mit welcher Dauer Schutz oder Asyl zugebilligt wird. In den frühen 2010er Jahren und bis weit in das Jahr 2015 hinein lässt sich eine relativ große Aufnahmebereitschaft in der Bundesrepublik beobachten. Verantwortlich dafür war eine vor dem Hintergrund der günstigen Situation von Wirtschaft und Arbeitsmarkt positive Zukunftserwartung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die seit Jahren laufende breite Diskussion um Fachkräftemangel und demographische Veränderungen führte ebenso zu einer Öffnung wie die Akzeptanz menschenrechtlicher Standards und die Anerkennung des Erfordernisses des Schutzes vornehmlich syrischer Flüchtlinge, aus der auch eine große Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement resultierte.

4. **Aufhebung von Migrationsbarrieren:** Die EU-Vorfeldsicherung, also das System der Fernhaltung von Fluchtbewegungen, ist aufgrund des ›Arabischen Frühlings‹ bzw. der Destabilisierung diverser Staaten am Rand der EU zusammengebrochen. Die ›Mobilitätspartnerschaften‹ der EU und die vielgestaltige europäische migrationspolitische Zusammenarbeit mit Staaten wie Libyen, Ägypten, Tunesien, Marokko, Albanien oder der Ukraine hatte seit den 1990er Jahren verhindert, dass Flüchtlinge die Grenzen der EU erreichen und um Asyl nachsuchen konnten. Die Destabilisierung der politischen Systeme wirkte mit den tiefgreifenden Folgen der Weltwirtschaftskrise seit 2007 zusammen, die die gesellschaftlichen Konflikte in den EU-Anrainerstaaten verschärften, die staatlichen Handlungsmöglichkeiten beschnitten sowie die Bereitschaft und die Reichweite einer Zusammenarbeit mit der EU minimierten.

5. Die Weltwirtschaftskrise wirkte auch in den inneren Ring der Vorfeldsicherung gegen Flüchtlinge hinein. Das seit den 1990er Jahren entwickelte ›Dublin-System‹ diente der bewussten Abschließung der EU-Kernstaaten und insbesondere der Bundesrepublik gegen weltweite Fluchtbewegungen. Lange funktionierte es. Aufgrund der Weltwirtschaftskrise aber waren diverse europäische Grenzstaaten, vornehmlich Griechenland und Italien, immer weniger bereit, die Lasten des Dublin-Systems zu tragen und die Flüchtlinge, die vermehrt die EU erreichten, zu registrieren und in das jeweilige nationale Asylverfahren zu fügen.

6. Die Weltwirtschaftskrise führte innerhalb der EU dazu, dass die Bereitschaft klassischer und sehr gewichtiger Asylländer wie z.B. Frankreich oder Großbritannien stark sank, Flüchtlingen Schutz zu gewähren. In diesem Kontext wurde die Bundesrepublik gewissermaßen ein Ersatz-Zufluchtsland und damit zu einem neuen Ziel im globalen Fluchtgeschehen.

---

Prof. Dr. Franz Hamburger

Idar-Oberstein, 5.2.2016, Eröffnungsveranstaltung des Projekts ProIn des IB

# Zwischen Willkommenskultur und Schießbefehl

## Oder meenerisch an Fastnacht 2016: Wolle mer se roi losse?

Meine Damen und Herren,

Die Zeiten, in denen wir leben, sind zweifellos unübersichtlich. Mit der These von einer „neuen Unübersichtlichkeit“ hatte Jürgen Habermas schon 1985 die Diskussion über den Zeitgeist angeregt. Bei genauerem Hinsehen erkennen wir, dass solche Phasen der starken Veränderung und der darauf bezogenen Orientierungsdebatten regelmäßig zu beobachten sind. Damals ging es um die Frage, ob der moderne Sozialstaat seine Ressourcen erschöpft habe und die Kraft zu utopischem Denken, also die Kraft zu zukunfts-offenen Entwürfen eines gemeinsamen guten Lebens verloren gegangen sei. So könnten wir das heute auch sagen. Innerhalb eines halben Jahres hat die Zuwanderung einer Million Flüchtlinge nach Mitteleuropa scheinbar alles auf den Kopf gestellt.

Das europäische Projekt der Öffnung von Grenzen, zunächst nach innen, aber kontinuierlich auch nach außen, scheint zu scheitern. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die miteinander im Wettbewerb um die besten Investitionen und Profitraten liegen, grenzen sich gegeneinander ab, indem die Freiheit, auch die Sozialleistungen der Mitgliedsländer in Anspruch nehmen zu können, radikal eingeschränkt wird. Die Regelungen zu Wanderarbeitnehmer (dass sie nämlich den einheimischen Arbeitern gleichgestellt werden sollten) waren schon im ersten EWG-Vertrag von 1954 enthalten – in welcher Zeit leben wir denn heute?

Da verhält sich Deutschland genauso wie Großbritannien. Die armen Länder am Rande werden unter Kuratel gestellt und müssen außerdem die Lasten der Flüchtlingszuwanderung tragen. Das ist in Griechenland unglaublich widersprüchlich. Denn es werden gleichzeitig neue Einsparungen verlangt und gleichzeitig erhebliche Leistungen zur Versorgung und Abwehr der Flüchtlinge erwartet. Heute schon ist die medizinische Versorgung der griechischen Bevölkerung schlechter als die der Flüchtlinge – zumindest nach europäischen Normen. Aber wie dramatisch das tatsächlich aussieht, hat in dieser Woche der Bericht eines Mainzer Arztes aus Griechenland gezeigt. Deutschland hat nicht nur auf Kosten der südlichen Staaten die Dublin-2-Regeln des europäischen Asylregimes ausgenutzt, sondern hat mit seiner Wirtschaftspolitik der niedrigen Lohnstückkosten die anderen Staaten in die Verschuldung getrieben. Das zahlt sich nicht nur positiv aus. Und wenn man die Herausforderungen durch Flüchtlinge in Griechenland oder Süditalien vergleicht mit denen in Deutschland, dann muss man staunen, auf welchem Niveau das reiche Land sein Lamento anstimmt.

Interessant ist nun, dass Jürgen Habermas seine Diagnose in den 1980er Jahren besonders auf die Verwerfungen des Sozialstaats richtete und die Erosion der kollektiven Systeme sozialer Sicherung verantwortlich machte für die Depression der politischen Kultur. Diese Dynamiken sind auch heute nicht stillgestellt, aber sie bewegen sich in einem veränderten Rahmen. Dafür will ich zwei Entwicklungen benennen, die mir in

Prof. Dr. Franz Hamburger

Idar-Oberstein, 5.2.2016, Eröffnungsveranstaltung des Projekts ProIn des IB

---

dem Geflecht von vielfältigen Bedingungen wichtig erscheinen. Sie bilden den Hintergrund dafür, dass wir verbunden mit der Flüchtlingspolitik eine nationalistische Schließung der europäischen Staaten beobachten müssen.

Vorab möchte ich einige Daten und Informationen zusammenfassen:

Nach der Registrierung im EASY-System sind im Jahr 2015 1.091.894 Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. 476.649 Personen haben einen Asylantrag gestellt. Wenn es je einen absoluten Grund gegeben hat, sich beim Grenzübertritt registrieren zu lassen, dann jetzt: denn sonst gibt es keine Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Das ganze Geschwätz von der Flut, die unregistriert über die Grenzen schwappt, ist reine Panikmache. Die Mauern und Zäune zwischen den USA und Mexiko sind nur ein gutes Beispiel für die wahnhaften Vorstellungen, man könnte Gesellschaften ab- und einsperren, sie bilden eine Schwelle, deren Überschreiten mit einem hohen Preis verbunden ist.

Von der einen Million kamen 39% aus Syrien, 26% aus sonstigen Ländern, 14% aus Afghanistan, 11% aus dem Irak, 6% aus Albanien und 3% aus dem Kosovo. Gegen Jahresende sind diese beiden Länder fast nicht mehr vertreten gewesen. Kinder und Jugendliche machen ein Drittel aus, junge Erwachsene zwischen 18 und 24 Jahren ein Viertel und die 25- bis 34-Jährigen ebenfalls ein Viertel. Die Flüchtlingsbevölkerung ist also ausgesprochen jung. Rheinland-Pfalz hat im Jahr 2015 bis Mitte Dezember 48.000 Flüchtlinge aufgenommen. Im Jahr 2014 waren es 10.000 Menschen gewesen. Es hat 19 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte gegeben – deutlich weniger als in anderen Bundesländern. Auch die Demonstrationen gegen die Flüchtlinge sind selten. Die Vorbereitung der Bevölkerung im Falle größerer Unterkünfte ist intensiv, das Landesmanagement gilt als ausgezeichnet. Die Landesregierung zeigt im Gegensatz zur Bundesregierung, dass sie eine wirkliche Exekutive ist, in der die Minister nicht ihre Hahnenkämpfe und Wahlauseinandersetzungen austragen.

Ein Argument in der aktuellen Auseinandersetzung verweist darauf, dass schon wesentlich früher etwas hätte getan werden müssen. Das ist richtig. Seit 2011 bestehen in der Türkei und in Jordanien, im Libanon und im Irak riesige Flüchtlingslager. Seit 2005 wurden die EU-Außengrenzen durch eine eigens zu diesem Zwecke eingerichtete Grenzschutzagentur, Frontex, gesichert. Deren Etat ist eklatant gestiegen (von 6,2 Mio. im Jahre 2005 auf 88 Mio. im Jahre 2011), ohne aber dass dies dazu geführt hätte, die „Ströme“ wirklich effektiv zu bremsen. Es sind lediglich mehr Menschen ertrunken, aber es wurden auch viele gerettet. Genau dies zeichnet sich jetzt wieder ab, wenn die griechische Regierung gezwungen wird, ihre Grenzsicherung zu verstärken. Das alte Spiel wird fortgesetzt: Es wird nicht an der deutschen Grenze geschossen, sondern an der zwischen Griechenland und der Türkei. Das Dublin-Abkommen wird um eine brutale Variante erweitert.

Wenn ich diese Rede vor einigen Wochen gehalten hätte, dann wäre ich wahrscheinlich in der Einleitung auf die deutschen Skandale des Jahres eingegangen: Auf den Deutschen Fußballbund und die FIFA, auf die Deutsche Bank, auf den Volkswagenkonzern, auf die Desaster mancher Landesbanken, auf die Bundesregierung im NSA-Skandal, auf den Verfassungsschutz im NSU-Skandal, auf die Praxis mancher Staatsanwaltschaften im Umgang mit rechts und links. Ich hätte vielleicht den ADAC in Erinnerung gebracht oder den Missbrauch von Kindern durch Priester oder den Berliner Flughafen oder den einmaligen Sturz eines Bundespräsidenten. Und vieles andere wäre zu erwähnen. Das Gemeinsame dieser Ereignisse, die der Kapitalismuskritiker problemlos unter der Überschrift „gieriges Geld und Doppelmoral“ abhandeln kann, wirkt bis heute nach: Das Vertrauen auf wichtige Institutionen der Gesellschaft ist erschüttert – nicht das erste Mal, aber in dieser Häufung nachhaltig. Die Orientierung an Solidität und Verlässlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und Prinzipientreue zentraler Institutionen verliert an

Prof. Dr. Franz Hamburger

Idar-Oberstein, 5.2.2016, Eröffnungsveranstaltung des Projekts ProIn des IB

Stabilität. Eine Reaktion auf diese Entwicklung ist die feierliche Beschwörung von Werten. Je mehr sie uns fehlen umso mehr reden wir darüber. An Stelle der Verfassung, die die Gesellschaft zusammenhält, reklamieren wir Werte. Aber Werte bestehen nicht in den Deklamationen, sondern in der Praxis einer Gesellschaft oder sie bestehen nicht. Wenn an die Werte appelliert wird, dann rufen wir in Erinnerung, wie wir sein möchten, wie wir aber nicht sind.

Wenn aber in einer Gesellschaft die „inneren Werte“ abhandengekommen sind, dann braucht sie vor allem einen äußeren Feind oder Gegner, der vielleicht noch liederlicher ist als sie selbst. Dieser Mechanismus ist der älteste in der Geschichte der Menschheit, in der Abraham-erzählung, die ja allen drei monotheistischen Religionen gehört, zum Ausdruck gebracht. Der Sündenbock in der Wüste nimmt alle Schuld auf sich. Das Bedürfnis nach Abspaltung und Verdrängung, Projektion und Aggressionslenkung ist nicht nur ein individuelles Phänomen, sondern auch ein gesellschaftlicher Mechanismus. Wir erleben ihn sowohl in unseren Alltagsbeziehungen wie auch in der medialen Herstellung von gesellschaftlicher Wirklichkeit. Samuel Huntington hat das auf den Begriff gebracht: Wenn wir wissen, wer unsere Feinde sind, dann wissen wir, wer wir sind. Und wer bietet sich da heute mehr an als die Flüchtlinge? Aber wichtig ist festzuhalten, dass gemeinsame Angst noch kein Vertrauen schafft – im Gegenteil. Angst wuchert – auch in den „eigenen“ Reihen.

Der Verlust des Systemvertrauens, also der intuitiven und unbefragten Sicherheit des alltäglichen Lebens wiegt schwer. Natürlich ist es nicht gänzlich verschwunden, und in manchen Gesellschaftsschichten ist es erheblich gewachsen, denn sie profitieren von der Polarisierung in Arm und Reich. Diese Polarisierung ist ein zweiter grundlegender Wandel unserer Gesellschaft, der im Vordergrund und im Hintergrund wirkt.

Unter globalisierten Rahmenbedingungen verändert sich das Verhältnis von Ökonomie, Politik, Sozialstruktur und Kultur. Die Legitimationsbasis von Politik ist weitgehend und nach wie vor die nationalstaatliche Ordnung und wird es in der Demokratie auch bleiben – solange es Wahlen gibt. Während sich die Nationalökonomie schon lange aufgelöst hat, wird die Vorstellung einer politischen Steuerung nach wie vor am Leben gehalten. Faktisch hat sie sich auf die Subvention von Standorten reduziert, um im Wettbewerb der Konkurrenzstaaten standhalten zu können.

Haben von diesen Entwicklungen bisher die mächtigen Staaten und starken Standorte profitiert, so werden sie jetzt Opfer ihrer eigenen Liberalisierungspolitik. Denn die Wirtschaftsmächte haben zusammen mit den transnationalen Akteuren des Finanzkapitals eine rasante Deregulierung betrieben und durch Liberalisierung der Märkte dafür gesorgt, dass die Ungleichheiten global ausgedehnt und erweitert wurden. Die Europäische Union ist dafür das praktische Erfahrungsfeld. Jetzt gibt es Wettbewerb auf einer höheren Ebene der Konzentration – nur noch Oligopole spielen global. Gleichzeitig wird von der Politik die Demokratie marktconform umgebaut: Es soll keine Alternative zum Diktat der „Märkte“ geben.

Gleichzeitig sind öffentliche Tätigkeitsbereiche privatisiert worden, so dass die Ausdehnung der Märkte die staatlichen Interventionsbereiche verkleinert hat. Das Verhältnis von Politik und Ökonomie hat sich nicht prinzipiell verändert, denn die Politik hat schon immer die Bedingungen für die Entfaltung der Ökonomie gesichert; aber im globalisierten Kontext setzt die Ökonomie die Bedingungen, denen sich territorial gebundene Politik unterwerfen muss.

Migration als Element der *Sozialstruktur* entwickelt sich dabei in einem spezifischen Spannungsfeld. Einerseits muss die Politik eine sehr flexible Regulierung von Migration organisieren, damit die schnell wechselnden Bedarfe der Arbeitsmärkte befriedigt werden können. Die Anwerbung von Gastarbeitern im Jahr 1955 in Deutschland hat

Prof. Dr. Franz Hamburger

Idar-Oberstein, 5.2.2016, Eröffnungsveranstaltung des Projekts ProIn des IB

beispielsweise begonnen, obwohl gleichzeitig eine Million Arbeitslose registriert waren. Deren Mobilisierung im nationalen Rahmen erschien aber zeitlich und finanziell zu aufwendig, um den Arbeitsmarktbedarf schnell decken zu können. Ähnlich verhält es sich im neuen Jahrzehnt in der europäischen Zentralregion, wo die Wirtschaft nach schnell und unkompliziert einsetzbaren Arbeitskräften auf einem bestimmten Qualifikationsniveau giert, während gleichzeitig soziale Probleme durch Ausschluss von Qualifikationspotentialen erzeugt werden. Der Abbau von Ausbildungsstellen in den letzten zwei Jahrzehnten spricht Bände. Die Lebenszeiten verlängern sich – die Arbeitskräfte werden dagegen schneller verschlissen.

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes und der Abbau sozialstaatlicher Armutsprävention (da hat lediglich der Mindestlohn eine kleine Verschnaufpause gebracht) führen zu einer Vergrößerung der Armutsbevölkerung. Rassistische Militanz und Abwehr auf der einen Seite, der Bedarf nach „transnationaler Flexibilität“ der Arbeitskräfte auf der anderen Seite stehen sich scharf gegenüber. Die deutsche Wirtschaft braucht, wie sie sagen lässt, pro Jahr 400.000 Arbeitskräfte, Fachkräfte. Ein solcher Migrationsüberschuss ist angesichts des Verhältnisses von Zu- und Abwanderung bei ca. einer Million jährlicher Zuwanderung zu erreichen. Das haben die demografischen Berechnungen seit Jahren gezeigt. Die eine Million Flüchtlinge, die im Jahr 2015 nach Deutschland gekommen ist, deckt also – rein rechnerisch – nur den Arbeitskräftebedarf von zwei Jahren – vorausgesetzt, sie bleiben in Deutschland und es wird in ihre Qualifikation ordentlich investiert. Eine so junge Bevölkerungsschicht, deren „Produktion“ uns bisher nichts gekostet hat, das haben die Herkunftsländer geleistet, wird der Arbeitsmarkt in Deutschland in absehbarer Zeit nicht mehr bekommen.

Aber noch einmal zurück zu den ökonomischen Fakten. Thomas Piketty hat für das 21. Jahrhundert eine unerfreuliche Prognose entwickelt (Piketty 2015). Die schon gegenwärtig ungeheure Ungleichverteilung des Reichtums und der Einkommen wird sich im 21. Jahrhundert weiter vergrößern und möglicherweise die Ausmaße des 18. und 19. Jahrhunderts, also des Feudalismus, erreichen. Denn das Einkommen aus Vermögen wächst stärker als das Einkommen insgesamt und vergrößert dabei das Vermögen derer, die aus Vermögen Einkommen erzielen. Die angesichts der relativ geringen Ungleichheit im 20. Jahrhundert wirksamen und Konvergenz fördernden Bedingungen werden im 21. Jahrhundert abgebaut und die Divergenz fördernden Ursachen werden ausgebaut. War das Verhältnis von Kapital und Einkommen im Jahr 1950 im Verhältnis von 3 zu 1 ausgeprägt, so hat es im Jahr 2010 schon das Verhältnis des 5- oder 6-fachen erreicht (in Frankreich und Großbritannien; Deutschland schleicht mit gleicher Tendenz hinterher). Das 21. Jahrhundert wird also das Jahrhundert des gesteigerten Reichtums Weniger und der Armut Vieler werden. Denn auch die pro Jahr erreichten Nationaleinkommen werden auseinandergezogen.

Während viele Prozesse ökonomischen Dynamiken folgen, sind diese Entwicklungen auch politisch initiiert. In der deutschen Politik kann man in jüngster Zeit auf drastische Beispiele verweisen:

- Mit der „Reform“ Hartz IV wurde die Arbeitslosenhilfe abgeschafft, die zwischen Arbeitslosengeld und Sozialhilfe einen sozialrechtlichen Puffer gebildet und vor dem Absturz in Armut nach einem Jahr Arbeitslosigkeit geschützt hatte.
- Die gleichzeitige und seitdem anhaltende Deregulierung des Arbeitsmarktes erweitert erheblich die Möglichkeiten von Arbeitgebern, Arbeitnehmer billig zu beschäftigen und Beiträge zur Finanzierung des Sozialstaats einzusparen sowie ihren eigenen Profit zu steigern.
- Die Deckelung der Beiträge zur Krankenversicherung für die Arbeitgeber bei gleichzeitiger Übernahme aller weiteren Steigerungen durch die Arbeitnehmer verlagert die Finanzierung des Gesundheitsmarktes weiter zu Ungunsten der Versicherten.

Prof. Dr. Franz Hamburger

Idar-Oberstein, 5.2.2016, Eröffnungsveranstaltung des Projekts ProIn des IB

- Die teilweise Privatisierung der Altersvorsorge mit „Riesterrente“ überträgt die Finanzierung der Altersvorsorge ausschließlich auf die Arbeitnehmer – bei ungewissen staatlichen Zuschüssen.
- Die „Anreicherung“ der Rentenformel mit dem „demografischen Faktor“ sichert, nach gleich gerichteten Formen der Reform schon in der Vergangenheit, zwar die Rente, aber sie wird schmaler und damit Altersarmut flächendeckend.
- Der sogenannte „Energiekompromiss“ vom Sommer 2015 sichert den Kraftwerkbesitzern Prämien für stillgelegte Kraftwerke und der Bund wird die Kraft-Wärme-Koppelung mit 750 Millionen Euro jährlich fördern; alle entstehenden Kosten trägt „der Verbraucher und der Steuerzahler“.

Alle diese „Reformen“ wirken jahrzehntelang und tragen in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts erheblich zur Bereicherung der Reichsten bei, denn das profitabelste Kapital kumuliert bei einem Prozent der Bevölkerung. Die Bevölkerung wird umso stärker verarmen, je mehr sie in die Dynamiken der Reichtumspolitik negativ eingebunden ist. Und auch die Beschäftigung der Flüchtlinge hat schöne Effekte: Ein ausländischer Beschäftigter bezieht dank Werkvertrag ein wesentlich geringeres Gehalt als die einheimische Fachkraft. Mussten hochqualifizierte ausländische Fachkräfte früher mindestens 66.000 Euro verdienen, sind es heute nur noch 32.500 Euro. Man stellt in einem Krankenhaus etwa einen Facharzt ein und bezahlt ihm das Gehalt eines Assistenzarztes. Zum anderen werden auf diese Art aber auch die Gehälter der einheimischen Fachkräfte gedrückt. Das ist ein gutes Geschäft für die Arbeitgeber.

Die Wirtschaft blüht auf durch die Flüchtlinge. Sammelunterkünfte müssen kurzfristig gebaut werden und die Preise können nicht beliebig ausgehandelt werden. Die Belieferung mit Lebensmittel und allen Dingen für den täglichen Gebrauch muss gesichert werden. In Rheinland-Pfalz gibt es jetzt ein zentrales Lager für alle Erstaufnahmestellen. Die Caterer und die Sicherheitsdienste boomen. Da entstehen Tausende von Arbeitsplätzen für Küchenhilfen, Türsteher ohne Bildungsabschluss und Transportarbeiter. In den Gemeinden müssen die Mietkosten übernommen werden. Wahrscheinlich gibt es im ganzen Land kein altes Hotel mehr, das sich nicht jetzt wieder rentiert. Private Vermieter können richtig Reibach machen. Die Kommunikationselektronik erhält einen erheblichen Schub. Die Einheimischen haben ihre vollen Kleiderschränke geleert und sie zu Weihnachten wieder aufgefüllt.

Einen nicht unerheblichen Teil des belebten Marktgeschehens nimmt der Staat über die Steuern wieder ein (an dieser Stelle müsste man jetzt das schreiben, was ansonsten über die Ausbeutung des Bürgers durch den Staat geschrieben wird!!, aber in diesem Kontext natürlich nicht auftaucht), auch die Sozialversicherungssysteme bekommen einen Teil ab, den Rest der Kosten übernehmen in der Tat die öffentlichen Haushalte. Mittelfristig wird sich das natürlich auch für den öffentlichen Haushalt lohnen: sowohl die Prognosen wie auch Berechnungen für die Vergangenheit stimmen in dieser Hinsicht überein: Die Ausländer erwirtschaften pro Jahr für Staatshaushalte und Versicherungen einen Überschuss von acht Milliarden Euro – wobei die Sozialausgaben für sie berücksichtigt sind. Es werden jetzt tatsächlich Milliarden für Flüchtlinge ausgegeben – aber genau dies ist das Konjunkturprogramm, das angesichts der Probleme auf dem Weltmarkt gefordert wird. Man kann nur die Rückkehr zu einer einigermaßen rationalen Diskussion der Gründe und der Folgen der Zuwanderung von Flüchtlingen fordern. Unterscheidung von Flucht und Arbeitsmigration ist wichtig und die Klärung von Interessen und menschenrechtlichen Verpflichtungen, denen wir uns deshalb unterworfen haben, weil wir einen freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat wollen.

In der öffentlichen Diskussion werden die Meinungen gebildet und die Orientierungsmuster vermittelt, die angesichts der gesellschaftlichen Verunsicherung durch Polarisierung und Vertrauensverlust gebraucht werden. Monatelang waren die Talkshows im Fernsehen mit PEGIDA angefüllt. Diese Shows folgen der Logik, dass die aggressivsten und auffälligsten Meinungen am meisten honoriert werden.

Prof. Dr. Franz Hamburger

Idar-Oberstein, 5.2.2016, Eröffnungsveranstaltung des Projekts ProIn des IB

---

In diesen Wochen und Monaten greift die AfD vor allem das Thema Migration und die Zuwanderung von Flüchtlingen auf. Die psychische Struktur dieser Partei ist geradezu disponiert für dieses Thema und sie hätte deshalb eher einen Therapeuten nötig als eine ernsthafte politische Auseinandersetzung. Denn sie greift fremdenfeindliche und rassistische Emotionen und Aggressionen auf und gibt ihnen ungehemmt ein Sprachrohr. Und diese Partei strahlt aus. Sie setzt Themen auf die Tagesordnung, die an den Stammtischen schon lange diskutiert werden und verleiht ihnen öffentliche Anerkennung. Sie aktiviert die ohnehin schon aktiven, aber vor allem auch die latenten Hassgefühle und nationalistischen Abgrenzungsbedürfnisse. Die Medien greifen diese Möglichkeit einer aufgeregten und aufreizenden Inszenierung auf und setzen eine Drift nach rechts in Gang.

Ich spreche in diesem Zusammenhang nicht so sehr von Ängsten und Sorgen. Denn Angst, Furcht und Sorge um die Sicherheit sind auch menschenähnliche Gefühle. Wir brauchen sie zum Leben in einer unüberschaubaren Welt. Was die AfD aber bedient, sind zumindest ethnozentrische und egozentrische Muster, mit denen man sich gegen andere durchsetzen will. Die viel beschworene Absicht, dass man Ängste und Sorgen ernstnehmen müsse, ist richtig, aber trivial. Man spricht *mit* den Menschen, die sich sorgen, und nicht über sie. Man bringt nicht ihre Ängste mit politischer Absicht in die Öffentlichkeit, in der sie dann dramatisiert werden. Das gilt ja nicht nur für die AfD, sondern auch für alle Parteien, mehr oder weniger.

Die AfD bewirkt mit ihrer bloßen Existenz eine ganz praktische Konfrontation der anderen politischen Parteien, die sich zu den Auffassungen der AfD zumindest positionieren müssen. Und weil diese Auffassungen öffentliche Resonanz finden und weil es in allen Parteien ebenso wie in allen Gesellschaftsschichten nationale Orientierungen gibt, sind die Wirkungen der AfD erheblich. Man konnte das in Frankreich sehen, wo ein Präsident, der im Frühjahr 2015 noch nicht einmal von einem Fünftel der Bevölkerung Zustimmung erhielt, als Kriegsherr aufgetreten ist. Er wollte die Konservativen und die Nationalisten der *Front nationale* übertrumpfen, aber hat sie tatsächlich eher beflügelt. Aber wir wissen, was aus politisierten Emotionen entstanden ist seit den Kriegen gegen Afghanistan und den Irak. Bomben bekämpfen *vielleicht* den Terror, aber *sicherlich* bringen sie neuen Terror hervor. Durch den Irakkrieg hat sich vor allem die Landschaft des *Terrors* entscheidend verändert. Und von dieser großen Koalition gegen den sogenannten IS hört man heute nicht mehr so viel, vielleicht auch deshalb, weil die deutschen Flugzeuge ihre Aufklärung nur bei Tag realisieren können.

Die AfD wird aber auch bedient und bestärkt in ihren gehässigen Thesen. Sie findet dadurch mehr Anhänger, dass andere politische Akteure nichts tun oder zu viel tun, um ihr das Wasser abzugraben.

Sie wird bedient durch eine Wirtschaft, von der heute kein klares Wort zu hören ist, dass die Verstümmelung des Asylrechts, nämlich die Verkürzung eines ersten Aufenthaltstitels auf ein Jahr und die Verhinderung der Familienzusammenführung, überhaupt keine Perspektive ist für Integration und für die Sicherung des Arbeitskräftepotentials. Seit mehr als einem Jahrzehnt hören wir täglich, dass 6,3 Millionen Arbeitskräfte aus der Zuwanderung gebraucht werden, um die demografische Lücke zu schließen. In diesen Tagen ist es ruhig geworden von den Unternehmern; jetzt ist aber ihre Stimme nötig, um wenigstens mit ökonomisch-rationalen Argumenten die Regierung von ihrem integrationspolitischen Unsinn abzubringen. Wenn es jetzt um die Reibungslosigkeit der Produktionsabläufe geht, melden sie sich wieder zu Wort mit Argumenten gegen die Schließung der Grenzen.

Und die AfD wird bedient von den bayrischen Dampfbäckern, die nicht müde werden, die ungarische Regierung in ihrer Menschenfeindlichkeit übertreffen zu wollen. Da gibt es Leute, die zündeln gerne, die produzieren nicht nur heiße Luft, sondern einen

Prof. Dr. Franz Hamburger

Idar-Oberstein, 5.2.2016, Eröffnungsveranstaltung des Projekts ProIn des IB

Sturm, der kalt die Menschlichkeit und Menschenrechte wegläst. Auch „Transitzonen“ sind Lager, nichts anderes; heimtückisch verschleierte Begriffsbildung ist das. Wer Obergrenzen fordert, ist entweder ein hemmungsloser Populist, oder aber er will sie wirklich. Dann muss er in der Tat die Bundeswehr aufmarschieren lassen und die Flüchtlinge ertrinken nicht mehr im Mittelmeer, sondern werden an der Grenze erschossen. Überraschend ist nur, dass aus Bayern das alte DDR-Denken mit Mauer und Stacheldraht daher kommt. Wenn wir wirklich eine Verantwortung aus der Geschichte haben, dann die, an dieser Stelle eine Grenze der Demokraten zu ziehen.

Die AfD wird bedient von der CDU/CSU bzw. Teilen davon, die *in* der Regierung eine militante Opposition inszenieren, statt die Handlungsfähigkeit und auch die Handlungswirksamkeit einer Regierung zu besorgen. (Dass es so geht, zeigt die Regierung in diesem Bundesland.) Sich in verantwortlicher Position der Bundesregierung hinzustellen und so zu tun, als könnten nur die verschärften Gesetze etwas bewirken, aber gleichzeitig die bestehenden Möglichkeiten einer effektiven und konsequenten Politik mit Augenmaß und Menschenwürde nicht oder nur sehr langsam zu nutzen, das ist zerstörerische Politik. Sie schädigt das Vertrauen in den demokratischen Staat und treibt Menschen in die Arme der Rattenfänger von der AfD oder auf die PEGIDA-Demonstrationen. Sogar der hessische Innenminister Peter Beuth spricht von „Chaosgequatsche“. Was bisher an Verschärfungen durchgesetzt wurde und weiterhin droht, das hat keine Fluchtursachen beseitigt, sondern teilweise nur verschärft. Das gilt auch für die sogenannte Bekämpfung von Fluchtursachen; dabei handelt es sich lediglich um Bekämpfung der Flüchtlinge. Wer den autoritären Regimen Geld gibt, stärkt deren Herrscher und macht sie unabhängig von ihrer eigenen Bevölkerung. Die können sie dann umso willkürlicher beherrschen. Wir werden sehen, wie sich die Flucht der Kurden aus der Türkei entwickelt. Wir werden aber auch sehen, dass es auf absehbare Zeit in Deutschland keine Regierung mehr ohne die CDU geben wird. Der Einzug der AfD in die Parlamente macht sie in der 6-Parteien-Konstellation immer zur Königsmacherin. Das ist ihr Nutzen.

Die AfD wird auch bedient von vielen Medien. Seit Wochen sieht man von morgens bis abends in allen Fernsehprogrammen die immer gleichen Bilder des Schreckens. Aus den Archiven werden die Schreckensbilder von früheren terroristischen Attentaten hervorgeholt und wieder verbreitet – Hauptsache Gewalt, Hauptsache Emotionen, Hauptsache Kanalisierung von Hass und Aggressivität.

Die Dramatisierung durch die Bilder hinterlässt mehr Schrecken als wir im Moment ahnen. Es bildet sich ein stabiles kollektives Unbewusstes heraus, das jederzeit mobilisiert werden kann. Vor allem, und dies ist ein altes nationalistisches Motiv, kommt alles Unheil „von draußen“, aus dem Ausland. Dabei ist gerade der Terror schon lange da, von uns selbst erzeugt: sowohl in den *banlieus* als auch in den nationalistischen Milieus – nicht nur in Ostdeutschland. In der ungehemmten Konkurrenz um Aufmerksamkeit und Werbeeinnahmen wird die Berichterstattung der Medien immer hektischer und aufgeregter und produziert so eine Steigerung von Ängsten. Und selbst wenn immer wieder gebetsmühlenartig wiederholt wird, dass „die meisten Muslime in Deutschland friedfertig“ seien – die Bilder sprechen eine andere Sprache. Und was heißt: „die meisten“? Auch die Sprache ist verräterisch. Das Versagen der Polizeiführung in Köln hat die Sicherheitsängste ins Unermessliche gesteigert. Gleichzeitig wird das eine Muster verstärkt: Gefahren, Kriminelle und Terroristen kommen *von außen in* „unsere“ Gesellschaft hinein. Wir sind der Hort der Menschenrechte und die Erben von Freiheit und Gleichberechtigung. Die „anderen“ sind die Bedrohung. Dass wir mit mehr als tausend Straftaten gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte den Terror im eigenen Land hervorbringen, der aber so nicht bezeichnet wird, dass der IS von vielen Tausend jungen Menschen aus Mitteleuropa genährt wird, dass die Terroristen von Paris und Brüssel in Europa aufgewachsen sind – all dies wird zur Seite geschoben.

Prof. Dr. Franz Hamburger

Idar-Oberstein, 5.2.2016, Eröffnungsveranstaltung des Projekts ProIn des IB

Es ist relativ unwahrscheinlich, dass sich die zentralen Parameter der Lage in Zukunft ändern werden: Die Rüstungswirtschaft ist weiterhin an dem Export einer ungeheuren Menge von Waffen in den Nahen Osten interessiert. Die amerikanische Politik der militärischen Intervention, der völkerrechtswidrigen Kriege und der Zerstörung von Staaten ist auch unter der Leitung eines Präsidenten, der den Friedensnobelpreis erhalten hat, unverändert geblieben. Die deutsche Politik der Abwehr, der Verdrängung von Flüchtlingen und der Scheinlösungen findet in der Mehrheit der Bevölkerung Unterstützung. Die Sozialpolitik der schärferen Umverteilung von unten nach oben ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts erst richtig in Gang gekommen. Die Ausweitung der NATO nach Osten zerstört das mitteleuropäische Gleichgewicht der „Ära Kohl/Gorbatschow“, fördert neue Kriege und wird in der Folge zu unüberschaubaren neuen Fluchtursachen führen (Bauer 2015).

Wie trivial die Umstände der Produktion von Fluchtbewegungen sind, kann man am Beispiel der jungen Männer aus Marokko zeigen, die an Sylvester 2015 in Köln durch Diebstahl, Nötigungen und sexuelle Gewalt aufgefallen sind. Aus Marokko hatte Deutschland ab 1963 Gastarbeiter/innen angeworben. Ein kleinerer Teil der Angeworbenen lebt in Deutschland und unterhält Beziehungen zur Verwandtschaft in Marokko. In das Land mit seinen 33 Millionen Einwohnern kommen gegenwärtig pro Jahr acht bis zehn Millionen Touristen. Auch die Wirtschaftsbeziehungen sind „großartig“: „Das marokkanische Exportgeschäft im Automobilssektor boomt“, meldet die Deutsche Industrie- und Handelskammer in Marokko im Januar 2016. Die europäischen *Global Players* im Autobau freuen sich über die billigen Zulieferer. Das Investitionsschutzabkommen von 2004 sorgt dafür, dass den deutschen Akteuren in Marokko nichts passieren kann. Ebenso ein Steuerabkommen, das die Verlagerung von Gewinnen aus Marokko heraus ermöglicht. Das Handels- und Dienstleistungsfreiheitsabkommen mit der EU wird noch verhandelt. Dann ist Marokko frei für die nächste Stufe der wirtschaftlichen Eroberung. Die globalen Wanderungsbewegungen folgen in zentralen Linien den Wegen des Geldes. Das zeigt sich am Verhältnis der armen und reichen Länder.

Es ist nicht so, dass wir bei der Entwicklungshilfe zu wenig geben. Es ist vielmehr so, dass wir zu viel nehmen. Denn nach den Berechnungen des „Internationalen Netzwerkes Steuergerechtigkeit“ fließt aus den sogenannten Entwicklungsländern ein riesiger Strom Geld in die Steueroasen und die reichen Länder der Welt. „Die Entwicklungsländer verlieren durch illegale Finanzströme jährlich ein Vielfaches dessen an Kapital, was sie durch öffentliche Entwicklungshilfe erhalten. Allein durch Preismanipulationen von Konzernen verlieren die armen Länder jährlich 160 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen; das ist deutlich mehr als sie an Entwicklungshilfe erhalten.“ (Markus Meinzer: Der neue Kolonialismus, SZ 12.4.2013, S.2)

Der Außenhandelsüberschuss für Deutschland betrug 2012 „nur“ 820 Millionen Euro; denn weder ist Deutschland für Marokko noch Marokko für Deutschland ein sehr wichtiger Handelspartner. Aber es geht hier ja um den Kontext, in dem offensichtlich junge Menschen aus Marokko nach Deutschland kommen und versuchen, in legalen und illegalen Weisen Geld zu verdienen, das sie (auch) an ihre Familien in Marokko schicken. Die Modernisierung des Landes in vielen Schritten ist der europäisch induzierte Wandel, der „unsere“ Freiheiten, Möglichkeiten und Reichtümer mit sich bringt, dessen Früchte aber nur von den europäischen Ländern geerntet werden sollen. Natürlich lassen die Touristen auch Geld im Land – aber den Reibach machen die europäischen Organisatoren des Tourismus. Und die Touristen schwärmen davon, was sie für ihr Geld in Marokko kaufen können. Glauben die jungen Menschen in Marokko, sie könnten den Pfaden des Geldes folgen, dann sind sie illegal, unerwünscht und werden kein Asyl erhalten.

Das Beispiel ist sehr ungeeignet, um die gegenwärtig besonders für Europa relevanten Fluchtursachen zu beschreiben. Denn obwohl Marokko im „Asylpaket 2“ zum sicheren

Prof. Dr. Franz Hamburger

Idar-Oberstein, 5.2.2016, Eröffnungsveranstaltung des Projekts ProIn des IB

Herkunftsland erklärt wird und der Anschein einer wichtigen, die Einwanderung erheblich vermeidenden Entscheidung erweckt wird (In Rheinland-Pfalz lebten zu diesem Zeitpunkt gerade 16 Menschen aus Marokko), geht es um eine kurzfristige Vermeidungsstrategie zur Abwehr der Flüchtlinge. Noch deutlicher wird der Charakter dieser Politik, wenn man überlegt, was im Falle der Ausweisung der marokkanischen jungen Menschen geschehen wird. Sie haben keine Erlaubnis zur Ausreise beantragt, was im Königreich Marokko wie im guten alten europäischen Feudalismus auch noch üblich ist, und gelten deshalb in Marokko als straffällig. Im Falle der Einkerkering kann man sich den weiteren Lebens- und Migrationsweg vorstellen. Was aber die Situation der jungen Menschen in Marokko, von denen die Hälfte arbeitslos ist, ändern könnte, wäre der *legale* Einwanderungspfad für Afrika, den ProAsyl seit vielen Jahren fordert und der für wenige eine reale Chance, für viele aber eine einigermaßen realistische Hoffnung darstellen würde.

Ich habe, meine Damen und Herren, in meinen bisherigen Ausführungen einseitig auf Tendenzen hingewiesen, die einer *kritischen* Gesellschaftsanalyse auffallen. Aber schon Jürgen Habermas hat seinerzeit formuliert: „Die Lage mag objektiv unübersichtlich sein. Unübersichtlichkeit ist indessen auch eine *Funktion der Handlungsbereitschaft*, die sich eine Gesellschaft zutraut. Es geht um das Vertrauen der westlichen Kultur in sich selbst.“ (Habermas 1985, S. 143) Damit sind wir genau bei dem Satz „Wir schaffen das!“. Er ist deshalb so provozierend, weil die Sprecherin von dem „Wir“, also Staat und Gesellschaft, Politik und Bürgerschaft eine gemeinsame Anstrengung verlangt, um ein Problem zu lösen. Doch das „Wir“ zerfällt. Die Politik fördert den Reichtum weniger, die Mittelschicht franst nach unten stärker aus, eine Folge der Agenda 2010, die großen Institutionen verspielen den Kredit, den sie in der Bevölkerung haben. Und die Bürger? Ein Teil geht auf die Straße und lässt seinen Rassismus ungehemmt raus. Die sogenannten sozialen Medien werden von einer braunen Flut, die politisch und physikalisch braun ist, überschwemmt, in der jeder seine Menschenverachtung und seine Mordlust ausleben kann. Aber das ist nicht alles. Das „Wir schaffen das“ ist auch die Losung eines großen Teils der Bevölkerung, der sich tagtäglich engagiert, für die Flüchtlinge und für die Versorgung alter Menschen, für den sozialen Zusammenhalt und die Kohäsion der Gemeinden. Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung hat ermittelt, dass gerade in Regionen mit einem hohen Migrantenanteil der Zusammenhalt, der die Migranten einschließt, besonders groß ist. Und eine andere Studie der Stiftung hat gezeigt, dass Ausländerfeindlichkeit in Rheinland-Pfalz von allen Bundesländern am wenigsten ausgeprägt ist. Das Engagement gerade in der sogenannten Flüchtlingskrise ist besonders stark.

Und noch eines können wir beobachten:

Mit dem Engagement der Bürger sind auch neue Aufgaben für die Soziale Arbeit verbunden. Sie wird zum Katalysator für viele diffuse und strukturierte Hilfsbereitschaften. Sie koordiniert sie, ermuntert zum langfristigen Engagement, kanalisiert ungestüme Bestrebungen, gibt ihre Kompetenzen der zielstrebigem Unterstützung an die Ehrenamtlichen weiter. Und auch sonst geht es ihr nicht schlecht. Sie boomt. Der Arbeitsmarkt ist leergefegt, ihre Kompetenzen werden für Koordination und Kommunikation gebraucht. Und gerade dies ist für die Vernetzung der staatlichen Infrastruktur, der Organisationen der Wohlfahrtspflege und des bürgerschaftlichen Engagements besonders wichtig. Wie in allen Krisen wächst die Soziale Arbeit und treibt – neben dem Gesundheitssektor – die Transformation der Dienstleistungsgesellschaft weiter voran. Da ist Führungsqualität gefragt, wenn Berufsanfänger in einem expandierenden Tätigkeitsfeld aktiv werden. Aber auch politische und professionelle Reflexion. Denn die Soziale Arbeit steht mitten in der Gesellschaft, teilt ihre Ansichten und ist nicht nur gutmenschlich tätig, wie es unser Selbstbild gerne hätte.

Prof. Dr. Franz Hamburger

Idar-Oberstein, 5.2.2016, Eröffnungsveranstaltung des Projekts ProIn des IB

---

Und noch etwas zum Schluss: Die Integration der Zuwanderungsschübe seit 1946 ist gelungen. Niemand redet heute noch über Flüchtlinge aus dem Osten und Vertriebene, über heißblütige sizilianische Gastarbeiter (schon damals waren die blonden deutschen Frauen in Gefahr) und merkwürdige Aussiedler. Und welche Flut von rassistischen Briefen ist über Fritz Walter, den Heroen der Pfälzer Weltgeschichte, hereingebrochen, als er „Italia“ geheiratet hat! Und was hat es für Aufstände und mediale Aufregungen zum jeweiligen Einwanderungszeitpunkt gegeben! Aber: Wo wäre die Republik wirtschaftlich und kulturell ohne diese Einwanderungen?

## Sprechen über Flucht – Bilder der Anderen

Knapp 60 Millionen Menschen sind gegenwärtig auf der Flucht und alle Prognosen, die ich kenne, verweisen darauf, dass die Zahl zukünftig steigen wird. Von diesen 60 Millionen sind mehr als die Hälfte unter 18 Jahren alt. 86% dieser 60 Millionen fliehen in sogenannte Entwicklungsländer und leben dort unter existenziell bedrohlichen Verhältnissen.

60 Millionen Menschen.. Ich wünsche diesen Menschen ein einigermaßen erträgliches Jahr 2016, das wird es für die Mutter und den Vater von Mohamed kaum. Mohamed – wie Sie vermutlich noch wissen und im Zuge der kollektiven Aufgebrachtheit auf Grund der Ereignisse in der Silvesternacht zu Köln noch nicht vergessen haben, ich komme auf diese Nacht noch zurück – ist vier Jahre alt geworden. Er ist mit seiner Familie aus Bosnien geflohen. Er wurde am 1. Oktober vom Gelände des Berliner Landesamtes für Gesundheit und Soziales entführt, mehrfach sexuell missbraucht und erdrosselt. Der Täter ist ein nordländisch aussehender, mutmaßlich dem christlichen Kulturkreis zuzurechnender 32jähriger Brandenburger, der zugegeben hat, auch den sechsjährigen Elias im Juli letzten Jahres ermordet zu haben. Ich komme darauf und auch auf meine Kennzeichnung des Täters als nordländisch aussehend und vermutlich dem christlichen Kulturkreis entstammende zurück.

Ich will nicht über die Ursachen von Fluchtbewegungen sprechen, diese finden sich beispielsweise in globaler Ungleichheit und einer Weltordnung, die Not global sehr unterschiedlich verteilt und verortet: ca. 45% der Weltbevölkerung lebt von weniger als 2 US-Dollar am Tag und der Großteil diese 45% lebt erstaunlicher Weise in Ländern, die ehemalige Kolonien Europas sind, in Afrika und Asien also. Südlich der Sahara sind auf Grund der nicht unmaßgeblich auf das Handeln westlicher Akteure zurückgehenden Weltordnung nach Angaben der UNO über 200 Millionen von Hungersnot betroffen. Nun müssen wir aber Richtung Pegida, AfD und den vielen, vielen Stimmen in Deutschland, die sich seit Tagen rassistisch äußern, beschwichtigend sagen: macht Euch keine Sorgen. Diese Menschen werden nicht zu und zu Euch kommen, dafür sind sie zu schwach, körperlich wie finanziell. Zu uns kommen glücklicher Weise nur die starken Notleidenden, so dass wir unter diesen starken noch einmal die besonders starken, das funkelnde Humankapital, auswählen können. Der Rest wird, um es sarkastisch zu sagen, dämonisiert oder in sozialpädagogischer Obhut verwahrt.

Gut, aber über Fluchtursachen will ich ja gar nicht sprechen, sondern über die mediale, politische, alltagsweltliche kommunikative Behandlung der von geflüchteten Menschen angezeigten Verhältnisse, z.B. das Titelbild des Fokus: Wir haben es hier, 8. Januar 2016, mit einer weidlich sexualisierten, pornographischen Darstellung einer Frau zu tun. Wir sehen den Körper einer nackten weißen, eher jungen, vielleicht 28jährigen, blondhaarigen Frau, deren Brüste von einem quer über ihren Körper verlaufenden roten Balken verdeckt werden, ihre Scham hingegen verdeckt ihre eigene rechte Hand. Ihr Mund ist leicht geöffnet. Auf ihrem Körper sind, den Körper stempelnd, ihn in Besitz nehmend fünf prankenartige Abdrücke von Männerhänden nicht in blauer, nicht grüner, sondern in schwarzer Farbe, ölig und schmutzig zugleich, zu sehen. Die Titelseite fragt: „Nach den Sex-Attacken von Migranten: Sind wir noch tolerant oder schon blind?“

Rassistische Darstellungen und Rede sind im postnationalsozialistischen Deutschland des 21. Jhr. salonfähig. Denn diese Darstellung des Fokus ist rassistisch, weil in reißerischer und aufdringlicher, Affekte heraufbeschwörender Art und Weise Migranten mit Hilfe sexualisierter Darstellungen dämonisiert werden und darin zugleich ein Wir (Sind wir noch tolerant oder schon blind?) errichtet wird, das weiß ist. Das Titelbild spielt das schwarz –weiß Spiel. Die Anderen sind: schwarz, handgreiflich, gesichtslos, schamlos, gefährlich, schmutzig. Wir hingegen sind: weiß, rein, gefährdet, zivilisiert, schamvoll, erhaben. Das Wir, das sich fragt ob es tolerant oder nicht schon blind ist, und an den sich der Fokus wendet, besteht aus weißen Frauen, die von schwarzen Migrantenhänden begripscht werden, und weißen Männer, die „unsere Frauen“ schützen müssen. Der Schutz „unserer Frauen“ vor der Sexualität der anderen Rasse war immer schon Bestandteil rassistischer und zugleich rassistisch-patriachaler Traditionen, unter anderem ein wichtiges Moment beim Lynchen von Schwarzen in Nordamerika.

Damit kein Missverständnis entsteht oder produziert wird: Die Kritik an sexueller Gewalt gegen Frauen, so wie sie sich in Köln offenbar ereignet hat, die Kritik an sexueller Gewalt gegen Frauen und Kinder und seltener auch gegen Männer, die Kritik und Ablehnung ist unumgänglicher Bestandteil einer wünschenswerten politischen Lebensform. Das Best Case Szenario der Konsequenzen aus Köln wäre, dass wir in Deutschland vermehrt über sexuelle und sexualisierte Gewalt vor allem gegen Frauen und Kinder sprechen und dagegen etwas unternehmen. 58% aller Frauen in Deutschland geben nach einer aktuellen Studie des Bundes-Familienministeriums an, seit ihrem 16. Lebensjahr sexuell belästigt worden zu sein. Der erste und häufigste Ort sexueller Belästigungen und Übergriffe sind dabei die eigenen vier Wände, die Familie und die Männer der Familie. Sexuelle Übergriffe und Gewalt gegen Frauen in Europa und in Deutschland finden also vor allem zu Hause statt. Werden wir die sexuellen Übergriffe in Köln so ablehnen und besprechen, dass Sexismus als allgemeines Problem deutlich wird? Ich bin skeptisch, weil ich dem Wir nicht traue, das sich gegenwärtig und wieder einmal mit enormer Kraft formiert.

Was haben der weiße, irgendwie christlich aussehende 32-jährige Brandenburger, der das vierjährige Flüchtlingskind Mohamed im Oktober in Berlin entführt, mehrfach sexuell missbraucht und getötet hat, was haben die in Köln Frauen sexuell Attackierenden, und die christlichen Priester und Lehrer der Regensburger Domspatzen – der mit der Untersuchung betraute Anwalt Ulrich Weber schätzt am 8. Januar 2016 die Zahl der von Misshandlungen und sexuell motivierter Gewalt Betroffenen auf 600 bis 700 (stellen Sie sich vor, was los wäre, wenn dies in einer Koranschule passiert wäre) – was haben diese Aggressoren und Täter gemeinsam? Die Antwort und die Lösung des Rätsels ist: Es sind Männer. Wenn man also nach einem gemeinsamen Merkmal der meisten Akteure sexueller Gewalt Ausschau halten möchte, dann findet man dieses zunächst darin, dass es sich um Männer handelt. Wir benötigen, und das könnte eine sinn- und maßvolle Konsequenz sein, Untersuchungen, die verdeutlichen, in welchen Kontexten Männer wann und wie auf die Handlungsoption männlicher Gewalt zurück greifen und wir benötigen eine Pädagogik, die es möglich macht, dass die Identitäts- und Beziehungsform, die die australische Soziologin Raewyn Connell hegemoniale Männlichkeit nennt, Männlichkeit mit Herrschaftsanspruch sozusagen, weniger attraktiv ist – für Männer wie für Frauen.

Gut, warum aber dieser rassistische Affekt in diesen Tagen? Warum empören sich ältere weiße und politisch konservative Männer, die jahrelang dagegen gewettert und agiert haben, dass Vergewaltigungen in der Ehe in Deutschland als Straftatbestand anerkannt werden, warum empören sich diese Männer in dieser Intensität und betreiben ohne dass übrigens im Hinblick auf die Geschehnisse in Köln juristisch beurteilte Sachverhalte bekannt sind, eine gnadenlose Kollektivverurteilung? Warum triumphiert im Netz, wie Heribert Prantl in der SZ vom 11. Januar schreibt, ein Rassismus wie ihn die Bunderepublik noch nie gesehen hat?

Prof. Dr. Paul Mecheril  
Universität Oldenburg

Mit ganz sicher nur skizzenhaften und nicht erschöpfenden Überlegungen zu dieser Frage und einer Konsequenz aus diesen Überlegungen will ich meine Rede beenden. Diese Überlegungen kreisen um zwei Themen, die ich Imagination der Anderen und Sicherung von Ressourcen- und Herrschaftsansprüchen nenne. Der Affekt, den wir gegenwärtig erleben, die Intensität mit der eine ganze Gruppe abgeurteilt wird, kann nur erklärt werden, wenn wir uns klar machen, dass es um den Kampf um Herrschaft und Privilegien geht und dass in diesem Kampf Bilder und Vorstellungen und Imaginationen der Anderen notwendig sind.

Es ist – psychoanalytisch gesprochen – nicht nur so, dass an den, nicht zuletzt über Medienbilder, vielfach imaginierten Anderen („arabisch“, „nordafrikanisch“, „muslimisch“), dass an diesen phantasierten Anderen auch das bekämpft wird, was ich an mir selbst nicht zulassen darf (ich als Mann schimpfe also so maßlos über den Chauvinismus des vermeintlich muslimischen Mannes, weil ich an ihm etwas zu erkennen vermeine, das ich bei mir selbst nicht zulassen kann und darf), vielmehr ist der Affekt gegenwärtig so intensiv, weil es in ihm darum geht, das Eigene, vor allem in der Figur Europa zu überhöhen, das zu sakralisieren.

Wir sind gegenwärtig einmal mehr Zeitzeuginnen der gewaltvollen Selbstsakralisierung Europas (welche nicht zufällig vor dem Hintergrund der medial in den Hintergrund getreten Euro-Krise stattfindet). Europa befindet sich aus mehreren Gründen in einer grundlegenden Krise und inszeniert sich unter Ausblendung oder sagen wir lieber im Spiegel der 30. 000 Toten im Mittelmeer, die dort ihr Leben als direkte Folge Europäischer Grenzpolitik verloren haben als Ort des auserwählten Guten, der Werte, als Hort der Geschlechteregalität, zynischer Weise der Menschenrechte und im Lichte und Spiegel einer ausgeprägten und zunehmenden sozialen Ungleichheit doppelzünftig als Raum der Gerechtigkeit. Für diese Inszenierung brauchen wir die Anderen, ihre Hässlichkeit, ihre Gefährlichkeit, ihre Unzivilisiertheit.

Der Britische Kulturwissenschaftler Stuart Hall hat einmal in einem Interview gesagt, dass weiße Engländer nicht deshalb rassistisch seien, weil sie die Schwarzen hassen, sondern weil sie ohne die Schwarzen nicht wissen, wer sie sind. An dem phantastischen Bild des muslimischen Anderen, das in Europa und im Westen überhaupt nicht erst seit dem neunten September 2001 errichtet wird, bestätigt sich Europa seines Vorzugs.

Auch meine zweite Überlegung, warum in Deutschland und in Europa so intensiv abfällig über Flüchtlinge, die nordafrikanischen Männer, über die Muslime gesprochen wird, hat etwas mit Imagination und Herrschaft zu tun.

Wie gehen wir angesichts dessen, dass die Anwesenheit von geflüchteten Menschen uns täglich nicht nur die geopolitischen Verhältnisse und damit die Not und das Leiden der geopolitisch Anderen vor Augen führt, sondern auch unsere eigene unverschuldete Privilegiertheit verdeutlicht, wie gehen wir mit dieser Situation um? Vielleicht gibt es drei empirisch beobachtbare Reaktionsweisen. Erstens: Privilegien abgeben und teilen, zweitens: Gleichgültigkeit und drittens: eine spezifische Wut. Es ist die paradoxe Wut auf die leidenden Anderen. Man kann sich dies mit Bezug auf den Typus von Antisemitismus vergegenwärtigen, der für Deutschland insbesondere in der zweiten Hälfte des 20. Jhr. bedeutsam gewesen ist und der „Sekundärer Antisemitismus“ genannt wird, also ein Judenhass nicht trotz, sondern wegen Auschwitz. Der israelische Psychoanalytiker Zvi Rex hat dies sarkastisch so auf den Punkt gebracht: „Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nicht verzeihen.“ In Anlehnung daran will ich diese Überlegung einbringen: Wir, die wir geopolitisch privilegiert sind, verzeihen den Flüchtlingen, dem Abfall der Weltordnung, eine Ordnung, die nicht unwesentlich von westlichen Akteuren und Instanzen errichtet wurde und von der der Westen unermesslich profitiert, wir verzeihen den Flüchtlingen nicht, dass sie leiden und uns mit ihrem Leid in den gut eingerichteten Vierteln unseres Wohlstands im wahrsten Sinne zu Leibe rücken. Deshalb müssen sie dämonisiert, herabgewürdigt und letztlich entmenschlicht werden.

Europa ist widersprüchlich, Europa ist ein Ort und Projekt der Barbarei, der Shoa, der ökologisch-ökonomischen Ausbeutung der Welt, des Kolonialismus und Europa ist Ort und Projekt der Aufklärung, der Menschenrechte und des Strebens nach einem guten Leben für alle. Europa ist also widersprüchlich und antagonistisch. Wir sind Zeuginnen dieses Kampfes und auch Akteure in diesem Kampf, der gegenwärtig symbolisch und ganz materiell-physisch auf dem Rücken geflohener Menschen ausgetragen wird. Wie kann ein Einsatz für ein Europa aussehen, das Ort und Projekt eines Strebens nach einem guten Leben für alle ist?

Zwei Punkte, kurz und stichwortartig:

1. Wenn wir Gewalt als Versuch der Herstellung und Wiederherstellung, der Bewahrung und Errichtung einer sozialen Ordnung verstehen, haben wir es in Zeiten der Brüchigkeit und des Kampfes um die Ordnungen umso mehr Gewalt mit zu tun. Unter Bedingungen der Zunahme von Gewalt macht es Sinn, vermehrt über Gewalt zu sprechen. Über männliche Gewalt, über Gewalt im Namen einer Religion, über rassistische Gewalt. Aber wir müssen über Gewalt sprechen, ohne dass dieses Sprechen und Handeln selbst zu einer selbstherrlich unangemessen Gewalt wird. Wer wie die NPD, AfD, manche Politiker/innen der als respektabler geltenden Parteien, nicht nur der CSU, religiöse, ethnische, migrantische Gruppen unter Generalverdacht stellt, handelt nicht gegen Gewalt, sondern ist Teil und Motor der Gewalt-Verhältnisse, die es zu verändern gilt.

2. Wie ist es möglich, dass Menschen gut leben und zwar nicht auf Kosten anderer, insbesondere nicht auf Kosten jener, die entfernte Nahe sind. Meines Erachtens ist das die ethische Frage des 21. Jahrhunderts. Wie können wir hier gut leben, ohne dass dafür Kinder und Frauen in Bangladesh unter erbärmlichsten Bedingungen arbeiten müssen. Die Bearbeitung dieser Frage ist in erster Linie eine politische Aufgabe. Aber sie ist auch eine pädagogische Aufgabe, meines Erachtens, ich spreche als Erziehungswissenschaftler und pathetisch, *die* pädagogischen Aufgabe des 21. Jhr. Damit lautet die erste Maxime der Pädagogik des 21. Jhr. also nicht: Wie können wir Humankapital ausbilden? Wie können wir zu Subjekten beitragen, die der mehr und mehr total werden ökonomistischen Logik dienlich sind? Die erste Maxime der Pädagogik des 21. Jhr ist auch nicht: Welchen Beitrag können wir zur Bewahrung eines partikularen Wir, etwa der Nation oder des Volkes leisten? Die erste Leitlinie lautet viel eher: Wie können wir dazu beitragen, dass etwas was ich Solidarität in der Weltgesellschaft nennen möchte, einer Solidarität, die sich auf Andere bezieht, mit denen ich zwar in einem praktischen Zusammenhang (die Näherin in Bangladesh) stehe, die aber entfernt sind, wie können wir dazu beitragen, dass diese nicht mehr im Modell der Gemeinschaft (Nation) ausbuchstabierte Modell von Solidarität, diese Solidarität unter Unverschwisterten für Menschen sinnvoller wird und möglich ist. Solidarität heißt: Den und die Andere als Subjekt anerkennen und ermöglichen. Das ist mehr und anderes als jene Barmherzigkeit, die den Sommer über in Deutschland als eine Art nationaler Selbstgenuss gefeiert wurde, Solidarität ist mehr und anderes, da es den Anderen auch als politisches Subjekt anerkennt, das für sich sprechen kann und darf.

Und diese Anerkennung ist wohl die größte Schwierigkeit, die wir weltgesellschaftlich erleben, weil sie damit einhergeht, von sich selbst Abstand nehmen zu können in einem sehr grundlegenden Sinne. Wer die andere hört, muss zunächst einmal still sein. Bescheidenheit statt Wachstum, nicht dermaßen auf die eigene Identität angewiesen sein, nicht in dieser Art und nicht in dieser Intensität meinen identitären und materiellen Interessen verpflichtet sein. Es scheint mir lohnenswert, diese Bildungsperspektive für diejenigen, die geopolitisch privilegiert sind, ernst zu nehmen.

# Historische und aktuelle Verteilungs- und Gerechtigkeitsaushandlungs-Konflikte in der Welt-Migrationsgesellschaft

## Historische Widersprüchlichkeit/ Heuchelei

Im Beantworten der Frage, wer in die Gemeinschaft der Erinnerungswürdigen aufgenommen wird, verhandeln wir auch die Frage, wem wir uns zugehörig fühlen und wer zu uns gehört und wer nicht (vgl. Peggy Piesche 2014, anlässlich der Rückgabe von Gebeinen und Schädeln zwischen 1904 und 1908 von Deutschen im heutigen Namibia ermordeter Herero und Nama in der Charité in Berlin). Es geht im Angesicht der systematischen Verletzung der Rechte insbesondere geflüchteter Personen jedoch auch verarmter Personen in einer gerechtigkeitsorientierten Perspektive, die ich im Folgenden darstellen möchte, sowohl um die Frage von Mindestrechten aller Menschen, um Fragen von Selbst- und Mitbestimmung als auch um Fragen weltweiter Produktions- und Verteilungsgerechtigkeit. Die weltweite und jeweils lokale Ungleichheit sind zentrale Konfliktgründe.

Götz Aly hat 2011 in seinem Buch „Warum die Deutschen? Warum die Juden?“ beschrieben wie eine Diskursfigur der christlichen bevorrechtigten Deutschen konstruiert wurde, in der bereits von 1800 bis 1933 diskutiert wurde, ob und wie viele Jüdinnen und Juden, denen in den Debatten die Zugehörigkeit zu Deutschland und Deutsch-Sein sozial und rechtlich immer wieder abgesprochen wurde, gebraucht werden ...wie viele von diesen Personen nützlich für Gesellschaft und Wirtschaft seien, ob ihnen Rechte und welche gegeben werden sollten und wie stark mensch sich von den gewalttätigen Angriffen gegen sie distanzieren müsse. In diesen Debatten gab es stets auch gleichstellungsorientierte Stimmen. Bedeutsam in diesem Kontext ist jedoch die durch die Beteiligten erfolgende diskursive Herstellung der als bevorrechtigt angesehenen Wir-Gruppe und der Gruppe der oft als weniger wertvoll, als weniger Mitsprache-berechtigt angesehenen Gruppe, der zu „Anderen“ gemachten Personen. Diese Diskursfigur der bevorrechtigten Deutschen wurde auch gegenüber den Personen, in den von Deutschland kolonisierten Ländern angewandt und gewaltvoll durchgesetzt (vgl. El Tayeb 2001).

Wenn wir heute die Debatte um geflüchtete Personen und die „Aufnahmekapazität“ Deutschlands lesen, dann sehen wir eine ähnliche Diskurskonstellation, in denen nicht von den gleichen Rechten aller Menschen ausgegangen wird, sondern Menschen nach Nützlichkeit eingeteilt werden, ausgehend von einer als entscheidungsrelevant gesetzten nationalen Wir-Gruppe.

Diese Debatten sind konstitutiv für Zugehörigkeitsverhandlungen in kapitalistischen Migrationsgesellschaften. Neben den migrationsgesellschaftlichen, nationalstaatlich und rassistisch diskriminierenden Aspekten sind jedoch mit ersteren Klassen- und Geschlechterverhältnisse historisch und aktuell verwoben. Daher benötigen wir auch eine genderbezogene Analyse der materiell/finanziellen Besitzverteilung sowie der Care- und Produktionsverhältnisse. Zudem geht es um eine Besitz- und einkommensbezogene Analyse zwischen den immer mehr besitzenden Wenigen und der zunehmend ärmer werdenden Hälfte bis Mehrheit der Gesellschaft. Ebenso bedarf es Analysen der Herstellung von Gruppen, die behindert und die nicht behindert werden, und Analysen der jeweiligen natio-ethno-kulturell-religiös-rassistischen Zugehörigkeitsordnungen (vgl. Melter 2016)

Einige Zahlen zu diesen Themen: Bald besitzt 1 Prozent der Reichsten die Hälfte des weltweiten Reichtums (Oxfam International/ Hardoon, Deborah (2015): **WEALTH: HAVING IT ALL AND WANTING MORE**. Oxford). "Women constitute half of the world's population, Perform nearly two-third of its work hours, Receive one-tenth of world's income and own Less than one hundredth of world's property". <http://www.un.org/esa/socdev/social/meetings/egm10/documents/Nanda1%20paper.pdf>

Weder die quantitative noch die qualitative Dimension von Armut ist für weibliche und männliche Menschen gleich. Dabei gelten im Wesentlichen folgende Parameter: „Armut ist weiblicher. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern wirken sich quantitativ insbesondere bei Erwachsenen aus. Bei Kindern und Jugendlichen sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern eher qualitativ denn quantitativ. Die erhöhte Betroffenheit von Frauen findet sich insbesondere bei bestimmten Gruppen von Frauen. Die ungleiche Betroffenheit der Geschlechter von Armut hängt eng zusammen mit den gesellschaftlichen Vereinbarungen bezüglich der Geschlechterrollen.“ (Wallner 2010)

### Intersektionale Diskriminierungskritik

Mit Intersektionalität wird die Verwobenheit, Überschneidung und Interdependenz verschiedener Differenz(-konstruktions)-Verhältnisse z.B. gendered Racism, classed disability uvm. benannt. Gekämpft wird gegen jede Form der Diskriminierung, verstanden als die Ungleichbehandlung konstruierter Gruppen oder die Gleichbehandlung mit gruppenbezogenen benachteiligenden Effekten, da ungleiche Ressourcen und Fähigkeiten und Möglichkeiten vorhanden sind. Intersektionale Diskriminierungskritik strebt gerechtere Verhältnisse im Sinne von mehr Verteilungs- und Mitbestimmungsgerechtigkeit, fairen Möglichkeiten an.

### Ungleich verteilte Rechte und geteiltes Mitgefühl

„Wir sind eine Menschheit: Alle schauen nach Paris und leiden zurecht mit den durch einen furchtbaren Terroranschlag Getöteten und Verletzten und ihren Angehörigen. An die vor wenigen Tagen in Beirut durch einen furchtbaren Terroranschlag Ermordeten, Verletzten und ihre Angehörigen wird weltweit kaum gedacht. Ich trauere und fühle mit beiden.“ (vgl. laut vielen Internetquellen: Angelina Jolie 14.11.2015). Der Erziehungswissenschaftler und Philosoph Mich Brumlik fordert Nächsten- und Fernstenliebe (vgl. Brumlik 2004). Und Peggy Piesche (siehe oben) erweitert diese Idee um die Frage, wen wir in unserer Gemeinschaft als zugehörig ansehen und wen wir aus unserer Gemeinschaft hinausdefinieren – sei es in Bezug auf zugeschriebene Staatsangehörigkeit, rassistische Unterscheidungen, Geschlechter- und Einkommensverhältnisse, Religionszugehörigkeit, zugeschriebene Kultur, Fluchtgeschichte oder Sprachpraxen .

In der globalen Welt-Migrationsgesellschaft sowie in einzelnen Nationen gibt es Phänomene von Einwanderung, Auswanderung, Pendelmigration, Transmigration u.a.. Es gibt einen diskriminierenden Umgang mit sprachlicher, religiöser und sozialer Vielfalt

Prof. Dr. Claus Melter  
Hochschule Esslingen

(vgl. Mecheril 2010). Realisiert wird in der Regel eine Hierarchie der Rechte und Möglichkeiten der als „Einheimische“ gegenüber den als „mit Migrationsgeschichte“ angesehenen Personengruppen. Formen nationalstaatlicher Diskriminierung in Form von Aufenthalts- und Asylrecht, wobei nur Staatsbürger\_innen die vollen Rechte haben, werden EU-weit zunehmend asylrechtlich verschärft. Begründet wird dies – ebenso wie nach den rassistischen Übergriffen in den 1990er Jahren, die mit Asylrechtseinschränkungen einhergingen – zynischerweise mit nationalistischen und rassistischen Positionen, die sich in Medienberichten, Politiker\_innen-Aussagen und Wahlerfolgen rechter Parteien zeigen. Hinzu kommen Formen rassistischer Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssektor sowie bei Polizei, Justiz und Arbeits- wie Sozialbehörden.

### Migrationsgesellschaften und Diskriminierung

Die Migrationstatsache, die Tatsache der sozialen Diskriminierung, die Tatsache der rechtlichen Diskriminierung, die Rassismustatsache, die Kolonialismus- und Rassismus-Verleugnungstatsache in der BRD, die Tatsache bisher geringer Veränderungsbestrebungen in Bezug auf Rassismus und nationalstaatliche Diskriminierung, der historische Zusammenhang von Kolonialismus, Nationalsozialismus, Rassismus und nationalstaatlicher Diskriminierung können als Grundlage aktueller Entwicklungen und Diskurse gesehen werden.

### Gerechtigkeitsorientierte Bestrebungen

Gleichzeitig und im Widerspruch zu den Ungleichheitsverhältnissen und Diskriminierungspraxen wurde und wird insbesondere von widerständigen selbstorganisierten Gruppen derjenigen, die besonders diskriminiert werden, die Vorstellung der Achtung der *Integritäten aller Menschen* und der *Gleichwertigkeit aller Menschen* als Fundament gerechtigkeitsorientierten Handelns eingefordert. Integritäten beziehen sich sowohl auf die körperliche Dimension, die psychische Dimension, die kognitive Dimension sowie die soziale Dimension und die rechtliche Dimension (Erweiterung der Konzepte von Oevermann 2013 und Brumlik 2004). Zudem kann von räumlichen und gruppenbezogenen Integritäts-Dimensionen gesprochen werden (vgl. Bliemetsrieder 2016). Diese gerechtigkeitsorientierten Bestrebungen können verbunden werden mit Forderungen nach gleichem Zugang zu Teilnahme, Ressourcen, Posten und Mitgestaltung, nach fairer Förderung, damit jede\_r die eigenen Möglichkeiten und Interessen realisieren kann, nach der gleichen Wertschätzung aller Personen, nach einem fairen Verhältnis von Ressourcen- und Möglichkeiten zwischen allen Beteiligten, dem gleichen Recht, sich zu rechtfertigen, mitzusprechen, gehört zu werden und mitzubestimmen, nach dem Selbstbestimmungs- und Mitbestimmungs-Recht bei Angelegenheiten des eigenen Lebens.

### Verwendete und weiterführende Literatur

Aly, Götz (2011): Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass 1800–1933. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

Appiah, Kwame Anthony (2007): Der Kosmopolit. Philosophie des Weltbürgertums. München: Verlag C.H. Beck

Bliemetsrieder, Sandro (2016): Die Idee der Integritäten. Eine Erweiterung. Esslingen (mündliches Protokoll).

Brumlik, Micha (2004): Aus Katastrophen lernen? Grundlagen zeitgeschichtlicher Bildung in menschenrechtlicher Absicht. Berlin/ Wien: Philo.

El Tayeb, Fatima (2001): Schwarze Deutsche. Der Diskurs um "Rasse" und nationale Identität 1890–1933. Frankfurt am Main: Campus-Verlag

Forst, Rainer (2013) Kritik der Rechtfertigungsverhältnisse. Berlin

Habermas, Jürgen (1991): Erläuterungen zur Diskursethik. Frankfurt a.M.

Mecheril, Paul (2006): Was Sie schon immer über Rassismuserfahrungen wissen wollten. In Leiprecht/Kerber (Hrsg.): Schule in der Einwanderungsgesellschaft. Schwalbach/Ts.

Mecheril, Paul (2010): Migrationspädagogik: Hinführung zu einer Perspektive. In: Mecheril, Paul; Castro Varela, María Do Mar; Dirim, İnci; Kalpaka, Annita; Melter, Claus: Migrationspädagogik. Weinheim und Basel, Beltz: S. 7–22

Mecheril, Paul; Melter, Claus (2010) Gewöhnliche Unterscheidungen. Wege aus dem Rassismus. In: Mecheril, Paul; Castro Varela, María Do Mar; Dirim, İnci; Kalpaka, Annita; Melter, Claus: Migrationspädagogik. Weinheim und Basel, Beltz: S. 150–178

Melter, Claus (2006): Rassismuserfahrungen in der Jugendhilfe. Eine empirische Studie zu Kommunikationspraxen in der Sozialen Arbeit. Münster u.a.: Waxmann.

Melter, Claus (Hrsg.) (2015): Diskriminierungs- und rassismuskritische Soziale Arbeit und Bildung. Weinheim/ München

Melter, Claus (2016): Koloniale, nationalsozialistische und aktuelle rassistische Kontinuitäten in Gesetzgebung und der Polizei am Beispiel von Schwarzen Deutschen, Roma und Sinti. Erscheint Mitte 2016 in Fereidooni, Karim/ El, Merat (2016): Transnationale Rassismuskritik. (Trans)National Racism: (Trans-)National Racism: Interdependence of racist phenomena and resistance forms.

Pateman, Carole/ Mills, Charles (2008): Contract & Domination. Cambridge/ Malden: Polity Press.

Prantl, Heribert (2015): Flüchtlingsschutz. Jetzt erst recht! Süddeutsche Zeitung, München 16.11.2015, S. 4

Rorty, Richard (1991): Kontingenz, Ironie und Solidarität. Frankfurt a.M.

Scherr, Albert (2010): Diskriminierung – eine eigenständige Kategorie für die soziologische Analyse der (Re-)Produktion sozialer Ungleichheiten in der Einwanderungsgesellschaft? In: Hormel, Ulrike/Scherr, Albert (Hrsg.): Diskriminierung. Wiesbaden

Sen, Amartya (2010): Die Idee der Gerechtigkeit. München

Spieker, Suanne (2015): Die Entstehung des modernen Erziehungsdenkens aus der europäischen Expansion. Frankfurt am Main: Peter Lang

Wallner, Claudia (2010): Hat Armut ein Geschlecht? In: Mattes, Christoph (Hg.): Armut ohne Ausweg: Sozialberatung im aktiverenden Sozialstaat. Freiburg 2010

---

# „Die jungen Männer aus Marokko von Köln“

## Über einen neuen Topos der Flüchtlingsabwehr

### Der Gegenstand: Kommunikation

Nach Pegida und AfD haben die Talkshows im Fernsehen seit Anfang Januar 2016 ein neues Fressen gefunden: die gefährlichen jungen Männer aus Marokko. Zwar ist über die tatsächlichen Vorgänge, weil die Polizei jetzt gründlich arbeitet, wenig bekannt. Aber genau dies, dass man Genaueres nicht weiß, ist ideal für Diskurse, die sich ihrer empirischen Basis nicht vergewissern brauchen und wollen. Es geht um Vorstellungen und Phantasien in den Köpfen von Millionen, die nur medial etwas vom Thema erfahren.

In der öffentlichen Diskussion werden Meinungen gebildet und die Orientierungsmuster vermittelt, die angesichts der gesellschaftlichen Verunsicherung durch Polarisierung und Verlust des Systemvertrauens gebraucht werden. Monatelang waren die Talkshows im Jahr 2015 mit PEGIDA angefüllt; danach kam die AfD zu dieser Chance der Selbstdarstellung. Diese Shows folgen der Logik, dass die aggressivsten und auffälligsten Meinungen am meisten honoriert werden. So werden Gewalt und Kriminalität, unmoralisches und abweichendes Handeln honoriert. Gleichzeitig wird „Normalität“ als die jeweils dargestellte Konformität der „rechtschaffenen Bürger“ hergestellt. Politisch bieten die Medien eine Plattform für die seriös sich gerierenden extremistischen Haltungen, ohne dass sie sich selbst dem Vorwurf der Agitation aussetzen müssen. Journalisten können mit ihren Entscheidungen, Pluralität darzustellen, zugleich ihre eigenen Auffassungen kaschieren. Bei genauerer Untersuchung wird dies sichtbar.

Hinzu kommt ein zweites Element in den Darstellungen von Flucht, Kriminalität und anderen Formen der scheinbaren Bedrohung. Insbesondere in den Bildern von der Silvesternacht 2015 in Köln, die vielfach einen völlig nichtssagenden Inhalt hatten, wurde die Bedrohung „auf den Begriff gebracht“, vielleicht gerade deshalb, weil das Bild diffus war. Die Dramatisierung durch die Bilder hinterlässt mehr Schrecken als im Moment der Wahrnehmung bewusst wird. Es bildet sich ein stabiles kollektives Unbewusstes heraus, das jederzeit mobilisiert werden kann. Angst und Schrecken sind sein Inhalt, verbunden mit bestimmten Vorstellungen und Zuschreibungen.

In der ungehemmten Konkurrenz um Aufmerksamkeit und Werbeeinnahmen wird die Berichterstattung der Medien hektischer und aufgeregter und produziert so eine Steigerung von Ängsten. Und selbst wenn immer wieder gebetsmühlenartig wiederholt wird, dass beispielsweise „die meisten Muslime in Deutschland friedfertig“ seien – die Bilder sprechen eine andere Sprache. Die mit den Bildern transportierten Vorstellungen von Personen und Gruppen bzw. von Situationen legen fest, auf wen sich die Ängste beziehen können. Vor allem wird der Eindruck gefestigt, und dies ist ein altes nationalistisches Motiv: alles Unheil kommt „von draußen“, aus dem Ausland. Das eine

Muster wird verstärkt: Gefahren, Kriminelle und Terroristen kommen von außen in „unsere“ Gesellschaft hinein. „Wir“ sind der friedliche Hort der Menschenrechte und die Erben von Freiheit und Gleichberechtigung. Die „anderen“ sind die Bedrohung. Dabei ist gerade der Terror schon lange da, von „uns“ selbst erzeugt: sowohl in den banlieus der französischen und belgischen Städte als auch in den nationalistischen Milieus Deutschlands – nicht nur in Ostdeutschland. Dass wir mit mehr als tausend Straftaten im Jahr 2015 gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte den Terror im eigenen Land hervorbringen, der aber so nicht bezeichnet wird, dass der IS von vielen Tausend jungen Menschen aus Mitteleuropa genährt wird, dass die Terroristen von Paris und Brüssel in Europa aufgewachsen sind – all dies wird zur Seite geschoben.

Aber selbst dies spielt bei genauerer Betrachtung nur eine untergeordnete Rolle. Fakten, Tatsachen und Zusammenhänge der Außenwelt sind weniger bedeutsam als die inneren Zustände von Personen und ihre Wahrnehmungen im Kommunikationsprozess, die von den inneren Zuständen bestimmt sind. Wer mit seinem Leben unzufrieden ist, überträgt seine Enttäuschung auf Personen und Gruppen, die er moralisch abwerten kann. Panu Poutvaara und Max Steinhardt haben (wieder einmal, nach vielen gleich lautenden sozialpsychologischen Befunden) gezeigt, dass persönliche Gefühle der Frustration, der Bitterkeit und des Neides auf den Erfolg anderer den Hass gegen die Fremden antreiben. („Bitterness in Life and Attitudes Towards Immigration“, CESifo Working Paper No. 5611, November 2015) Und solche Gefühle erscheinen wichtiger als der sozialstrukturelle Status, Alter, Geschlecht und Bildungsgrad.

### **Von Marokko nach Deutschland**

Wie trivial die Umstände der Produktion von Fluchtbewegungen sind, kann man am Beispiel der jungen Männer aus Marokko zeigen, die an Sylvester 2015 in Köln durch Diebstahl, Nötigungen und sexuelle Gewalt aufgefallen sein sollen. Aus Marokko hatte Deutschland ab 1963 Gastarbeiter/innen angeworben. Ein kleinerer Teil der Angeworbenen lebt in Deutschland und unterhält Beziehungen zur Verwandtschaft in Marokko. In das Land mit seinen 33 Millionen Einwohnern kommen gegenwärtig pro Jahr acht bis zehn Millionen Touristen, aus Deutschland geschätzte 500.000. Auch die Wirtschaftsbeziehungen sind „großartig“: „Das marokkanische Exportgeschäft im Automobilssektor boomt“, meldet die Deutsche Industrie- und Handelskammer in Marokko im Januar 2016. Die europäischen Global Players im Autobau freuen sich über die billigen Zulieferer. Das Investitionsschutzabkommen von 2004 sorgt dafür, dass den deutschen Akteuren in Marokko nichts passieren kann. Ebenso ein Steuerabkommen, das die Verlagerung von Gewinnen aus Marokko heraus ermöglicht. Das Handels- und Dienstleistungsfreiheitsabkommen mit der EU wird noch verhandelt. Dann ist Marokko frei für die nächste Stufe der wirtschaftlichen Eroberung. Die globalen Wanderungsbewegungen folgen in zentralen Linien den Wegen des Geldes. Das zeigt sich am Verhältnis der armen und reichen Länder.

Es ist nicht so, dass in der Entwicklungshilfe zu wenig gegeben wird. Es ist vielmehr so, dass zu viel genommen wird. Denn nach den Berechnungen des „Internationalen Netzwerkes Steuergerechtigkeit“ fließt aus den sogenannten Entwicklungsländern ein riesiger Strom Geld in die Steueroasen und die reichen Länder der Welt. „Die Entwicklungsländer verlieren durch illegale Finanzströme jährlich ein Vielfaches dessen an Kapital, was sie durch öffentliche Entwicklungshilfe erhalten. Allein durch Preismanipulationen von Konzernen verlieren die armen Länder jährlich 160 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen; das ist deutlich mehr als sie an Entwicklungshilfe erhalten.“ (Markus Meinzer: Der neue Kolonialismus, SZ 12.4.2013, S.2) Der Außenhandelsüberschuss für Deutschland betrug im Handel zwischen Deutschland und Marokko 2012 „nur“ 820 Millionen Euro; denn weder ist Deutschland für Marokko noch Marokko für Deutschland ein sehr wichtiger Handelspartner. Aber es geht hier ja um den Kontext,

Prof. Dr. Franz Hamburger

in dem offensichtlich junge Menschen aus Marokko nach Deutschland kommen und versuchen, in legalen und illegalen Weisen Geld zu verdienen, das sie (auch) an ihre Familien in Marokko schicken.

### Von Deutschland nach Marokko

Die Modernisierung des Landes in vielen Schritten ist der europäisch induzierte Wandel, der auch „unsere“ Freiheiten, Möglichkeiten und Reichtümer mit sich bringt, dessen Früchte aber nur von den europäischen Ländern geerntet werden sollen. Natürlich lassen die Touristen auch Geld im Land – aber den Reibach machen die europäischen Organisatoren des Tourismus. Und die Touristen schwärmen davon, was sie für ihr Geld in Marokko kaufen können. Glauben die jungen Menschen in Marokko, sie könnten den Pfaden des Geldes folgen, dann sind sie illegal, unerwünscht und werden kein Asyl erhalten.

Das Beispiel ist ungeeignet, um die gegenwärtig besonders für Europa relevanten Fluchtursachen zu beschreiben. Denn obwohl Marokko im „Asylpaket 2“ zum sicheren Herkunftsland erklärt wird und der Anschein einer wichtigen, die Einwanderung erheblich vermeidenden Entscheidung erweckt wird, geht es um eine kurzfristige Vermeidungsstrategie zur Abwehr der Flüchtlinge. Noch deutlicher wird der Charakter dieser Politik, wenn man überlegt, was im Falle der Ausweisung der marokkanischen jungen Menschen geschehen wird. Sie haben keine Erlaubnis zur Ausreise beantragt, was im Königreich Marokko wie im guten alten europäischen Feudalismus auch noch üblich ist, und gelten deshalb in Marokko als straffällig. Im Falle der Einkerkерung kann man sich den weiteren Lebens- und Migrationsweg vorstellen. Was aber die Situation der jungen Menschen in Marokko, von denen die Hälfte arbeitslos ist, ändern könnte, wäre der legale Einwanderungspfad für Afrika, den ProAsyl seit vielen Jahren fordert und der für wenige eine reale Chance, für viele aber eine einigermaßen realistische Hoffnung darstellen würde.

### Zwischen Deutschland und Marokko

Das Beispiel ist aber sehr geeignet, die langfristig wirkenden strukturellen Beziehungen zwischen dem Maghreb und Europa, zwischen den Staaten um das Mittelmeer herum. Während einer Reise Ende Februar 2016 in die Maghreb-Staaten hat Bundesinnenminister De Maizière die Möglichkeiten abgeklärt, Tunesien, Algerien und Marokko als „sichere Herkunftsstaaten“ zu definieren. Dadurch sollen vor allem Abschiebungen erleichtert werden; gleichzeitig geht es um die Beschleunigung von Asylverfahren. Auch im Falle fehlender Personalpapiere soll durch Abgleichung der Fingerabdrücke die Abschiebung durchgesetzt werden können. „Die Klärung soll über Fingerabdrücke erfolgen, Marokko verfüge dazu über eine ‚vorzügliche Datenbank‘, sagte de Maizière.“ (SZ, 1.3.2016, S.1) Spätestens bei dieser Bemerkung kann der aufmerksame Leser aufmerken. Was bedeutet es, wenn ein Staat, der für seine Geheimdienste und die polizeiliche Kontrolle der Bevölkerung bekannt ist, eine solche Datenbasis besitzt? *Amnesty International* schreibt in seinem Jahresbericht: „The authorities restricted rights to freedom of expression, association and assembly, arresting and prosecuting critics, harassing human rights groups and forcibly dispersing was required. (Amnesty International Report 2015/2016; 23.2.2016) Die mediale Begleitung der Reise des Innenministers verweist in diesem Zusammenhang auf Einwanderungsdaten des Innenministeriums, die in den Statistiken der Einwanderung nicht, oder nur minimal abgebildet sind. So kommt das Herkunftsland Marokko in der Asyl-Statistik des Jahres 2015 nur einmal vor: bei den Rücknahmeersuchen an andere europäische Ankunftslander, mit 2,3% der Rücknahmeersuchen im Jahr 2014. Von diesen 824 Fällen wurden 147 vollzogen; im Jahr 2015 wurden 112 realisiert. Bei den an den Grenzen aufgegriffenen UMF wurden im Jahr 2014 66 Jugendliche aus Marokko registriert, im Jahr 2015 war Marokko bei den wichtigsten Herkunftsländern nicht vertreten. (Bundestagsdrucksache 18/7625 vom 22.2.2016).

In der Ausländerstatistik von 2014 werden 65 000 Personen aus Marokko als in Deutschland lebend aufgeführt; von der Aufenthaltsdauer her ist die größte Gruppe diejenige mit 30 und mehr Jahren Aufenthalt. Die Gesamtzahl der Menschen mit marokkanischer Herkunft wird auf 180.000 geschätzt. Andere Schätzungen nennen 140.000 Personen und weisen darauf hin, dass ca. 7.000 davon Studierende der 2. Generation sind. (de.quantara.de) Wieder andere Quellen sprechen von 130.000 Marokkanern in Deutschland (SWR international, 21.5.2013). Zwischen 2006 und 2012 sind jährlich ca. 3500 Personen zugezogen, während gleichzeitig jeweils 2.500 Personen fortgezogen sind. Dabei handelt es sich um die typische Fluktuation der eingewanderten „Gastarbeiterbevölkerung“. (10. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Oktober 2014).

Die Beziehungen zwischen Marokko und Deutschland sind nicht so umfangreich, dass sie in der gegenwärtigen Flüchtlingsdiskussion im Vordergrund stehen sollten. Marokko ist stärker mit Frankreich, Spanien, Belgien und den Niederlanden verbunden. Aber die deutsch-marokkanischen Beziehungsstrukturen sind typisch für die langfristige Dynamik von Migrationsprozessen. Und selbst wenn Marokko wie die anderen Staaten Nordafrikas zum Bollwerk gegen die Migration aus Afrika und Asien ausgebaut wird, wenn deren Herrscher dafür reich beschenkt werden und unabhängiger von ihrer Bevölkerung herrschen können, so entscheidet sich an diesen Strukturen, ob es nur einen Kampf gegen Flüchtlinge oder auch einen Kampf gegen Fluchtursachen gibt.

### **Noch einmal: Worum es geht**

Bei dem Versuch, ethnozentrisch die „Reinheit“ der eigenen Gesellschaft herzustellen, spielen zwei Mechanismen eine wichtige Rolle. Ein Mechanismus zielt darauf ab, das Eigene zu verniedlichen und das Andere zu vergrößern – wenn es sich um ein Übel handelt. Während die negativen Eigenschaften derer, die von außen kommen, überzeichnet werden, werden die eigenen Probleme marginalisiert. Die „marokkanischen jungen Männer an Sylvester in Köln“ sind zu einem feststehenden Stereotyp der Verwerflichkeit geworden, während der Bericht des Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung vom 22.2.2016 nur in Randspalten der Presse oder überhaupt nicht erwähnt wurde. Über die Ereignisse in Köln wird es wohl niemals eine vollständige Aufklärung geben und dieses Ereignis von wenigen Stunden Dauer hat wohl mehr mit Polizeiver sagen zu tun als mit dem tatsächlich eingetretenen Geschehen. Die Realität bleibt in einem diffusen Zwielicht. Dem Bericht des Missbrauchsbeauftragten liegt dagegen eine umfangreiche wissenschaftliche Expertise zu Grunde, die von einer Gruppe angesehener Wissenschaftler erstellt wurde. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass mehr als eine Million Kinder und Jugendliche in Deutschland Opfer sexualisierter Gewalt geworden sind. (Andreas Jud, Miriam Rassenhofer, Andreas Witt, Annika Münzer & Jörg M. Fegert: EXPERTISE Häufigkeitsangaben zum sexuellen Missbrauch Internationale Einordnung, Bewertung der Kenntnislage in Deutschland, Beschreibung des Entwicklungsbedarfs, hrg. vom Unabhängigen Beauftragten für Sexuellen Kindermissbrauch) Dieser Umstand ist so beschämend für das Selbstverständnis der Menschen in Deutschland, dass er geradezu zu einer aggressiven Verdrängung verführt. Die Delikte der Anderen können dagegen zu einer bedrohlichen Angstphantasie gesteigert werden. Dabei spielt auch der einheimische Spätfeminismus sensu Schwarzer eine Rolle, der sich an die eigene Gesellschaft bis hin zur Selbstaufgabe angepasst hat und nun seinen Feind am fremden Mann findet.

Ein zweiter Mechanismus ist die Exkommunikation dessen, was als Eigenes nicht zu leugnen ist. Nach den Pogromen in den sächsischen Gemeinden Clausnitz und Bautzen sagte der Ministerpräsident Stanislaw Tillich: „Das sind keine Menschen, die so etwas tun. Das sind Verbrecher.“ Unabhängig davon, wie die Taten im Einzelnen zu bewerten sind, so werden Personen, wie Götz Eisenberg feststellt (Nachdenkseiten 22.2.2016),

---

Prof. Dr. Franz Hamburger

---

ins Monströse verteuflert und aus der menschlichen Gesellschaft ausgeschlossen. Genau dies ist aber die Überschreitung einer Grenze, die die aufgeklärte Zivilität gezogen hat. Demagogischer könnte der mitverantwortliche Politiker nicht von seinen eigenen Versäumnissen ablenken.

Wichtig aber ist, dass der rechtsextreme Terrorismus ebenso wie der millionenfache sexuelle Missbrauch von Kindern und Jugendlichen aus der eigenen Gesellschaft hinauskatapultiert wird. So werden auch die 13.800 Straf- und Gewalttaten von Rechtsextremen im Jahr 2015 ([www.tagesschau.de/inland/rechtsextremismus-gewalt-101.html](http://www.tagesschau.de/inland/rechtsextremismus-gewalt-101.html)) bestenfalls einmal am Rande erwähnt. Und die 1000 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in einem Jahr werden ernsthaft nur in einem kleineren Teil der Politik ernstgenommen. Manche politische Gruppen lassen sich auch gerne von diesem Terror vor sich her treiben. Absolut beunruhigend aber ist der Umstand, dass bis zum 15. September 2015 mehr als 450 Haftbefehle gegen 372 rechtsmotivierte Straftäter nicht vollstreckt waren. Das bedeutet: Entweder werden diese Personen nicht verhaftet, obwohl die Polizei weiß, wo sie sich befinden. Oder die Verbrecher entziehen sich einer Verhaftung, weil sie untergetaucht sind (SZ, 11.1.2016). Und wenn der bayrische Ministerpräsident den Umstand, dass Flüchtlinge ungehindert über die Grenzen nach Deutschland kommen können (obwohl sie dort registriert werden), als „Herrschaft des Unrechts“ bezeichnet und dafür allerhöchstens „Irritation“ erntet, dann wird auf besonders perverse Weise die nationalistische Prämisse dieses Denkens deutlich. Denn dieser Ausdruck wurde bisher für Verhältnisse wie in der DDR oder in Nazi-Deutschland verwendet.

Diese Themen und Tatsachen werden durchaus nicht verschwiegen, aber sie spielen für die mediale Meinungsbildung keine Rolle. Der *mainstream* der Öffentlichkeit „schützt“ die Gesellschaft vor Zweifeln daran, ob sie ihre Verfassung ernst nimmt und überhaupt das Recht hat, von den Zuwanderern „Integration“ zu erwarten. Möglicherweise empfinden die jungen Männer aus Marokko eine größere Legitimation, in Europa, das ihr Land modernisiert, seine Arbeitskräfte verbraucht, seine Denkmäler sich angeeignet und seinen Reichtum nach Norden gebracht hat, sich das wieder anzueignen, was ihnen genommen wurde – zumindest in ihrer subjektiven Perspektive.

---

# Welche Zukunft erwartet neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler im deutschen Bildungssystem?

Willkommensklassen, Vorbereitungsklassen, Intensivklassen, Übergangsklassen oder Deutsch-als-Zweitsprache-Klassen: Die Vielfalt in der Namensgebung für spezielle Klassen für Kinder und Jugendliche, die erst vor Kurzem nach Deutschland migriert sind, spiegelt eine übliche Herangehensweise an deren Bildungssituation wider. Diese Sondermaßnahmen für Kinder und Jugendliche ohne Deutschkenntnisse sind nämlich kein neues Phänomen, sondern waren schon in der „Gastarbeiterzeit“ üblich, auch wenn sie im vergangenen Jahr vielerorts in großer Zahl neu eingerichtet wurden. Trotz jahrelanger intensiver Forschung und der Tatsache, dass sprachliche Heterogenität zu jeder Zeit ein relevantes Thema für Schule und Lehrerbildung ist, glauben sich viele Schulen und Lehrkräfte vor eine Herausforderung gestellt, die schwer zu bewältigen ist und für deren Meisterung sie nach Wissen und Handwerkszeug suchen. Gleichzeitig gibt es im Bereich Deutsch als Zweitsprache gut ausgebildete Fachkräfte sowie Schulen, die eine langjährige Erfahrung mit Mehrsprachigkeit und Migration in ihrem institutionellen Alltag vorweisen können. Von diesen sollte gelernt werden, unter welchen Bedingungen schulischer Erfolg möglich ist und wie eine Benachteiligung von neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern verhindert werden kann. Aktuelle Forschungsergebnisse zeigen, dass Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien im deutschen Bildungssystem über ihre gesamte Bildungslaufbahn hinweg doppelt benachteiligt sind – zu einem überwiegenden Teil durch ihre soziale Herkunft sowie durch ihren Migrationshintergrund<sup>1</sup>. Damit sich dies nicht weiter verfestigt und wiederholt, muss in Zukunft intensiv auf die Teilhabemöglichkeiten von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen geachtet werden. Vorbereitungsklassen als Ort der systematischen Einführung in das deutsche Schulsystem und die deutsche Sprache sind nur dann sinnvoll, wenn sie in ein Bildungs- und Sprachförderkonzept eingebettet sind, kontinuierlich begleitet und evaluiert werden und wenn Qualifikationsangebote für Lehrkräfte vorhanden sind.

## Schulbesuch nach der Ankunft in Deutschland

Das Recht auf Bildung sowie die Schulpflicht sind in Deutschland in den Schulgesetzen und Landesverfassungen der Bundesländer verankert. Für die Schulpflicht ist in allen 16 Bundesländern das Kriterium des Wohnsitzes oder des „gewöhnlichen Aufenthaltes“ entscheidend, was im Falle von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern aber meist nicht ausreichend ist. Bei ihnen ist in einigen Bundesländern außerdem der Aufenthaltsstatus sowie die erfolgte Zuweisung zu einer Kommune, Gemeinde oder einem Landkreis ausschlaggebend. Dies führt dazu, dass Kinder und Jugendliche in z.B. Bayern oder Sachsen-Anhalt bis zu drei Monate nicht schulpflichtig sind und somit keine Schulbildung erhalten. Andere Bundesländer heben diese Regelungen zur Abhängigkeit des Schulbesuchs von ausländerrechtlichen Kriterien auf und bestimmen

Hosay Adina-Safi  
Universität Hamburg

eine unabhängige Schulpflicht, wie z.B. Berlin, Hamburg und Bremen<sup>2</sup>. Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern müssen sich meist bei einer zentralen Einrichtung (z.B. dem Schulamt) melden, um einer Schulform und der angemessenen Schulstufe zugeteilt werden zu können.

Im Grundschulalter (1./2. Klasse) gibt es meist die Möglichkeit, direkt in den Regelunterricht eingebunden zu werden. Dennoch gab es im vergangenen Jahr auch Vorbereitungsklassen für die ersten beiden Grundschulstufen. In Klasse 3 und 4 sowie in der weiterführenden Schule haben Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit bis zu einem Jahr – in manchen Bundesländern auch länger – in einer Vorbereitungsklasse zu lernen. In höheren Altersstufen (15-18 Jährige) wird ein erster Schulabschluss bzw. eine berufsvorbereitende Maßnahme ermöglicht, wenn der Übergang in die Sekundarstufe II nicht erfolgen kann.

### **Unterricht in Vorbereitungsklassen am Beispiel von Hamburg<sup>3</sup>**

Je nach bisheriger Bildungsbiographie werden die Schülerinnen und Schüler in Hamburg zunächst in zwei Arten von Vorbereitungsklassen eingewiesen. Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe 1, die das lateinische Alphabet und die Grundrechenarten nicht beherrschen, lernen zunächst ein Jahr lang in einer Basisklasse. Alle anderen besuchen eine sog. Internationale Vorbereitungsklasse, in der im ersten halben Jahr (Grundstufe) alltagssprachliche und im zweiten halben Jahr (Aufbaustufe) bildungssprachliche Fähigkeiten erworben werden sollen. Die Verweildauer ist im Regelfall individuell ein Jahr, sie kann aber bei raschem Lernerfolg abgekürzt werden. Es beginnen und beenden also während eines Schuljahres ständig Schülerinnen und Schüler diese Klassen. Derzeit gibt es in Hamburg 228 Basis- und Vorbereitungsklassen. Das Hauptziel ist zunächst der Erwerb der deutschen Sprache sowie die möglichst schnelle Einbindung in den Regelunterricht.

Für Jugendliche, die nach ihrer Ankunft in Deutschland altersgemäß den Jahrgangsstufen 9 oder 10 zuzuordnen sind, gibt es in Hamburg eine zweijährige Vorbereitungsmaßnahme, die auf den Erwerb des ersten allgemeinbildenden Schulabschlusses vorbereitet. Mit diesem Abschluss können die Schülerinnen und Schüler dann in einer Regelklasse den mittleren Schulabschluss oder die Hochschulreife erwerben, oder aber in das berufliche Ausbildungssystem einsteigen.

### **Der Übergang in das Regelsystem – die eigentliche Herausforderung**

Den Schülerinnen und Schülern wird nach dem Übergang in die Regelklasse, in der sie Unterricht mit Gleichaltrigen und denselben Unterricht wie diese erhalten, individuelle Unterstützung und Deutschförderung in der sog. dritten Phase geboten. Ein solcher Übergang kann am besten durch die enge Kooperation der Lehrkräfte aus der abgehenden Vorbereitungsklasse mit den Lehrkräften der aufnehmenden Regelklasse und anderen beteiligten sozialpädagogischen oder schulpsychologischen Fachkräften gelingen. Die Möglichkeit zu dieser Zusammenarbeit für jede Schülerin und jeden Schüler ist im schulischen Alltag oft nicht gegeben, zumal es auch vorkommt, dass Schülerinnen und Schüler nach der Vorbereitungsklasse an eine andere Schule wechseln bzw. aufgrund von Wohnortwechsel oder mangelnden Kapazitäten wechseln müssen. Lehrkräfte der aufnehmenden Regelklasse aber sollten zu einer individuellen Förderung beitragen können. Diese muss auf bisherige Fördermaßnahmen und Erkenntnisse über den Leistungsstand und die Lernerfahrungen einer Schülerin oder eines Schülers aufbauen. Ist dies nicht möglich, gestaltet sich der Übergang in die Regelklasse zu einem Neuanfang, der für die weitere Bildungsbiographie der Schülerinnen und Schüler entscheidend sein kann.

Bislang sind Vorbereitungsmaßnahmen im Bildungssystem sowie die Lern- und Leistungssituation in einer Vorbereitungsklasse nicht wissenschaftlich untersucht worden. Konzeptionell sollen Vorbereitungsklassen als sichere Umgebung, als geschützter Raum im Sinne eines Auffangsystems gestaltet werden, die eine Eingliederung in das Regelschulsystem erleichtern und auf dasselbe vorbereiten. Dieser Zielsetzung steht

aber ein Effekt gegenüber, der desintegrativ wirkt: Zu bedenken ist, dass es sich bei der Errichtung einer speziellen Klasse um die Konstruktion einer Gruppe handelt, die nur vermeintlich zusammenhängt. Die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe ist weder natürlich noch selbst gewählt. Aus einer migrationspädagogischen Perspektive wird dieser Konstruktionsprozess mit Blick auf sprachlich ausgedrückte und in Handlungsmustern erkennbare Formen der Diskriminierung im Umgang mit den so konstruierten „Anderen“ kritisch gedeutet<sup>5</sup>.

### Quo Vadis?

Die Zukunft der neu zugewanderten Schülerinnen und Schüler ist Teil der Vergangenheit vieler, die heute als erfolgreiche Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, als Teil der Migrationsgesellschaft Deutschland oder auch als Verlierer des Bildungssystems bezeichnet werden. Das deutsche Bildungssystem hat nach dem Grundgesetz den Auftrag, alle Schülerinnen und Schüler ihren individuellen Fähigkeiten angemessen zu fördern, um sie an der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Vorbereitungsmaßnahmen als erste Station in der deutschen Schule für neu zugewanderten Schülerinnen und Schüler haben die Funktion, einen Übergang zwischen der „letzten Station“ in der bisherigen Bildungsbiographie und dem weiteren Bildungsverlauf im deutschen Schulsystem zu ermöglichen. Die Vorbereitungsmaßnahme enthält in sich weitere Übergangsphänomene, wie den Einstieg in ein neues soziales Umfeld, die Orientierung im neuen Schulalltag, die Überwindung sprachlicher Hürden sowie abschließend die Findungsphase im Regelschulsystem und die damit verbundenen Chancen auf einen guten Schulabschluss. Um dieser Komplexität gerecht werden zu können, bedarf es nicht nur des professionellen Umgangs der Institution Schule und der Lehrkräfte mit diesen Schülerinnen und Schülern; es müssen außerschulische Angebote zur Teilhabe an gesellschaftlichen Aktivitäten hinzu kommen, um Gelegenheiten für Begegnungen und Austausch zu schaffen und somit Zugehörigkeit zu einer größeren, selbst gewählten Gemeinschaft zu ermöglichen. Es bedarf erfolgreicher Vorbilder und Personen, die beratend und unterstützend eingreifen können, wenn es um wichtige Entscheidungen für die Zukunft junger Menschen geht, und es braucht Offenheit für ihre Wünsche, Bedürfnisse und Ziele. Bildungswege dürfen neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern nicht verschlossen werden. Das Abitur wird oft als etwas nicht Erreichbares dargestellt, viele sprechen auch von Zuwanderung als Chance, unbesetzte Ausbildungsplätze zu füllen. Letzteres kann nicht Ziel unseres Bildungssystems sein, in dem jede Schülerin und jeder Schüler selbstbestimmt über seinen Bildungs-, Berufs- und somit Lebensweg entscheiden kann. Der barrierefreie Zugang zu Hochschulbildung sowie zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt muss für neu Zugewanderte gewährleistet werden, wenn es um die Zukunft der jungen Bevölkerung in Deutschland geht.

<sup>1</sup> Siehe hierzu den Forschungsbericht des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Doppelt benachteiligt? Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem. Eine Expertise im Auftrag der Stiftung Mercator. Mai 2016.

<sup>2</sup> Eine detaillierte Übersicht über die rechtlichen Grundlagen für den Schulbesuch von neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern bietet Masumi/ von Dewitz (2015): Bestandsaufnahme und Empfehlungen. Neu zugewanderte Kinder und Jugendliche im deutschen Schulsystem. Hrsg. vom Mercator-Institut für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache und vom Zentrum für LehrerInnenbildung der Universität zu Köln.

<sup>3</sup> Siehe Rahmenvorgaben zur schulischen Integration zugewanderter Kinder und Jugendlicher in Regelklassen, Hrsg. Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg (2012) zur Konzeption der Vorbereitungsmaßnahmen in Hamburg.

<sup>4</sup> Vgl. Mecheril, Paul/ Shure, Saphira (2015): Natio-ethnokulturelle Zugehörigkeitsordnungen über die Unterscheidungspraxis „Seiteneinsteiger“. In: Bräu, Karin/ Schlickum, Christine (Hrsg.): Soziale Konstruktionen in Schule und Unterricht. Zu den Kategorien Leistung, Migration, Geschlecht, Behinderung, Soziale Herkunft und deren Interdependenzen. Opladen, Berlin, Toronto, S. 109-122.

Christoph Bongert  
Deutsches Auswandererhaus

## Die Flüchtlingskrise von 1709. Deutsche Bittsteller in London



„Im ganzen Land sprechen die Menschen über nichts anderes als den Fall der Pfälzer“. Im August des Jahres 1709 beschreibt ein besorgter? wütender? Londoner Bürger in einem Brief, was in diesen Sommertagen für den Gesprächs- und Zündstoff der britischen Öffentlichkeit sorgt: Nicht der Krieg gegen Frankreich auf dem Festland, nein – die „deutschen protestantischen Flüchtlinge aus der Pfalz“. Unter dieser Bezeichnung, oder kurz einfach als „Poor Palatines“, „arme Pfälzer“, firmieren die etwa 13.000 Südwestdeutschen in den zahlreich erhaltenen amtlichen und publizistischen Schriftstücken. Was sich im Sommer 1709 in Großbritannien ereignet, könnte mit gleichem Recht oder Unrecht eine „Flüchtlingskrise“ genannt werden, wie man spätestens seit dem Sommer 2015 in Europa von einer redet. Dabei sind es gar nicht in erster Linie die Ereignisse, die Verhältnisse, die Umstände, hinsichtlich derer sich die beiden Sommer so ähnlich sind. Es ist nicht die Geschichte, die sich wiederholt – zu wiederholen scheint sich vielmehr, wie über das, was geschieht, *gesprochen* wird. Die immer gleichen *Diskurse* über die „Fremden“, woher und wohin auch immer diese kommen, folgen ihnen wie ein Schatten – schwarzmalersisch und um eine Dimension verkürzt. September 2015: Im ganzen Land sprechen die Menschen über nichts anderes als den Fall der syrischen Flüchtlinge...

Die „Poor Palatines“ – gemeint sind all jene Männer, Frauen und Kinder, die seit dem Frühjahr 1709 ihre Höfe und Häuser in Südwestdeutschland verlassen. Zwar sind nicht alle „Palatines“, also aus der Kurpfalz – aber „poor“, das sind sie durchaus. Das Südwestdeutschland der Zeit ist eine jahrzehntelang von Kriegen verheerte, von fremder Besatzung wie eigenen Fürsten ausgepresste, allenthalben von Armut gezeichnete Region. Der Jahrtausendwinter 1708/1709 tut sein Übriges: Die Kälte zerstört die Saat für die Felder und tötet das Vieh.

Ist es da verwunderlich, wenn die Menschen in dieser Lage einem Gerücht Glauben schenken, das wie ein Wunder klingt? Die britische Königin Anne schenke allen, die sie

Christoph Bongert

Deutsches Auswandererhaus

nur darum bitten, Land in ihren amerikanischen Kolonien! Und für die Überfahrt ins „gelobte Land“ komme sie überdies auf! Ein kleines Buch, das 1709 drei Auflagen erlebt und in den südwestdeutschen Fürstentümern kursiert, weiß von einer Gruppe von Auswanderern zu berichten, denen genau dies wiederfuhr. Zudem malt es die Lebensbedingungen in der britischen Kolonie Carolina in so goldenen Farben aus, dass vielleicht der Name, unter dem es heute noch bekannt ist, daher stammt: das „Goldene Buch“. Zwar lässt sich aus ihm bei unbefangener Lektüre kaum jenes königliche Versprechen herauslesen – aber pflegt nicht die Verzweiflung in jeder noch so leisen Andeutung ein Versprechen zu sehen?

Ungezählte Tausende brechen jedenfalls auf, schiffen sich auf dem Rhein ein, um über Rotterdam nach London überzusetzen. „Ihr könnt halb Deutschland haben, wenn ihr wollt; denn sie fliehen alle“, so schreibt der britische Gesandte in Den Haag angesichts der Menschenmassen, die außerhalb Rotterdams in provisorischen Lagern kampieren. Um dem Elend abzuhelpen, werden mit Billigung Queen Annes britische Transportschiffe, die auf dem Hinweg Soldaten auf das Festland bringen, dazu genutzt, um die zumeist mittellosen Menschen nach London zu bringen. Allein zwischen Anfang Mai und Mitte Juli sind es 11.000. Innerhalb weniger Wochen füllen, überfüllen sich die Quartiere der Stadt mit den „Palatines“. Der Schriftsteller Daniel Defoe spricht das aus, was wohl den meisten durch den Kopf geht: „Die große Frage, die wir uns jetzt stellen müssen, lautet: Was sollen wir mit ihnen tun?“<sup>1</sup>

Defoe selbst schmiedet große Pläne. Dass die „Palatines“ nach Amerika wollen, ist ihm zwar bekannt, kümmert ihn aber nicht sonderlich. Er sieht in ihnen eine Chance für Englands Wirtschaft und politische Macht. Gegen den allemal erhobenen Einwand, in Zeiten schwacher Konjunktur, hoher Arbeitslosigkeit und einem jahrelangen auszehrenden Krieg sei es nicht ratsam, so viele Fremde aufzunehmen, sagt Daniel Defoe: Wir schaffen das!<sup>2</sup> Die deutschen Bauern und Handwerker sollen Wälder abholzen und brachliegendes Land nutzbar machen. Handelt es sich bei ihnen doch, wie er zu wissen glaubt, um „arbeitsam[e] und geschickt[e]“ Leute – „fleißig bei der körperlichen Arbeit und erfindungsreich in ihrem Beruf sowie überaus willig, in jedem möglichen Bereich beschäftigt zu werden; mit einem Wort, sie empfehlen sich rundheraus als Menschen, die für einen jeden Ort, der sie aufnimmt, einen Segen, und keinen Fluch, bedeuten.“<sup>3</sup> Der merkantilistische Verwertungsdiskurs über die Fremden ist damit eröffnet.

Doch bevor die großen Pläne in die Tat umgesetzt werden können, gilt es zuerst, der unmittelbaren Not abzuhelpen. Als im Stadtzentrum, wo die „Palatines“ provisorisch untergebracht sind, bereits mit Seuchen zu rechnen ist, entstehen die vielleicht ersten Flüchtlingslager der Neuzeit: Auf mehreren Gebieten außerhalb der Stadtmauer werden ganze Zeltstädte errichtet. Im Zeltlager bei Blackheath zum Beispiel leben rund 4.500 Deutsche, die aus privaten Spenden- sowie aus öffentlichen Geldern mit Brot, Kleidung und Bibeln versorgt werden. Publizistisch begleitet (und initiiert) werden die Maßnahmen von einem christlich-moralischen „Charity“-Diskurs.

Bald schon sind die „Palatines“ Ziel neugieriger Besuche und ziehen Blicke zwischen Mitleid und Abscheu auf sich. In einem privaten Brief aus dem August wünscht der Schreiber seiner bei Blackheath wohnenden, erkrankten Adressatin nicht nur baldige Wiedergenesung, sondern auch „einen besseren Nachbarn als die Pfälzer, die, wie ich fürchte, Ihre gute Luft verpestet haben. Massen von ihnen halten sich in unserem Land auf; unsere Landsleute nennen sie ‚Zigeuner‘, da sie ihre Sprache nicht kennen und ihre armselige Kleidung sehen.“<sup>4</sup> Der Bericht eines deutschen Zeitzeugen erinnert später daran, dass „die Teutschen bey den Engelländern gantz stinckend, ja zum Hohn, Wunder und Schauspiel worden; und nun ein jeder zum Spott Palatein heissen und sich von den Kindern auf der Strasse verspeyen lassen muss“<sup>5</sup>

Wenn die ersten Wochen des „Sommers der Palatines“ von einem zwischen merkantilistischem Nutzendenken und christlicher Nächstenliebe changierenden „Willkom-

Christoph Bongert  
Deutsches Auswandererhaus

mensdiskurs“ geprägt gewesen sind, so weicht dieser im Verlauf des Jahres merklich fremdenfeindlichen Stimmen. Zynische Verweise auf die „eigenen“, einheimischen Armen, die ebenso zu versorgen wären, sind Legion. In einem zeitgenössischen englischen Pamphlet klingt die Diffamierung der „Fremden“ so: „Herumtreiber, die in ihrem eigenen Land keineswegs schlecht leben würden, wenn nicht ihre faule Veranlagung und die Nachricht von unserer wohlbekannten Großzügigkeit sie hierher getrieben hätten“.<sup>6</sup> Das prämierte Unwort vom „Sozialtouristen“ hat es noch nicht gegeben, aber gemeint ist es hier bereits. Aus mehreren englischen Gemeinden, die „Palatines“ aufgenommen haben, wird zudem von gewalttätigen Übergriffen auf die Fremden berichtet. „Wir schließen sie in unsere Gebete ein, aber wünschen sie außer Landes“<sup>7</sup> – auf diese Kurzformel bringt es eine englische Polemik und scheint damit vielen aus dem Mund zu sprechen.

Immerhin bleiben von den etwa 13.000 schließlich rund 3.000 in England. Was ist aus den übrigen „Palatines“ geworden? Die Bilanz in Zahlen fällt nüchtern aus. Rund 3.000 von ihnen werden in Irland angesiedelt. Eine deutlich geringere Zahl hat sich für kleinere Siedlungsprojekte außerhalb des Königreiches anwerben lassen. Für fast alle Katholiken endet die Reise, nach all dem Leid, der Entbehrung und Demütigung, wieder da, wo sie begann: 2.200 katholische „Palatines“ schicken die Briten zurück nach Rotterdam. Nur für etwas weniger als 3.000 erfüllt sich die Hoffnung, die sie hatte aufbrechen lassen: Sie werden nach New York eingeschifft – wo auf sie keineswegs das „versprochene“ Land wartet, sondern Fronarbeit. Ungezählt bleiben überall diejenigen, die unterwegs gestorben sind. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit behält sich die offizielle Kommission vor, die im Jahr darauf mit der Untersuchung der Ereignisse des Jahres 1709 betraut wird. Sie kommt zu dem Ergebnis, „dass, wer auch immer dazu geraten hat, die armen Pfälzer in dieses Königreich zu bringen, als Feind der Königin und des Königreiches betrachtet werden muss“.

Aber muss dies das letzte Wort bleiben? Die ökonomischen Verwertungs-, moralischen Werte- und xenophoben Abwertungsdiskurse, die sich mit stets anderen Worten und doch immer gleicher Bedeutung seit Jahrhunderten wiederholen, haben trotz ihrer entgegengesetzten politischen Implikationen eines gemeinsam: Sie sind allesamt Antworten auf jene von Defoe gestellte Frage: „Was sollen wir mit ihnen tun?“ Heißt nicht aber die Frage so zu stellen, über die Anderen über „das Gebot der Stunde“ hinaus patriarchalisch zu verfügen? Sie aus dem Verhandlungs- und Entscheidungsraum auszuschließen, innerhalb dessen in Frage steht, was mit ihnen geschehen soll? Dieses Geschehen ist doch eines, das *beide* Seiten betrifft: „uns“ und „sie“. Ein Geschehen, das uns anders und die anderen zu unsrigen werden lassen könnte. Dafür aber müssen wir erst einmal neue Worte finden – *und einander zu Wort kommen lassen*. Nur so pfeifen wir nicht immer das alte Lied.

<sup>1</sup> Daniel Defoe: Review of the State of the British Nation, 2. Juli 1709.

<sup>2</sup> Vgl. Daniel Defoe: A Brief History of the Poor Palatines Refugees lately arriv'd in England. London, 1709.

<sup>3</sup> Daniel Defoe: Review of the State of the British Nation, 6. August 1709.

<sup>4</sup> John Floyer an Lady Dartmouth, 23. August 1709.

<sup>5</sup> Das verlangte / nicht erlangte Canaan bey den Lust-Gräbern. Franckfurt und Leipzig, 1711, S. 21.

<sup>6</sup> A View of the Queen and Kingdom's Enemies In the Case of the Poor Palatines. London, o. J., S. 7.

<sup>7</sup> The Palatine's Catechism, or, A True Description of their Camps at Black-Heath and Camberwell. In a Pleasant Dialogue between an English Tradesman and a High-Dutchman. London, 1709.

## migration policy - im Zeitalter des globalisierten Nationalstaates

Als 2015 die EU-Grenze unter dem Druck der Flüchtlinge zusammen brach und auf der Balkanroute fast 900 000 Flüchtlinge nach Deutschland kamen, reagierte die Menschen entlang der Transitstrecke mit großer Empathie und organisierte eine bis dahin nicht da gewesene Willkommenskultur. Alles sah danach aus, als ob sich angesichts des Elends der Flüchtlinge gerade in einem Augenblick, wo die Not besonders groß war, eine neue Linie im Umgang mit den Menschenrechten durchgesetzt habe. Allerdings konnte man auch beobachten, dass einige der betroffenen Regierungen und Teile der Bevölkerung diese Entwicklung nicht nur nicht mit trug, sondern sogar ungewöhnlich menschenverachtend aktiv wurde und alsbald begann, die Flüchtlinge zu skandalisieren, gegen sie Stimmung zu machen und sogar gewalttätig zu werden. Was sich hier innerhalb aller hier beteiligten Länder ankündigte, war eine Spaltung der Gesellschaft. Einige Länder machten dann auch ihre Grenzen sehr schnell wieder dicht, ohne dass nennenswert Widerstand geleistet werden. In anderen Ländern sieht es bis heute anders aus. Hier – besonders in Deutschland – stehen sich seitdem auf der einen Seite eine engagierte Zivilgesellschaft und auf der anderen Seite eine zunehmend empörte, wohletablierte Bevölkerungsgruppe gegenüber. Mobilisiert wird diese Bevölkerungsgruppe von der ursprünglich nur europafeindlichen, jetzt zunehmend flüchtlingsfeindlichen AFD, aber auch von manchen populistischen Politikern aus den Altparteien und im Fall Bayerns auch mehr oder minder direkt von Deutschland. Unterdessen hat auch der Staat Regierungsabkommen mit der Türkei und anderen Anrainerstaaten der EU geschlossen und die EU-Länder längs der Balkanroute haben Grenzzäune quer zur Route gezogen. Heute wird der Flüchtlingsstrom wieder vor den Außengrenzen der EU gestoppt. Damit ist die vor 2015 praktizierte *migration policy* wieder in Kraft.

Besonders in Deutschland wird die Willkommenskultur zwar nach wie vor von einer engagierten Zivilgesellschaft aufrecht erhalten, aber die flüchtlingsfeindlichen Bevölkerungsgruppen haben teils indirekt und teils sogar direkt dafür Stimmung gemacht, dass die Politik wieder zur alten Tagesordnung zurück kehrt und die Grenzen dicht macht. Wie konnte das gelingen? Haben die Flüchtlinge das Land überlastet? Danach sieht es nicht aus, weil gerade die Flüchtlinge unter dem Strich mit zum Wirtschaftswachstum beigetragen haben. War es die Diskreditierung der Flüchtlinge durch die Anschläge des IS? Auch danach sieht es nicht aus, weil es die Pogrome gegen "Fremde" schon lange gibt. Sie folgen tatsächlich bis in die Details hinein den Pogromen, die in der Zeit der Wiedervereinigung Mode wurden.

Was sich hinter dieser Entwicklung verbirgt, wird klar, wenn berücksichtigt wird, dass es hier letztlich um eine globale Konfliktlage geht. Diese Konfliktlage spielt sich derzeit auf zwei Ebene ab:

1. a) Zum einen geht es um Konflikte quer durch alle Länder zwischen drei sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen, nämlich zwischen dem Staatsapparat, der Zivilgesellschaft und fundamentalistischen Gruppen. Alle drei Gruppierungen sind sowohl in den Zentrumsländern als auch im gesamten Mittelmeerraum präsent. Alle drei Gruppierungen nutzen die Moderne mit ihren Technologien (Verkehrsmittel, Waffen), Kommunikationsformen (Internet und soziale Netze) und ihren Leitwerten (Urbanität und Wohlstand). Allerdings ist die Dynamik, die zwischen diesen drei Gruppierungen besteht, je nach der Region sehr unterschiedlich ausgeprägt. In Europa geht es im Rahmen dieser Dynamik darum, sich über öffentliche

Prof. Dr. Wolf-D. Bukow  
Universität Siegen

Stimmungspolitik innerhalb der Gesellschaft durchzusetzen. Von Lybien über Ägypten bis Syrien wird diese Dynamik zunehmend brutal und militärisch organisiert.

2. b) Zum anderen geht es hier um eine Konfliktlinie zwischen den Ländern. Diese Konfliktlinie wird von einer schon sehr viel älteren Konfliktdynamik gerahmt, die auf den seit langem anhaltenden Divergenzen zwischen den Zentrums- und Peripherieländern basiert. Und hier spielen die jeweiligen Staatsapparate eine jeweils spezifische Rolle. Die Staatsapparate in den Zentrumsländern organisieren die Konfliktdynamik durch politische Bündnisse und Handelsabkommen immer wieder neu. Ein solches Konfliktarrangement zwischen den Zentrums- und Peripherieländern stößt aber immer mehr auf Widerstand. Er wird hier vor allem von den jeweiligen fundamentalistischen Strömungen getragen, in den Zentrumsländern von national-fundamentalistischen Bewegungen und an der Peripherie von religiös-fundamentalistischen Strömungen.

Beide Konfliktfelder haben viel miteinander zu tun und wirken sich gleichzeitig aus: Was das erste Feld angeht, die Konflikte zwischen den drei Gruppierungen, so ist es spannend zu beobachten, dass alle drei Gruppierungen quer durch die betreffenden Länder eine gewisse Nähe aufweisen, sich also deutlich komplementär verhalten. Die Willkommenskultur hat viel mit einer Solidarität unter Vertretern und Sympathisanten einer Zivilgesellschaft zu tun; man ist einander global nahe. Der hiesige Fundamentalismus der AfD korrespondiert in seiner Aggressivität und seiner Menschenfeindlichkeit sowie der Verachtung der Menschenrechte deutlich mit den fundamentalistischen Strömungen innerhalb islamischer Staaten; auch hier ist man tatsächlich einander global nahe. Auch die Staatsapparate agieren bei ihren Arrangements komplementär, allerdings in diesem Fall *asymmetrisch komplementär*. Das Problem ist bei ihnen, dass sich die demokratischen das Zentrum bildenden Staatsapparate gegenüber den oft despotischen, extrem populistischen entweder repressiv oder desolaten peripheren Staatsapparaten motiviert sehen, die Zentrum-Peripheriedynamik zum eigenen Vorteil stabil zu halten; hier ist man einander negativ komplementär nahe, denn man stabilisiert damit Entwicklung hier und Unterentwicklung und Ausbeutung dort. Und das ist wiederum der wesentlicher Grund für die bis heute andauernden Verwerfungen an der Peripherie.

So geraten die Flüchtlinge, die zunächst Opfer der quer durch den gesamten Mittelmeerraum verlaufenden ersten Konfliktlage sind, in den Zentrumsländern in die Falle. Als Opfer von sich zwischen fundamentalistischen Strömungen, antidemokratischen, populistisch agierenden Despoten und einer an der Moderne orientierten, aber ehre umorganisierten Zivilgesellschaft abspielenden Konflikte treffen sie nun auf dazu komplementäre Konfliktlagen in den Zentrumsländern. Und hier wirkt sich nun das zweite Konfliktfeld, der Zentrum-Peripheriekonflikt aus. Die Solidarität innerhalb der Zivilgesellschaft mag zwar im Rahmen der ersten Konfliktlage kurzfristig helfen, aber eben nicht nachhaltig, weil die Zentrumsstaaten im Rahmen der zweiten Konfliktlage sehr schnell aktiv werden. Sie haben die Festung Europa nach einer vorübergehenden Öffnung längst wieder restauriert und sind heute darum bemüht, die Zahl der bei ihnen überhaupt noch durchgekommenen Flüchtlinge durch breit angelegte Verwaltungsmaßnahmen zu reduzieren.

In dieser Restaurationssituation stört natürlich die Solidarität einer globalen Zivilgesellschaft. Nützlich ist dagegen die Tatsache, dass es auch in den Zentren eine breite fundamentalistische Strömung gibt, in diesem Fall eine national-fundamentalistische, die man populistisch nutzen kann. Dabei geht es nicht so sehr um deren direkte Aggressivität als vielmehr um deren Motivationsbasis, die man sich zu eigen macht. Der besorgte Bürger wird zitiert, um die Solidarität der globalen Zivilgesellschaft zu reduzieren. Und wenn dann der IS Anschläge macht oder wenn sich Jugendliche unter Alkoholeinfluss ohne irgendeine Bleibeperspektive zu Bandenexzessen hinreißen lassen, dann lässt sich das motivationsmäßig ausgezeichnet nutzen, um jede Grenzschießung

und einen repressiven Umgang mit den Flüchtlingen zu begründen. Keiner hat das klarer vorgeführt als der neue amerikanische Präsident Trump, der ja dem mächtigsten Zentrumsland weltweit vorsteht. Wir haben es also mit einer weltweiten Konstellation zu tun, die global von einer doppelten Konfliktdynamik bestimmt wird, wobei aber die alte Zentrum-Peripheriedynamik weiter dominiert. Und damit bestimmt auch die überkommene *migration policy* weiter die Lage.

Am Ende bleiben zwei Fragen. Erstens bleibt zu fragen, wie es dieser *migration policy* gelingt, immer wieder eine derartige Durchschlagskraft zu entwickeln. Im Kern geht es hier um zwei einander ergänzende Steuerungselemente, nämlich ein Mobilitäts- und ein Diversitätsregime<sup>[1]</sup>. Das Mobilitätsregime regelt die Möglichkeiten, welche Wege eingeschlagen werden können, um vom Herkunfts- zum Zielland zu kommen und sich hier niederlassen zu können. Das Diversitätsregime regelt, wem welche Möglichkeiten überhaupt eingeräumt werden. Das heißt, dass die *migration policy* Mobilitätsformate vorschreibt, die sie allerdings nur bestimmten Menschen einräumt. Ein leicht zu handhabendes Format ist das eines internationalen Studierenden. Wer zum Beispiel als Chilene in Köln studieren will, kann dies beantragen, wird dabei sogar von verschiedenen Institutionen beraten und kann sich bei einer entsprechenden Zulassung an der Zieluniversität nach einem geregelten Umzug einschreiben. Umgekehrt müsste sich ein gleichaltriger Eritreer mit dem gleichen Wunsch auf den Weg durch Nordafrika zur Mittelmeerküste aufmachen und über eine extrem gefährliche und teure Route versuchen, irgendwie über die faktisch geschlossene Balkanroute oder über das Mittelmeer nach Deutschland zu kommen. Ihm bleibt nur das Format eines illegalen Flüchtlings, der, wenn er es bis zum Zielland überhaupt schafft, noch lange nicht in Köln zum Studium zugelassen würde. Man könnte hier sehr unterschiedliche Formate anführen, die jeweils definieren, wer sich wie auf den Weg machen kann. Und sie definieren gleichzeitig, wer wie nur illegal kommen kann, weil die *migration policy* so ausgelegt ist, dass faktisch nur Weiße auf einfache Weise einreisen können, während coloured people faktisch auf illegale Formate verwiesen sind. Vor dem Hintergrund, dass sich Migration als eine basale Form der Mobilität tatsächlich niemals verhindern lässt, mag die heute übliche *migration policy* zwar offiziell nur legale Migrationsformate ermöglichen. Tatsächlich aber erzeugt sie angesichts einer faktisch nicht zu verhindernden Mobilität gleichzeitig illegale Migrationsformate, die zudem mit einem extremen Risiko verbunden sind. Und sie erzeugt gleichzeitig neben einer legalen Kommerzialisierung der Mobilität eine kriminelle Kommerzialisierung von Mobilität.

Zweitens bleibt zu fragen, wie diese *migration policy* in einer auf Humanität stolzen demokratischen Gesellschaft überhaupt dauerhaft durchzusetzen ist. Denn nur, wenn das gelingt, kann sie überhaupt "effizient" arbeiten. Auf der einen Seite zeigt man sich bereit, dann Mobilität zu normalisieren, wenn das Land der EU beitrifft, was freilich nur unter mit dem Diversitätsregime kompatiblen Bedingungen zugelassen wird. Und man zeigt sich in brisanten Situationen nachgiebig. So hat man bislang drei Mal die Grenzen zumindest teilweise geöffnet, nämlich nach dem Zerfall Jugoslawiens, nach der Wiedervereinigung und nach dem Arabischen Frühling. Auf der anderen Seite hält der fundamentalistische Nationalismus ein breites Repertoire an rassistischen Narrativen bereit, um dem Anderen den Status als *Newcomer* zu verweigern, ihn zum Fremden zu erklären, zu diskriminieren, zu skandalisieren, ihn auszusondern und so lange in eine perspektivenlose Situation zu zwingen, bis er freiwillig geht oder ggf. auch abgeschoben werden kann. Einer solchen Strategie gegenüber ist jede zivilgesellschaftliche Solidarität auf Dauer machtlos. Aus dem "Wir schaffen das" ist tatsächlich längst wieder ein Strategie der Begrenzung, der Perspektivenreduktion, der Ausgrenzung und der Rückführung geworden.

<sup>1</sup> Wolf-D. Bukow (2014): Gute Forschung verlangt eine gute Theorie. In: Wassilios Baros, Wilhelm Kempf (Hg.): Erkenntnisinteressen, Methodologie und Methoden interkultureller Bildungsforschung. Berlin. Verlag Irena Regener 81ff., S.88.

# Ein Blick zurück: Arbeitsmigration von Ost- nach Westeuropa seit 1989/90

Mit dem Ende des ›Kalten Krieges‹ und der Öffnung des ›Eisernen Vorhangs‹ 1989/90 setzten neue Migrationsbewegungen von Ost- nach Westeuropa ein. Auf den starken Anstieg der Zuwanderung reagierten die westeuropäischen Staaten rasch mit Restriktionen und Abwehrmaßnahmen: Nicht nur die Stabilität der Arbeitsmärkte galt als gefährdet, vielmehr schien mit zunehmender Fremdenfeindlichkeit auch ein Anstieg gesellschaftlicher Konflikte zu drohen. Die vor diesem Hintergrund entwickelten Maßnahmen begrenzten den Umfang der Ost-West-Migration und pressten sie in erwünschte Bahnen, indem sie beispielsweise zeitlich befristet wurden. Das aber konnte nicht verhindern, dass die Ost-West-Migration die europäischen Migrationsverhältnisse im Jahrzehnt vor und nach dem Jahr 2000 nachhaltig prägten. Schließlich führte die Osterweiterung der Europäischen Union 2004 und 2007 und damit die Einbeziehung vieler osteuropäischer Staaten in die europäische Integration zu einer erneuten Veränderung der Migrationsverhältnisse: Aufgrund der Freizügigkeit, die allen Unionsbürgern gewährt wird, verloren viele der Barrieren an Bedeutung, die zunächst noch die Ost-West-Bewegung behindert oder eingeschränkt hatten.

## 1. Arbeitsmigration vor der EU-Osterweiterung

Ein Großteil der neuen Ost-West-Arbeitsmigration nach 1989 war zunächst ausgerichtet auf die westlichen Nachbarstaaten jenseits des ehemaligen ›Eisernen Vorhangs‹: Italien oder Griechenland wurden vornehmlich zum Ziel südosteuropäischer Zuwanderung, bei der insbesondere die albanische Migration ein hohes Gewicht hatte. Die Migration nach Österreich speiste sich vor allem aus Bewegungen aus Jugoslawien bzw. dessen Nachfolgestaaten, während in der Bundesrepublik Deutschland vornehmlich polnische Arbeitsmigranten beschäftigt wurden. Ein guter Teil der grenzüberschreitenden Arbeitsmigration blieb in den Bahnen von Pendelbewegungen oder saisonalen Wanderungen: Viele Menschen aus Osteuropa arbeiteten im Baugewerbe, in der Landwirtschaft, in Hotels oder Haushalten als Pflegekräfte.

Unter den Ost-West-Migrationen dominierten zunächst die Bewegungen von Polen. Die in der EG/EU registrierten polnischen Arbeitswanderer arbeiteten in den 1990er Jahren zu drei Vierteln in Deutschland. Um dauerhafte Einwanderung zu verhindern und die Zuwanderung in die Arbeitsmarktbereiche zu lenken, in denen der Bedarf besonders hoch zu sein schien, vereinbarte die Bundesrepublik Deutschland Anfang der 1990er Jahre mit einem Großteil der Staaten Osteuropas Abkommen zur Regelung der Arbeitsmigration – von Bosnien-Herzegowina und Bulgarien über Kroatien, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Serbien, Lettland, Mazedonien, Polen, Rumänien bis hin zu Slowenien und Ungarn. Zentrale Elemente waren dabei die Beschränkung einerseits des Umfangs der Zuwanderung auf der Basis des Bedarfs des Arbeitsmarkts sowie andererseits auf saisonale bzw. kurzfristige Tätigkeiten (meist ein bis drei Monate). Auch andere west- und mitteleuropäische Staaten schlossen in den 1990er Jahre und zu Beginn des 21. Jahrhunderts solche bilateralen Verträge. In deren Rahmen wurden beispielsweise im Jahr 2003 insgesamt 320.000 polnische Arbeitsmigrantinnen und -migranten beschäftigt, 95 Prozent davon in Deutschland.

Diese deutsche Beschränkung der Arbeitsmigration durch Saisonalisierung trug mit dazu bei, dass andere Ziele in Westeuropa attraktiver für polnische Zuwanderer wurden. Seit Mitte der 1990er Jahre wuchs der Umfang der Bewegungen nach Spanien, Großbritannien, Belgien, Frankreich, Italien und schließlich auch nach Irland. Dass die Erwerbsbereiche in Deutschland, die besonders häufig polnische Arbeitskräfte nachfragten, seit Ende der 1990er Jahre auch zunehmend in weiter entfernt liegenden Gebieten Osteuropas Arbeitskräfte suchten, lag aber auch an der wirtschaftlichen Entwicklung in Polen selbst: Es entwickelte sich zum Zuwanderungsland, polnische Arbeitswanderer, darunter viele hochqualifizierte Kräfte, kehrten wegen der verbesserten Erwerbsmöglichkeiten in ihr Herkunftsland zurück. Das war schließlich auch den Hintergrund dafür, dass der vielfach erwartete starke Anstieg der Abwanderung aus Polen nach Mittel- und Westeuropa nach dem Beitritt Polens zur EU 2004 ausblieb.

## 2. Folgen der Osterweiterung der EU

Mit der Osterweiterung der EU, der Aufnahme vieler osteuropäischer Staaten in die Union und der damit verbundenen Freizügigkeit haben sich die Rahmenbedingungen der Ost-West-Migrationsverhältnisse grundlegend verändert.

Gerade die unterschiedlichen Reaktionen auf den Umgang mit den Fluchtbewegungen 2015/16 haben allerdings noch einmal deutlich gemacht, dass die EU alles andere als ein einheitlicher Migrationsraum ist. Auch die zum Teil sehr prekäre Situation von Minderheiten (insbesondere Roma) im Osten Europas und das weiterhin bestehende Ost-West-Gefälle in der Wirtschaftsleistung und in den Einkommen werden dazu beitragen, dass Ost-West-Migration auch zukünftig die Migrationssituation in der EU prägen wird.

In Deutschland lebten Ende 2015 4 Millionen Angehörige anderer EU-Mitgliedstaaten, die hier 4,8% der Bevölkerung stellten. Blickt man auf die Reihe der 2004 der EU beigetretenen 8 Staaten Osteuropas sowie auf Malta und Zypern, lässt sich mit 741.000 vor allem eine hohe Zahl polnischer Staatsangehöriger in der Bundesrepublik ausmachen. Alle andere Herkunftsstaaten blieben demgegenüber deutlich zurück: Ungarische Staatsangehörige erreichen als zweitwichtigste Gruppe eine Zahl von 178.000, es folgt Tschechien mit 54.000. Demgegenüber erwies sich die Zuwanderung aus den 2007 in die EU aufgenommenen Staaten Rumänien und Bulgarien als wesentlich höher. Sie bildeten Ende 2015 Herkunftsländer von 680.000 Migranten in der Bundesrepublik, wobei Rumänen mit 453.000 die Bulgaren (227.000) deutlich überragten. Der weit überwiegende Teil der Bulgaren und Rumänen ist erst nach dem EU-Beitritt in die Bundesrepublik zugewandert: Während die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Unionsbürgern in Deutschland 2015 bei über 16 Jahren lag, erreichten bulgarische Staatsangehörige einen Wert von nur 4,8 Jahren und rumänische von 4,4.

Die Zuwanderung aus Kroatien als jüngstes EU-Land ist demgegenüber ganz anders geartet: Zwar hat sich der Zuzug von 2013: 25.200 auf 2015: 57.412 mehr als verdoppelt (bei allerdings zeitgleich starken Fortzügen), der größte Teil der Menschen mit kroatischer Staatsangehörigkeit befindet sich allerdings seit langem in der Bundesrepublik: Kroaten halten sich durchschnittlich seit 24,4 Jahren in der Bundesrepublik auf – ein Wert der darauf verweist, dass Kroatien als Teil Jugoslawien zu den Anwerbeländern im Kontext der ›Gastarbeiter‹-Zuwanderung gehörte. Zu beachten bleibt die hohe Fluktuation: In der Regel ist die Migration aus den osteuropäischen EU-Beitrittsländern auf temporäre Aufenthalte in Deutschland ausgerichtet, weshalb hohe Zuwanderung mit hoher Abwanderung korrespondiert: So stand der Zuwanderung von 213.000 Rumänen 2015 die Abwanderung von 127.000 gegenüber, 84.000 Bulgaren wanderten zu, 46.000 wieder ab.

Die hohe Fluktuation ergibt sich nicht zuletzt aus der Attraktivität des Hochschul- und Wissenschaftsstandortes Deutschland: Unter den Migranten aus Bulgarien und Rumänien finden sich z.B. zahlreiche Studierende und Nachwuchswissenschaftler, die einen

Prof. Dr. Jochen Oltmer  
Universität Osnabrück

Aufenthalt in der Bundesrepublik zur Weiterqualifizierung nutzen. Nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln brachten im Zeitraum von 2001–2011 29% aller Zuwanderer aus der EU zwischen 25 und 65 Jahren einen Hochschulabschluss mit, unter den Rumänen und Bulgaren lag der Anteil bei 25%, während er in der bundesdeutschen Bevölkerung mit 19% deutlich niedriger liegt. Vor diesem Hintergrund lässt sich auch keine spektakulär hohe Erwerbslosigkeit ausmachen: Die Erwerbslosenrate erreichte in der Bundesrepublik im August 2014 insgesamt 7,8%, bei Rumänen und Bulgaren 9,2%, wobei die Rate der quantitativ dominierenden Rumänen mit 6,5% die bundesdeutsche Rate unterschritt – und weit unterhalb derjenigen aller Ausländer lag (15,1%). MigrantInnen streben danach, durch ihre räumliche Bewegung Chancen zu erschließen, das gilt insbesondere für Erwerbs- und Bildungschancen. Vor diesem Hintergrund ergibt sich wegen der unterschiedlichen Attraktivität der Bundesländer ein Gefälle: Vor allem Bayern und Baden-Württemberg als wirtschaftsstärkste Bundesländer bilden Hauptziele der Neuzuwanderung.

Die medialen und politischen Debatten konzentrieren sich auf einen kleinen Teil der Zuwanderung. Vor allem 2012–2014 ist intensiv über eine ›Armutsmigration‹ aus Rumänien und Bulgarien diskutiert worden, die z.T. als ›Zuwanderung in die Sozialsysteme‹ tituliert wurde. Eine Fokussierung erfolgte auf einzelne Kommunen, die als besonders belastet erschienen. Tatsächlich ist neben der ungleichen Verteilung auf die einzelnen Bundesländer auch eine Konzentration auf einzelne Großstädte auszumachen: In München lebten 2014 23.000 Staatsangehörige Rumäniens und Bulgariens, es folgten Frankfurt a.M. mit 14.000, Berlin mit 12.000 sowie Duisburg mit 11.000. Dabei ergab sich in den verschiedenen Kommunen eine je unterschiedliche soziale Zusammensetzung der rumänischen und bulgarischen Zuwandererbevölkerung: So waren unter den Bulgaren und Rumänen in Duisburg 33% erwerbslos, in Dortmund 26%, in anderen Kommunen vor dem Hintergrund der oben skizzierten relativ geringen Erwerbslosigkeit im Bundesdurchschnitt aber erheblich weniger. Deshalb erweisen sich auch die kommunalen Aufwendungen als sehr unterschiedlich. Mithin bietet die Zuwanderung von Bulgaren und Rumänen auch keineswegs als Ganzes eine Herausforderung für die Kommunen, sondern vornehmlich für einige wenige finanzschwache Städte, in denen sich aus dieser Zuwanderung resultierende kommunale Lasten konzentrierten.

# Ländliche Räume in migrationsgesellschaftlicher Perspektive

Wer glaubt, dass das Land statisch und die Städte mobil sind, sitzt einem Trugbild auf. Erfahrungen und Verhaltensmuster der Bewegung und der Verfestigung gibt es vielmehr in beiden Bereichen, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen und unterschiedlichen Folgen. Wenn es um die Gestaltung einer Migrationsgesellschaft geht, bieten diese Erfahrungen und Muster einen Ausgangspunkt, schaffen einen Rahmen, auch möglicherweise Grenzen für deren Entwicklung, zugleich aber auch Chancen, an die angeknüpft werden kann, wenn diese Vorgaben in Rechnung gestellt werden. Migrationsgesellschaften entstehen ja nicht erst, wenn immer mehr Migranten kommen oder wenn die Gefahr gesehen wird, dass bestehende Gesellschaft durch Migrationsgeschehen abgeschafft oder unterwandert wird. Vielmehr geht es um die Tatsache, dass es – mit einigen Ausnahmen durch Gewalt, Not oder politischen Terror abgeschlossener bzw. brutal und zwanghaft homogenisierter Gesellschaften, wie dies für Deutschland am Ende der Nazi-Zeit gilt – kaum eine Gesellschaft gibt, die nicht über eine eigene Migrationsgeschichte verfügt, ja durch sie erst zustande gekommen ist und in ihren Traditionen ebenso wie in ihrer Zusammensetzung und in ihrer Geschichte durch Migration geprägt, ja in ihrer möglicherweise besonderen Form sogar geschaffen wurde. Dies gilt nicht nur für die Anfänge Roms, das durch die Nachfahren von Flüchtlingen aus Troja gegründet sein wollte, oder die USA, die sich in ihrem „weißen“ Selbstverständnis auf die Pilgerväter aus England zurückführen. Knapp die Hälfte aller englischen Wörter ist Französisch, das mit den Normannen nach England kam, während der Politologe Christian Graf Krockow sich schon vor vielen Jahren über die in Deutschland zeitweise grassierende Polenverachtung gewundert hat, wo doch große Teile der Bevölkerungen in Nord- und Ostdeutschlands vielfach selbst slawischer Herkunft sind. Kam nicht sogar die weltweit geschätzte französische Küche eigentlich aus Italien?

Nun werden gemeinhin die Städte als die eigentlichen „Schmelztiegel“, mitunter auch Konfliktfelder und sicherlich als Aushandlungsorte von Migrationserfahrungen gesehen und dies mag im Blick auf die Attraktivität der Global Cities für weltweite Migrationsbewegungen auch sicherlich richtig sein. Wer freilich einen Blick auf ländliche Räume wirft, wird erst das ganze Ausmaß erkennen, in dem Migration schon immer Gesellschaften jedweder Art bestimmt, ja in gewissem Maße auch hervorgebracht hat. Dass dies vielfach nicht so gesehen wird, ist zunächst einmal einer mehr oder weniger romantischen, also selbst modernen Verständnis des Ländlichen geschuldet, das sich als populäre Vorstellung erst im 19. Jahrhundert gebildet hat und das dann vor allem über volkulturelle Orientierungen und Organisationen, zum Beispiel das Vereinswesen, sowie die Ausweitung von Bildungsprofilen („Volksschulen“) Eingang in die Vorstellungswelt weiter Teile der Bevölkerungen gefunden hat. Der in Rumänien geborene, später dann amerikanische Historiker Eugen Weber (1925-2007) hat in einer großen Studie: „Wie aus Bauern Franzosen wurden“ (1976) zum einen die vier Bänder beschrieben, die im Zeitraum zwischen 1870 und 1914 aus Bauern in den verschiedensten Landschaften Frankreichs „Franzosen“ machten: das Steuersystem, die Grundschulen, das Straßen- und Verkehrsnetz und nicht zuletzt die Militärverwaltung. Zum anderen hat er auf die für die älteren ländlichen Gesellschaften typischen Formen der

---

Prof. Dr. Werner Nell

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

---

Migration ebenso verwiesen wie auf deren Normalität als Wanderarbeit, Nomadenleben, Saisonarbeit, Auswanderung und Katastrophenflucht (inklusive Kriegs-, Bürgerkriegs-, Armut- und Repressionserfahrungen), die für die ländliche Welt auch vor der industriellen Revolution bereits bestanden.

War die Idee von den glücklich und naturnah, vor allem Zeit enthoben lebenden „Schäferinnen“ und „Schäfern“ noch eine Projektion der Adelswelt, zu deren Attraktivität auch das Wissen um die Künstlichkeit und den damit ermöglichten Spielcharakter dieses Settings bis hin zum „Schäferstündchen“ gehörte, so stellten malerische Bauernhäuser und -dörfer, Trachten und entsprechende Volksfeste nicht nur Projektionsflächen, sondern auch Handlungsräume bereit, in denen seit dem 18. Jahrhundert vor allem das Bürgertum sowohl seine zeitgenössischen Erfahrungen unter den Bedingungen der aufkommenden Industriegesellschaften zu bearbeiten als auch seine eigenen Wünsche und Hoffnungen zu spiegeln suchte. In dieser Perspektive lässt sich geradezu von einer Erfindung der Landbevölkerungen sprechen, wobei Literatur und Malerei ebenso eine Rolle gespielt haben wie die Oper und namentlich die Volksschulbibeln. Insbesondere die Farbigkeit der Trachten, aber auch das Bild einer reich entfalteten Landwirtschaft, erst Recht Vorstellungen von Erbhofbauern, tatkräftigen Männern und kindergebärenden starken Frauen, Jahrtausende alten Traditionen oder gar „ethnisch“ bis „rassisch“ reinen Stammeskulturen und Familienstämmen gehören in diesem Zusammenhang freilich ganz ins Reich der Ideologien bzw. Erzählungen, die sich in ihrer Breite erst als Reaktionsbildungen auf die Zumutungen der Industriegesellschaften und deren durch den Kapitalismus angestoßenen bzw. getragenen Umbruchprozesse bilden und verstehen lassen.

Sesshaftigkeit gab es sicherlich auch auf dem Land und wurde zumal in den Prozessen frühneuzeitlicher Territorialherrschaftsbildung auch gefördert, wenn nicht gar in den „großen Einschließungen“ (Michel Foucault) seit dem 17. Jahrhundert erzwungen. Zugleich aber waren große Gruppen ländlicher Bevölkerungen auf die Straße geworfen, waren zu Nomadentum, Wanderarbeit oder auch Räubereien gezwungen, lebten von der Hand in den Mund; vermutlich kaum eine Familienforschung von heute, die ihre an Adelsprädikaten interessierten Auftraggeber nicht mit Stammbäumen frustriert, die beim „fahrenden Volk“ enden. Bis weit ins 19. Jahrhundert hinein, so hat es der österreichische Historiker Rüdiger Wischenbart, am Beispiel der Karpaten beschrieben, war die Kleiderfarbe der einfachen Landbevölkerung keineswegs von bunten Bändern, Spitzen oder weißgestärkten Trachtenblusen bestimmt, sondern schwankte europaweit zwischen schmutzig grau und schmutzig braun. Überhaupt sind es die Erfahrungen der Armut und der Unbehaustheit, also auch des Unterwegs- und nirgendwo „fest“ zu Hause Seins, die für große Teil der europäischen ländlichen Bevölkerungen auch schon vor der Moderne ihren Alltag und ihre Lebenserfahrungen bestimmt haben. Bis weit ins hohe Mittelalter sind selbst Adel und Könige ständig unterwegs, da schon der Mangel an Nahrung und sonstigen Ressourcen, aber auch die Unsicherheit der Verhältnisse immer wieder zum Aufbruch und damit auch zum Wechsel zwingt. Burgen sind dagegen ebenso wie Städte zunächst einmal Verfestigungen auf Zeit, die umkämpft und ähnlich wie auch Dörfer unter vielfältigen Einwirkungen bis zur Neuzeit immer wieder auch aufgegeben werden. Die Gründe hierfür sind vielfältig und können uns auch aktuell darüber belehren, dass nicht alle Ursachen und Folgen von Migration einfach planbar, gestaltbar oder auch ggf. vermeidbar sind; Klimawandel gehört ebenso dazu wie Kriege und Vertreibungen, die Suche nach Wegen aus Unterdrückung, Hunger, Not und Krankheit (zumal in Zeiten der Pest), nicht zuletzt das Streben nach Glück, von dem das Märchen von den Bremer Stadtmusikanten weiß: „...*etwas Besseres als den Tod findest du überall*“. Erst die Ausbildung der Territorialstaaten, deren Überlagerung durch die nach 1800 sich durchsetzende Vorstellung nationaler Kohäsion und zugleich die Übertragung zunächst bürgerlicher Bildungs- und Gemeinschaftsvorstellungen auf alle, die einer bestimmten Nation angehören sollten – der Hintergrund ist natürlich auch die durch die Kolonialgeschichte Europas im 19. Jahrhundert geforderte und geförderte Differenzsetzung gegenüber außereuropäischen

Prof. Dr. Werner Nell

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

---

Gesellschaften – schafft dann auch einen Rahmen, in dem die Landbevölkerung ebenso wie das bis dahin „vaterlandslose“, also auch „heimatlose“ Proletariat einen eigenen Ort finden sollten, wenn sie nicht wie Juden, Sinti und Roma, Menschen von außerhalb Europas oder auch weiterhin Flüchtlinge, politische Dissidenten und Migranten dann doch weiterhin außen vor zu bleiben hatten, in ihrem Status zumindest gesichert und jederzeit verfolgbar blieben.

An diese Erfahrung ländlicher Räume und ihrer Bewohner im Umgang mit räumlicher Mobilität und Migration ist auch aktuell wieder zu erinnern. Zum einen geht es dabei um die Erinnerung an eine weitgehend, zumal in Deutschland aus ideologisch-völkischen Motiven, verdrängte Erfahrung von sozialer Unsicherheit, räumlicher Mobilität, Verfolgtheit und auch rechtlicher Ungeschütztheit, die als verdrängte vielleicht die Hartleibigkeit der deutschen Gesellschaft im Blick auf ihre Selbstwahrnehmung als Migrationsgesellschaft etwas erklären kann, zumindest aber auch den Stachel beschreibbar macht, der durch Migranten und Flüchtlinge in diese Verdrängungsgeschichte hineinwirkt (und schmerzhaft sein kann). Zum anderen finden sich hier aber auch Anschlussmöglichkeiten, aus der Erinnerung bzw. Aufarbeitung der im ländlichen vorhandenen Migrationsgeschichten und Unbehaustheitserfahrungen Ansatzpunkte für die Gestaltung eines Zusammenlebens mit Fremden aus der Fremde, Flüchtlingen und Migranten, zu gewinnen. Schon vor mehr als dreißig Jahren hat der Tübinger Kulturwissenschaftler Hermann Bausinger dazu einen Heimat-Begriff vorgeschlagen, der nicht nur die aktuell wieder heimattümelnden Vorstellungen in Frage stellt, sondern tatsächlich geeignet war/ist, für die aktuelle Migrationsgesellschaft, zumal auch in ihren ländlichen Facetten, einen Ausgangspunkt zu benennen: Nach Bausinger existiert „heute“, er schrieb dies bereits 1986, in unseren Städten und Dörfern ein „recht sicheres Kriterium dafür, ob Heimat immer noch als Arsenal schöner Überlieferung verstanden wird, aus dem man sich bedienen kann, oder als Idee, menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. Dieses Kriterium ist der Umgang mit ausländischen Mitbürgern. Ein Heimat-Begriff, der ihnen keinen Platz einräumt, greift zu kurz, auch wenn er sich noch so sehr mit historischen Requisiten drapiert.“

---

## Stadtkultur: Heimat der Minderheiten?

Zivilisationsgeschichtlich betrachtet, verkörpert die Stadt jenen Ort, an dem sich soziale Minderheiten überhaupt erst finden, formieren und organisieren. Denn nur hier erreichen sie jene Größe der „kritischen Masse“, die es ihnen ermöglicht, eigene und abweichende Lebensstile öffentlich zu demonstrieren und zu etablieren. Und nur hier können sie auch eigene kulturelle Ausdrucksformen entwickeln, in denen sie sich dann nicht nur „identitär“ wiederfinden, sondern sich auch politisch emanzipieren und ganz praktisch ihre Lebens- und Rechtssituation verbessern können. Insofern gilt, dass die moderne Stadt ebenso der Geburtsort minoritärer Gruppen und Kulturen ist, wie umgekehrt die Minderheiten die Stadtkultur seit Generationen ganz entscheidend mit prägen.

Das gilt in unterschiedlichen Zeiten und Kontexten für Arbeiterkulturen wie Migrantengruppen, für jüdische Gemeinden wie Freidenker, für die Schwulen- wie die Frauenbewegungen, aber auch für politische Friedens- und Protestbewegungen, für ökologische Initiativen und Milieus, für subkulturelle Musik- und Modeströmungen, für vegetarische Milieus und für Flüchtlingsinitiativen. Ihre Werte und Ideen, ihre Praktiken und Rituale, ihre literarischen und musikalischen Manifestationen, ihre körperpolitischen wie partnerschaftlichen Performanzen prägen die Stadtkultur heute längst mehr und nachhaltiger mit als die einheimischer Stammtischkultur á la America first.

Denn Minoritäres verkörpert in den Augen der Mehrheitsgesellschaft oft auch das Ungewöhnliche, das Exotische. Es scheint als „Indie-Culture“ dem Mainstream entgegenzutreten. Damit steht es in vieler Hinsicht eben auch für Vorstellungen von persönlicher Autonomie und Freiheit, wie sie heutigen Jugendkulturen und Stadtkulturen als Vision vorschweben. Und dies erklärt letztlich auch den Erfolg von Boccia-Bahnen wie Stadtstränden, von Asian Streetfood wie Barbecue-Partys, von World-Music wie CSD-Paraden in fast allen großen europäischen Städten. Oder auch von Megaevents wie dem Notting Hill-Karneval in London oder dem Karneval der Kulturen in Berlin.

Und weil sich diese kulturellen Szenen und Praktiken der Minderheiten oft nur langsam und mühsam etablieren ließen, werden sie heute auch in besonderer Weise fortgeführt und gepflegt. Denn in der kompetitiven Stadtkultur müssen erobertes Terrain

Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba  
Humboldt Universität zu Berlin

---

und besetzter Raum stets aktiv verteidigt werden. Davon hängen gerade für die Minderheiten existenziell ab, ob und wie sie öffentlich auftreten und privat leben können. Auch deshalb ist ihr kultureller Einfluss in den Städten auch so nachhaltig.

Deshalb wird aber gerade hier auch die Kehrseite dieses neuen „Urban Hype“ besonders gut sichtbar. Was wir nämlich als neue Diversität der Stadtgesellschaft loben und als kosmopolitische Stadtkultur feiern, also die Stadt als Ort der gegenseitigen Toleranz von Mehrheiten und Minderheiten, das scheint für andere ein rotes Tuch zu sein. So wird die soziale Spaltung in den westlichen Gesellschaften von den Rechtspopulisten in Europa ganz unmittelbar mit diesem Aufstieg der Minderheiten nach 1968 verbunden und mit der dadurch verursachten Auflösung der autoritären Nachkriegsgesellschaften.

Sie argumentieren, dass die „völkische Spaltung“ wesentlich durch diesen neuen Pluralismus der 68er-Generation entstanden sei: als Folge der sozialen und politischen Etablierung von Öko- und Friedensinitiativen, von Frauen- und Schwulenbewegungen wie als Folge der politischen Akzeptanz von Migranten und Flüchtlingen. All dies zusammen habe zu einer kulturellen und mentalen „Überfremdung“ unserer Gesellschaften geführt. Deshalb suggerieren sie vor allem den Angehörigen der älteren Generation und den eher ländlichen sozialen Milieus, dass ihre eigenen Lebensstile und ihre Zukunft dadurch bedroht sei. Dass sie von Fremden überrannt würden, nicht mehr Herr im eigenen Hause seien, sondern zu den Vergessenen und Vernachlässigten gehörten. – Freiheit – das wissen wir – kann eben auch anstrengend sein. Und das meine ich hier gar nicht nur ironisch...

Von rechts wird hier jedoch in hysterischem Grundton und provokativer Absicht die Furcht geschürt, dass all diese „Anderen“ nun unsere Gesellschaften übernehmen. Und als Ausweg wird ein „Cultural Backlash“ vorgeschlagen, der wie eine gesellschaftliche Reset-Taste wieder die sozialen Kulissen und die kulturellen Werte der 1950er Jahre auf die Bühne bringen soll: also die autoritäre Konsensgesellschaft der Nachkriegs-Moderne statt die vielstimmigen Verhandlungsgesellschaft der Postmoderne. In Österreich ist dieses Stück gerade mit einem gescheiterten Studenten in der Kanzlerrolle auf offener Bühne zu bewundern.

Denn einige dieser Positionen sind auch längst in der neuen konservativen Mitte gelandet. So fragte ein Berliner Karikaturist, als die CSU in Deutschland die „konservative Revolution“ verkünden wollte, ob denn dann das Führungspersonal von CDU und CSU auch zu den entsprechenden moralischen Haltungen und Positionen bereit sei. Denn in den 1950ern hätte doch eine Bundeskanzlerin Angela Merkel wieder den Weg in die Frauenrolle und an den heimischen Herd suchen müssen. Ein Innenminister Horst Seehofer wäre wegen seines unehelichen Kindes zurückgetreten. Und ein schwuler Gesundheitsminister Jens Spahn – oft als Angela Merkels „Kronprinz“ genannt – hätte sich von seinem homosexuellen Ehemann wieder scheiden lassen müssen. – Keiner der drei hat bisher geantwortet.

---

# Wie eine postnationalistische migration policy zur europäischen Leitdifferenz wird

## Auf dem Weg zu einer neuen europäischen Leitdifferenz

Lange Zeit sah es so aus, als ob die Europäische Union sich vor allem als eine Wertegemeinschaft versteht, die sich in Rechtsstaatlichkeit, in der Wirtschaft, in der Forschung und in der Regionalentwicklung engagiert, um ihren Bürgerinnen und Bürger ein erfolgreiches und friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. Bis zur letzten großen EU-Erweiterung hat die EU dann auch immer Wert darauf gelegt, dass sich die neuen Staaten zunächst der EU-Wertegemeinschaft annähern und erst dann Teil der EU werden. Aber im letzten Jahrzehnt ist die Bindekraft dieser Wertegemeinschaft deutlich zurückgegangen, und die einzelnen Mitgliedsstaaten betonen wieder mehr ihre Eigenständigkeit. Nicht zuletzt kann man das an der Zunahme von Vertragsverletzungsverfahren gegenüber einzelnen Mitgliedsländern beobachten. Eine wichtige Rolle hat dabei das Erstarken rechter nationalistischer Strömungen gespielt, deren Erfolge sich vor allem einer erfolgreichen Modernisierung und vor allem der Kulturalisierung des überkommenen rassistisch-nationalistischen Gedankenguts verdanken. Das ist gerade auch innerhalb der EU zu beobachten, wo von Italien über die mitteleuropäischen Staaten bis Skandinavien vorerst noch deutlich unterschiedliche Varianten dieses modernisierten nationalistisch eingekleideten Kulturrassismus zu einem unübersehbaren Machtfaktor geworden sind. Auch wenn diese Entwicklung noch längst nicht dominiert, ist dennoch die Bindekraft der überkommenen europäischen Werte zurückgegangen und wird zunehmend durch den Appell an eigene nationale Narrative in Frage gestellt. Und an manchen Orten wird ja auch der Austritt aus der EU gefordert bzw. durch den *Brexit* tatsächlich auch eingeleitet.

Es sieht allerdings nicht danach aus, dass sich die EU schrittweise auflöst. Es sieht eher danach aus, dass sich die EU zunehmend umorientiert. Die neuen Rechten wollen keineswegs die EU abschaffen, sondern ihr Druck zielt darauf, sie umzubauen. Tatsächlich ist nämlich im Rahmen der Modernisierung dieser Bewegungen ein postfaktischer Kulturrassismus entstanden, der sowohl *retrotopisch* (Bauman 2017) die Vergangenheit beschwört, als auch auf die vollständige Verfügbarkeit der modernen industriellen und technologischen Möglichkeiten setzt. Einem solchen postfaktischen Kulturrassismus steht eine EU keineswegs im Wege. Ganz im Gegenteil ermöglicht dieses "sowohl als auch", einerseits ein retrotopisches Europa zu beschwören, andererseits aber auch auf die vollständige Verfügbarkeit der europäischen Möglichkeiten zu setzen. Und dabei spielt die Migrationspolitik eine alles entscheidende Rolle. Über sie lassen sich die in den Mitgliedsländern überall tradierten nationalistischen Narrative reaktivieren, mit der längst etablierten europäischen Abgrenzungspolitik verknüpfen und zu einer neuen *migration policy* verdichten, die sich dann gut im Rahmen eines nach außen gerichteten Mobilitätsregime und eines nach innen gerichteten *Diversitätsregime* ausgestalten lässt (Bukow 2019). Auf diese Weise wandelt sich die Wertegemeinschaft, die die EU lange ausmachte, gleichsam von innen her – genauer aus der Mitte der Mitgliedsstaaten heraus und fast unbemerkt. So kommt es unter dem Eindruck der neuen Rechten im Augenblick nicht nur zu einer Umdefinition nationaler Identitäten, sondern schon fast selbstverständlich zu einer europäischen Identität, hier zu einer *postnationalistischen migration policy* als zentraler europäischen Leitdifferenz, in der nun die am meisten der immer wieder beschworenen Nationalismen aufgehen (vgl. Benhabib 2019).

Um diese hier nur knapp angedeutete Entwicklung in ihrer ganzen Brisanz zu erkennen, sind vier Schritte nötig. Erstens muss man sich Klarheit drüber verschaffen, wie in den EU-Mitgliedsstaaten die oft genug rassistisch imprägnierten Nationalismen überlebt haben und gerade sie modernisiert wurden: Die Veralltäglichsung eines modernisierten Rassismus als Leitdifferenz in der Mitte der Gesellschaft. Zweitens kommt es darauf an, die dabei entfaltete "sowohl-als-auch Logik" zu erkennen: Die Entwicklung eines *retrotopisch* legitimierten und zugleich global platzierten und extremen Anspruchsdenkens. Vor diesem Hintergrund lässt sich dann sichtbar machen, wie sich beides im Rahmen einer *postnationalistischen migration policy* zu einer europäischen Leitdifferenz verdichtet hat: Eine post-nationalistische mobilitäts- und diversitätsfixierte *migration policy*. Abschließend bleibt dann zu prüfen, welche Auswirkungen eine solche letztlich fiktive und realitätsferne politische Konstruktion auf die gesellschaftliche Wirklichkeit hat – eine Wirklichkeit, in der Mobilität/Migration und Diversität/anders-Sein so trivial wie diffus und global verortet sind, dass sich daraus keine Distinktionen oder gar Wertungen ableiten lassen: Welche Auswirkungen haben die im Rahmen von *postnationalistischer migration policy* stilisierten fiktiven Distinktionen für das Zusammenleben?

### Zwei Fallbeispiele

Die hier skizzierten Schritte lassen sich tatsächlich an ausgewählten Fällen recht genau rekonstruieren, wenn damit auch nichts darüber gesagt ist, wie repräsentativ solche Fälle für die hier beschriebene Entwicklung sind.

1 a) Am 19. Januar 2001 gibt es in Köln einen Anschlag auf einen aus der Türkei eingewanderten Lebensmittelhändler, wobei die Tochter des Inhabers schwer verletzt wird. Die Tat wird später eher zufällig als Start der NSU-Anschlagsserie identifiziert. Wie auch bei allen späteren NSU-Anschlägen wird zunächst die Familie in den Fokus gerückt und es wird erst über Ehekonflikte, dann über einen Glücksspielhintergrund und schließlich mafiose Verbindungen spekuliert. Obwohl eigentlich schnell ein rassistisches Motiv erkennbar war hat man "vorurteilsfixiert" wie in den meisten anderen Fällen jahrelang die Familie unter Druck gesetzt. Auch 18 Jahre nach dem Anschlag ist der rassistische Hintergrund immer noch nicht voll ausgeleuchtet (KStA 19./20. Jan. 2019)

2. b) Am 21.12.2018 berichtet Human Rights Watch (HRW) über sich ständig wiederholende Pushbacks an der Grenze zwischen Griechenland und der Türkei, die dazu dienen, in Griechenland aufgegriffene Flüchtlingen rechtswidrig direkt in die Türkei abzuschieben. "Sie schlugen uns mit ihren Schlagstöcken und riefen 'Fuck Islam'". Die so deportierten Menschen werden immer wieder mit "Schlägen, Fußtritten und einer entwürdigenden Behandlung und sogar Scheinhinrichtungen" gezwungen, in die Türkei zurückzukehren. Die Menschenrechtskommission des Europarats hält dieses Vorgehen für eine "längst gängige Praxis" der griechischen Behörden, die im Augenblick besonders viele Nordafrikaner trifft.

Während das erste Beispiel einen Vorfall mitten in einer der größten deutschen Metropolen betrifft, spielt das zweite Beispiel am Grenzfluss Evros, der EU-Grenze zur Türkei. Beide Vorfälle stehen für eine ganze Reihe von vergleichbaren Vorfällen. Das erste Beispiel ist nur einer von zahlreichen NSU-Anschlägen, die allesamt von den Behörden nicht nur falsch, sondern sogar analog kulturrassistisch eingeschätzt wurden und es wurden dementsprechend wie selbstverständlich und ohne irgendwelchen Bedenken die Opfer zu den Tätern gemacht. Der zweite Fall erweist sich als Teil einer längst gängigen Praxis, die nicht nur von der Grenzpolizei tagtäglich praktiziert, sondern auch noch von den verantwortlichen Behörden kategorisch geleugnet wird. Der Fall ist darüber hinaus typisch für Vorgänge, wie sie an der spanisch-marokkanischen Grenze alltäglich sind. Der Grenzzaun bei Ceuta ist eine befestigte Grenze zwischen Marokko

Prof. Dr. Wolf D. Bukow  
Universität Siegen

und der spanischen Stadt Ceuta, die auf nordafrikanischem Festland an der Straße von Gibraltar liegt. Dort gibt es für die Pushbacks sogar längst Türen in der Grenzbefestigung. Beide Vorfälle stehen aber nicht nur für weitere ähnliche Ereignisse, sondern dürften auch miteinander vergleichbar sein, obwohl sie fast 18 Jahre auseinander liegen und sich in sehr unterschiedlichen Rahmen abspielen. Einmal geht es um Anschläge, das andere Mal um Abschiebungen. Dass beide Falltypen miteinander zu tun haben wird spätestens dann erkennbar, wenn man die oben skizzierten Leitfragen berücksichtigt.

### **Zur Etablierung einer postnationalistischen *migration policy* als neuer Leitdifferenz**

Berücksichtigt man die oben formulierten Leitgesichtspunkte, so werden einige wichtige Zusammenhänge deutlich. In den letzten zwanzig Jahren hat sich offenbar schrittweise ein modernisierter Kulturrassismus in der Mitte der Gesellschaft, im Alltag genauso wie in den Behörden veralltäglicht und wird dort, wenn es um "Andere" geht, völlig selbstverständlich praktiziert. Sie werden bei Bedarf aktiviert, so dass man dann zielgerichtet intervenieren kann. Dabei ist erstens erkennbar: Kulturrassistische Narrative definieren im Fall des Falles, sowohl die Situation (fremdes Milieu) als auch die Handlungswege (Kriminalisierung) als auch die Handlungsziele (Exklusion). Zweitens zeigt sich: Der völlig selbstverständliche Rekurs auf die kulturrassistischen Narrative erlauben es, einerseits einem retrospektiven Gemeinschaftsglauben ("wir" im Gegensatz zum Islam) zu huldigen, andererseits aber auch dem eigenen Besitzanspruch zu genügen (kein Recht auf ein Hiersein). Dieser völlig selbstverständliche Rekurs wird in beiden Fällen nicht nur von den Behörden praktiziert, sondern auch in der Öffentlichkeit immer wieder unterstützt, auch wenn er im Fall des Falles einer genaueren Überprüfung letztlich nicht standhält. Drittens wird hier, wenn man den Zeitpunkt der beiden Fälle sowie die dazwischenliegende politische Entwicklung mit der vorübergehenden Grenzöffnung und dem anschließenden Grenzzaunbau quer zur Balkanroute in Rechnung stellt, eine deutliche Entwicklungslinie erkennbar. Im Verlauf der Zeit vollzieht sich eine schrittweise Europäisierung einer ursprünglich weitgehend national ausgerichteten *migration policy* hin zu einer EU-weiten *migration policy*. Man kann heute tatsächlich schon von einer post-nationalistischen mobilitäts- und diversitätsfixierten *migration policy* sprechen. Damit ist der letzte Schritt zu einer neuen europäischen Leitdifferenz getan. Es ist kein Wunder, wenn zum Beispiel die CDU auf in ihrem Werkstattgespräch am 9./10. Februar 2019 in Berlin sich nicht nur von der 2015 in Reaktion auf die erzwungene Grenzöffnung organisierten Willkommenspolitik endgültig distanziert, sondern auch von der EU eine noch radikalere europäische Abschottungspolitik einfordert. Und es stört auch nicht, dass man dazu auf fiktive Distinktionen setzen muss. So fordert man auf einem Gleis die völlige Abschottung und auf einem anderen Gleis eine dem Wohlstandserhalt dienende Einwanderung.

#### **Literatur:**

Bauman, Zygmunt (2017): *Retrotopia*. Berlin: Suhrkamp.

Benhabib, Seyla; Resnik, Judith (Hg.) (2009): *Migrations and mobilities. Citizenship, borders, and gender*. New York, NY: New York Univ. Press.

Wolf-D. Bukow (2019): Migration im Kontext alltäglichen Zusammenlebens. In: Klomann, Verena u.a. (Hg.): *Forschung im Kontext von Bildung und Migration*. Wiesbaden Springer VS. S.25ff.

Bukow, Wolf-D. Cudak, Karin (2017): Vom Beharrungsvermögen einer rassistisch imprägnierten Migrationsdebatte. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen. Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft* 30 (3/2017) FJSBplus [http://forschungsjournal.de/sites/default/files/fjsbplus/fjsb-plus\\_2017-3\\_bukow\\_cudak.pdf](http://forschungsjournal.de/sites/default/files/fjsbplus/fjsb-plus_2017-3_bukow_cudak.pdf)

# Politeknik

Türkçe Gazete  
Türkische Zeitung

Erscheinungsweise:  
Üç ayda bir  
Quartalsweise  
Unentgeltlich  
Ücretsiz  
ISSN 2198-8706

Yayımlayan Kurum/  
Herausgeber:  
Zeynel Korkmaz  
Verein für Allseitige Bildung e.V.

Genel Yayın Yönetmeni/  
Visdp / Chefredakteur:  
Zeynel Korkmaz

Posta adresi:  
Postfach 25 03 48  
40092 Düsseldorf

[www.politeknik.de](http://www.politeknik.de)  
[info@politeknik.de](mailto:info@politeknik.de)

---